Fremdenblatt
6. II. 1916

* (**Der Turnunterricht in den Volks- und Bürgerschulen.**) Infolge des Umstandes, daß in vielen Schulgebäuden zwei oder drei Schulen untergebracht wurden, so daß hiedurch die Unterrichtszeit der einzelnen Schulen gekürzt werden mußte, entfiel auch fast gänzlich der Turnunterricht. Nunmehr wurde seitens der Bezirksschulinspektoren angeordnet, daß in jeder Klasse mindestens eine Turnstunde in der Woche abgehalten werde, und zwar nicht bloß in den Knabenschulen, sondern auch in allen Mädchenschulen. In den letzteren, in welchen das Turnen bisher nicht obligat war, soll diese Unterrichtsdisziplin seitens der Schulbehörde für die Zukunft überhaupt als obligater Lehrgegenstand geplant sein, womit einem langjährigen Wunsche der Pädagogen Rechnung getragen erscheint.

Die Zeit 9./II. 1916

Die bunten Kappen.

Es hat seit jeher zu den heißen Wünschen der Gymnasiasten und der Realschüler, die sich auf dem dornenvollen Weg zur Hochschule befinden, gehört, ihre Studentenwürde durch das Tragen einer farbigen Mütze dokumentieren zu dürfen. Die Mütze des Korpsstudenten ist ja das Ideal, das mit allerlei romantischen Rankwerk toller Studentenstreiche und soliden Studentenlebens in den Köpfen der Quartaner bis hinauf zu den Oktavanern spukt. Man will stolz und nach außen hin zeigen, daß man Student ist, nicht etwa Bürgerschüler oder Handelsschüler. Dieser heiße Wunsch der kleinen Studenten war denn auch der Vater des Gedankens der Schüler, daß sie schon als Angehörige der mittleren Lehranstalten farbige Mützen tragen könnten, die sie als „Studenten" kennzeichnen. Da haben also die Schüler einiger Lehranstalten an ihre Direktoren die Bitte gerichtet, ihnen das Tragen kleiner Studentenmützen zu gestatten, wie sie ja auch im Deutschen Reich von den Gymnasiasten getragen werden. Eine Anzahl von Leitern Wiener Lehranstalten haben, nachdem sie bei der vorgesetzten Behörde die Bewilligung eingeholt hatten, ihren Schülern das Mützentragen gestattet. Man sieht daher in letzter Zeit vielfach Knaben mit dem Bücherpack unter dem Arm und der blauen oder roten Samtmütze mit dem kleinen Lackschirm auf dem Kopf. Die Erscheinung ist in Wien auffallend, weil bisher ähnliche Kappen, außer von den Hochschülern, nur noch von den Zöglingen der Knabenbeschäftigungsheime in roter Farbe mit einer schmalen gelben Borte getragen wurde. Unter den Mittelschülern gibt es aber heute auch solche, die nicht die „echte" Studentenmütze tragen, sondern eine feldgraue, niedere Kappe mit einem schwarzgelben Band, das sind die Angehörigen der Schülerhilfskorps, die sich in den Dienst der Kriegsfürsorge stellen und bei den verschiedenen Sammelaktionen wacker mithelfen. Sie tragen die Mütze mit Stolz und Würde, denn sie sieht zwar nicht studentisch aus, erinnert aber an die militärische Uniform. Die Frage des Kappentragens durch die Mittelschüler ist im allgemeinen von seiten der den Schülern vorgesetzten Behörden noch nicht geregelt. Nach einer Verordnung des Unterrichtsministeriums aus dem Jahre 1885 ist den Schülern der Mittelschulen und verwandten Lehranstalten das Tragen einheitlicher farbiger Mützen, nach Art der Studentenkappen, verboten. Die jetzige Einführung des Kappentragens an einzelnen Lehranstalten ist eben auf gesonderte Bewilligungen von Gesuchen der Schulleiter zurückzuführen. Es dürfte aber immerhin in nächster Zeit zu einer Regelung der Frage kommen, die entweder ein Verbot des Kappentragens oder eine allgemeine Bewilligung bringen wird.

Vossische Zeitung

9./II. 1916.

Verbot der Einführung von Kriegslesebüchern. Der Kultusminister hat, wie das „Deutsche Philologenblatt" meldet, am 15. Januar die Einführung besonderer Lesebücher mit ausgewählten Stücken aus der Kriegsliteratur verboten, damit die Eltern nicht durch die Beschaffung derartiger Hilfsmittel noch besonders belastet werden. Er gestattet, daß die Schüler gelegentlich mit einzelnen Erzeugnissen der Literatur bekannt gemacht werden, doch müssen die zur Mitteilung bestimmten Stücke sorgfältig in literarischer und pädagogischer Hinsicht geprüft werden.

Tägliche Rundschau
10./V. 1916

* **Ein „Volkshochschul"-Gebäude für Berlin.** Das sogenannte „Volkshochschulwesen" in Berlin befindet sich während des Krieges in einer starken Umgestaltung und wird nach Friedensschluß in erneuter Form erscheinen. Es sind bekanntlich einige Vereine, die diese Bestrebungen in Berlin tragen. Durch Zusammenschluß und gemeinsames Auftreten hofft man, auf demselben Wege zu einem Volkshochschul-Gebäude gelangen zu können, wie die Berliner Neue Freie Volksbühne zu einem Theater gekommen ist, d. h. auf dem Wege städtischen Entgegenkommens Die Stadt Berlin hatte hier zinslos das Geld vorgestreckt. Die Berliner Stadtverwaltung hatte übrigens die Vorlesungen der Humboldt-Akademie kurz vor dem Kriege in ihren eigenen Dienst gestellt, indem auf eine Anregung des Oberbürgermeisters Wermuth kommunalwissenschaftliche Vorlesungen veranstaltet wurden, die nicht nur für das übliche Publikum gedacht waren, sondern auch städtische Beamte weiterbilden sollten. Der Krieg hat hier allerdings eine Unterbrechung eintreten lassen. Um die neuen Pläne kräftig durchzuführen, haben sich die beiden größten in Berlin bestehenden Vereine jetzt verschmolzen, nämlich die ältere, am 9. November 1878 gegründete Humboldt-Akademie als „Wissenschaftlichen Zentralvereins" und die bedeutend jüngere Freie Hochschule. Beide Vereine haben jährlich in Berlin zusammen gegen 40 000 Hörer gehabt. Nach dem jetzigen Zusammenschluß nennt sich die neue große Organisation „Humboldt-Akademie Freie Hochschule".

Fremdenblatt
12. II. 1916

* (Die Reform des Gesangunterrichtes.) Der vom Landesschulrate herausgegebene Erlaß über die Reform des Gesangsunterrichtes in den Schulen, wird nunmehr zur Durchführung gelangen. In dem Erlasse wurde darauf hingewiesen, daß der Gesangunterricht in den Volks- und Bürgerschulen nicht überall planmäßig und zielbewußt betrieben werde. Dieser Umstand habe sich auch darin erwiesen, daß die Auswahl der Lieder, die die deutschösterreichischen Soldaten auf dem Marsche anstimmen, eine geringe sei. Häufig versage auch die Kenntnis des Textes schon bei der zweiten und dritten Strophe. Die Bezirksschulräte werden daher angewiesen, für den ganzen Schulbezirk einen sorgsam ausgewählten Schatz von Volks-, insbesondere von Marsch- und Soldatenliedern festzustellen und dahin zu wirken, daß alle Strophen gesungen und eingeprägt werden. Durch einen derartigen Betrieb werde der Schulgesang nicht nur das vaterländische Gefühl beleben, sondern durch die Pflege des bodenständigen Volksliedes den Gesangsunterricht fördern. Im Rahmen der von der niederösterreichischen Statthalterei organisierten „Militärischen Jugendvorbereitung" wird nun demnächst gleichfalls die Reform des Gesangsunterrichtes angebahnt werden. Auch die „Jugendwehren" werden sich durch Pflege des ein- und zweistimmigen Gesanges zu Horten des Volksgesanges entwickeln. Von der Statthaltereigeschäftsstelle für die militärische Jugendvorbereitung ist Professor Hans Wagner in Wien mit der Aufgabe betraut worden, ein für die Zwecke der militärischen Jugendvorbereitung benötigtes neues Liederbuch zu verfassen, das bereits vor wenigen Tagen erschien und unter dem Titel „Jung-Oesterreich-Lieder" fünfzig ein- und zweistimmige Lieder aufweist.

Die Zeit
13. II. 1916

* [Eröffnung der Belgrader Schulen.] Nach langer trüber Zeit gehen die Tore der Belgrader Schulen wieder auf. Vorderhand ist es nur eine Anstalt, die provisorische Normalschule im Gebäude der ehemaligen Handelsakademie. Sie wurde, wie die Belgrader Nachrichten melden Donnerstag den 10. d. um 10 Uhr vormittags vom Generalgouverneur Grafen Salis-Seewis eröffnet. Das Gouvernement hat sich bei dieser Gründung von dem Wunsch leiten lassen, die vernachlässigte Jugend den Gefahren der Straße zu entziehen und ihr selbst jetzt in den Wirren des Weltkrieges die Gelegenheit zu bieten, sich geistig für die bessere Zukunft vorzubereiten. Es ist vorläufig nur eine Schule eröffnet worden, weil bei dem großen Andrang zu den Einschreibungen für den Schulunterricht — es haben sich bis heute mehr als 3000 Schulkinder gemeldet — nicht rasch passende Räumlichkeiten gefunden wurden, die in jeder, auch hygienischer Hinsicht einwandfrei gewesen wären. Das Generalgouvernement ist aber rastlos bemüht, auch die übrigen nötigen Schulen ins Leben zu rufen. Die eröffnete Schule ist fünfklassig eingerichtet und wird von einem sechsköpfigen Lehrkörper in einem Vor- wie auch einem Nachmittagskurs mit je 360 nach Geschlechtern getrennten Schulkindern betrieben. Im Belgrader Landbezirk sind in den größeren Ortschaften Schulen schon eröffnet, in denen von der Dienstpflicht enthobene kroatische Lehrer den Unterricht abhalten. Im weiteren Verfolge ihrer Pläne tragen sich die maßgebenden Stellen bereits mit dem Gedanken, besondere Fach- und Mittelschulen in Belgrad demnächst zu eröffnen.

Die Zeit
13. II. 1916

Kriegsholz für Wiener Schulen.

In den Waldungen des Stiftsfondsgutes Ebendorf an der Donau wird in diesem Winter ein umfangreicher Holzschlag vorgenommen, bei dem zu den Holzfällarbeiten russische Kriegsgefangene verwendet werden. In der Lobau sind seit Frühjahr des vorigen Jahres zwei Gefangenenlager errichtet worden, von denen sich das eine unmittelbar in der Lobau, das andere in Mühlleiten befindet. Die Lager beherbergen 500 gefangene Russen, die der Gemeinde Wien für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Im Frühjahr haben sich die Russen mit dem Anbau des Getreides und des Gemüses und im Sommer mit der Ernte beschäftigt. Jetzt arbeiten sie nach Maßgabe des genehmigten Wirtschaftsplanes in den ausgedehnten Waldungen als Holzfäller. Die Gemeinde besitzt außer ihren 398 Hektar großen Forsten im Wienerwald, den 306 Hektar großen Auen im 21. Bezirk sowie den Waldungen in den Hochquellengebieten auch in der Lobau und in Spitz an der Donau prächtige, große Wälder. Die Lobau ist städtischer Besitz. Durch schenkungsweise Ueberlassung der Kaiserin Maria Theresia vom 14. September 1745 kam das Gut „Herrschaft Ebendorf" in den Besitz der Armenkasse (jetzt Wiener allgemeiner Versorgungsfonds). Bis 1869 führte das Finanzärar die Verwaltung der Lobau, 1870 wurde die Verwaltung der Gemeinde Wien übergeben. Das Jagdrecht im ganzen Fondsgut ist ausschließlich dem Kaiser und den Thronfolgern vorbehalten. Das Gesamtausmaß des ganzen Stiftsfondsgutes Ebendorf beträgt 2849 Hektar 84 Ar und wird von zwei Forstverwaltungen in Groß-Enzersdorf (am linken Donauufer) und in Mannswörth (am rechten Donauufer) bewirtschaftet. Die Waldungen bestehen aus Weiden, Erlen, Ulmen, Schwarz- und Weißkiefern, Eschen, Akazien, Birken und Pappeln. Die städtische Forstwirtschaft in der Lobau hat mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Kieferkulturen müssen gegen Wildverbiß durch Bestreichen mit Raupenleim geschützt werden. In den Rustenstämmen hat sich außer Engerlingen der Splintkäfer unangenehm bemerkbar gemacht. Große Auslagen verursacht das Ausschneiden von Schlingpflanzen aus den Jungwüchsen. Durch die sich stets ungünstiger gestaltenden Grundwasserverhältnisse sterben in den Jungmeisen viele Stöcke ab. Nichtsdestoweniger betrug in den letzten Jahren der Holzeinschlag in der Lobau mehr als 3300 Kubikmeter und bestand aus etwa 3200 Kubikmeter Brennholz und mehr als 100 Kubikmeter Nutzholz. Die Waldungen der Forstverwaltung Mannswörth, in denen der Holzschlag heuer durch die Kriegsgefangenen in größerem Maße vorgenommen wird, sind Auwälder und leiden häufig durch die Ueberschwemmungen der Donau. Aus diesen Auen werden heuer mehr als 3200 Kubikmeter Nutzholz und Brennholz gewonnen werden. Das Holz wird vorerst auf geeigneten Plätzen gelagert und dann je nach den allerdings geringen Transportmöglichkeiten, die sich eben in der Kriegszeit ergeben, allmählich nach Wien hereingebracht. Das Brennholz ist in erster Linie zur Beheizung der Wiener Schulen und städtischen Amtslokale bestimmt.

Fremdenblatt
13./II. 1916

* (Vorzeitige Maturitätsprüfung im Kriegsjahr 1916.) Eine interessante Nachricht kommt uns aus Mittelschulkreisen zu. Seitens der Unterrichtsbehörde wird im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Lehrkörpern die Möglichkeit erwogen, die Maturitätsprüfungen an Mittelschulen und gleichgestellten Anstalten in diesem Jahre schon vorzeitig, und zwar im Mai, teilweise sogar schon Ende April abzuhalten. Zu einem Termin, der sonst für die schriftliche Maturitätsprüfung bestimmt wurde, während die mündliche bekanntlich erst nach Schluß des Sommersemesters, meist Anfang Juli, angesetzt wurde, sollen nach diesem Plane beide Maturitätsprüfungen mit kurzer Pause einander folgen. Da zu erwarten ist, daß alle diensttauglich befundenen Mittelschüler der für die Maturitätsprüfungen in Betracht kommenden obersten Klassen werden in diesem Frühjahr einrücken müssen, soweit sie nicht eben schon in Waffen stehen, soll durch die gedachten Maßnahmen unseren Jünglingen einerseits ohne weitere Formalitäten das volle Einjährigenrecht mit der Anwartschaft auf das Offizierspartepee gesichert, anderseits der Unterrichtsbetrieb auf der obersten Stufe bis zur äußersten zeitlichen Grenze in normaler Weise durchgeführt werden. Für die jüngeren und jüngsten Jahrgänge an den Mittelschulen und gleichgestellten Anstalten soll, auch im Falle der vorzeitigen Reifeprüfungen, der Unterricht wie im vorigen Jahre, wenn sich keine unvorhergesehenen Hindernisse ergeben, bis zum Schlusse des Sommersemesters fortgesetzt werden.

Tägliche Rundschau

15. II. 1916

5

10

Was kostet der Stadt ein Schulkind? Die Kosten des Berliner Gemeindeschulwesens sind in den letzten Jahren erheblich und sprungweise gestiegen. Im letzten Jahre betrugen sie schon rund 27,7 Mill. M., eine Summe, die im neuen Rechnungsjahre übertroffen werden wird. Rechnet man die Ruhegelder für die Lehrer usw. hinzu, so kommen fast 132 M. auf den Kopf jedes Berliner Schulkindes.

Reichspost Abendbl.
15. VII. 1916

11

Die Frauen und der Katholische Schulverein.

Kardinal Dr. Piffl in einer Schulvereinsversammlung auf der Wieden.

Die Frauenpfarrgruppe zu den heiligen Schutzengeln auf der Wieden hielt am vergangenen Sonntag im Festsaale des Wiedner Amtshauses die 27. Jahresversammlung ab, welche glänzend besucht war und auch durch die Anwesenheit des Kardinal-Fürsterzbischofs Dr. Piffl ausgezeichnet war. In der Versammlung konnte man u. a. noch bemerken: den Vizepräsidenten des Katholischen Schulvereines Msgre. Kanonikus Dr. Krauß, den f.-e. Zeremoniär Msgre. Wagner, Gräfin Harrach, die Mutter und Schwester Se. Exzellenz des Herrn Unterrichtsministers Dr. v. Hussarek-Heinlein, die Frauen Direktor GR. Philipp, Oberinspektor Stofiz und Panosch, Vorsteherin Frau Widmann, Frl. Katzmayer vom Frauenwohltätigkeitsverein, BVSt. Feiler in Vertretung des BS. Charwat, GR. Panosch, Zentralleitungsmitglied Dr. Fritsch, Hochw. Prof. Walk und zahlreiche geistliche Herren. Der Pfarrer der Paulaner und geistlicher Konsulent der Pfarrgruppe, Hochw. Etz, BVSt. Feiler und die Damen der Vorstehung empfingen den Kardinal am Hauseingang und geleiteten ihn in den Saal.

Hier eröffnete Pfarrer Etz mit einer herzlichen Begrüßung die Tagung. Der Vorsitzende beleuchtete dann die schweren Folgen einer sitten- und glaubenslosen Jugenderziehung und hob hervor, daß der Krieg auch in religiösen Leben Lehrmeister ist, indem durch ihn viele, die früher im Leben ihren Glauben verloren, denselben in den Schützengräben wieder gefunden haben. Redner eiferte zur regsamen Mitarbeit für den Katholischen Schulverein an, damit er in der kommenden Friedenszeit neugestärkt sein segensreiches Wirken entfalte. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem sorgfältig zusammengestellten Rechenschafts- und Kassabericht, erstattet von Frau Aßmann, erfolgte die Neuwahl der Vereinsleitung mit Frau Widmann als Vorsteherin und den übrigen bewährten Ausschußdamen.

Hierauf hielt Vereinsvizepräsident Kanonikus Dr. Krauß eine längere Rede, in der er die Notwendigkeit betonte, den schlechten Folgeerscheinungen des Krieges abwehrend entgegenzutreten. In dieser Hinsicht könne der Katholische Schulverein u. a. auch dadurch seiner Aufgabe gerecht werden, wenn er die Frauen zur Mitarbeit aufrufe. Der Frauenberuf sei ja in erster Linie geeignet, durch die Gnade der Erziehung, die der Schöpfer den Frauen geschenkt hat, den sittlichen Gefahren zu begegnen. Deshalb sei es mit Freude zu bemerken, daß das Interesse für den Katholischen Schulverein gerade in der Frauenwelt sich immer mehrt. „Wie können nun die katholischen Frauen den Schulverein unterstützen und fördern?" fuhr Redner fort. Vor allem durch die eigene stramme Zugehörigkeit und eine emsige unermüdliche Werbearbeit von Haus zu Haus, von Familie zu Familie. Hinter den Aktionen dieses Vereines muß das ganze katholische Volk wie ein Mann stehen. Erst nach dem Kriege wird sich zeigen, was der sogenannte Burgfriede wert war, unter dessen Deckmantel gegen alles Katholische um so eifriger im geheimen gehetzt, geschürt und gearbeitet wurde. Man erinnere sich nur an den Kampf gegen die Untrennbarkeit der katholischen Ehe, wie da gegen die Kirche und ihre Gesetze ein Sturmlauf unternommen wurde. Nur dem Umstande war es zu danken, daß die sogenannten Reformer der katholischen Ehebewegung vorläufig ihre Aktion einstellen mußten, weil der Katholische Schulverein durch seine Massenunterschriftensammlung für die Untrennbarkeit der katholischen Ehe den Reformern das Handwerk gelegt hatte; anders wäre es nicht möglich gewesen. Was uns in Zukunft, fuhr der Redner fort, auf dem Gebiete der Schule bevorsteht, wissen wir noch nicht, wir müssen aber sorgen, daß ein religiös geübtes und sittlich erzogenes Heer auf dem Kampfplatz für die Heiligtümer unseres Glaubens und unserer Religion gerüstet bereitsteht. Und dies erreichen wir dadurch, daß wir dem Katholischen Schulverein nicht bloß angehören und den Mitgliedsbeitrag zahlen, sondern auch regen Anteil nehmen an den Versammlungen des Vereines. Es ist mit lebhafter Genugtuung hervorzuheben, daß die Versammlungen des Katholischen Schulvereines in Wien stets gut besucht sind, ein treffender Beweis, daß in der Bevölkerung Wiens das Bewußtsein für die katholische Sache lebendig ist. Kanonikus Dr. Krauß verwies auch auf die Vorteile, die den Mitgliedern des Katholischen Schulvereines aus der Lektüre der Vereinszeitschrift „Die christliche Familie" mit dem Beiblatt „Das gute Kind" erwachsen. In einer Familie, wo das Organ des Katholischen Schulvereines gelesen wird, ist es unmöglich, daß Vater oder Mutter ihr Vergnügen in Gast- oder Kaffeehäusern finden. Zum Schlusse seiner trefflichen und zeitgemäßen Ausführungen wies Kanonikus Dr. Krauß auf die vom Katholischen Schulverein erhaltenen Volks- und Bürgerschulen, sowie auf das Lehrerseminar in Währing hin, wobei er betonte, daß diese Schulen, obzwar allgemein nur Uebungsschulen genannt, in Wirklichkeit aber wahre Musterschulen sind und sich eines recht regen Besuches erfreuen. Lassen Sie Ihren Eifer für den Katholischen Schulverein nicht erlahmen, schloß der Redner, steigern sie denselben und betätigen sie sich, dann bin ich überzeugt, daß die Frauenpfarrgruppe auf der Wieden so wie bisher blühen und gedeihen wird; tragen Sie aber auch den Gedanken des Katholischen Schulvereines hinaus in alle Welt, denn was Sie für den Katholischen Schulverein tun, das tun Sie für Oesterreich und seine glückliche Zukunft. (Großer, langanhaltender Beifall.)

Ueber Bitten des Hochw. Konsulenten richtete Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Piffl vor Erteilung des Segens einige Worte an die Versammlung, in dem er sein heutiges Erscheinen als die Einlösung eines der Vorstehung und dem Pfarrer schon lange gegebenen Versprechens bezeichnete; sein Besuch sei weiters nicht bloß ein Beweis des Interesses, das er dem Vereine entgegenbringe, sondern mehr noch der Ausdruck des Dankes an die Vorstehung und an alle Mitglieder, die durch ihre rührige Tätigkeit eine so herrliche Versammlung zusammenbrachten und dadurch ihr wohlverständiges Interesse für die Fragen der Gegenwart als auch der Zukunft behaupten. Der Oberhirte würdigte die Bedeutung des Katholischen Schulvereines sowohl vor dem Kriege wie während desselben, und wies auf das durch den Krieg wieder neuerwachende religiöse Gefühl hin. Besonders aber legte der Kardinal den Versammelten mahnend ans Herz eine Jugend heranzubilden, die Oesterreich und seiner Helden draußen auf den Schlachtfeldern würdig ist. Dazu bedarf es aber schon der Jugend die Ideale der Vaterlandsliebe und Glaubenstreue ins Herz zu pflanzen, denn nur dort wo Glaubenstreue herrscht, ist auch die Liebe zu Kaiser und Vaterland vorhanden, wo hingegen der Gottesglaube fehlt, dort kann es auch keine Treue und Liebe zum Herrscher und zum Vaterlande geben. Mit der Bitte und dem bischöflichen Wunsche, daß die katholischen Frauen, die ein Recht haben zu verlangen, daß ihre Kinder so erzogen werden, wie es in der christlichen Familie bisher geübt wurde, auch weiterhin die Ideale der Glaubenstreue und Vaterlandsliebe in ihrer Familie pflegen mögen, erteilte er den Anwesenden den bischöflichen Segen.

In den Zwischenpausen fanden musikalische und gesangliche Vorträge für Cello und Klavier von der akademischen Pianistin Fräulein Rosa Labuske und k. u. k. Hofmusiker Walter Kleinecke, sowie Frauenchöre der Musikschule Labuske unter der Leitung des Chordirigenten Gustav Kürzel statt, die allgemeinen Beifall fanden. Mit der Absingung der Volkshymne fand die so schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Fremdenblatt
15./II. 1916

Der Kaiser über die Technik im Kriege.

Wie berichtet, hat Se. Majestät der Kaiser Samstag eine Deputation der Technik, bestehend aus dem Rektor Professor Dr. Gustav Jäger sowie aus den Hofräten Prorektor Professor Dr. Richard Schumann und Professor Dr. Josef Neuwirth, empfangen, die ein Exemplar der Jahrhundert-Gedenkschrift überreichte.

Rektor Professor Dr. Jäger wies in seiner Ansprache auf die vor hundert Jahren erfolgte Gründung des später zur Technischen Hochschule erhobenen Polytechnischen Institutes und den Jahrhundert-Gedenktag als äußeren Anlaß zur Herausgabe einer Gedenkschrift über die Entwicklung der Lehranstalt hin. Er knüpfte daran die Bitte, diese Gedenkschrift als Ausdruck der Dankbarkeit und Ergebenheit überreichen zu dürfen und dankte für die Auszeichnung der Audienz.

Der Kaiser entgegnete, daß er sich des Aufschwunges des Polytechnischen Institutes und seiner Erhebung zur Hochschule aufrichtig freue, ebenso der sich jetzt noch darbietenden Gelegenheit, ihr aus Anlaß der Jahrhundertvollendung seine Anerkennung und seine Glückwünsche auszusprechen. Was hier gearbeitet und aufgewendet wurde, habe — wie die großen Erfolge des Weltkrieges zeigen — wirklich reichlich Früchte getragen. Seine Majestät gedachte auch der räumlichen Beengung der Hochschule und mit Worten wärmster Anerkennung der Leistungen der Angehörigen der Hochschule im Felde sowie der staunenswerten Erfolge der Technik auf den mannigfachsten Gebieten der Kriegsführung.

Auf Wunsch Sr. Majestät erläuterte Hofrat Professor Neuwirth als Generalredakteur die Gedenkschrift. Speziell ihr Titelbild bildete den Anlaß zu Ausführungen über die Entstehung der im Festsaale der Technischen Hochschule aufgestellten Statue Sr. Majestät, für deren Ausführung der Kaiser im Jahre 1893 dem verstorbenen Bildhauer Professor Rudolf Ritter v. Weyr, einem ehemaligen Mitgliede des Professorenkollegiums, zwei Sitzungen bewilligt hatte. Lebhaftes Interesse schenkte der Kaiser auch der Abbildung des gleichfalls den Festsaal zierenden Standbildes des Stifters der Hochschule, Kaiser Franz I., von dem Bildhauer Klieber und dem Faksimile des von Hofrat Neuwirth im Archive des Unterrichtsministeriums aufgefundenen Handbilletts, mit welchem Franz I. von dem Grafen Ugarte als Präsidenten der Studienhofkommission am 4. April 1805 die Erstattung des ersten Gutachtens über die Notwendigkeit der Errichtung des Polytechnischen Instituts in Wien abverlangte.

Die weiteren Fragen Sr. Majestät betrafen die Führung des Unterrichtes und den Besuch der Hochschule während der Kriegszeit sowie die gewachsenen räumlichen Bedürfnisse und ihre Befriedigung. Im Anschlusse an den Hinweis auf das im Karlsgassentrakte untergebrachte Kriegshilfsspital, für dessen ununterbrochenen Betrieb mit mehr als 300 Bettstellen der Hochschule die Aufbringung der erforderlichen Mittel gelang, gab Se. Majestät nachdrücklich der besonderen Befriedigung Ausdruck über die Opferfreudigkeit, welche die weitesten Kreise der Bevölkerung für die verschiedenartigsten allgemeinen Bedürfnisse in so ernster Zeit betätigten, wobei er warmfühlend der gefallenen Angehörigen der Technischen Hochschule gedachte. Unter den hervorragenden Schöpfungen der Technik in dem letzten Kriegsabschnitte erwähnte der Kaiser mit besonderer Betonung die neue Brücke bei Belgrad als ein bewundernswertes Werk gemeinsamer Arbeit österreichischer und deutscher Soldaten.

Neues Wiener Tagblatt
16. II. 1916 13

Die Eröffnung der ersten Belgrader Volksschule.

Ueber die am 10. d. erfolgte Eröffnung der ersten Volksschule in Belgrad berichten die „Belgrader Nachrichten" noch folgendes:

Der 10. Februar 1916 ist nicht nur deshalb denkwürdig, weil an ihm die erste Volksschule in Belgrad nach langer Pause eröffnet wurde, nicht deshalb, weil an ihm die erste Volksschule in Belgrad nach der Okkupation ihre Pforten auftat, sondern weil überhaupt die erste Schule in Belgrad ihre Lehrtätigkeit aufnahm, die es sich zur Aufgabe macht, wirkliches Wissen, wirkliche Kultur den Schülern zu bringen. Diese Aufgabe hat das serbische Schulwesen, besonders seit der Regierung Peter Karageorgievic', nie richtig erfaßt. In Serbien wurde, wie alles, so auch die Schule in den Dienst der Politik gestellt. Die Lehrer waren keine Bildner der Jugend, sondern politische Agitatoren. Man kann der serbischen Lehrerschaft gewiß nicht das effektive Wissen abstreiten, aber ihre Tätigkeit war von vornherein eine beschränkte, da sie ein bestimmtes politisches Ziel zu erreichen hatte. So wurde, um nur ein Beispiel anzuführen, in den serbischen Schulen eine in der gewissenlosesten Weise verfälschte Geschichte gelehrt, die den Kindern natürlich einen ganz verkehrten Begriff von der historischen Mission ihres Vaterlandes und den sich ihm bietenden Möglichkeiten geben mußte. Auf solchem Boden wuchsen die Genossen von Princip und Cabrinovic heran.

Da die serbischen Machthaber für alle Zwecke eher Geld hatten als für kulturelle, blieb das Schulwesen auch deshalb weit hinter dem der benachbarten Monarchie zurück. Vor allem mangelte es an den Gebäuden. Selbst Belgrad, die Landeshauptstadt, könnte stolz darauf sein, nur ein einziges solches Schulgebäude zu besitzen, wie sie in kleinen Provinzstädten Kroatiens oder Bosniens sich vorfinden. Wir wollen keine Vergleiche mit den prächtigen Schulgebäuden Zagrebs, Sarajevos oder Osjeks, nicht einmal mit Tuzla, Travnik oder Bihac anstellen, aber das kleine bosnische Städtchen Derventa zum Beispiel mit knapp siebentausend Einwohnern hat ein schöneres Volksschul- und Gymnasialgebäude, als man in ganz Belgrad finden kann.

Diesem Umstande ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß das k. u. k. Generalgouvernement nicht gleich mit voller Kraft die heilige Aufgabe der Jugendbildung fördern kann. Der Mangel an geeigneten Gebäuden ist es, der die größten Schwierigkeiten bereitet. Die erste Volksschule in Belgrad — die als provisorisch daher betrachtet werden muß — wurde vorläufig im Gebäude der Handelsakademie in der Bitoljska Ulica untergebracht. Dieses Gebäude, das wohl von den dichter bewohnten Stadtteilen ziemlich entfernt liegt, entspricht in hygienischer Beziehung nach jeder Richtung. Um allen Anforderungen zu entsprechen, alle angemeldeten Kinder unterzubringen, wird die Errichtung weiterer Schulen in der allernächsten Zeit fortgesetzt werden, so daß die Zahl der Schulen in Belgrad in Kürze eine größere sein wird als vor Ausbruch des Krieges.

* * *

Begünstigt von herrlichem Frühlingswetter, fand um 10 Uhr vormittags die feierliche Eröffnung der Volksschule im Beisein des Generalgouverneurs FML. Grafen Salis-Seewis statt. Vom Gipfel des Gebäudes wehten zwei große schwarzgelbe Fahnen, und vor dem Gebäude war die Regimentsmusik des Infanterieregiments Hoch- und Deutschmeister Nr. 4 aufgestellt. Als der Generalgouverneur erschien, intonierte die Musik die Kaiserhymne, die von allen Anwesenden mit entblößtem Haupte angehört wurde. Der Generalgouverneur wurde vor dem Schulgebäude vom Brückenkopf- und Stadtkommandanten Generalmajor Kuchinka, der ihn an der Spitze eines zahlreichen Offizierskorps und der Gemeindeverwaltung erwartete, empfangen und begab sich durch ein Spalier, das von Schulkindern gebildet war, in das Gebäude. Hier wurde er in einem prächtig arrangierten Palmenhain angesichts der Büste des Kaisers Franz Josef vom Direktor der serbischen Nationalbank Kosta Popovic mit folgender Ansprache begrüßt:

„Euer Exzellenz, gebietender gnädiger Herr Militär-Generalgouverneur!

Der Gnade und weisen Milde Euer Exzellenz danken wir tiefbewegten Herzens, daß es trotz der natürlich bestehenden Schwierigkeiten möglich ist, hier und in sämtlichen größeren Orten die wichtigste Kulturstätte der heranwachsenden Jugend zu eröffnen. Geruhen Euer Hochgeboren, gnädiger Herr Graf, die Versicherung entgegenzunehmen, daß dieses Wohlwollen, dieses durch das persönliche Erscheinen bei der Eröffnung der ersten Volksschule in Belgrad dokumentierte besonders große Interesse dem Lehrkörper immer ein Ansporn dafür sein wird, die heranwachsende Jugend ganz in Euer Hochwohlgeboren gnädigsten Intentionen, das heißt, die Jugend nur für sachliche, von andern Einflüssen unberührte Arbeit zu erziehen, diese jungen Pflanzen zu festen Stützen der Gesellschaft, der Ordnung heranzubilden, auf daß sie einst kräftige Mitarbeiter und Erhalter des Volkswohlstandes werden. Wollen Euer Exzellenz die Gewogenheit haben, gleichzeitig den aufrichtigsten Dank der Eltern und Schüler für diesen Akt besonders gnädiger Wohltat entgegenzunehmen, einer Wohltat, die in den Herzen aller Bewohner der von Euer Exzellenz verwalteten Gebiete dankbaren Widerhall finden wird, da sie die Eltern oder deren Stellvertreter von der größten Sorge befreit, von der Sorge um ihr teuerstes Gut — um ihre Kinder. Geruhen Euer Exzellenz, gnädiger Herr Graf, die Bitte entgegenzunehmen, uns die hochvermögende väterliche Fürsorge auch weiter zu bewahren, an uns wird es sein, uns dafür dankbar und erkenntlich zu zeigen. Gleichzeitig stelle ich die Bitte, diesen Ausdruck unsrer Gefühle an höchster Stelle zum Ausdruck zu bringen die Güte haben zu wollen."

Hierauf erwiderte der Militär-Generalgouverneur Graf Salis-Seewis:

„Vor einem Monat habe ich als die Aufgabe meiner Verwaltung angegeben, daß ich Ihrer Nation zur Rückkehr zu geregelten Lebensverhältnissen verhelfen werde. Um dies zu erreichen, wird in erster Linie hauptsächlich meine Sorge sein: die Erziehung der Schuljugend. Deswegen bin ich um so mehr glücklich, daß mich der Armeeoberkommandant, Seine k. u. k. Hoheit Feldmarschall Erzherzog Friedrich als Vertreter Seiner Majestät des Kaisers und apostolischen Königs Franz Josef, bevollmächtigt hat, Ihrer Nation auch diese neuerliche Gnade erweisen zu können. Indem ich Ihnen und Herrn Popovic für diese Begrüßungsworte herzlich danke, begrüße ich die Eltern, die ihre Kinder unsrer Obsorge anvertraut haben. Ich bin überzeugt, daß die zwei ersten Lehrerinnen und Lehrer alle ihre Kräfte einlegen werden, um der ihnen anvertrauten Jugend nicht nur den Verstand zu klären, sondern auch, und zwar in erster Linie, in ihnen die Liebe zu Gott, Eltern und Vorgesetzten und die Verehrung gegen jedermann, der treu seine Pflicht in der gegenseitigen aufrichtigen Freundschaft erfüllt, zu wecken, so daß die Schülerinnen und Schüler mit der Zeit angesehene Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden können. Um dies zu erreichen, müßt Ihr Euch, Kinder, mit der ganzen Hingebung der Leitung Eurer Lehrerinnen und Lehrer anvertrauen und Euch als gute Kameraden gegenseitig helfen. Trachtet, daß Euer Gewissen immer rein ist, und freut Euch Eures jungen Lebens. Die Freude im Herzen ist die Sonne, und ohne diese Sonne kann keine Frucht reif werden."

Nach dieser Begrüßung besichtigte der Militär-Generalgouverneur die Schulräumlichkeiten und begab sich dann in das Nebengebäude, wo das Essen für die armen Kinder bereits vorbereitet war. Hier werden täglich 800 Kinder gespeist.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
17. II. 1916

* **(Vorzeitige Abhaltung der Maturitätsprüfungen.)** Wie aus Mittelschulkreisen verlautet, wird von der Unterrichtsbehörde im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Lehrkörpern die Möglichkeit erwogen, die Reifeprüfungen an Mittelschulen und gleichgestellten Anstalten in diesem Jahre schon vorzeitig, und zwar im Mai, teilweise sogar Ende April, abzuhalten. Nach diesem Plan soll die mündliche Maturitätsprüfung, die bekanntlich erst am Ende des Sommersemesters, das ist Anfang Juli, abgehalten zu werden pflegte, kurz auf die schriftliche Maturitätsprüfung folgen. Der Unterricht in den niederen und niedersten Klassen der Mittelschulen und gleichgestellten Anstalten hingegen soll, auch im Fall der vorzeitigen Abhaltung der Reifeprüfungen, bis zum Schlusse des Sommersemesters festgesetzt werden. Die vorzeitige Abhaltung der Maturitätsprüfungen soll den vor der Absolvierung der obersten Klasse stehenden Mittelschülern, die dienstauglich befunden wurden und deren Einrückung im Frühjahr zu erwarten ist, ermöglichen, ohne weitere Formalitäten das Einjährigenrecht mit der Anwartschaft auf Erlangung der Offizierscharge zu erwerben; schließlich bezwecken die vorzeitigen Reifeprüfungen auch die Fortsetzung des normalen Unterrichtsbetriebes in der obersten Klasse bis zur äußersten zeitlichen Grenze.

Fremdenblatt
17. IV. 1916

15

* (**Farbentragende Mittelschüler.**) Seit einiger Zeit ist für Wien eine Einführung zu verzeichnen, die in den Städten Deutschlands schon allgemein verbreitet ist. Den Wiener Mittelschulen wurde es freigestellt, ihre Besucher Kappen nach Art der Studentenkappen tragen zu lassen. Die Einführung ist eine fakultative. Jede Schule kann die Kappen tragen, wenn sie will und jeder Schüler, wenn er will. Vorschrift ist nur, daß jede Anstalt ihre besondere Farbe hat; so erkennt man die „Maximilianer", die „Rainer" usw. schon aus weiter Ferne an ihren Kappen. Sie sind in Form und Ausführung ganz nach Art der Studentenkappen gehalten. Man kann schon allerwärts die Knirpse der untersten und die würdigen Frequentanten der obersten Klassen mit diesem studentischen Schmucke sehen. Die Gymnasiastinnen, die in allem die Gleichberechtigung anstreben, bleiben in der neuesten Mode nicht zurück. Manch Eine wandelt schon wie ein rechter Bruder Studio mit Samtkappe und Bücherpack durch die Straßen. Auch von der Studentenfreiheit, die Kappen in geschlossenen Lokalen nicht ablegen zu müssen, machen unsere jüngsten „Farbentragenden" schon praktischen Gebrauch. In Konzerten, bei Vorlesungen kann man selbst ganz kleine Herren stolz mit der bunten Kappe auf dem Haupte sehen, wie dies sonst nur die ganz großen, die „wirklichen" Studenten, bezw. Hochschüler sich herauszunehmen pflegen. Vielleicht hat das Kappentragen der allerjüngsten Studenten etwas Erzieherisches. Man kann erwarten, daß farbentragende Gymnasiasten, selbstverständlich auch Realschüler, gemessener, geordneter und ruhiger die Straße passieren. Auch nicht auf öffentlichen Verkehrswegen — je nach der Saison — Schneeballbombardements eröffnen, deren Volltreffer fast immer den Unrechten erreichen, auch das niedliche Spielchen „Räuber und Soldat" vermeiden. Natürlich sind da nur die ganz kleinen, die noch kurzhosigen Mittelschüler gemeint. Psychologisch interessant ist, daß die Uebung des Tragens von farbigen Studentenkappen gerade während des Krieges, der auch sonst den Triumph der Uniform bedeutet, in Wien aufgekommen ist und rasch beliebt und volkstümlich wurde.

Reichspost 22. II. 1916

16

Farbentragende Mittelschüler.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Es ist bekannt, daß seit einiger Zeit es an den Mittelschulen freigestellt wurde, daß die Schüler Kappen nach Art der Studentenmützen tragen, eine Einführung, welche — wie man sich in Ottakring zum Beispiel zahlreich überzeugen kann — auch bereits ungeteilten Beifall der weiblichen Jugend gefunden hat. So ist es denn eine der neuesten Erscheinungen, unsere Mittelschüler mit farbiger Mütze herumstolzieren zu sehen und in Theatern und Konzerten die sonderbare Wahrnehmung zu machen, daß die bekappte Jugend ihrer Hoheit durch Aufbehalten der Mütze Ausdruck verleiht. Ein Wiener Blatt bespricht nun in wohlwollendster Weise diese Einführung, welche so rasch beliebt und volkstümlich wurde. Bei der Beurteilung dieser Beliebtheit glaube ich, haben vor allem auch wir Hochschüler ein Wörtlein mitzureden, denen bis heute allein das Recht des Farbentragens zustand und ich meine, daß gerade mit unseren Ansichten der Großteil der Bevölkerung eins ist, bei der deutsche Universitätsstudenten mit Band und Mütze noch immer gern gesehen sind. Obgleich ich keiner Studentenverbindung angehöre, scheinen mir denn doch starke Einwände gegen die Neueinführung zu bestehen, welche in ihrer praktischen Anwendung eine Verletzung altehrwürdiger und schöner Studententradition darstellt. Nach bisheriger Ausübung unterscheidet sich nämlich für einen nicht sehr Eingeweihten die Mittelschüleruniform von den Abzeichen eines akademischen Verbindungsstudenten nicht im geringsten. Die Kappen sind in Form und Farbe gleichgehalten und haben überdies an den Rändern die dreifärbige sogenannte „Perkussion", das Merkmal der Hochschulmütze. Auch in Deutschland tragen die Mittelschüler Mützen, aber sie sind nicht nur in der Form wesentlich verschieden, sondern sind auch nur in zwei Farben gehalten.

Das Farbentragen unserer Hochschulverbindungen ist nicht irgend eine Vereinsfaxerei, sondern die Uebung alter deutscher akademischer Sitten, die so sehr mit unserem deutschen Hochschulwesen verwachsen sind, daß sie ein ehrwürdiges liederumranktes Gemeingut jahrhundertalten deutschen Brauches für das ganze deutsche Volk darstellen. Das sollte man nicht so leicht hingeben und zu einer Knabenspielerei machen. Die Einführung ist um so unerfreulicher, als sie in einer Zeit erfolgte, wo fast alle arischen Hochschüler die frohe Studentenmütze mit der Soldatenkappe vertauschten, sie also nicht um ihre Sache sich annehmen können. Es wird diese Einführung im Hinblick auf das fragliche erzieherische Moment damit begründet, daß „farbentragende Mittelschüler gemessener, geordneter und ruhiger (?) die Straße passieren und die kleinen Herren nicht mit Schneeballbombardements und Räuber- und Soldatenspielen die Passanten belästigen werden".

Diese Gefahr scheint viel geringer, als die, daß mit der Kappe auch das Trinkwesen unter Mittelschülern überhandnimmt, da sich die Jugend ja einbilden wird, daß sie sich genau so räuspern und spuken muß, wie sie es von den Großen gehört. Daß dies nie gut und erfreulich ausfällt, ist bekannt.

Die Einführung der Abzeichen ist als disziplinäres Mittel gedacht. Gut — es wird bei einigem guten Willen Mittel geben, um alte akademische Sitten nicht herabzusetzen, aber wenn die Einführung nicht zu einer Geckerei werden soll, zu einem neuen Mittel, den Eltern für einen neuen Erziehungssport Geld abzunehmen, dann muß die Einführung der Mittelschülerkappe für alle Schüler obligatorisch werden. Das ist bisher nicht der Fall. Woher soll nun der gerühmte erzieherische Einfluß kommen, wenn die Kappe nur von dem und jenem getragen wird und also kein Kennzeichen für jeden Mittelschüler ist? Mehrere Wiener Mittelschuldirektionen haben deshalb auch bisher die Neueinführung, die in der jetzigen Form wertlos und schädlich ist, mit dankenswerter Entschiedenheit abgelehnt. Es ist übrigens, wie wir hören, in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen.

G.

Die Zeit
22. IV. 1916

17

* **[Ein deutscher Schulerlaß gegen die Völkerversöhnung.]** Die königliche Regierung in Frankfurt a. d. Oder veröffentlicht in den von ihr herausgegebenen „Verordnungen betreffend das Volksschulwesen im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. Oder" ein Schreiben an die Kreisschulinspektoren, in dem es unter anderem heißt: „Es drängen sich in neuester Zeit an die Lehrer und die Schule Wünsche heran, aus erziehlichen Gründen durch geeignete Belehrung der Ausbreitung und Vertiefung des Völkerhasses entgegenzuwirken und der künftigen Versöhnung der Kulturvölker vorzuarbeiten. Diesen aus dem Gefühle allgemeiner Völkerverbrüderung und internationaler Friedensschwärmerei entspringenden Bestrebungen darf kein Raum gewährt werden. Es kann um so weniger Aufgabe der Volksschule sein, in diesem Sinne zu den künftigen Beziehungen der Völker untereinander Stellung zu nehmen, als nach der friedlichen Grundstimmung des deutschen Volkes, gerade im Gegensatz zu anderen Völkern, gar keine Gefahr besteht, daß in unserer Jugend ein dem künftigen Frieden gefährlicher Haß aufwachsen könne. Im Gegensatz zu solchen Auffassungen ist es eine erziehliche Aufgabe ersten Ranges für die Schule, dafür zu sorgen, daß die furchtbaren Lehren und Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart in dem lebenden Geschlecht unauslöschlich haften bleiben. Vor allen Dingen muß ganz allgemein die Ueberzeugung in unserem Volke einwurzeln, daß Deutschlands Frieden und Sicherheit nur durch seine Wehrmacht zu Lande und zur See verbürgt wird, und daß alle Verbrüderungsbestrebungen mit anderen Völkern auf kulturellem Gebiet niemals dazu führen dürfen, auch nur das geringste von seiner kriegerischen Rüstung abzubröckeln. Zum anderen sollen die Schulen die Ueberzeugung festigen, daß Deutschland einig bleiben muß, und daß alle Parteien oder Sonderbestrebungen sich dieser Forderung unterzuordnen haben. Endlich wird es eine schöne Aufgabe aller Lehrenden bleiben, nicht nur die durch die Erfahrungen des Krieges gefestigte Ueberzeugung von dem Segen eines starken Königtums, sondern auch die Liebe zu unserem König und Kaiser sowie zu dem Hohenzollernhause zu voller Erstarkung zu bringen. Das jetzt eingeführte tägliche Gebet der Schulen für unseren Herrscher wird darum als gemütvoller Ausdruck solcher Liebe auch nach Beendigung des Krieges zu pflegen sein. Allen Bemühungen aber, die Schandtaten, die unsere Feinde an den Deutschen der ganzen Erde begangen haben, zu entschuldigen oder zu beschönigen, wollen Sie, falls sie in die Schulen einzudringen versuchen sollten und nicht schon an dem gesunden Sinne der Lehrerschaft scheitern, ihrerseits entschlossen entgegentreten. Gez. v. Schwerin."

Reichspost Abendbl.
23./II. 1916

* **Bulgarischer Sprachkurs.** Die Wiener Urania unternimmt den bedeutungsvollen und zeitgemäßen Versuch, Gelegenheit zur Erlernung der bulgarischen Sprache zu geben und hat darum einen größeren Kurs vorbereitet. Dieses verdienstvolle und auch politisch beachtenswerte Beginnen dürfte in Wien Aufsehen erregen, um so mehr, da als Lehrer eine geschätzte Kraft aus dem Kreise der bulgarischen Diplomatie gewonnen wurde, und zwar der königl. Legationsrat Ill.Dr. Milan St. Schischmanow (Sofia—Wien). Der Kurs der praktisch und theoretisch ist, beginnt am 6. März und findet immer um ½8 Uhr am Montag, Mittwoch und Freitag statt. Er schließt am 9. Juni. Die Teilnehmergebühr beträgt, alles in allem, 30 Kronen. Anmeldungen nimmt die Tageskassa der Urania ab heute entgegen. Da vorläufig nur eine beschränkte Anzahl von Besuchern zugelassen wird, sichere man sich bald einen Platz. Später sollen auch allgemein belehrende Vorträge über Bulgariens Geschichte, Geisteskultur und Kunst in der Urania gehalten werden.

Fremdenblatt Abendbl.
23. IV. 1916

* **(Lehrstellenbesetzung während der Kriegsdauer.)** Der n.-ö. Landesschulrat hat nach Einvernahme der Gemeinde Wien die Anordnung getroffen, daß für alle im Wiener Schulbezirke dermalen erledigten Leiter- und Lehrerstellen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen noch im laufenden Monate der Konkurs zur Wiederbesetzung ausgeschrieben werde. Für jene Lehrpersonen des Wiener Schulbezirkes, die gegenwärtig zur militärischen Dienstleistung einberufen und infolgedessen nicht in der Lage sind, sich um die auszuschreibenden Schulleiter- und Lehrstellen selbst zu bewerben, ist die Bewerbung als gegeben anzusehen, und es erhält der Bezirksschulrat rücksichtlich ihrer Einbeziehung in die Kompetenz die erforderlichen Weisungen. Die Ernennung und Anstellung auf die Leiterstellen und auf die ausschließlich für weibliche Lehrpersonen ausgeschriebenen Lehrstellen erfolgt durchaus in der normalen Weise. Die übrigen Ernennungen und Anstellungen erfolgen vorläufig für eine Lehrstelle der betreffenden Kategorie im Dienstorte Wien ohne Bezeichnung der Schule, doch ist die Anstellung als definitiv zu betrachten. Die Ergänzung des Ernennungsaktes durch Anstellung für eine bestimmte Lehrstelle wird erst nach Eintritt normaler Verhältnisse vorgenommen werden. Die Zuerkennung und Anweisung des Diensteinkommens erfolgt in der durch das Gesetz bestimmten Weise, bezüglich der zur militärischen Dienstleistung einberufenen Lehrpersonen überdies nach den hiefür erlassenen speziellen Normen. Bei Stellen, die bis September 1915 auszuschreiben gewesen wären, wird die Rechtswirksamkeit der Anstellungen auf den Beginn des zweiten Mietzinsquartales nach dem normalen Ausschreibungstermine zurückbezogen werden.

Neues Wiener Tagblatt
23. II. 1916

20

(Lehrstellenbesetzung während der Kriegsdauer.) Der „Korr. Wilhelm" wird von maßgebender Stelle mitgeteilt: Der niederösterreichische Landesschulrat hat nach Einvernahme der Gemeinde Wien die Anordnung getroffen, daß für alle im Wiener Schulbezirk dermalen erledigten Leiter- und Lehrerstellen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen noch im laufenden Monat der Konkurs zur Wiederbesetzung ausgeschrieben werde. Für jene Lehrpersonen des Wiener Schulbezirkes, die gegenwärtig zur militärischen Dienstleistung einberufen und infolgedessen nicht in der Lage sind, sich um die auszuschreibenden Schulleiter- und Lehrstellen selbst zu bewerben, ist die Bewerbung als gegeben anzusehen, und es erhält der Bezirksschulrat rücksichtlich ihrer Einbeziehung in die Kompetenz die erforderlichen Weisungen. Die Ernennung und Anstellung auf die Leiterstellen und auf die ausschließlich für weibliche Lehrpersonen ausgeschriebenen Lehrstellen erfolgt durchaus in der normalen Weise. Die übrigen Ernennungen und Anstellungen erfolgen vorläufig für eine Lehrstelle der betreffenden Kategorie im Dienstorte Wien ohne Bezeichnung der Schule, doch ist die Anstellung als definitiv zu betrachten. Die Ergänzung des Ernennungsaktes durch Anstellung für eine bestimmte Lehrstelle wird erst nach Eintritt normaler Verhältnisse vorgenommen werden. Die Zuerkennung und Anweisung des Diensteinkommens erfolgt in der durch das Gesetz bestimmten Weise, bezüglich der zur militärischen Dienstleistung einberufenen Lehrpersonen überdies nach den hiefür erlassenen speziellen Normen. Bei Stellen, die bis September 1915 auszuschreiben gewesen wären, wird die Rechtswirksamkeit der Anstellungen auf den Beginn des zweiten Mietzinsquartals nach dem normalen Ausschreibungstermin zurückbezogen werden.

Neue Freie Presse 24. II. 1916

Das Rechtsstudium der Frauen.

Wien, 23. Februar.

Im Festsaale der Schwarzwaldschen Schulanstalten hielt heute abend Hofrat Professor Dr. Bernatzik vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft, die von Frau Dr. Eugenie Schwarzwald freundlichst begrüßt wurde, einen Vortrag über das Rechtsstudium der Frauen. Er gedachte zunächst der Verdienste des ehemaligen Unterrichtsministers Dr. Ritter v. Hartel um die Zulassung der Frauen zum Studium der Philosophie und Medizin und führte im wesentlichen aus: Als Hospitantinnen können die Frauen alle beliebigen juristischen Kollegien besuchen, nur als ordentliche Hörerinnen werden sie nicht aufgenommen, und infolgedessen können sie das Absolutorium nicht erwerben, das die Anwartschaft auf die juristischen Berufe gewährt. Der populärste Einwand ist der, daß unsere Bestrebungen darauf abzielen, Frauen zu Zivil- und Strafrichtern und zu politischen Beamten im engeren Sinne machen zu wollen. Dem ist nicht so. Solche Bestrebungen wären heute fruchtlos und schädlich; denn wenn unsere Frauen diese Aemter anstrebten, würden sie damit der Regierung nur einen billigen Vorwand geben, unsere Bestrebungen überhaupt nicht zu fördern. Wohl gibt es richterliche Geschäfte, bei denen der Richter durchaus nicht in Gefahr kommt, mit dem Publikum in einen unangenehmen Konflikt zu geraten und gegen deren Besorgung durch das weibliche Geschlecht wohl nichts Vernünftiges eingewendet werden kann.

Ernster ist die Frage, ob nicht seitens des Advokatenstandes Widerstand gegen die Zulassung der Frauen zum Rechtsstudium zu gewärtigen sein wird, wenn auch ein derartig engherziger Standpunkt, solch kleinlicher Konkurrenzneid unserem vortrefflichen Advokatenstande nicht gut zugemutet werden kann. Die Erfahrungen, die man in jenen Staaten gemacht hat, welche die Frauen zur Anwaltspraxis bereits zugelassen haben, sprechen dafür, daß die Zahl der weiblichen Anwälte unbedeutend bleiben wird.

Es sind auch Stimmen laut geworden, die es geradezu als eine Pflicht des Staates erklären, dem weiblichen Geschlechte die gelehrten Berufe nicht weiter zu eröffnen, bevor nicht alle möglichen gewerblichen Fachschulen für Frauen errichtet worden sind. Darin ist wohl nur eine Ausrede zu erblicken; denn während es bei uns ausschließlich Sache des Staates ist, die juridische Fakultät dem weiblichen Geschlechte zu eröffnen, werden die weiblichen Fachschulen in erster Linie von autonomen Behörden und Frauenvereinen gegründet und erhalten. Für die weibliche Berufsbildung könnte gewiß noch sehr viel geschehen, und der Staat hätte die Pflicht, auf diesem Gebiete führend und fördernd zu wirken.

Die Maßregel, welche wir hier anstreben, ist keine volkswirtschaftspolitische und hat mit der sozialen Frage nichts oder nur sehr wenig zu tun. Ermöglicht es die Reform einer Anzahl von Frauen, die im Verhältnis zu der ungeheuren Masse der in Fabriken und landwirtschaftlichen Berufen tätigen Frauen immer nur eine sehr geringe sein kann, von diesem neuen Berufe leben zu können, so ist das eine erwünschte Nebenwirkung, aber nicht mehr. In erster Linie will unsere Aktion eine Ungerechtigkeit beseitigen. In den meisten Staaten sind die Frauen zum Rechtsstudium zugelassen, nur in Oesterreich, Ungarn und Rußland nicht. Allerdings ist man bei den Anstellungen der Frauen in juristischen Berufen auch im Auslande etwas zurückhaltend.

Was ich auseinandergesetzt habe — schloß Hofrat Doktor Bernatzik — besitzt nicht den Reiz der Neuheit. Es ist notwendig, die öffentliche Meinung immer wieder auf die vorliegende Frage aufmerksam zu machen und damit die Bevölkerung zu eigenem Nachdenken über diese Frage zu veranlassen. Auch die Frauenwelt tut gut daran, das vorliegende Problem immer aufs neue zu erörtern und die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten zu besprechen, damit die Regierung möglichst gefestigten Ueberzeugungen gegenüber Stellung nehmen kann. (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Diskussion forderte Frau Helene Granitsch nationalökonomisch gebildete Frauen zum Schutze der allgemeinen Konsumenteninteressen. Auch die Frage des Mutterrechtes würde vielfach anders aufgefaßt werden, wenn Mütter Anwälte und Richter wären. Im Interesse der kommenden Generation und zu ihrem Glück sollen künftighin bei dem Ausbau des Mutterrechtes, der Kinderschutzgesetzgebung und der Reform des Eherechtes weibliche Juristen ihren Anteil haben. (Lebhafter Beifall.)

Frau Ernestine v. Fürth hält dafür, daß die Frau erst dann Zutritt zu allen Berufen erhalten wird, wenn ihr die politische Gleichberechtigung die Macht verleiht, ihre Forderungen durchzusetzen. Auch sie trat für die Zulassung der Frau als Richter und Verteidiger namentlich bei Jugendgerichten ein und bezeichnete es namens des österreichischen Frauenstimmrechtskomitees als Pflicht des Staates, seinen weiblichen Bürgern das Recht zu geben, nach freiem Ermessen und nach Veranlagung einen Beruf zu wählen. (Lebhafter Beifall.)

An der Debatte beteiligten sich weiter die Frauen Doktor Haferl-Bernatzik und Olly Schwarz sowie die Herren Dr. Schwarzwald und Direktor Rommel, worauf eine von Dr. Schwarzwald beantragte Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte, in der die im Laufe der Diskussion gegebenen Anregungen und Wünsche zum Ausdrucke kommen. Mit herzlichen Dankesworten an Hofrat Dr. Bernatzik und die übrigen Sprecherinnen und Sprecher schloß die Vorsitzende Frau Marianne Hainisch die Versammlung.

Neues Wiener Tagblatt
25./II. 1916

Begünstigungen für die Universitätshörer im Kriege.

Verkürzung der Studienzeit.

Der Wiener Universität und wohl gleichzeitig auch den andern Universitäten in Oesterreich ist gestern ein Erlaß vom Unterrichtsministerium zugekommen, der tausende eingerückter Studenten und ihre Eltern von einer schweren Sorge befreien wird. Eine der unerwünschtesten Nebenwirkungen der Unterbrechung ihrer Hochschulstudien bestand für die Universitätshörer darin, daß ihre Vorbereitung für ihren Lebensberuf um die Dauer des Krieges, also um eine ganz unbestimmte Zeit, verlängert schien; und es ist klar, daß eine bis zu einer gewissen Grenze nicht reparierbare Ungerechtigkeit darin lag, daß die Vaterlandsverteidiger gegenüber ihren nicht in den Krieg gegangenen Kollegen auch hinsichtlich ihrer Studiendauer benachteiligt sein sollten. Für manchen ins Feld ziehenden Studenten hatte diese Aussicht etwas recht Bedrückendes, und man erinnert sich, daß einer unsrer hervorragendsten Aerzte, Hofrat v. Hochenegg, die Ungleichheit dadurch beseitigen wollte, daß er den zurückgebliebenen Studenten sowie auch den studierenden Frauen den dringenden Rat gab, sie mögen die Gleichheit mit den Kriegsdienste tuenden Kollegen herstellen, indem sie selbst sich den Hörsälen fernhielten. Dieser Rat hat, wie gleichfalls erinnerlich sein dürfte, nicht überall Anklang und manchenorts lebhaften Widerspruch gefunden. Schließlich gingen öffentliche Interessen, das Bedürfnis nach ärztlichem Nachwuchs und nach Aufrechterhaltung der Studien den Einzelinteressen der Eingerückten vor, und das Medizinstudium nimmt ebenso wie jenes an den andern Fakultäten seinen ungestörten Fortgang.

Nunmehr trachtet ein Erlaß des Unterrichtsministers gut zu machen, was möglich ist. Der Erlaß bestimmt in den Grundzügen, daß sowohl für Juristen als auch für Philosophen die Verkürzung ihrer Studiendauer um ein ganzes Jahr möglich gemacht wird. Mehr können die Studenten wohl kaum verlangen, wenn nicht die andre Gefahr: die mangelhafte wissenschaftliche Vorbildung für den Lebenberuf, herbeigeführt werden soll. Und dies kann angesichts der Anforderungen, die die Friedenzeit an alle öffentlichen Berufe stellen wird, schon im eigenen Interesse der Akademiker nicht wünschenswert sein. Für die Mediziner mußte sogar ein andrer Weg gefunden werden. Ihnen konnten nicht einfach zwei Semester gestrichen werden, sondern es wurde nur vorgesorgt, daß sie so bald als möglich zu den strengen Prüfungen gelangen können. Eine Einschränkung ihres Studienstoffes, namentlich aber ihrer praktischen Vorbereitung für den Beruf mußte seine Grenze finden in dem Wohl der Patienten, die ihnen künftig anvertraut sein sollen.

Die Begünstigungen, die den einzelnen Fakultäten zugestanden werden, sind danach in dem Erlaß folgendermaßen präzisiert:

Staatsprüfung noch nicht gemacht haben und die demgemäß mit dem Studium des modernen Rechtes nicht beginnen könnten, ehe sie sich mit einer Prüfung über das alte Recht auszuweisen vermögen. Es wird ihnen gestattet, ohne die rechtshistorische Prüfung, die Kollegien des zweiten Studienabschnittes anzuhören, und innerhalb eines halben Jahres die erste Staatsprüfung nachzutragen. Auch besondere Termine sollen für solche Staatsprüfungen angesetzt werden können.

Die Medizin.

Den Medizinern können, so heißt es in dem Erlaß, infolge ihrer besonderen Verhältnisse die im Krieg zugebrachten Semester nicht ohne weiteres in die Studienzeit eingerechnet werden. Eine gekürzte Studiendauer und eine frühere Ablegung der Rigorosen soll daher durch intensiveren Besuch von Vorlesungen und besonders eingerichteten Uebungen ermöglicht werden. Es soll darum den Studierenden, die aus dem Kriege zurückkehren, schon am Schlusse des anrechenbaren neunten Semesters die Möglichkeit zur Ablegung des zweiten medizinischen Rigorosums und sodann zu Beginn des zehnten Semesters die Erlaubnis zur Ablegung des dritten Rigorosums gegeben und nach dem Bestehen der Prüfungen die Promotion zum Doktor der Medizin ermöglicht werden. Dies ist jedoch an bestimmte Vorschriften gebunden, die in dem Erlaß ausgezählt sind. Es handelt sich insbesondere darum, daß sie in der inneren Medizin, der Chirurgie, der Frauenheilkunde, der Geburtshilfe und der Augenheilkunde eine bestimmte Anzahl von Stunden hören und auch ihre praktischen Uebungen nach besonderen Vorschriften einrichten, die die Gewähr bieten, daß die Abkürzung der Studien nicht auf Kosten ihrer Ausbildung in der ärztlichen Kunst geschieht. Auf diese Weise will die Unterrichtsbehörde die berechtigten Interessen der im Waffendienst stehenden Studierenden mit den öffentlichen Bedürfnissen ausgleichen.

Neues Wiener Tagblatt

II

25./I. 1916

23

Begünstigungen für die Universitäts-Hörer im Krieg.

Die Hörer der Philosophie.

Auch für die Hörer der Philosophie gilt wie für die Juristen die Vorschrift, daß das Professorenkollegium ihnen zwei Semester, die sie im Kriegsdienste zugebracht haben, in ihre Studienzeit einrechnen kann. An die Stelle des Quadrienniums tritt damit das Triennium, das ohnedies an manchen auswärtigen Universitäten für die Erwerbung des Doktorats der Philosophie genügt. Im Gebiete der philosophischen Fakultät sind ohnedies Verschiebungen des Lehrplanes leichter möglich als in den andern Fächern. Besondere Vorschriften werden für Lehramtskandidaten erlassen, denen unter bestimmten Voraussetzungen die Ablegung der Lehramtsprüfungen gleichfalls zu einem früheren Zeitpunkt gestattet wird, als dies unter normalen Verhältnissen der Fall war.

Aus dem ganzen Erlaß zeigt sich das Bestreben, die Eingerückten gegenüber ihren nicht zur Dienstpflicht herangezogenen Kollegen nicht zu Schaden kommen zu lassen. Es wird auch bestimmt, daß diese Begünstigungen nicht bloß für jene Studierenden gelten, die gegenwärtig schon sich für die Prüfungen vorbereiten, etwa weil sie dauernd beurlaubt oder infolge von Verwundungen aus dem Heeresdienst entlassen sind, sondern es wird ausdrücklich hinzugefügt, daß diese Maßnahmen auch für die seinerzeitige Demobilisierung gelten, nach der die eingerückten Studenten ihre Studien wieder aufnehmen werden. Dagegen finden sie keine Anwendung auf solche Studenten, die freiwillige Kriegshilfsdienste leisteten oder infolge feindlicher Invasion sowie durch Internierung und Konfinierung an ihrem Studium behindert waren.

* * *

Eine Aeußerung aus Universitätskreisen.

Aus Wiener akademischen Kreisen wird uns zu dem Erlaß des Unterrichtsministers über die Verkürzung der Studiendauer eingerückter Studenten mitgeteilt:

Die Beseitigung der Nachteile, die den Studierenden unsrer Hochschulen durch ihre Einrückung in rein akademischer Beziehung entstehen, hat schon längere Zeit den Gegenstand der Fürsorge in allen Professorenkollegien gebildet.

Auch die heurige Rektorenkonferenz, die kürzlich unter dem Vorsitz des Wiener Rektors Hofrat Dr. Menzel in der Wiener Universität stattfand, beschäftigte sich in erster Linie — und fast ausschließlich — mit den Wohlfahrtsmaßnahmen zugunsten der Hochschüler, die ihre Studien infolge des Kriegsdienstes unterbrechen müssen. Es stand vom Anfang an außer Zweifel, daß für sie etwas geschehen müsse, um eine Ausgleichung herbeizuführen. Die Angelegenheit ist keine einfache und leichte. Man begreift, daß es auch ein sehr erhebliches öffentliches Interesse ist, das Niveau unsrer Hochschulstudien nicht herabzudrücken. Die verschiedenen Examina und Riggrosen etwa zu Scheinprüfungen zu machen, ging natürlich keineswegs an. In einzelnen Fächern — man denke an die Medizin — wäre dies ja eine direkte Versündigung an der Oeffentlichkeit. Es haben sich darum auf Veranlassung des Ministeriums auch die Kollegien aller Universitäten mit der Angelegenheit beschäftigt, und alle haben dem Ministerium ihre Vorschläge erstattet.

Dabei konnten manche Fächer allerdings auf ältere Beratungen zurückgreifen und an sie anknüpfen. So beschäftigen sich die Juristen doch schon seit Jahren mit der Reform ihrer Studienordnung, und die Wiener Juristenfakultät hat zum Beispiel in ihrem Gutachten erklärt, daß die rechtshistorischen Studien bloß drei Semester zu dauern brauchten. Es lag daher nahe, den Absolventen dieser drei Semester zu gestatten, auch ohne Prüfung — das heißt ohne Zeitverlust — in das Studium des modernen Rechtes einzugehen, und daß sie die Prüfung alsbald nachtragen müssen, ist nur in Ordnung. Sie werden sich dann auf das moderne Recht konzentrieren können.

Auch für die Angehörigen der philosophischen Fakultät war die Abhilfe nicht allzu schwierig. Es ist dies ohnedies die Fakultät, an der der Student die größte Bewegungsfreiheit hat. Auch ist für eine Reihe von Disziplinen das Nachholen des Versäumten keine übermäßig schwere Sache, wobei man aber natürlicherweise im Falle der Nachsicht bei den Prüfungen auf dieses Nachholen auch sicher wird rechnen müssen. Es kommt aber bei der Beschleunigung des Studienabschlusses mancher Kategorien von Philosophiestudenten auch noch ein öffentliches Interesse in Betracht: man wird nicht gut eine Lücke von zwei Jahren für die Prüfungen von Lehramtskandidaten entstehen lassen wollen. (Das gilt übrigens möglicherweise auch für die Juristen.)

Am schwersten lag die Sache für die Mediziner. Die Fachmänner haben sich da wohl mit Recht gegen jede Erleichterung gesträubt, die einer Verschlechterung der Ausbildung unsrer Aerzte ähnlich sehen könnte. Denn so viel man auch immer für unsre aus dem Kriege zurückkehrenden Hochschüler tun will, auf Kosten des „künftigen Patienten" kann das nicht geschehen. Wo es sich um die Gesundheit von Menschen handelt, dort treten alle andern Interessen zurück; um so mehr wird dies nach dem Kriege der Fall sein, wo die Fragen der Volksgesundheit eine große Rolle spielen werden. Für unsre jungen Mediziner also wird nichts andres übrig bleiben, als nach der glücklichen Rückkehr ihren kriegerischen Arbeitseifer in einen friedlichen umzuwandeln und mit gewohnter Pflichttreue ihre Studien in vollem Umfang zu beenden.

Im allgemeinen wird bestimmt, daß die vor dem Kriege stattgefundenen Immatrikulationen trotz der Unterbrechung der Studien ihre Giltigkeit während der ganzen Dauer der Militärdienstleistung oder der Verwundung und Erkrankung und noch ein weiteres halbes Jahr darüber hinaus behalten. Für Gesuche um nachträgliche Einschreibungen werden die sonst üblichen Fristen allgemein aufgehoben, und die Universität erhält die Weisung, bei den Bewilligungen solcher nachträglicher Einschreibungen weitestgehende Rücksicht zu nehmen. Ebensolche Rücksicht soll bei der Befreiung vom Kollegiengeld obwalten.

Die Juristen.

Den Juristen soll ihre militärische Dienstzeit bis zum Ausmaße von zwei Semestern in die Studiendauer eingerechnet werden. Sie werden also statt vier Jahre bloß drei Jahre zu studieren haben. Um ihnen während dieser drei Jahre die Durcharbeitung des Stoffes zu ermöglichen, sollen dann eigene Kurse und sogenannte Repetitorien eingeführt werden. Eine fernere Begünstigung wird denjenigen Studenten zugestanden, die ihre erste

Neues Wiener Tagblatt
25./II. 1916

* **(Das Rechtsstudium der Frauen.)** Nicht um über das wiederholt erörterte Problem der weiblichen Juristen etwas Neues zu sagen, sondern nur, um die Kompetenzen wieder einmal zur Nachdenklichkeit über die Frage des Rechtsstudiums der Frauen anzuregen, hat Hofrat Professor Doktor Bernatzik, der bekanntlich einer unsrer fortschrittlichsten Gelehrten ist, vorgestern im Festsaal des Schwarzwaldlyzeums über dieses Thema gesprochen. Er sieht im Ausschluß der Frauen von der juridischen Fakultät nicht nur eine „Unrichtigkeit" in moralischem, sondern ein direktes „Unrecht" in juridischem Sinn. Denn — so sagte Professor Bernatzik — es gibt kein Gesetz, das die weiblichen Hörer aus irgendeinem Lehrsaal der Universität ausschlösse. Wir teilen die Rückständigkeit dieser Auffassung nur mit Ungarn und Rußland. Alle übrigen Universitäten gewähren der Frau unbehinderten Zutritt zur juridischen Fakultät. Anders ist es allerdings mit der Anstellung in juridischen Berufen, die man den weiblichen Juristen bisher nicht überall zugänglich machen konnte. Nationalökonomisch gebildete Frauen arbeiten bekanntlich nicht nur im Ausland, sondern auch bei uns in der Handelskammer oder im Gremium der Kaufmannschaft, unter den 140,000 Anwälten, die eine juridische Weltstatistik ausweist, gibt es aber nicht mehr als 1010 Advokatinnen. Die Konkurrenzbesorgnis unsrer Rechtsgelehrten müßte demnach, wie Professor Bernatzik betonte, keine so große sein. Auch die weibliche Aerztin hat sich neben den männlichen Kollegen durchgesetzt, ohne ihn wirklich zu schädigen. Ihr ist damals bei der „Freigabe der medizinischen Wissenschaft" die Tatsache zugute gekommen, daß man weibliche Doktorinnen für Bosnien zur Behandlung der Mohammedanerinnen brauchte. Es ist demnach die praktische Erfordernis und weniger die Erkenntnis einer Berechtigung gewesen, die zur „Beseitigung einer verfassungswidrigen behördlichen Uebung" geführt hat. Die Frau, wie man weiß, nicht nur die erwerbende Frau, zahlt Steuer wie der Mann, sie teilt als Beamtin längst seine Bureaux und Kanzleistuben, in denen sie sich bewährt, sie ist Aerztin, sogar Regimentsärztin und Philosophin — weshalb sollte man ihr das Studium des Rechtes, das als solches nicht einmal eine Verpflichtung zur Anstellung enthält, verwehren? Die Universität, die Wissenschaft ist ohne geschlechtliche Begrenzung für alle Staatsbürger da. Das ist der Standpunkt des Rechtes und also der Berechtigung. Die Ausführungen Professor Bernatziks, die der Gelehrte durch statistisches Material belegte, wurden von der sehr zahlreich erschienenen Hörerschaft lebhaft akklamiert. An sie schloß sich eine interessante Diskussion, die von der Vorsitzenden der Versammlung, Frau Marianne Hainisch, geleitet wurde. Sie dankte Professor Bernatzik für seinen Vortrag, in dem sie ein gutes und glückliches Geleitwort für die Bestrebungen jener Frauen erblickt, die Jus studieren wollen. In ihrem Sinne sprach hierauf Helene Granitsch vom Standpunkt der Konsumenten und der Mutter. Mit warmen klugen Worten führte sie aus, wie sehr die stets wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die nationalökonomisch unterrichtete Frau fordern und wie notwendig der Einschlag des weiblichen Empfindungsvermögens zur Reform des Mutter- und Kinderschutzes wäre. „Nicht den Geist der Frauen," sagte die Rednerin, „braucht man dabei, denn den haben ja die Männer, sondern den Reichtum des weiblichen Gemütes und ihr Verständnis der kindlichen Seele und Wesensartung." Nach instruktiven, geistvollen und ein wenig geharnischten Erläuterungen Dr. Schwarzwalds, der sehr energisch für das Rechtsstudium der Frauen eintrat, sprachen noch: Ernestine v. Fürth als Vorsitzende des Frauenstimmrechtskomitees, Direktor Doktor Rommel vom Standpunkt der „weiblichen Mittelschule", in die, seiner Meinung nach, das Rechtsstudium der Frau erhöhten Ernst bringen würde, ferner Olly Schwarz als Vorsitzende der „Frauenberufsberatung" und Marie Hafferl-Bernatzik als Vertreterin jener, „die gern studieren möchten". Nicht nur Frauen, sondern auch zahlreiche Männer — Gelehrte, Politiker, Juristen und Studierende — wohnten der interessanten Versammlung bei.

Die Zeit 27./II. 1916

Der Geographieunterricht in den Schulen.

In der Zeit des großen Krieges, dessen Schauplätze fast auf die ganze Welt verteilt sind, konnte man wieder einmal feststellen, wie wertvoll geographisches Wissen ist, und gar viele konnten, wenn ein neuer Orts-, Gebirgs- oder Flußname in den offiziellen Kriegsberichten auftauchte, merken, wie große Lücken ihr geographisches Wissen aufweist. Der Geographieunterricht wird daher in Hinkunft in den Schulen mehr denn je gepflegt werden, und die Schulbehörden werden insbesondere darauf Wert legen, daß die geographischen Uebungen praktisch an der Hand von Landkarten und Atlanten betrieben werden. Es wird denn auch, wie wir erfahren, von seiten des Unterrichtsministeriums zum nächsten Schuljahr oder nach Kriegsende eine Verordnung an die Schulleitungen ergehen, in der ausdrücklich betont werden wird, daß zum Geographieunterricht die Heranziehung von Spezialkarten und Atlanten in größerem Umfang als bisher zu geschehen hat. Daß diese Verordnung erst zur kommenden Friedenszeit erscheinen wird, ist in dem Umstand begründet, daß die vermutlichen politischen Veränderungen die Ausgabe neuer Landkarten notwendig machen werden und die Schulbehörden es vermeiden wollen, durch Vorschreibung von Karten oder Atlanten, die in einiger Zeit veraltet und unbrauchbar sein werden, den Eltern der Schulkinder Kosten zu verursachen. Die derzeit in den Schulen gebräuchlichen Atlanten sind durchweg vom Unterrichtsministerium approbiert; andere dürfen nicht in Verwendung kommen. Dagegen haben die Lehrkräfte freie Wahl, welchen der approbierten Atlanten sie zum Unterricht einführen wollen. Derzeit werden von der Schulbehörde neue Atlanten nicht approbiert. Wenn einst nach Friedensschluß die neue geographische Gestaltung der Länder feststehen wird, werden erst Approbationen neuer Karten und Atlanten vorgenommen werden. Um jedoch auch in der dem Kriege folgenden wirtschaftlich gewiß noch schwierigen Zeit die Eltern der Schulkinder vor größeren Ausgaben zu bewahren, wird von der Approbation völlig neuer Atlanten abgesehen werden. Man wird vielmehr trachten, daß die Atlanten in unveränderter Auflage erscheinen und nur durch Einschaltung der nötigen, besonders veränderten Spezialkarten, etwa von Mitteleuropa, dem Balkan, den Entente-Ländern usw., ergänzt werden. Die physischen, die Bevölkerungs- und statistischen Karten und die Karten der vom Kriege unberührten Länder können im Atlas verbleiben, eventuell auch die alten Karten, an deren Hand die Veränderungen den Kindern für das Geschichtsstudium um so verständlicher werden. Diese Anregungen und Vorschriften werden vermutlich seinerzeit anläßlich der Herausgabe der neuen Lehrpläne von den Schulbehörden gegeben werden, wenn gleichzeitig auch die regere Pflege des Geographieunterrichtes den Schulleitern nahegelegt werden wird.

Deutscher Schulverein

Wien, 8. Bez., Florianigasse 39.

Deutsche Volksgenossen im Felde!

Uns Zurückgebliebenen ist die gewiß nicht dankbare Aufgabe zugefallen, das deutsche Volksgut der Heimat in Eurer Abwesenheit zu schützen und zu betreuen. Die Einnahmen sind jetzt infolge der allgemeinen Geldknappheit, der mehr auf Kriegsfürsorge gerichteten Wohltätigkeit in Eurer Abwesenheit derart gesunken, daß wir einen großen Teil der Schul- und Kindergartenunterstützungen einstellen mußten. Was noch erhalten wird, ist einfach unentbehrlich! Jeder von Euch weiß, daß selbst ein glänzender Kriegserfolg uns der Sorge um die Erhaltung des deutschen Sprachbodens nicht enthebt, aus vielen Gründen, die gerade für die kriegerische Hingabe der deutschen Wehrmänner sprechen.

Wollt Ihr das deutsche Erbe in Eurer Abwesenheit erhalten wissen, dann sammelt unter Euren deutschen Kriegskameraden und sendet uns die Liebesgaben ein. Das deutsche Volk, Eure deutsche Heimat wird es Euch danken!

Mit Gruß und Handschlag

für den Deutschen Schulverein:

Groß.

Neue Freie Presse 22. IV. 1916

26

Die Zeit
1. III. 1916

Der Krieg und die Schulorganisation.

Hofrat Wettstein hielt am Samstag in der Wiener Pädagogischen Gesellschaft einen Vortrag über den „Einfluß des Krieges auf Bildungsziele und Schulorganisation". Zu dem Vortrage, der sehr gut besucht war, hatten sich vom Unterrichtsministerium Regierungsrat Dr. Frankfurter, vom Landesschulrate Inspektor Frantze, von der Gemeinde Wien Vizebürgermeister Hoß, ferner die Reichsratsabgeordneten Seitz und Glöckel sowie zahlreiche Pädagogen eingefunden. Der Vortragende wies auf die fortgesetzten Rufe nach einer Reform der Mittelschule hin und betonte, gerade der Krieg habe bewiesen, daß die Mittelschule nicht reformbedürftig sei. Die Mittelschule sei als Vorbereitungsschule für die Hochschulen geschaffen worden, sie sollte eine Schule der geistigen Elite sein; mit der Zeit ist aber aus ihr etwas anderes geworden, nämlich eine allgemeine Bildungsschule. Viele Kinder mit zehn Jahren werden einfach in ein Gymnasium oder eine Realschule geschickt, weil gerade diese oder jene Mittelschule im Orte ist, ohne Rücksicht darauf, ob sie auch die Befähigung für das Mittelschulstudium besitzen. Die Wahl des Bildungszieles des Kindes werde nicht sorgfältig erwogen. Deshalb brauche man aber nicht die Mittelschule als solche zu reformieren. Notwendiger sei es, an eine Reform der Schulorganisation zu denken. Vor allem solle die Bürgerschule ausgestaltet werden. Sie soll die eigentliche Bildungsschule sein, nicht nur für den, der später das Hochschulstudium anstrebt, sondern auch für den Kaufmann und den Geschäftsmann. Die Organisation der Schule würde sich dann etwa so gestalten: vier Jahre Volksschule, dann vier Jahre Bürgerschule, die eventuell zu dem Studium der oberen Mittelschulklassen hinüberleiten solle. Daneben könne das vollklassige Gymnasium und die vollklassige Realschule, ebenso wie die vollklassige Volksschule bestehen. Aus der Ausgestaltung der Bürgerschule als eigentliche Bildungsschule ergeben sich mannigfache Vorteile. Vor allem braucht die Frage der Berufswahl nicht im zehnten, sondern erst im 14. Lebensjahr des Kindes entschieden werden; man wird also schon die geistigen Fähigkeiten des Kindes leichter erkennen. Durch die Ausgestaltung der Bürgerschule könne den breitesten Schichten der Bevölkerung eine einheitlichere, allgemeine Bildung vermittelt werden. In den vier Jahren Bürgerschule könnte auch das Studium einer zweiten Landessprache, das sich, wie der Krieg gezeigt hat, als sehr notwendig erweist, gepflegt werden. Der Krieg habe auch auf dem Gebiete des Schulwesens manche Erfahrungen gezeitigt, die nach Friedensschluß benützt werden, um die Organisation des Schulunterrichtes und der Erziehung, die im Kern gesund ist, einer Besserung zuzuführen. Der Vortrag fand reichen Beifall.

Reichspost Abendbl. 28
1./III. 1916

Der Besuch der österreichischen Universitäten.

Im laufenden Wintersemester sind an sämtlichen 8 Universitäten Oesterreichs einschließlich der selbständigen theologischen Fakultäten in Salzburg und Olmütz 11.713 Studierende inskribiert, und zwar 8964 männliche und 2749 weibliche. Von der Gesamtzahl der Studierenden waren 9952 ordentliche, 1411 außerordentliche Hörer, beziehungsweise Hörerinnen und 350 Hospitanten und Hospitantinnen. Die Gesamtfrequenz im Vergleiche zum Vorjahre (12.149 Studierende) ist trotz der inzwischen erfolgten Wiedereröffnung der Universitäten in Lemberg, Krakau und Czernowitz, wo allerdings nur die theologische Fakultät eröffnet ist, dennoch um 436, gesunken. Den stärksten Besuch zeigt wie auch bisher immer die Universität in Wien mit 4518, den zweitstärksten die tschechische in Prag mit 2328 Hörern; Krakau und Lemberg stehen trotz der sie besonders berührenden Kriegsereignisse an dritter und vierter Stelle; Innsbruck weist — wenn man von Czernowitz absieht — die geringste Besucherzahl. Sie zählt nur 587 Hörer. Auf die einzelnen Fakultäten verteilt sich die Gesamtzahl aller Studierenden in folgender Weise: theologische 1444, rechts- und staatswissenschaftliche 3954, medizinische 2600, philosophische 3715 Hörer. Mehr als ein Drittel aller Studierenden ist also an den juristischen Fakultäten inskribiert; nicht viel weniger als ein Drittel an den philosophischen, während kaum mehr als ein Fünftel auf die medizinischen Fakultäten entfällt.

Neue Freie Presse Abendbl
3./III. 1916

[Errichtung einer neuen Lehrkanzel für ural-altaische oder ugro-finnische Sprachen mit besonderer Berücksichtigung des Magyarischen an der Wiener Universität.] Das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät an der Wiener Universität beabsichtigt, eine neue Lehrkanzel zu errichten. Diese wird sich mit der ural-altaischen oder ugro-finnischen Sprache, mit besonderer Berücksichtigung des Magyarischen befassen. Diese Lehrkanzel wird mit Rücksicht auf die durch die politischen Ereignisse hervorgetretenen Umstände von Bedeutung sein.

Die Zeit 5. III. 1916

Studienerleichterungen für eingerückte Techniker.

Vom Unterrichtsministerium wurden kürzlich, wie berichtet, zur Verhinderung einer Benachteiligung der zur Kriegsdienstleistung eingerückten Hörer der Technischen Hochschulen, beziehungsweise zur Milderung der mit der militärischen Dienstleistung verbundenen Versäumnisse, Bestimmungen erlassen, die die Fortdauer der Immatrikulation, die Inskription und die Zulässigkeit von Studienkollisionen, die Unterrichtsgeldbefreiung, die Erlangung der Besuchsbestätigung sowie die Zulassungsbedingungen zu den Staatsprüfungen betreffen. Gleichzeitig wurden besondere Bestimmungen für das Studienjahr 1915/16 erlassen und Anordnungen bezüglich jener Studierenden getroffen, die vor vollständiger Absolvierung der letzten Mittelschulklasse die Reifeprüfung abgelegt haben und nach Entlassung aus dem Militärverband die Hochschule beziehen wollen. Die Begünstigungen für die eingerückten Hörer bezüglich der Immatrikulation lauten: Die unmittelbar vor dem Antritt des Militärdienstes, beziehungsweise während desselben erfolgte Immatrikulation der Studierenden behält ihre Gültigkeit während der ganzen Dauer der Militärdienstleistung und noch durch sechs Monate nach deren Beendigung und im Falle einer im Dienste zugezogenen Verwundung oder Erkrankung noch durch die gleiche Zeit nach dem Zeitpunkt der Wiederherstellung. Die Inskriptionen für das Wintersemester können bis zu dessen Abschluß und darüber hinaus nachträglich bis zum 15. d. vorgenommen werden. Die Erlangung der Besuchsbestätigungen für ein Studienjahr ist bis Ende Oktober des nächsten Studienjahres möglich. Zu Einzelprüfungen aus Vorprüfungsgegenständen der Staatsprüfungen können Hörer auch ohne Nachweis der Frequenz zugelassen werden, sofern die Vorträge nicht mit Konstruktions-, Laboratoriums- oder sonstigen Uebungen verbunden sind. Die für die zweite Staatsprüfung geforderte Frequenzbestätigung aus Gegenständen, für die eine Einzelprüfung nicht verlangt wird, kann nachgesehen werden. Die Bestimmungen der Prüfungsordnung betreffend die Termine für die erste Staatsprüfung und das Intervall zwischen der ersten und zweiten Staatsprüfung treten außer Kraft. Im Hinblick auf die zulässige Nachinskription von eingerückten Studierenden für das Wintersemester 1915/16 sowie mit Rücksicht auf die Eigenart der technischen Hochschulstudien, die größtenteils auf Jahresgegenständen aufgebaut sind, werden bezüglich der Gegenstände des Wintersemesters 1915/16 im Sommersemester 1915/16, eventuell auch noch im Wintersemester 1916/17 Spezialkollegien u. dgl. abgehalten werden. Studierende, die infolge der derzeitigen Ausnahmsverfügungen vor der Absolvierung der letzten Mittelschulklasse die Reifeprüfung abgelegt haben, genießen zwar die allgemeinen Bevorzugungen hinsichtlich der Immatrikulation, Inskription und Unterrichtsgeldbefreiung; es steht ihnen jedoch ein Anrecht auf die bezüglich des Studiums und der Prüfungen festgesetzten Begünstigungen nur zu, wenn die von ihnen im Kriegsdienst zugebrachte Zeit mindestens ein Semester über jenen Zeitpunkt hinausreicht, in dem sie sich bei normalem Studiengang der Mittelschulreifeprüfung zu unterziehen gehabt hätten. Instruierte Gesuche um diese Begünstigungen sind längstens innerhalb sechs Monaten nach jenem Tage zu erfolgen, an dem die aus der Leistung von Kriegsdiensten sich ergebenden Hindernisse in Wegfall kommen, die der Fortsetzung der Studien und Ablegung der Prüfungen im Wege standen. Die Begünstigungen finden keine Anwendung auf jene Hörer, deren Studienbehinderung infolge der Leistung von freiwilligen Kriegshilfsdiensten oder infolge der feindlichen Invasion oder der Internierung oder Konfinierung eingetreten ist. Wohl aber finden die Begünstigungen auf jene Hörer Anwendung, die mit Gefahren verbundene Dienste in Pulver-, Munitions- und Maschinenfabriken, bei Eisenbahn- oder anderen Betrieben geleistet haben.

Kölnische Zeitung 8/III. 1916.

Neuordnung des Volksschulwesens in Großbrüssel.

Ez **Brüssel**, 6. März.

Die Volksschulen in den 13 Gemeinden von Großbrüssel sind bekanntlich in ihrer übergroßen Mehrzahl französisch, obwohl die Bevölkerung der Gesamtstadt gut zur Hälfte dem niederländischen Sprachstamme angehört. Die belgische Hauptstadt liegt ja noch im flämischen Gebiet und war vor Zeiten fast ganz flämisch. Im Königreich Belgien freilich ist sie der Sammelpunkt der reichsten und einflußreichsten französischen und wallonischen Elemente des ganzen Landes geworden. Diese versuchten durch die Volksschule allmählich auch die flämischen Schichten der Bevölkerung ihrem Volkstum zu entfremden. Die Schulpolitik der meisten Gemeindevertretungen, namentlich auch der Stadt Brüssel im engern Sinne, lief auf eine planmäßige Verwelschung des flämischen Nachwuchses hinaus. Wer sich dieser Entwicklung nicht fügte, blieb eben ohne genügende Schulbildung. Große Teile des untern flämischen Volkes stieß man so in den Abgrund der Unbildung, geistiger Verkümmerung und damit wirtschaftlicher und sozialer Not hinein. Diese Zustände fallen auch dem flüchtigen Beschauer in die Augen. Die amtlichen belgischen Erhebungen über die Sprachenzugehörigkeit der Großbrüsseler Bevölkerung und Schuljugend waren stark zu gunsten des französischen Teiles gefärbt. Aber selbst bei Annahme dieser Zahlen kommt man zu folgendem Gesamtergebnis: Es gab 1910 in Großbrüssel 356 467 Einwohner mit niederländischer, 372 064 mit französisch-wallonischer Muttersprache. Die Zahl der flämischen Schulen und Schulklassen entspricht nicht entfernt diesem Verhältnis. Nun hat aber das neue belgische Volksschulgesetz von 1914 in seinem Artikel 20 bestimmt, daß für den Volksschulunterricht in den der Staatsaufsicht unterworfenen öffentlichen Schulen die Muttersprache der Kinder als Unterrichtsgrundlage zu dienen hat. Für Großbrüssel und die gemischtsprachigen Orte an der flämisch-französischen Sprachgrenze sieht das Gesetz gewisse Ausnahmen vor, besonders auch die Möglichkeit, eine zweite Sprache in der Volksschule zu lehren. Die Regelung dieser Ausnahmen soll nach dem Gesetz durch eine ministerielle Verordnung erfolgen. Man darf nicht übersehen, daß die Durchführung des Gesetzes in den gemischtsprachigen Gemeinden eine ganze Reihe von schwierigen Maßnahmen notwendig macht, wie die Teilung der Schulen und Klassen in französische und flämische, teilweise Beschaffung neuer Schulräume, Beiziehung neuer Lehrkräfte, die in niederländischer Sprache unterrichten können usw.

Die ministerielle Verordnung für Großbrüssel nebst Ausführungs-Anweisung ist nunmehr erlassen worden. Als zu Großbrüssel gehörig gelten die 13 Gemeinden, die im Gesetz Franck-Seghers dazu gerechnet werden, nämlich Brüssel, Anderlecht-Kuregem, Elsene, Etterbeek, Koekelberg, Laken, Schaerbeek, St. Gillis, St. Jans Molenbeek, Sint Joost-ten-Roode, St. Pieters Jette, Ukkel, Vorst. Die Verordnung und die Ausführungsanweisung trifft zunächst Bestimmungen darüber, wie die Muttersprache der Kinder wahrheitsgemäß festgestellt werden soll; die Entscheidung des Schulleiters unterliegt der Nachprüfung der Schulaufsichtsbehörde. Sodann folgen Vorschriften über die Behandlung der andersprachigen Minderheiten der Schulen und Schulklassen: Für mindestens 20 andersprachige Kinder eines Jahrgangs muß eine besondere Klasse mit entsprechender Unterrichtssprache gebildet werden; beträgt diese Zahl weniger als 20, aber mindestens 10, so sind, wenn nicht eine besondere Klasse abgezweigt wird, zwei Jahrgänge zu einer Klasse mit gleicher Unterrichtssprache zu vereinigen (Art. 6). Klassen mit doppelter Unterrichtssprache sind nicht mehr zugelassen.

Besonders schwierig ist die Frage der „zweiten Sprache". Nach anerkannten Erziehungsgrundsätzen sollte die Volksschule eigentlich nur die Muttersprache pflegen. Die Mängel der Volksbildung und Volkserziehung im flämischen Lande rühren zumeist davon her, daß die Volksschule vielfach mit dem Unterricht in der zweiten, fremden Sprache zu sehr belastet war. Der Erfolg war im allgemeinen der, daß die flämischen Kinder weder ihre niederländische Muttersprache noch das Französische richtig erlernten und weder voll im Geiste der einen, noch der andern Sprache erzogen wurden. Das neue Volksschulgesetz enthält über die zweite Sprache überhaupt keine Vorschriften. Wohl aber heißt es in Art. 20, daß die für Großbrüssel und die Sprachgrenze zugelassenen Ausnahmen „die gründliche Erlernung der Muttersprache nicht beeinträchtigen dürfen" Demgemäß bleibt es nach Ministerialverordnung der Gemeinde bzw. der Schulleitung zwar überlassen, eine zweite Sprache als Unterrichtsgegenstand in den Lehrplan aufzunehmen, doch darf mit diesem Unterricht nicht vor dem dritten Schuljahr begonnen und es dürfen für ihn im dritten bis fünften Schuljahr nicht mehr als vier, im sechsten bis achten Schuljahr nicht mehr als fünf Stunden wöchentlich eingesetzt werden. Ferner können die Schulleitungen anordnen, daß frühestens vom sechsten Schuljahr an höchstens drei Fächer in der zweiten Sprache als Unterrichtsspache gelehrt werden; gleichzeitig muß aber die Zahl der für die zweite Sprache als Unterrichtsgegenstand angesetzten Stunden um zwei wöchentlich vermindert werden. Für alle diese Vorschriften über den Unterricht in der Muttersprache und der zweiten Sprache gilt die Paritätsklausel, d. h. wenn in den Gemeindeschulen einer Gemeinde flämische und französische Klassen eingerichtet sind, so muß in diesen Klassen der Unterricht in der Muttersprache bzw. in der zweiten Sprache für den betreffenden Jahrgang gleichmäßig geregelt werden. Über die Sprache der Schulverwaltung und Schulzucht ist bestimmt, daß sie der Unterrichtssprache der Schule bezw. Klasse entsprechen muß.

Die Vorschrift der Ministerialverordnung, daß zweisprachige Klassen nicht mehr zulässig sind, tritt für den jüngsten Jahrgang am 1. Mai 1916 in Kraft. Damit verschwindet in Großbrüssel von den 207 Klassen mit doppelter Unterrichtssprache eine große Anzahl. Sie wird zweifellos zum größten Teil durch flämische Klassen ersetzt werden müssen. Die übrigen Vorschriften treten in Kraft mit Beginn des Schuljahres 1916/17, jedoch diejenigen über die Teilung der Klassen nach der Muttersprache zunächst nur für die zwei jüngsten Jahrgänge, in jedem folgenden Schuljahre dann noch für den nächstältern Jahrgang.

Der Verordnung für Großbrüssel sollen demnächst die Ausführungsbestimmungen für die „Orte an der Sprachgrenze" folgen. Zugleich wird der Art. 20 des Schulgesetzes im reinflämischen Gebiete durchgeführt werden. Hier kann natürlich von solchen Einschränkungen des Grundsatzes, daß die Muttersprache das Mittel der Erziehung sein muß, wie sie für Großbrüssel übergangsweise noch zugelassen sind, nicht die Rede sein. Das Niederländische wird dort in allen Fächern und Klassen zu seinem vollen Recht kommen. Um die nötige Zahl von geeigneten Lehrkräften herbeizuschaffen, wird man flämische Abteilungen an den Lehrerseminaren bilden und inzwischen sich, soweit nötig, mit der Einrichtung niederländischer Sprachlehrgänge für die im Dienste befindlichen Lehrer und Lehrerinnen behelfen. Auch für die der Staatsaufsicht unterstehenden Kindergärten, die Fröbelschulen, die bisher vielfach dazu mißbraucht wurden, um die flämischen Kinder mit ein paar Brocken Französisch auszustatten und sie dann als Kinder französischer Zunge in die französischen Volksschulen zu bringen, ist eine Verordnung in Vorbereitung, welche diesen Mißstand beseitigen wird. Im ganzen besehen bedeuten diese Verfügungen des Generalgouverneurs abermals einen Schritt vorwärts auf der Bahn zur Wiederaufrichtung des niedergedrückten flämischen Volkstums. Es wird nun auch in Großbrüssel wieder zu seinem Rechte kommen können.

Fremdenblatt Abendbl
8/III. 1916

Die gewerblichen Lehranstalten Oesterreichs.

Auf Grund der vom Ministerium für öffentliche Arbeiten veröffentlichten Ausweise bieten die „Statistischen Mitteilungen" eine Uebersicht über den Stand der gewerblichen Lehranstalten Oesterreichs im Schuljahre 1913/14, wobei jedoch die mit Tagesschulen verbundenen gewerblichen Fortbildungsschulen nicht berücksichtigt sind. Danach gab es 3202 solcher Lehranstalten, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 147 Anstalten (= 4,8 Prozent) bedeutet; die Zahl ihrer Schüler und Schülerinnen betrug im Berichtsjahre 306.903 und ist gegen das vorangegangene Schuljahr um 14.904 (= 5,1 Prozent) gestiegen. Was die einzelnen Gruppen der Lehranstalten anlangt, so zählte man acht gewerbliche Zentralanstalten mit 106 Zweiganstalten, die zusammen von 11.661 Schülern, beziehungsweise Schülerinnen besucht waren. Ferner gab es 32 Staatsgewerbeschulen und verwandte Lehranstalten mit 19.891 Frequentanten, 9 Bau- und Kunsthandwerkerschulen mit 4056 Schülern, 133 Fachschulen für einzelne gewerbliche Zweige mit 18.628 Schülern, 15 Lehrwerkstätten mit 337 Frequentanten, 7 allgemeine Handwerkerschulen mit 2360 Schülern. Ueberdies zählte man 1573 selbständige gewerbliche Fortbildungsschulen, die von 200.098 Schülern und Schülerinnen besucht waren. An Lehranstalten für die weibliche Jugend im gewerblichen Berufe gab es 99 Frauengewerbe-, Koch- und Haushaltungsschulen mit 20.825 Schülerinnen und 1220 sonstige Anstalten mit 28.920 Schülerinnen.

Was die Verteilung der Anstalten auf die einzelnen Kronländer betrifft, so standen Böhmen mit 1044 solchen Schulen und 110.567 Frequentanten und Niederösterreich mit 940 solcher Anstalten mit 88.520 Schülern und Schülerinnen an der Spitze. Im Durchschnitte entfielen auf eine gewerbliche Schule in Niederösterreich 259, in Oberösterreich 167, in Böhmen 134, in Mähren 110, in Dalmatien 108 und im Küstenlande, Tirol und Vorarlberg je 104 Schüler und Schülerinnen; alle übrigen Kronländer weisen Durchschnittsfrequenzen unter 100 in Ziffern auf. Die oben erwähnten Zweiganstalten der gewerblichen Zentralanstalten bestehen aus 76 Filialanstalten und Wanderkursen der Anstalt für Frauenhausindustrie in Wien mit einem Gesamtbesuch von 5723 Personen und aus drei Fachschulen, 9 Lehrwerkstätten und 18 Wanderkursen der Lehr- und Versuchsanstalt für Korbflechterei in Wien mit einer Gesamtfrequenz von 2630 Schülern und Schülerinnen.

Vossische Zeitung

9./III. 1916.

Die höheren Schulen im Kriege.

In der Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses gab der Kultusminister bei der Besprechung des Kapitels „Höhere Lehranstalten" über die Einwirkungen des Krieges auf die höheren Lehranstalten folgende Zahlen:

Ungeschmälert sei der Unterricht in 644 höheren Lehranstalten aufrechterhalten worden, eingeschränkt sei er in 148 Anstalten. Man habe sich mit Kombinationen und Hilfskräften im weitesten Umfang geholfen. Unter den Hilfskräften befänden sich 411 Damen und 496 Personen, die eine besondere Prüfung nicht abgelegt hatten. Ueber die Schulzucht sei im allgemeinen nicht zu klagen, im Gegenteil festzustellen, daß der Ernst der Zeit auch auf die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten einen günstigen Einfluß ausgeübt habe; das äußere sich in der vielfachen Hilfe, die z. B. bei Goldsammlungen, bei den Kriegsanleihen, bei Metall- und Büchersammlungen und dergleichen hervorgetreten sei. Von dem Lehrpersonal waren zu Anfang des Jahres 1915 von den 15 000 Direktoren, Professoren, Oberlehrern und Hilfslehrern 7000 ins Feld gezogen. Jeder fünfte dieser Kriegsteilnehmer habe das Eiserne Kreuz erhalten. 60 Eiserne Kreuze erster Klasse seien an diese Kriegsteilnehmer verteilt worden und 1000 von diesen 7000 seien gefallen. Trotzdem sei ein Mangel an Oberlehreranwärtern für die Zukunft nicht zu befürchten.

Zur Frage der Kriegsprimaner erklärte der Minister, er könne sich in dieser Angelegenheit noch nicht festlegen, da er noch im Laufe des Monats März wegen dieser Angelegenheit sich mit den anderen deutschen Bundesstaaten in Verbindung setzen werde. Vorläufig habe die Unterrichtsverwaltung, wenn die Voraussetzung zutrifft, daß der Krieg im Herbst dieses Jahres zu Ende wäre, für die dann zurückkommenden Kriegsprimaner besondere Kurse in Aussicht genommen mit dem Ziel, daß sie Ostern 1917 die Reifeprüfung ablegen könnten, also keinerlei Einbuße, was die Zeit angehe, erführen, da sie ja ihr Einjährigenjahr dann ebenfalls schon zurückgelegt hätten. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme eines Zentrumsantrages:

> „Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, mit den Regierungen der übrigen deutschen Bundesstaaten in Verbindung zu treten, um eine gleichartige Behandlung der sogenannten Kriegsprimaner zu erreichen, wobei eine Nachlassung der Reifeprüfung in geeigneten Fällen und die Einrichtung von Ergänzungslehrgängen ins Auge zu fassen ist."

Reichspost
11./III. 1916

Ein Forschungsinstitut für Osten und Orient.

Nach eingehenden Vorarbeiten hat diesen Monat die formelle Bildung des Forschungsinstitutes für Osten und Orient stattgefunden, dessen Wirkungskreis vordem einem anderen Institut mit mehr allgemein gehaltenem Programm angegliedert war. Die Leitung besteht aus dem k. k. Universitätsprofessor Dr. Rudolf Geyer (für das orientalische Arbeitsgebiet), dem k. k. Universitätsprofessor Dr. Hans Uebersberger (für das osteuropäische Arbeitsgebiet) und dem Kammersekretär Dr. Erich Pistor (als Vertreter der Gruppe der Praktiker). Das Forschungsinstitut will den gemeinsamen Betrieb wissenschaftlicher und praktischer Studien von Vertretern der Wissenschaft und Praxis, betreffend Osten und Orient pflegen. In diesem Sinne soll den Wünschen und Bedürfnissen des Staates und seiner Volkswirtschaft Rechnung getragen werden. Wissenschaft und Praxis sollen sich bei den Institutsarbeiten (Vorträgen, Kursen, Veröffentlichungen) gegenseitig befruchten und ergänzen. Die Gründer glauben im angedeuteten wissenschaftlichen und praktischen Sinne brauchbare Aufklärungsarbeit, besonders betreffend das russische Reich und den slavischen Osten, sowie betreffend den Balkan und den nahen Orient leisten zu können. Dem Institute gehören bisher als Kuraten außer den Professoren Geyer und Uebersberger auch die k. k. Universitätsprofessoren Hofrat Dr. Josef C. Jiracek und Hofrat Dr. Alois Musil an; für den Orient als Mitglieder noch Professor Dr. v. Kraelitz-Greifenhorst (für den persisch-iranischen Kulturkreis), Dr. Grohmann (Altertumskunde, Vorderasien) Dr. v. Demel (für orientalische Altertumskunde), Dr. Tschermak (für nordostafrikanische Sprachen, Aegyptologie und neuarabische Literatur), betreffend den Osten: Privatdozent Dr. Tomaschewskij (Historiker), Privatdozent Dr. Rudnitzkij (Geograph), Dr. Hayek (besonders für Bulgarien) und Dr. Kuziela (Linguist). Der Gruppe der Praktiker gehören bisher an: Großindustrieller Dr. Richard Faber, kaiserlicher Rat Artur Lemberger, Präsident der Baumwollweber Oesterreichs, Direktor Friedrich Neureiter, Kammersekretär Regierungsrat Dr. Max v. Tayenthal, Generaldirektor Emanuel Weißenstein.

Fremdenblatt
11. III. 1916

* (Ungarische Sprache und Geschichte an der Berliner Universität.) Aus Berlin, 10. d., wird telegraphiert: Die fortschrittliche Volkspartei brachte im Abgeordnetenhause zur zweiten Lesung des Unterrichtsetats einen Antrag ein, womit die Staatsregierung ersucht wird, an der Universität Berlin baldigst einen Lehrstuhl für ungarische Sprache und Geschichte einzurichten.

13./III. 1916

36

Für eine ungarische Lehrkanzel in Berlin.

K. **Berlin**, 12. März. Dem Abgeordnetenhause ging eine Petition hervorragender Persönlichkeiten aus den Kreisen des Handels, der Industrie und der Wissenschaft, darunter des Generaldirektor Ballin, der Abgeordneten Erzberger und Friedrich Naumann sowie des Oberbürgermeisters Wermuth zu, worin ersucht wird, bei der Regierung dahin zu wirken, daß möglichst bald an der Universität Berlin ein Lehrstuhl für ungarische Sprache und Geschichte errichtet werde. Die Petition betont, daß es einer ausführlichen Begründung des Wunsches in der Zeit der Waffenbrüderschaft und Bundestreue nicht bedarf und weist darauf hin, daß an der Berliner Universität fast sämtliche Sprachen gelehrt werden, so daß es als eine Ehrenpflicht erscheine, der deutschen akademischen Jugend Gelegenheit zu geben, sich mit der Sprache und der Geschichte des treuen Bundesgenossen zu beschäftigen, besonders da das wirtschaftliche und ideelle Interesse auf Ungarn gerichtet sei. Die Petition schließt: Die Bundesgenossen, und zwar nicht nur die Ungarn selbst, sondern alle Völker Oesterreich-Ungarns, werden sicherlich einen solchen Entschluß, der einer sachlichen Notwendigkeit entspricht, mit den Gefühlen des Dankes als Quittung auf die bewährte Bundestreue begrüßen.

Fremdenblatt

13. III. 1916

37

* (**Die Zulassung der Frauen zum Rechtsstudium.**) Am 11. d. erschienen in Vertretung des Akademischen Frauenvereines und des Vereines für erweiterte Frauenbildung Frau Edita Mautner v. Markhof und Frau Marie Hafferl-Bernatzik beim Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ritter von Hussarek und überreichten eine Petition um Zulassung der Frauen zum Studium der Jurisprudenz. Minister Dr. Ritter v. Hussarek erklärte, seiner Ansicht nach wäre ein Jurist ohne praktische Ausbildung nicht denkbar, und es handle sich deshalb um die Auffassung jener maßgebenden Regierungsstellen, die bezüglich des Praktizierens von Frauen bei Gericht und in der Verwaltung in Betracht kämen. Es sei eben noch wenig Material gewonnen, um die Fähigkeiten der Frauen für die juristischen Fächer irgendwie einzuschätzen, ausgenommen vielleicht einige bemerkenswerte Ergebnisse auf klösterlichen Verwaltungsgebieten. Im übrigen werde er die Frage wohlwollend in Erwägung ziehen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 14./III. 1916

Die ungarische Lehrkanzel in Berlin.

Wie im Montagblatt berichtet wurde, ging dempreußischen Abgeordnetenhaus eine Petition hervorragender Persönlichkeiten aus den Kreisen des Handels, der Industrie und der Wissenschaft zu, worin ersucht wird, möglichst bald eine Lehrkanzel für ungarische Sprache und Geschichte an der Berliner Universität zu errichten. Die Petition hat folgenden Wortlaut:

„Die Unterzeichneten ersuchen das preußische Abgeordnetenhaus, bei der königlich preußischen Regierung dahin zu wirken, daß möglichst bald an der Universität Berlin ein Lehrstuhl für ungarische Sprache und Geschichte eingerichtet wird.

Einer ausführlichen Begründung dieses Wunsches bedarf es nicht in der Zeit der Waffenbrüderschaft und Bundestreue. Die Tatsachen sprechen für sich selbst: An der Berliner Universität kann man nicht bloß Sprache und Geschichte der großen Weltvölker studieren, auch die schwedische und dänische, die spanische und die rumänische, die polnische, türkische, arabische und selbst kirchenarabische, die chinesische, ja auch kasan-tatarische und sogar die Aymara-Sprache aus Südamerika haben dort ihre Vertretung. Da will es uns jetzt als eine Ehrenpflicht erscheinen, daß der deutschen akademischen Jugend doch auch Gelegenheit gegeben werde, sich mit der Sprache und Geschichte unsrer treuen Bundesgenossen zu beschäftigen. Wie wenig pflegt der Deutsche im allgemeinen von Ungarn zu wissen. Jetzt, wo das wirtschaftliche und ideelle Interesse auf Ungarn gerichtet ist, ist der Augenblick gekommen, diesen Zustand zu ändern. Die Notwendigkeit kann nicht verkannt werden, daß die Wissenschaft mit den Interessen der Oeffentlichkeit rechtzeitig Schritt hält. Unsre Bundesgenossen, und zwar nicht bloß die Ungarn selbst, sondern alle Völker Oesterreich-Ungarns werden sicherlich einen solchen Entschluß, der der sachlichen Notwendigkeit entspricht, mit Gefühlen des Dankes als eine Quittung auf ihre bewährte Bundestreue begrüßen.

Gezeichnet Generaldirektor A. Ballin, Hamburg; Dr. Ing. R. Bosch, Stuttgart; Doktor Franz Boese, Halensee; Reichstagsabgeordneter M. Erzberger, Berlin; Schriftleiter Wilhelm Heile, Schöneberg; Professor Dr. E. Jäckh, Berlin W; Dr. Felix Kallmann, Charlottenburg; Dr. Wilhelm Merton, Frankfurt a. M.; Dr. Fr. Naumann, Schöneberg; Professor Dr. Karl Rathgen, Hamburg; Albrecht Freiherr v. Rechenberg, Charlottenburg; königlich geheimer Kommerzienrat H. Rinkel, Berlin; Abgeordneter Doktor G. Roesicke, Berlin; Bankdirektor Doktor Schacht, Berlin; Oberverwaltungsgerichtsrat Eugen Schiffer, Abgeordneter Robert Schmidt, Karlshorst; Dr. F. Somary, Berlin; Stadtrat Professor Dr. Philipp Stein, Berlin; Hugo Stinnes, Mülheim an der Ruhr; Professor Max Weber, Charlottenburg; Oberbürgermeister Wirklicher Geheimrat Wermuth.

Reichspost 17/III. 1916

Abschrift

39

Schule und Weltkrieg.

Gute und schlechte Wirkungen des Krieges auf die Schuljugend. — Der schlechte Einfluß des Kinos. — Die nationale und vaterländische Begeisterung. — Der Opfersinn. — Die Schulen und die Kriegsanleihe. — Die Pflege des deutschen Volksliedes.

In der vergangenen Mittwoch in Schöners Gastwirtschaft in der Siebensterngasse abgehaltenen Versammlung des christlichen Wählervereines am Neubau sprach Bürgerschuldirektor GR. Mayer über die Schule und Schuljugend im Weltkriege.

Ausgehend von der Besprechung der allgemeinen Wiener Schulverhältnisse führte Redner aus:

Vor kurzer Zeit war eine Besprechung über die militärische Ausbildung der Jugend in München und bei dieser Gelegenheit sagte ein Vertreter des Heeresleitung folgendes: „Die geistige Bildung des deutschen Volkes ist einer der mächtigsten Faktoren der kriegerischen Erfolge des deutschen Heeres! Wer bisher den Wert und die Bedeutung der Schule unterschätzte, der wird jetzt durch die außergewöhnlichen Verhältnisse, die der Krieg herbeiführte, jedenfalls eines besseren belehrt worden sein!" Es ist gar nicht auszudenken, was aus unserer Jugend in der Großstadt geworden wäre, wenn sämtliche Schulen während der ganzen Kriegszeit geschlossen geblieben wären. Durch das sofortige zielbewußte Eingreifen des Bgm. Dr. Weiskirchner nach der Kriegserklärung vom 30. Juli 1914 wurde der Unterricht in allen Klassen der Volks- und Bürgerschulen Wiens am 16. September wieder aufgenommen, trotzdem mehr als die Hälfte der Schulhäuser vom Kriegsministerium mit Beschlag belegt und als Kasernen, militärische Bureaus oder Lazarette verwendet wurden und obwohl gleich bei der allgemeinen Mobilisierung ein Großteil der Lehrer auf den Kriegsschauplatz gesandt wurde. Daß unter solchen Umständen nicht der volle Unterrichtsbetrieb möglich war, sondern nur ein verkürzter, sogenannter Ersatzunterricht, ist selbstverständlich; statt des ganztägigen wird nur ein halbtägiger abgehalten. Dadurch, daß an Stelle der älteren, erfahrenen und geprüften Lehrkräfte junge, unerfahrene und an Stelle der mehr energischen, wie tatkräftigen männlichen, weibliche Lehrpersonen traten, griff eine allgemeine Verwilderung der Jugend um sich, der aber von den Schul- und Staatsbehörden energisch entgegengetreten wurde. Trotzdem wäre es noch sehr notwendig, wenn gegen gewisse Ausschreitungen der Jugend bei uns strengere Verordnungen und schärfere Verfügungen, ähnlich wie im Deutschen Reiche, erlassen und strengere Disziplinarmittel der Polizei in die Hand gegeben werden möchten. Nicht wenig tragen aber zur Verwilderung und Entartung der Schuljugend auch die Kinos bei, deren Zahl eine unerhört große ist und die auch die Zeit in welcher der Familienvater im Felde steht, die Schule die halbe Zeit gesperrt ist und die Mutter an den Sorgen des Lebens schwer zu tragen hat, ausnützen, um die Jugend an sich zu locken. Sie übertreffen an verderblichem Einflusse weit die sogenannte Schund- und Schmutzliteratur. Wie groß dieser Einfluß auf das jugendliche Gemüt ist, beweist eine Statistik der Polizei wonach diese im Jahre 1915 in 33.500 Fällen bei Jugendlichen in Wien einzuschreiten hatte. Die Hälfte dieser Jugendlichen wäre gewiß zu retten; denn die Kinder sind größtenteils nur ein Opfer ihrer Umgebung geworden.

Wenn nun die schlechten Folgen des Krieges auf die Schule geschildert wurden, so darf man nicht übersehen, daß der Krieg in den Schülern auch viel Gutes gezeitigt hat. Vor allem wäre die große nationale und patriotische Begeisterung zu erwähnen, die der Krieg in den Schülern ganz ohne Zutun der Lehrer herbeiführte. Die Kinder bringen den Kriegsereignissen das lebhafteste Interesse entgegen, nehmen jeden Sieg unserer Heere mit inniger Freude auf und zeigen stets das Bestreben, auch persönlich mithelfen zu wollen, wo es sich um die Unterstützung und Pflege der im Felde stehenden Soldaten oder um Sammlungen für Kriegszwecke handelt. Zum ersten Male zeigte sich der große Opfersinn, für welchen die Schüler auch ihre Eltern zu begeistern wußten, zur Weihnachtszeit 1914, wo die Schulkinder die ersten Liebesgaben für unsere Soldaten im Felde spendeten. Die meisten Schüler haben auch einen Nagel beim Wehrmann eingeschlagen, Steine in das Mosaikbild im Theseustempel eingesetzt, an verschiedenen Sammlungen wacker mitgeholfen usw. Die Spartage in den Schulen ergaben bis heute weit über 10.000 Kronen für die Kriegswaisen. Die Lehrer Wiens haben im Jahre 1915 freiwillig von ihren Bezügen für die Kriegsfürsorge einen Betrag von 164.000 Kronen gezeichnet. Die letzte große Leistung der Schüler war die Zeichnung für die dritte Kriegsanleihe. In einen vom Bgm. Dr. Weiskirchner als Vorsitzenden des Bezirksschulrates an die Schulen gerichteten Erlaß steht: Die auf Grund der eingelangten Berichte über die Schülerzeichnungen auf die dritte österreichische Kriegsanleihe vorgenommene Zählung habe ergeben, daß trotz der kurzen Frist von nur wenigen Tagen sich 29.806 Schüler der Volks- und Bürgerschulen Wiens an der Zeichnung mit einem Betrage von 3.944.900 Kronen im Wege der Schule beteiligten, wofür er diesen die vollste Anerkennung ausspreche. Ein Dankerlaß des Unterrichtsministers besagt, daß die Schüler der Wiener Mittelschulen mehr als 13 Millionen Kriegsanleihe zeichneten.

Zum Schlusse betonte Redner, daß der Krieg auch das nationale Bewußtsein in unserer Jugend gestärkt hat. Es wurde auch im Gegensatz zu früheren Zeiten in einem Erlaß der Unterrichtsbehörde darauf aufmerksam gemacht, daß das deutsche Lied in der Schule mehr gepflegt werden müsse. Man hat nämlich im Kriege die Beobachtung gemacht, daß die anderssprachigen Soldaten über einen guten Liederschatz verfügen, während die deutschen in dieser Beziehung arm daran sind. Sie können selten die gleichen Lieder und wenn schon, so häufig bloß die erste Strophe. Soll es diesbezüglich besser werden, muß eine Reihe von Liedern für alle deutschen Schulen in Oesterreich zusammengestellt und sämtliche Strophen auswendig gelernt werden. Direktor Mayer hob auch die allerorten wahrnehmbare Liebe und Begeisterung der Jugend für Kaiser, Vaterland und Armee hervor. So lange ein solcher aufrichtiger, vom Herzen kommender Patriotismus in unserer Jugend lebt, braucht uns um das Vaterland nicht bange zu sein. Redner schloß mit einem Hoch auf eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes in Oesterreich.

Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall, worauf nach kurzer Wechselrede Vorsitzender Abg. Ohrsandl die Versammlung schloß.

Fremdenblatt
18./III. 1916

Der ungarische Lehrstuhl für die Berliner Universität.

K. Berlin, 17. März. Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag betreffend Errichtung eines Lehrstuhles für ungarische Sprache und Geschichte an der Berliner Universität der Unterrichtskommission zugewiesen.

Die „Tägliche Rundschau" tritt anläßlich der Besprechung dieses Antrages auch für die Errichtung eines Lehrstuhles für spezifisch österreichische Geschichte ein.

Die Zeit
18./III. 1916

* [**Bezug von Kriegsschuhen in der Steiermark.**] Die vom Statthalter in Steiermark eingeleitete Aktion zur Beschaffung von Kriegsschuhen mit Holzsohlen, über die wir schon kurz berichtet haben, hat in Steiermark allenthalben, wie die zahlreichen Bestellungen erweisen, großen Anklang gefunden. Zunächst sind die Bestrebungen des Statthalters darauf gerichtet gewesen, den auf die Versorgung der Schuljugend mit Kriegsschuhen abzielenden Wünschen der Bezirksschulbehörden, Ortsschulräte und Schulleitungen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Die bisher von dieser Seite eingelangten Bestellungen werden, wie die Grazer Tagespost erfährt, in allernächster Zeit vollständig erledigt sein. Sobald die Schuljugend mit Schuhwerk versorgt ist, werden die Kriegsschuhe mit Holzsohlen auch den anderen Bevölkerungskreisen in Steiermark zugänglich gemacht werden, und zwar durch die Vermittlung von Wiederverkäufern an allen größeren Orten des Landes. Für die Kriegsschuhe mit Holzsohlen sind die Verkaufspreise, die auch auf den Schuhen selbst ersichtlich gemacht sind, je nach der Größe wie folgt festgesetzt: 6.60, 8.20, 10.30 und 12.80 Kronen. Die Schuhe sind aus gutem, naturbraunem Leder und haben ein sehr gefälliges Aussehen.

Die Zeit
18. III. 1916

Schulfragen.

Ein Lehrerveteran schreibt uns: „Es wird von Schulmännern unter anderem auch darüber geklagt, daß während der Kriegszeit die Jugend schwer in Zucht und Ordnung zu halten sei. Die Turnsäle, wo die Jugend ihre überflüssige Kraft verausgaben könnte, sind zum größten Teil für Kriegs- und andere Zwecke in Anspruch genommen. Wir empfehlen daher nach Tunlichkeit die Verwendung der Schulhausgänge oder der Klassenzimmer usw. zur Vornahme von Freiübungen. Letztere sind das beste Erziehungsmittel in der Schule und erzeugen außerdem geistige Frische und leibliches Wohlbefinden. Auf diese Weise dürften die Lernenden aus den Erregungen und Erschütterungen dieser Zeit keinen zu großen Schaden mit ins Leben hinaustragen. Auf die elterliche Erziehungsarbeit kann sich die Schule derzeit nicht verlassen. Diese turnerischen Freiübungen sind auch den Lehrpersonen von Nutzen, sie bleiben hierdurch in Fühlung mit dem Jugendturnen und frischen ihren eigenen Körper und Geist wieder auf, so daß sie um so freudiger täglich an das Werk der Jugendbildung und Erziehung herantreten. Ausflüge kräftigen auch zu fleißigem Schaffen für die kommenden Tage. Gesunde, kräftige, erwerbsfähige, charaktervolle und wehrhafte Menschen könnten die Schulen auf diese Weise noch immer heranbilden, wenn getrachtet wird, daß der Geistesbildner durch den Körperpfleger und Körpererzieher unterstützt wird."

Die galizischen Schulen im Krieg.

Ein Mittelschullehrer schreibt uns aus Galizien: „Hochgeehrte Redaktion! Gestatten Sie mir, im Anschlusse an den Artikel in der ‚Zeit' vom 7. d. ‚Schulfragen' als Schulmann einige Betrachtungen anzuknüpfen, die sich auf das Schulwesen in Galizien beziehen. Wenn das Bild der geistigen Erziehung unserer Schuljugend in allen Provinzen sowohl Oesterreichs als auch Deutschlands recht traurig ist und trübe Aussichten für die Zukunft eröffnet, so sind die Zustände bei uns in Galizien in dieser Beziehung noch schlimmer. Der Krieg, dessen Härten das unglückselige Land am stärksten zu fühlen bekam, hat in dem gesamten Schulleben viel Unheil angerichtet. Infolge der Kriegsereignisse wurde der Unterricht in den meisten Schulen unterbrochen, und zwar durchschnittlich für das ganze Jahr. Wenn man von dem kleinen Prozentsatz jener Schüler absieht, die sich in der glücklichen Lage befanden, ihre Studien an deutschen und tschechischen Anstalten oder in den polnischen Spezialkursen fortsetzen zu dürfen, so kann man ohne Uebertreibung sagen, daß diese ganze Zeit hindurch unsere Schuljugend ohne jegliche pädagogische und erzieherische Leitung blieb. Es ist selbstverständlich, daß nicht nur gewaltige Lücken in den Kenntnissen der Schüler gerissen, sondern auch allgemeine Vernachlässigung und geistiger Rückstand bewirkt wurden. Dazu kommt noch der moralische Schade, den unsere Jugend während und infolge der Russenherrschaft erlitten hat. Man muß bedenken, daß in den kleineren von den Russen besetzten Städten Galiziens Zustände eingetreten waren, die jeglicher Moral, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Leben spotteten. Das schlechte Beispiel der russischen Soldaten und Offiziere, Hunger und Not, die erlahmte Aufsicht der Eltern, das alles leitete die jugendlichen Gemüter auf die abschüssigen Bahnen moralischen Verfalles, wenn nicht geradezu des Verbrechens. Nun gilt es, den Schaden gutzumachen, und uns Lehrern kommt die ungemein schwierige Aufgabe zu, durch gesteigerte Arbeit die Lücken auszufüllen und die geistige Entwicklung unserer Jugend zu fördern und wenn möglich die letzten Spuren des schädlichen Einflusses auf die Moral der Schüler mit Stumpf und Stiel auszurotten. Den Uebelständen soll mit Zustimmung des Unterrichtsministeriums durch die Schaffung kombinierter Klassen in allen Mittelschulen entgegengewirkt werden. Im Laufe eines Schuljahres, das auf 12 Monate ausgedehnt wurde, soll der Lehrstoff zweier Jahrgänge bewältigt werden. Ausgenommen ist nur die erste Klasse. Diese von den meisten galizischen Pädagogen als malum necessarium bezeichnete Einrichtung hat die gute Seite, daß die im Lande zurückgebliebenen Schüler gegenüber ihren anderen Kollegen nicht zu kurz kommen und keinen Zeitverlust beklagen. Dieser Lehrplan stellt natürlich weit größere Anforderungen an die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Mittelschullehrer, um so mehr, als sie meistenteils bei erhöhter Stundenzahl arbeiten. Es müssen ja auch die einberufenen Kollegen vertreten werden. Trotzdem aber bleibt der Erfolg dieser mühevollen und doch so wichtigen Arbeit für die Zukunft illusorisch, solange unsere Mittelschulen keine sichere Garantie für den Abschluß ihres pädagogischen sowie didaktischen Pensums haben. Diese Garantie kann uns nur die Regierung bieten, wenn sie die Interessen der Schule und der Jugend in wohlwollendster Weise berücksichtigt. Mit dem ökonomischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Galiziens hat man bereits begonnen, diesem sollte sich ein Aufbau des geistigen und kulturellen Lebens anschließen, und der Schule muß dabei wohl der erste Platz eingeräumt werden. Die Sorge um die Schule darf man jetzt nicht aus den Augen lassen, man darf sie nicht anderen Interessen des sozialen und politischen Lebens aufopfern — nicht einmal militärischen Rücksichten. Die Schule arbeitet ja für die Zukunft."

Die Zeit

19./III. 1916

Semesterschluß an der Universität.

Im Laufe dieser Woche haben nahezu alle Professoren der verschiedenen Fakultäten an der Wiener Universität ihre Vorlesungen im Wintersemester geschlossen. Die Prüfungen werden in der nächsten Woche noch fortgesetzt, auch finden die Promotionen aller vier Fakultäten noch bis anfangs April statt. An der Wiener Universität waren im bereits abgeschlossenen Wintersemester 1915/16 insgesamt 4518 Studierende, darunter 3350 männliche und 1168 weibliche Hörer, inskribiert. Hiervon entfielen auf die theologische Fakultät 235 Hörer, auf die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät 1575 Hörer, auf die medizinische Fakultät 1160 und auf die philosophische Fakultät 1548 Hörer. Die Anzahl der weiblichen Studierenden, die auf der philosophischen und medizinischen Fakultät eingeschrieben waren, betrug 1168.

Die Zeit
19./III. 1916

Die Kappen an den Mädchen-Lehranstalten.

Bekanntlich hat das Unterrichtsministerium den Mittelschülern das Tragen von bunten Kappen gestattet. Die Kappen sollen hauptsächlich von den Schülern, die sich für die militärischen Uebungen gemeldet haben, getragen werden, um dadurch, wenn sie in Reih und Glied antreten, eine gewisse Uniformierung zu erzielen. Seit zwei Monaten sieht man nun auch Mittelschülerinnen mit den blauen, grünen und dunkelroten Kappen, die Schulbücher unterm Arm, auf den Straßen und in der Straßenbahn. Selbst ganz kleine Mädchen tragen die Kappen mit einem Stolz, als ob sie wirkliche Couleurstudentinnen wären. Gegen diese Einführung der bunten Kappen an den Mädchen-Mittelschulen macht sich aber schon eine sehr kräftige Gegenbewegung geltend. Mehrere Direktionen solcher Lehranstalten haben den Mädchen das Tragen solcher Kappen untersagt. Von der Direktorin einer bekannten Mädchen-Lehranstalt wird uns hierzu folgendes zur Begründung des Kappenverbotes mitgeteilt: Das Tragen von bunten, in jeder Mädchen-Lehranstalt gleichfarbigen Kappen seitens 14- bis 18jähriger Mädchen widerspricht den Prinzipien einer guten Erziehung junger Mädchen völlig. In diesem Alter sollen die Mädchen sich für die Aufgaben des Lebens, die sie sich gestellt haben, zielbewußt vorbereiten, aber möglichst unauffällig und ohne die Aufmerksamkeit der Männer auf sich zu lenken. Durch diese grünen und roten Kappen wird der Blick der Vorbeigehenden unwillkürlich angezogen, die Kappe macht das Mädchen auffallend, und wenn ihm die Männer dann nachsteigen, was nicht selten vorkommt, so wird es, statt an seine ernsten Studien zu denken, von seinem Ziel abgelenkt, kokett und vergnügungssüchtig. Diese Kappen sind übrigens auch für Mädchen geschmacklos, denn die gleiche, sagen wir blaue Kappe einer Anstalt, paßt vielleicht auf einen blonden Kopf, aber keinesfalls zu jeder Haarfarbe und Haarfülle. Diese Uniformierung der Mädchen ist also nicht geschmackvoll, denn die natürliche Anmut der Mädchen besteht gerade in der Verschiedenheit ihres Wesens, dem ihr Aeußeres entsprechen soll.

Reichspost
21. III. 1916

Die Studentenmützen der Mittelschüler.

Eine Denkschrift der katholisch-deutschen Studentenverbindungen.

In der Angelegenheit des Tragens von Studentenmützen durch Mittelschüler sprachen die Vertreter des Wiener Kartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen beim Rektor der Universität Hofrat Menzl vor und überreichten ihm nachstehende Denkschrift:

„An den hohen akademischen Senat der k. k. Universität Wien! Die im Wiener Kartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (WCV.) vereinigten Verbindungen „Norika", „Austria", „Rudolfina", „Nordgau", „Kürnberg", „Nibelungia", „Rugia", „Marco-Danubia", „Franco-Bavaria", „Aargau" erlauben sich einem hohen akademischen Senate der k. k. Wiener Universität nachstehende Entschließung geziemend mitzuteilen:

Mit lebhaftem Bedauern haben die genannten Vereinigungen wahrgenommen, wie der Erlaß des hohen k. k. n.-ö. Landesschulrates, mit welchem den Frequentanten der Mittelschulen unter gewissen Voraussetzungen das Tragen studentischer Mützen freigestellt wird, in der Praxis gehandhabt wird.

Allenthalben tauchen im Wiener Straßenbild Mittelschüler beiderlei Geschlechts und aller Altersklassen mit studentischen Abzeichen (Mützen) auf, die sich in nichts von den bisher den Angehörigen akademischer Korporationen vorbehaltenen Abzeichen unterscheiden.

Allem Anscheine nach handelt es sich bei der Neueinführung der Studentenmützen für Mittelschüler, die dem Vernehmen nach für Kriegsdauer fakultativ, später obligatorisch in Kraft treten soll, um eine wenig glückliche Nachahmung reichsdeutschen Vorbildes.

Während in Deutschland die von den Mittelschülern getragenen Mützen sich in Form und Farbe und sonstiger Ausstattung von den studentischen Abzeichen in einer Weise unterscheiden, die jede Verwechslung ausschließt, ist dies bei den neueingeführten Mützen der Mittelschüler Oesterreichs durchaus nicht der Fall.

Nicht nur, daß sich die Farben dieser Mittelschulmützen nicht auf die einfachen Farben — wie dies in Deutschland üblich ist — beschränken, sondern in allen Farbentönen auftreten, ahmen sie die Abzeichen akademischer Korporationen auch in der Form und in der Mützenperkussion (Zwei-, bezw. Dreiteilung derselben) so täuschend nach, daß nicht nur dem Laien, sondern auch dem mit dem akademischen Korporationswesen Vertrauten eine Unterscheidung unmöglich gemacht wird.

Abgesehen davon, daß diese täuschende Nachahmung ohne Zweifel geeignet ist, zwischen Hochschülern und Mittelschülern zu ernsten Unzuträglichkeiten zu führen, läßt sich mit Recht befürchten, daß die Oeffentlichkeit, die bei der gegenwärtigen Ausstattung der von den Mittelschülern getragenen Mützen akademische Bürger und Mittelschüler voneinander zu unterscheiden außerstande ist, für alle von der Mittelschuljugend begangenen Taktlosigkeiten und Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden. Daß hiedurch das Ansehen der akademischen Korporationen und im notwendigen Zusammenhange auch die Würde der Alma mater einer schweren Gefährdung ausgesetzt ist, bedarf keiner besonderen Begründung.

In dem Tragen der althergebrachten, historisch begründeten studentischen Abzeichen erblicken alle akademischen Korporationen ohne Unterschied den Ausdruck der akademischen Freiheit und Ehre und des offenen Bekenntnisses ihrer Grundsätze.

Mit Rücksicht darauf stellt der Wiener Kartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen mit allem Nachdruck fest, daß die Nachahmung dieser jedem Couleurstudenten teuren Abzeichen durch Mittelschüler, denen die bunte Mütze nur ein neumodisches Kleidungsstück ist und auch nur sein kann, als eine schwere und durch nichts gerechtfertigte Kränkung und Zurücksetzung der farbentragenden Akademiker anzusehen ist.

Diese Kränkung stellt sich um so empfindlicher dar, als die farbentragende akademische Bürgerschaft fast vollzählig im Felde steht, um für die Ehre und Größe des Vaterlandes zu kämpfen, um so empfindlicher in einer Zeit, da so viele junge und alte Akademiker ihre Ueberzeugungstreue, die sie in Friedenszeiten nach außen hin durch das Tragen der Studentenmütze bekundeten, im Felde mit ihrem Blute besiegeln.

Sollten es sachliche Gründe, etwa disziplinärer Natur, unabweislich erscheinen lassen, auch in den deutschen Alpenländern, etwa wie in Bosnien oder Galizien die Mittelschuljugend durch das Tragen von Abzeichen kenntlich zu machen, so wäre dies unseres Erachtens wohl auch auf eine Weise durchführbar, welche die altehrwürdigen, wohl erworbenen Rechte akademischer Korporationen nicht verletzt.

Gegen die derzeitige Ausstattung der Abzeichen der Mittelschüler legen die genannten Vereinigungen entschiedenste Verwahrung ein und bitten einen hohen akademischen Senat der alma mater Rudolfina maßgebenden Orts auf eine Abänderung der erwähnten Verfügung oder der bisher beobachteten Handhabung derselben im Interesse der Erhaltung des Ansehens der akademischen Bürgerschaft und des akademischen Standes gütigst hinwirken zu wollen.

Für die im W. C. V. vereinigten katholischen deutschen Studentenverbindungen die derzeit geschäftsführende Verbindung „Franco-Bavaria".

Neues Wiener Tagblatt
21./III. 1916

47

Verbot des Kappentragens für Mittelschüler.

Das Unterrichtsministerium hat — wie wir erfahren — mit einem Runderlaß den Mittelschülern das Tragen bunter Kappen, insbesondere solcher, die denen der Studentenverbindungen ähnlich sind, streng untersagt, indem es an ältere, nicht aufgehobene Verbote erinnert. Dort, wo an Mittelschulen derartige Kappen eingeführt wurden, dürfen sie nicht weiter getragen werden.

Durch diese Verfügung sind die Mittelschüler in Galizien, wo eine eigene Uniformierungsvorschrift besteht, nicht betroffen.

Pester Lloyd
22. III. 1916

(Gegen die unnötige Erhöhung der Ausgaben für Schulbücher.) Seit Jahren gibt der Umstand ständig Anlaß zu Klagen, daß die meisten Verfasser von Lehrbüchern von Jahr zu Jahr kleine, zumeist ganz belanglose Aenderungen an ihren Werken vornehmen und sie in neuer Auflage erscheinen lassen. Während diese in der Regel ganz unbegründeten Neuauflagen der Schulbücher einerseits das Einkommen der Autoren und Herausgeber wesentlich vermehren, erhöhen sie andererseits überflüssigerweise die Ausgaben der Eltern, die ja immer die neueren und teuereren Bücher für ihre Kinder kaufen müssen und die älteren Auflagen der Schulbücher, obgleich auch diese noch sehr gut ihrem Zwecke entsprechen würden, nicht beschaffen dürfen. Bei diesem System ist es auch ausgeschlossen, daß zum Beispiel ein Schulknabe die Bücher seines älteren Bruders benütze. Es mußte ein Weltkrieg ausbrechen, damit dieser Unfug bemerkt und — wenigstens für eine gewisse Zeit — zum Besten der weniger bemittelten Eltern, deren Budget sehr wohl einige Entlastung verträgt, abgeschafft werde. Schon im vorigen Jahre hat der damalige Leiter der hauptstädtischen Unterrichtssektion und jetzige Vizebürgermeister Dr. Franz Déri eine Verordnung erlassen, mit der er die unnötigen Neuauflagen von Schulbüchern einzuschränken versuchte, und jetzt will auch der Unterrichtsminister selbst verhindern, daß die Eltern mit derartigen unnötigen Ausgaben belastet werden. Der Minister hat zu diesem Zwecke an den Magistrat der Hauptstadt ein Reskript gerichtet, worin er ausdrücklich verbietet, während der Dauer des Krieges an den Schulbüchern Aenderungen vorzunehmen, und den Wunsch ausspricht, daß, falls die Lehrkörperschaften solche Aenderungen bereits beschlossen hätten, die hierauf bezüglichen Beschlüsse nicht durchgeführt werden sollen. Der Magistrat nahm das Reskript des Ministers zur Kenntnis und teilte seinen Inhalt sämtlichen Schulen mit. Es wäre zu wünschen, daß diese Maßregel, soweit es die Interessen des Unterrichts gestatten, auch nach dem Kriege aufrechterhalten bleibe.

Fremdenblatt
22./III. 1916

* (**Verbot des Kappentragens für Mittelschüler.**) Das Unterrichtsministerium hat mit einem Runderlaß den Mittelschülern das Tragen bunter Kappen, insbesondere solcher, die denen der Studentenverbindungen ähnlich sind, streng untersagt, indem es an ältere, nicht aufgehobene Verbote erinnert. Dort, wo an Mittelschulen derartige Kappen eingeführt wurden, dürfen sie nicht weiter getragen werden. Durch diese Verfügung sind die Mittelschüler in Galizien, wo eine eigene Uniformierungsvorschrift besteht, nicht betroffen. — Die Mittelschüler und Mittelschülerinnen werden um ihren kaum errungenen Glanz gebracht. Eben sah man sie noch in der burschikosen Würde ihrer schwunghaften Käppchen, deren Unternehmungslust in der letzten Zeit die Sensation der Straße war, und nun stieß der eben verlautbarte Erlaß des Unterrichtsministeriums, der das Tragen bunter Kappen und besonders jener Kappen, die denen der Studentenverbindungen ähnlich sind, streng verbietet, unter das von Farben berauschte Völkchen. Der Erlaß ist zweifellos danach angetan, dem Unfug zu steuern, der das Kappentragen der Mittelschüler zu einem Spiel mit der Würde der wirklichen Studenten gestaltete und gar nicht in Einklang zu bringen war mit den Zweck, um derentwillen es eben Schüler männlichen und weiblichen Geschlechtes gibt. Nun fällt also die Trikolore, die sich einige Wochen lang um die Käppchen schlang, und deren Ernst wird wohl auch insofern zum Ausdruck kommen, als sie selbst der Funktion als Kopfbedeckung wieder dienen sollen.

Die Zeit
22./III. 1916

Das Farbenverbot an den Mittelschulen.

Am Samstag ist, wie bereits mitgeteilt wurde, allen Direktionen der Mittelschulen und verwandten Anstalten ein Erlaß des Landesschulrates zugegangen, in dem es heißt, daß sich der Landesschulrat veranlaßt gesehen hat, bis zu einer eventuellen „generellen Regelung" der Angelegenheit das Tragen von Kappen an allen Mittelschulen zu verbieten. Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, ist eine generelle Regelung der Frage in absehbarer Zeit keinesfalls zu erwarten, der Passus wurde bloß aufgenommen, um eventuell später im Hinblick auf die uniformierten Mittelschüler in Galizien und der Bukowina die Angelegenheit endgültig zu regeln. Vorläufig bleibt es bei dem Verbot der Farben. Dieses Verbot ist nicht jetzt erst erflossen, sondern besteht schon seit Jahrzehnten; es wurde bloß ausdrücklich erneuert, da sich an mehreren, hauptsächlich privaten Mittelschulen für Knaben und Mädchen spontan, ohne jede behördliche Bewilligung, vielleicht mit Duldung der Direktoren, der Unfug des Kappentragens herausgebildet hat. Keine Schulbehörde, weder Landesschulrat noch Unterrichtsministerium, hat jemals die Erlaubnis zum Kappentragen erteilt. Die Mittelschüler haben sich das selbst eingeführt, wahrscheinlich angeregt durch das Beispiel der galizischen Mittelschüler, die bekanntlich Kappen tragen. Die letzte Veranlassung zum Einschreiten bot der Umstand, daß der Landesschulrat in Erfahrung brachte, farbentragende Studenten der Universität seien beim Rektorat vorstellig geworden, um gegen die bunten Kappen der Mittelschüler, die als eine Kränkung und Zurücksetzung der farbentragenden Akademiker empfunden würden, Verwahrung einzulegen. Es war auch zu befürchten, daß zwischen den Hochschülern und den Mittelschülern schwere Konflikte, vielleicht sogar Prügeleien heraufbeschworen würden. Um allen Konflikten auszuweichen, ist daher das Verbot des Kappentragens erflossen.

Reichspost
23./III. 1916

Die farbigen Schülerkappen verboten.

Also endlich. In den Mittelschulen und auch in den Handels- und kaufmännischen Schulen ist gestern und heute vormittag der Runderlaß des Unterrichtsministeriums, enthaltend, das Verbot farbiger Kappen für Mittelschüler bekanntgegeben worden. — Damit wird einem wahren Unfug ein Ende gemacht. Vorausgegangen war eine Aufforderung des Statthalters an die Schulleitungen über Art und Umfang der eventuellen Einführung von Kappen amtlich sofort Bericht zu erstatten. Das Ergebnis war ein derartiges, daß das Unterrichtsministerium sofort mit dem radikalen Verbot einschritt. Es blieb gar nichts anders angesichts dieser Verwirrung über.

Ein an sich ganz löblicher Gedanke, den Mittelschülern ähnlich wie Deutschland Abzeichen zu geben und damit Disziplin und Zusammengehörigkeitsbewußtsein zu fördern, ist durch die Oberflächlichkeit, mit der das Unternehmen begonnen wurde, umgebracht worden. Niemand wußte eigentlich, wer die Neueinführung aufgetragen und für ihre systematische Anwendung die Sorge übernommen habe. Es scheint, daß es eine solche Stelle nicht gab. Und so machte jeder Rektor was er wollte; jeder wählte die Mütze, die ihm gerade gefiel, eine Reihe von Wiener Anstalten der verschiedensten Kategorien hatten dieselben Mützen, an jeder Anstalt beinahe war die Mützenordnung anders, nicht nur Mittelschulen, sondern auch Gewerbe- und zweiklassige Handelsschulen begannen schon die Mützen der Hochschulstudenten sich beizulegen. Dazu erschienen auch mehrfarbige Bänder bei Buben und Mädchen, getragen nach Art der akademischen Verbindungsabzeichen. Am Schlusse kannte sich niemand mehr aus. Es war eine Orgie der Umordnung. Es half nichts mehr, als das gründlichste Reinemachen. Das ist nun geschehen. Leider ist wirklich vielen Eltern in diesen teueren Zeiten überflüssig Geld abgenommen worden und überdies sind noch ein paar tausend Meter Stoff unnütz vergeudet worden. Hoffentlich zieht man daraus eine Lehre.

Wenn man eine Abzeichenordnung an den Mittelschulen einführen will — in anderen Anstalten hat sie überhaupt keinen Sinn — dann darf es nicht eine Abzeichenordnung sein und muß nach Sinn und Zweck klar bestimmt sein. Es gibt jetzt übrigens wichtigere Fragen für die patriotische Schulererziehung als diese Neueinführung.

Österr. Volkszeitung
23./III. 1916

Das Wiener Kappenverbot.

Die verschwundenen bunten Mützen.

Der bunten Kappenherrlichkeit der Wiener Mittelschüler und -schülerinnen ist, wie schon berichtet, nachdem sie einige Wochen gedauert hatte, nun durch ein Verbot des Unterrichtsministeriums ein Ende bereitet worden. Das Verbot untersagt bekanntlich strenge besonders das Tragen solcher Mützen, die jenen der studentischen Verbindungen an den Hochschulen ähneln, und erinnert hiebei an bereits früher erlassene und noch geltende Verbote. In den Mittelschulen wurde vorgestern und gestern der Runderlaß des Unterrichtsministeriums, das Verbot farbiger Kappen für Mittelschüler betreffend, den Schülern bekanntgegeben. Vor den versammelten Klassen wurde von den Professoren der Inhalt des Erlasses verlesen, der auch sofort in dem Verschwinden der zumeist grünen oder violetten Kappen zur Geltung gelangte.

Der Erlaß, der auch für nichtstaatliche Lehranstalten Gültigkeit besitzt, führte in den Handelsschulen für Knaben und Mädchen zur sofortigen Auflassung des Kappentragens. In den Gremialhandelsschulen des kaufmännischen Gremiums wurde den Schülern das Tragen farbiger Kappen, im Schulhause selbst, schon Montag untersagt.

Nicht leicht war es hingegen, den Schülerinnen der Handels- und Privatschulen die unbedingte Notwendigkeit des Ablegens der Kappen begreiflich zu machen. Die jugendlichen „Hörerinnen" hatten zum Teil die neue Kopfbedeckung in den letzten Wochen in ihrer Weise zu „kultivieren" verstanden und man hatte bereits Kappen in allen — „Modefarben" auftauchen gesehen. Nun, als das Verbot bekanntgegeben wurde, schilderten die jungen Mädchen die „Verlegenheit", die ihnen dadurch bereitet wäre, daß sie einerseits „keine Frühjahrshüte mehr" bekämen, da sie im Besitze der Kappe den Ankauf unterlassen hätten, andererseits aber nicht wüßten, wem sie die bereits angekauften Kappen wieder verkaufen sollten.

In anderen Privathandelsschulen, wo blaue Kappen mit silberner Borte für den ersten Jahrgang und mit goldener Borte für den zweiten Jahrgang getragen wurden, hatte man erst in den letzten Tagen neue „Distinktionen" ersonnen, um die Frequentanten von den Mittelschülern separat zu kennzeichnen. Man bestellte Abzeichen von weißem und gelbem Metall in der Form von „Merkurstäben", geflügelt und von dem Schlangensymbol umgeben.

Der ganzen Kappenmode hat nun der Erlaß des Unterrichtsministeriums ein Ende gemacht, nachdem, wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilten, eine Reihe von Schulleitern aus erziehlichen und anderen Gründen die neue Einführung, die förmlich über Nacht emporgeschossen war, entschieden abgelehnt hatte.

- Fremdenblatt
23./III. 1916

* (Ungarische Gelehrte an der Konstantinopler Universität.) Aus Konstantinopel wird uns telegraphiert: Die türkische Regierung beschloß, an der türkischen Universität in Konstantinopel für zwei Lehrstühle ungarische Gelehrte zu berufen. Unter dem Vorsitze des Ackerbau- und des Handelsministers wurde eine türkisch-ungarische Vereinigung gegründet.

Kölnische Zeitung 23./III. 1916.

54

Das Reifezeugnis für Kriegsteilnehmer.

++ **Darmstadt**, 23. März. (Telegr.) Im hessischen Landtag wurde ein nationalliberaler Antrag folgenden Inhalts einstimmig angenommen: „Wir beantragen, daß den Schülern der neunklassigen höhern Schulen, die beim Kriegsausbruch durch eine Notprüfung die Reife für Oberprima erworben hatten und seitdem ununterbrochen im Heere stehen, das Reifezeugnis zum Besuch der Hochschulen ohne weitere Prüfung ausgestellt wird, falls der Lehrerrat sich dahin ausspricht, daß sie beim Fortsetzen des Schulbesuchs dieses Ziel erreicht hätten und die Militärbehörde eine tadellose Führung bescheinigt." Zu dieser Frage hatte vor der Abstimmung der Leiter des hessischen Schulwesens, Staatsrat Süffert, mitgeteilt, daß in den ersten Kriegstagen vielen jungen Leuten aus Oberprima das Reifezeugnis mit ins Feld gegeben worden sei; später habe man auch Unterprimaner zur Prüfung zugelassen und ihnen neun Monate der Schulzeit erlassen. Die Regierung habe aber dann die Folgerungen solcher frühzeitigen Entlassung und die Notwendigkeit einer Vereinbarung der verbündeten Regierungen in Betracht ziehen müssen. Es seien bereits Vereinbarungen unter den verbündeten Regierungen eingeleitet, um Mittel und Wege zu finden, den Kriegsteilnehmern den spätern Besuch der Hochschulen zu ermöglichen. Ein bestimmtes Ergebnis dieser Frankfurter Besprechung könne zwar noch nicht mitgeteilt werden, aber Besorgnisse seien keinesfalls am Platz. Man sei sich einig, daß den jungen Leuten, die den Feldzug mitgemacht haben, nicht zugemutet werden könne, wieder die Schulbank zu drücken. Anderseits aber müßten sie lernen, wissenschaftlich zu arbeiten, da sie einer solchen Arbeit durch den Krieg entfremdet seien. Die geeignete Form hierfür werde schon gefunden werden.

Die Zeit
24./III. 1916

Das Farbenverbot an den Mittelschulen.

Der Erlaß des Landesschulrates, mit dem an allen Mittelschulen, und zwar sowohl an den staatlichen als auch an den privaten, ausnahmslos das Tragen von bunten Kappen verboten wurde, hat in Elternkreisen sowie bei den Schülern und Schülerinnen eine bemerkenswerte Verstimmung hervorgerufen, die aus zahlreichen uns zukommenden Zuschriften zu ersehen ist. In einer der Zuschriften heißt es: „Da bekanntlich die Schuldirektionen nicht ohne Bewilligung der obersten Behörde solche Zugeständnisse machen, ist die Angabe, daß eine Bewilligung nicht erfolgt ist, nicht verständlich. Da eine Kappe 5 Kronen 50 Heller kostet, wovon 50 Heller für Fürsorgezwecke entfielen, wurden viele tausend Kronen nutzlos ausgegeben, weil viele Eltern den Kindern die Kappen anschafften, um die Hüte zu ersparen. Was heute die Schulbehörde weiß, hätte sie wohl schon vor vier Wochen wissen können; hat es sich aber hier nur darum gehandelt, Beiträge für die Kriegsfürsorge zu erhalten, so hätte ein anderer Weg eingeschlagen werden müssen." Wie vom Landesschulrat ausdrücklich betont wird, ist eine Erlaubnis zum Tragen von Kappen für Mittelschüler von keiner Schulbehörde erteilt worden. Das Kappentragen war von jeher verboten. Da es in letzter Zeit von den Mittelschülern eingeführt und von einzelnen Direktoren geduldet wurde, mußte der Landesschulrat einschreiten, um Konflikte der Couleurstudenten, die gewissermaßen ein altes Recht auf ihre bunten Kappen haben, mit den Mittelschülern zu vermeiden.

Neues Wiener Tagblatt
25. III. 1916

Die Volksschule der Zukunft.

Vom Abg. Dr. Otto Steinwender.

Nach dem Kriege wird vieles neu aufgebaut werden, das Heerwesen, die Finanzen, die Verwaltung und auch das Schulwesen, und zwar das gesamte Schulwesen, von der Hochschule herab bis zur bescheidensten Dorfschule. Diesem Drange nach Neugestaltung entspringt auch der Ruf nach Verstaatlichung der Volksschule in Gesetzgebung und Verwaltung. Die Mängel des Schulwesens schiebt man auf die Verländerung, und alles Heil erwartet man vom Staate; der Staat werde, so meint man, die Mißbräuche bei den Anstellungen beseitigen, die Disziplin besser handhaben, den Lehrplan modernisieren und das Bildungsniveau der Bevölkerung heben und ausgleichen, kurz, der Staat, der stärker werden soll, müsse auch Herr in der Schule sein.

Nun sollen gewiß die Mängel in der Schulverwaltung nicht in Abrede gestellt und es soll auch zugestanden werden, daß in dieser Verwaltung die Stellung des Staates einer Stärkung bedürfe. In mehreren Ländern sind die Landesschulräte so zusammengesetzt, daß die vom Staate bestellten Mitglieder in der Minderheit sind gegenüber den von autonomen Behörden entsendeten. Eine solche Zusammensetzung führt zur Parteiherrschaft und zur Protektion und ist daher zu beseitigen; ebenso ist das Disziplinarverfahren im Sinne der Stärkung der Staatsgewalt umzugestalten. Die Fabrikation von immer neuen Lehrbüchern ist einzudämmen und deren Zulassung im Ministerium selbst einer sachlichen Prüfung zu unterziehen. Was jedoch die Lehrpläne betrifft, so gibt die Schul- und Unterrichtsordnung schon gegenwärtig der staatlichen Unterrichtsverwaltung die alleinige Entscheidung an die Hand. Gegen eine Verstaatlichung der Schulkosten sprechen die schwersten finanziellen Bedenken.

Nach dem Sprichwort „Wer anschafft, der zahlt" ist es nun sehr naheliegend, daß die Länder innerhalb der großen Linien des Reichsvolksschulgesetzes festzusetzen haben, wie die Schule einzurichten sei. Und in der Tat war auch nirgends ein Landesschulgesetz daran schuld, wenn das Volksbildungswesen zu wünschen übrig ließ. Es ist richtig, daß in einigen Ländern die Schulpflicht kürzer dauert als acht Jahre, es ist auch richtig, daß die Sommerbefreiungen das Unterrichtsergebnis beeinträchtigen, aber der Grund des Uebels liegt anderswo. Wenn auch ein Kind acht Jahre ohne jede Sommerbefreiung auf der Schulbank gesessen ist, darüber hinaus jedoch keinerlei Unterricht genießt, so bringt es für keinen Beruf die nötige Vorbildung mit und hat im Gegenteil nach einigen Jahren auch das wenige vergessen, was es gelernt hat. Obligatorischer Fortbildungsunterricht, zunächst für die Knaben bis zum achtzehnten Lebensjahre, das ist es, was jeder Beruf und insbesondere auch der Dienst im Heere verlangt. Zweimal in der Woche während des Winterhalbjahres mindestens müßte unterrichtet werden, und da nicht jeder Lehrer imstande ist, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unterricht zu erteilen, so könnte für mehrere Schulen ein Fortbildungslehrer angestellt und es könnten auch praktische Fachmänner herangezogen werden. Auf diese Weise erhalten wir einen intelligenten Nachwuchs für die produktiven Berufszweige, und auch der Zuzug zu den Mittelschulen, der schon eine schwere Verlegenheit geworden ist, würde etwas eingeschränkt werden. Stärker noch würde die Ableitung des Nachwuchses von der Kanzlei zur schaffenden Arbeit werden, wenn über diese Fortbildungsschulen landwirtschaftliche und gewerbliche Fachschulen in hinreichender Zahl als Oberstufe gesetzt würden. Daß die Fortbildungsschulen auch die Zeit des Volksschulbesuches herabsetzen können, ist eine Nebenwirkung, die namentlich dort sehr wertvoll ist, wo es sich um ein- oder zweiklassige Schulen handelt.

Man lasse also das Volksschulwesen den Ländern, welche die besonderen Verhältnisse berücksichtigen und ihnen die Entwicklung der Volksschule anpassen können, aber man sorge für Fortbildungsschulen und stelle dafür, wenigstens den ärmeren Ländern, die finanzielle Unterstützung seitens des Staates bei.

Die Zeit
25. III. 1916

Schulfragen im Kriege.

Ein Abonnent schreibt uns: „Gestatten Sie dem Vater von zwei Mittelschülern, also einem einigermaßen Beteiligten, zum kürzlich veröffentlichten Leitartikel ‚Schulfragen' in der ‚Zeit' einige kurze Bemerkungen. Wollten die Eltern zu diesem Thema ihre Meinungen ausführlich zum Ausdruck bringen, dann gäbe es bald stattliche Bände. Wir werden nach dem Kriege noch weniger als sonst einen Ueberfluß an tüchtigen geistigen Arbeitern haben. Eine Ueberfüllung der Mittel- und Hochschulen ist daher nicht zu besorgen. Die vom Unterrichtsminister angeordnete Maßregel zur Einschränkung des Zudranges an den Mittel- und Hochschulen wurde in einer vor kurzem erschienenen Broschüre von Dr. S. Schab ‚Studieren oder nicht?' sehr gut beleuchtet; darin wurde jedoch ein Punkt nicht gebührend beachtet, der nicht in letzter Reihe die Ursache ist, daß auch der Erlaß des Herrn Unterrichtsministers eine Ablenkung des Stromes der Studierenden von den Realschulen und Gymnasien in die Fachschulen nicht bewirken wird. Dieser Punkt ist das Berechtigungswesen. Es ist allgemein bekannt, daß zur Erreichung einer Stellung im Staatsdienste (auch als Techniker, Forstmann u. dgl.) der Nachweis der zurückgelegten Hochschulstudien erforderlich ist. Absolventen von technischen, forst- und landwirtschaftlichen Mittelschulen (Fachschulen) ist der Eintritt verschlossen. Dem Beispiel des Staates folgten in dieser Richtung die Landes- und viele Gemeindeverwaltungen. Auf den ersten Blick erscheint dies wohl belanglos, da ohnehin über unsere Beamtenhypertrophie allgemein Klage geführt wird. Wird aber in Betracht gezogen, daß der Staat, die Länder und Gemeinden in immer stärkerem Maße als Unternehmer auftreten, die Bahnen und Industrieunternehmungen aller Art (zum Beispiel Gas- und Elektrizitätswerke) dem privaten Betrieb entziehen, so ergibt schon dies eine erhebliche Einschränkung des Arbeitsfeldes für fachliche Mittelschüler. Die Notwendigkeit der Monopolisierung der öffentlichen technischen, forst- und landwirtschaftlichen Dienstzweige für absolvierte Hochschüler ließe sich bestreiten und ist auch von sehr berufenen Stellen schon oft bezweifelt worden. Mit diesem Ergebnis sind aber die Hochschüler, als deren Vertreter beispielsweise der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein auch jetzt rühmend seine fast ausschließliche Aufgabe in der Ausschließung aller Nichthochschüler von allen besser dotierten Stellen sieht, nicht zufrieden. Ihren eifrigen Bestrebungen und ihrem großen Einfluß ist es auch schon gelungen, viele große Privatindustrieunternehmungen, Forstdirektionen und Domänenverwaltungen dahin zu bringen, für alle besseren Stellen schon bei der Ausschreibung zurückgelegte Hochschulstudien zu verlangen. Auf diese Weise werden die Existenzmöglichkeiten für Absolventen von Fachschulen technischer, forst- und landwirtschaftlicher Richtung von Jahr zu Jahr mehr beschnitten. Bei diesen Aktionen werden die Hochschüler von den Ministerien, auch dem Unterrichtsministerium, unterstützt. Nur die Handelsschüler erfreuen sich noch voller Freizügigkeit, weil es noch keine Handelshochschüler gibt, die das Geschäft des Ausbeißens besorgen könnten. Sollte aber die Exportakademie den Rang der Hochschule erhalten, dann werden auch von dieser Seite die gekennzeichneten Bestrebungen nicht ausbleiben. Hier allein liegt die Ursache, daß die Eltern, denen die Zukunft ihrer Söhne am Herzen liegt, diese nicht den betreffenden fachlichen Mittelschulen zuführen, sondern, zumeist sogar unter schweren Opfern, durch die Mittel- und Hochschulen pressen, um ihnen die Bahn für ihr ferneres Fortkommen freizumachen. Es sollte also mit dem Berechtigungswesen aufgeräumt und jeden möglich gemacht werden, seine Schulkenntnisse nach Kräften zu verwerten. Dadurch würden die Gymnasien, Realschulen und Hochschulen mehr entlastet als durch den erwähnten Erlaß. Die Hochschüler müssen durch ihre gründliche Vorbereitung für ihren Beruf allein der Konkurrenz der nicht hochschulmäßig gebildeten Fachgenossen gewachsen sein, ohne amtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wenn sie aber die oben erwähnten Berufe mit Hilfe oder mit Zustimmung der Regierungskreise für sich weiter monopolisieren, dann sind wohl die betreffenden Fachschulen überflüssig und wären eher abzuschaffen als auszugestalten. Will aber die Regierung die Förderung der Fachschulen, so braucht sie nur allen Berufsmonopolisierungen der Hochschüler entschieden entgegenzutreten, und es werden dann viele für den gewählten Beruf den kürzeren Weg, die fachliche Mittelschule, wählen. Auf eine andere Weise wird es nicht gelingen, den fachlichen Mittelschulen mehr Schüler zuzuführen."

Vossische Zeitung

26./III. 1916.

Die Hochschule für Frauen in Leipzig.

Von

Henriette Goldschmidt.

Diese erste Hochschule für Frauen in Deutschland kann fast auf ein halbes Jahrzehnt des Bestehens zurückblicken, in das 1½ Kriegsjahre fallen, die bekanntlich doppelt zählen; sie kann aber auf eine Vergangenheit hinweisen, die ein halbes Jahrhundert umfaßt, — ihre Wurzeln waren festgeworden in dem Boden, ehe sie selbst in die Erscheinung trat.

Es ist eine jener Zufälligkeiten, in denen wir gern eine Logik der Erscheinungen unseres an Rätseln so reichen Lebens erblicken, daß diese Hochschule von einer der Frauen errichtet wurde, die in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Weckruf an die deutschen Frauen gerichtet haben, und die an dem denkwürdigen 18. Oktober 1865 in einer öffentlichen Konferenz die Frauenfrage auf die Tagesordnung der Versammlung setzten und den Kampf für deren Berechtigung als eine der wichtigsten Kulturfragen der Zeit aufnahmen. Möge es mir nach Vollendung meines 90. Lebensjahres gestattet sein, darauf hinzuweisen, daß ein Zusammenhang zwischen der Hochschule und der Frauenbewegung besteht.

Aus den vielfachen Bestrebungen, auf die wir unsere Blicke richteten, war es die Bildungs- und Erziehungsfrage, die in den Vordergrund trat. Es ist bezeichnend, daß wir die Vereine, die wir durch unsere Agitation ins Leben riefen — nicht nur in Leipzig, sondern in vielen deutschen Städten — „Frauenbildungsvereine" nannten, und daß die erste Tat dieser radikalen Frauenrechtlerinnen die Gründung von Fortbildungsschulen für Töchter unbemittelter Familien war. Vor 50 Jahren gab es keine Fortbildungsschulen für Mädchen — weder der bemittelten noch der unbemittelten Familien — über das Schulziel hinaus. Die einzige höhere Bildungsstätte war das Seminar für Lehrerinnen.

Unabhängig von den offiziellen Schulen und ihrer Pädagogik, die sich fast ausnahmslos auf die Bildungsstätten für männliche Jugend bezogen, entstand eine Pädagogik, entstanden Erziehungs- und Bildungsstätten im deutschen Lande, die einem originellen Denker, einem Grübler und Forscher ihr Dasein verdanken und vor 50 Jahren noch wenig gekannt waren.

Erst kurze Zeit im eigentlichen Deutschland, in Leipzig lebend, kam ich eines Tages durch eine kleine Gasse und sah an einem unscheinbaren Hause die Inschrift „Kindergarten" — ein Wort, das ich noch nicht gehört hatte. Ich ging in das Haus, betrat eine kleine Stube und wurde von einer jungen Dame begrüßt, die sich mir als Kindergärtnerin vorstellte und sehr beglückt darüber war, jemand Auskunft über den Kindergarten geben zu können. Sie zeigte mir die jetzt wohlbekannten Spiel- und Beschäftigungsmittel; ich ward stutzig und erkannte ein System — eine Methode. Die Kindergärtnerin rief die Kleinen zu Bewegungsspielen, von denen ich entzückt war, denn ich sah Ordnung, Maß, Anmut und Lebensfreude. Ich erkannte Erziehungs- und Bildungsmittel für das Kindesalter, eine Pädagogik, ehe die Schulpädagogik beginnt. Aus der Universitätsbibliothek holte ich mir die Schriften Fröbels und fand in ihnen mehr als ich erwartet hatte, mehr als System und Methode — ich fand einen Schatz von Gedanken, eine Fülle schöpferischer Ideen. Der Ausspruch Diesterwegs über Fröbel, den ich erst viel später kennen lernte: „Der Mann hat etwas von einem Seher" bezeichnet mein Empfinden. Ein Offenbarer war er mir geworden.

Ich wußte nun meinen Weg innerhalb der Frauenbewegung. Wie Fröbel selbst eine Erneuerung des Familien- und Volkslebens erhoffte, wie seine Jüngerin, Frau von Marenholtz-Bülow, einen von ihr gegründeten Verein „Verein für Familien- und Volkserziehung" nannte, wie in Hamburg die Frauen, die im Jahre 1859 die ersten Bürgerkindergärten und eine Hochschule für Frauen gründeten und diese der wissenschaftlichen Bildung des weiblichen Geschlechts geweihte Stätte mit dem, was wir jetzt freiwillige soziale Hilfsarbeit nennen, in Verbindung brachten, — so fühlte ich mich berufen, der Fröbelschen Idee zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Im Jahre 1871 gelang es mir, den „Verein für Familien- und Volkserziehung in Leipzig" zu gründen, 1872 den ersten Volkskindergarten und ein Seminar für Kindergärtnerinnen zu errichten und schon 1874 den Keim der Hochschule für Frauen in den Boden zu senken. Wir veranstalteten damals Zyklen von wissenschaftlichen Vorträgen, die im Jahre 1878 unter dem Namen „Lyzeum" zusammengefaßt eine Anstalt bildeten, die eine Verbindung herstellte mit der Universität und mit dem Kindergarten. So hatte ich den Weg „vom Kindergarten zur Frauenhochschule" gebahnt.

Von 1878 bis 1911 ist eine weite Strecke Weges; sie ist nicht ohne Mühe, aber auch nicht ohne Erfolg zurückgelegt worden. Am 29. Oktober 1911 wurde die Hochschule für Frauen in Leipzig eröffnet, in Gegenwart von Vertretern der Stadt, der Regierung und der Universität. Mit Zustimmung und unter dem Schutze hervorragender Lehrer der Universität ist die Hochschule für Frauen in Leipzig errichtet worden, die Herren Professoren Köster, Lamprecht, Raoul Richter, Volkelt gehörten dem Kuratorium an.

Ein halbes Jahrhundert Vergangenheit hat den Unterbau der Hochschule für Frauen in Leipzig geschaffen, — kaum ein halbes Jahrzehnt währt ihr Bestehen. Ob sie als eine lebensfrische, triebkräftige Pflanzung sich bewährt? Eine Rückschau soll es zeigen.

Die Hochschule gliedert sich in zwei Hauptabteilungen:

A. Studienkurse für Berufsbildung: 1. Die pädagogische Abteilung — (Ausbildung von Lehrerinnen für Kindergartenseminare und Frauenschulen); 2. die sozialwissenschaftliche Abteilung — (Ausbildung für freiwillige und besoldete soziale Hilfsarbeit); 3. Ausbildung von Bibliothekarinnen für Volksbibliotheken und Lesehallen; Ausbildung von Assistentinnen an Museen; 4. die naturwissenschaftliche Abteilung — (Ausbildung von Krankenschwestern zu Oberinnen und Oberschwestern, zu Assistentinnen für Aerzte und in Laboratorien).

B. Vorlesungen für Hörerinnen aus den Gebieten der Philosophie, Geschichte, Literatur und Kunst.

Beide Abteilungen stehen in enger Verbindung miteinander. Die Vorlesungen (B.) sollen die Einseitigkeit aufheben, die jeder Fachbildung anhaftet, und dem Bedürfnis der Frauen nach geistiger Nahrung entgegenkommen. Anderseits können die Studienkurse (A.) auch von Hörerinnen besucht werden, was vornehmlich in den pädagogischen und sozialwissenschaftlichen Vorlesungen geschieht.

Die junge Anstalt wurde von der Frauenwelt Leipzigs mit Begeisterung und all den Begleiterscheinungen, die ein „Neues" mit sich bringt, aufgenommen. Im ersten Wintersemester 1911-1912 hatten sich 898 Hörerinnen und 27 Studierende eingefunden. Im zweiten Kriegswinter, dem Wintersemester 1915/1916, haben 344 Hörerinnen 593 Kollegs belegt, und die Zahl der Studierenden ist auf 69 gestiegen.

Wenn die Friedensglocken das kommende Geschlecht zu neuer Arbeit rufen werden, zur Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen, — dann werden sich auch die schönen und weiten Räume der Hochschule füllen, und man wird wohl allgemein eingesehen haben, daß im Frieden wie im Kriege die Frau „um ihrer Menschheit pflegenden Bestimmung willen" teilhaben muß an den Kulturgütern ihres Volkes und ihrer Zeit.

Pester Lloyd

28/III. 1916

28
59

Ungarische Akademie der Wissenschaften.

Die Ungarische Akademie der Wissenschaften hielt heute nachmittag unter dem Vorsitze ihres Präsidenten, des Geheimen Rates Albert v. Berzeviczy eine Plenarsitzung, in der zunächst das Mitglied Julius Kováts eine Denkrede über das ordentliche Mitglied Emerich Hajnik hielt. Redner schilderte den Lebenslauf des hervorragenden Rechtsgelehrten, würdigte seine literarische und pädagogische Tätigkeit, um schließlich die hervorragenden Verdienste Hajniks um die Schaffung der Grundlagen der ungarischen Rechtsgeschichte zu erörtern. Die interessante Denkrede fand lebhaften Beifall.

Das korrespondierende Mitglied Zoltán Ferenczi las hierauf seinen „Bericht über das Ergebnis der Karátsonyi-Preiskonkurrenz" vor. Dem aus den Mitgliedern Árpád Berczik, Franz Badits, Zoltán Ambrus, Julius Pekár und dem Berichterstatter bestehenden Preisrichterkomitee lagen zehn Lustspiele vor, doch mußte nach reiflicher Erwägung festgestellt werden, daß keines derselben von dramatischem, künstlerischem und sprachlichem Standpunkte entsprechend sei. Die relativ besten Lustspiele waren die „Selyemháló" (Seidennetz), „A jótékonyság jegyében" (Im Zeichen der Wohltätigkeit), „Bolondok" (Narren) und „Éva" betitelten, die jedoch trotz mehrfacher Vorzüge auch große Mängel aufweisen. Der Bericht wurde vom Plenum einstimmig angenommen und es wurde beschlossen, den Preis diesmal nicht auszufolgen.

Generalsekretär Gustav Heinrich legte sodann den Bericht über die Farkas-Raskó-Preiskonkurrenz vor. Das zu beurteilende Material der Konkurrenz bestand aus vierzig Gedichten, deren Mehrzahl sich mit kriegerischen Begebenheiten befaßt. Neben viel mittelmäßigen Gedichten sind „A magyar föld" (Der ungarische Boden), „Huszárok dalolnak" (Die Husaren singen) und „A magyar tanító" (Der ungarische Lehrer) lohnend zu erwähnen, doch auch diese können nicht als preiswürdig bezeichnet werden, weshalb die Preisrichter die Nichtausfolgung des Preises beantragen. Der Antrag wurde angenommen und beschlossen, die obenerwähnten drei Gedichte mit Lob auszuzeichnen.

Generalsekretär Gustav Heinrich meldete sodann in bewegten Worten das Ableben des Ehrenmitgliedes Grafen Samuel Teleki an, worauf beschlossen wurde, dem Schmerze der Akademie protokollarisch Ausdruck zu verleihen und die III. Klasse aufzufordern, für die Abhaltung einer Denkrede Sorge zu tragen.

Hierauf wurde der Bericht des Wodianer-Komitees vorgelegt, in dem beantragt wird, die diesjährigen Wodianer-Preise für besondere Verdienste auf dem Gebiete des Volksschulunterrichtes dem Direktor der staatlichen Volksschule in Beßterecze Josef Sebestyén und dem Direktor der evangelischen Schule in Békéscsaba Karl Uhrin auszufolgen. Das Plenum nahm diesen Antrag einstimmig an. Die Preise werden den Ausgezeichneten anläßlich der am 10. April stattfindenden Sitzung übergeben werden.

Generalsekretär Gustav Heinrich legte hierauf folgendes Schreiben des Ehrenmitgliedes Bischofs Wilhelm Fraknói vor:

Geehrte Akademie!

Es ist meine feste Ueberzeugung, daß auch angesichts der schweren Pflichten der Gegenwart und der großen Aufgaben der Zukunft die Gefühle der Pietät für die hehren Erinnerungen der nationalen Vergangenheit genährt werden müssen. Sie erhöhen die Kräfte im Kampfe und sollen als Wegweiser die Richtung unserer nationalen Entwicklung bestimmen.

Es ist mein lebhafter Wunsch, daß hervorragende Ereignisse unserer Geschichte eben jetzt verewigt werden müssen jenseits der Grenzen unseres Vaterlandes, dort, wo die Waffen unserer Helden an der Eroberung von Königreichen ruhmvoll teilnahmen und wo sie unserer Nation unvergängliche Wertschätzung erkämpften.

Ich erlaube mir der Akademie den Vorschlag zu unterbreiten, sie möge den Beschluß fassen, daß sie

a) von ungarischen Künstlern modellierte, aus ungarischem Marmor hergestellte Reliefdenkmäler errichten werde, die berufen sein sollen, den das Christentum rettenden Sieg des Johannes Hunyadi am Königspalaste in Belgrad, — die Berufung des siebenbürgischen Fürsten Báthory auf den polnischen Thron am Königspalaste in Warschau, — das Zustandekommen des österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisses durch Bismarck und Andrássy an unserem Botschaftspalais in Berlin zu verkünden;

b) dem Antragsteller gestatte, die gesamten Kosten dieser Denkmäler zu bestreiten;

c) an den ungarischen Ministerpräsidenten das Ersuchen stelle, die Genehmigung zur Errichtung der Denkmäler zu erwirken und den geeigneten Zeitpunkt zu deren Aufstellung zu bestimmen.

Budapest, 20. März 1916.

Wilhelm Fraknói,
Ehrenmitglied.

Der patriotische und hochherzige Antrag des um die ungarische Wissenschaft so hochverdienten Kirchenfürsten wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen und beschlossen, behufs Ausführung des Antrages eine aus dem Präsidenten, dem Generalsekretär und aus je zwei Mitgliedern der einzelnen Klassen bestehendes Komitee zu entsenden.

Nachdem noch eine fünfhundert Kronen betragende Spende der Ungarischen Landes-Zentralsparkasse gemeldet wurde, sowie einige minder wichtige Klassenberichte vorgelegt wurden, schloß der Präsident die Sitzung.

Kölnische Zeitung 1./IV. 1916.

Breslau zur Erwägung überwiesen.

Über eine Eingabe um Gewährung der vollen Berechtigung für die Mittelschulen wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Kriegsprimaner.

Eine Bittschrift des Amtsanwalts **Liedtke**-Magdeburg namens des Ausschusses der Väter der Kriegsprimaner um Erteilung des Reifezeugnisses an die bei Kriegsbeginn in das Heer eingetretenen Unterprimaner höherer Lehranstalten unter Erlaß der Reifeprüfung zu dem vorschriftsmäßigen Zeitpunkte, zwei Jahre nach ihrer Versetzung in die Unterprima.

Geheimrat Professor Dr. Felix **Klein**-Göttingen berichtet über die Ausschußberatungen. Gewiß kann man es begreiflich finden, daß der Wunsch besteht, den jungen Leuten, die begeistert ins Feld hinausgezogen sind, nach Möglichkeit zu helfen. Es müssen aber die Grundsätze der Vorbereitung für das wissenschaftliche Studium möglichst aufrechterhalten werden. Die Verhältnisse sind nun in Preußen und in den süddeutschen Staaten etwas verschieden. In Frankfurt hat kürzlich eine Einigungskommission getagt, die aber noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis gekommen ist. Schon jetzt ist die Zahl der Kriegsprimaner, die aus dem Felde heimkehren, beträchtlich. Teils sind sie verwundet, teils müssen sie wegen Erkrankungen aus dem Heeresdienst ausscheiden. Allein an der Universität Göttingen sind es etwa 40 bis 50. Wir haben für sie im vorigen Semester besondere Kriegsergänzungskurse eingerichtet, die diesen jungen Studenten über die ersten Schwierigkeiten beim Beginn des Studiums hinweghelfen sollen. Es ist nicht leicht, diesen jungen Leute in die Vorlesungen hineinzuzwingen. Am besten gelingt es noch, wenn erfahrene Oberlehrer in diesen Kursen wirken. Sie sind dazu besser geeignet als ein akademischer Dozent. Aber auch in Göttingen ist man über das Studium des Versuches noch nicht hinausgekommen. Die Sache soll aber weiter geführt werden. An einzelnen höhern Schulen sollen ganz- oder halbjährige Kurse abgehalten werden, die durch ein vereinfachtes Abiturientenexamen mit einen für alle deutschen Staaten gleichmäßigen Schema ihren Abschluß finden. Die Fürsorge für die jungen Leute und der Ernst der erziehlichen Wirkung finden damit einen glücklichen Ausgleich. Im Kriegsministerium hält man ebenfalls dringend daran fest, daß ein formales Examen abgelegt werden müsse und ein Reifezeugnis nicht ohne Prüfung gegeben werden dürfe.

Professor Dr. ing. **Borchers**-Aachen: Zweifellos würde es beruhigend wirken, wenn die Regierungserklärungen aus dem Ausschuß einem größern Kreise zugänglich gemacht würden. Durch die Verschiedenartigkeit der Auslegung und Durchführung der Notprüfungserlasse in den einzelnen Staaten ist eine Verwirrung entstanden, woraus einzelne Vorteile gezogen haben. Aber nicht die, die von Anfang an im Felde stehen, und dort ausgeharrt haben. Gerade diese aber müssen vor Nachteilen geschützt werden, die ihnen gegenüber ihren Schulkameraden entstehen können, welche bei Ausbruch des Krieges sich nicht gleich stellten, sondern erst durch weitern Schulbesuch ihre Berechtigung erwarben. Den jungen Kämpfern von Langemark gebührt unsere besondere Dankbarkeit. Aus dem Eisenbahnwagen kamen sie in die schwersten Kämpfe hinein, wo sie sich aufs glänzendste bewährt haben. Auf ihren Glanz darf nicht der leiseste Schimmer einer Verstimmung fallen. (Beifall.)

Über die Eingabe wird zur Tagesordnung übergegangen.

Minister des Innern **v. Löbell** verliest darauf eine königliche Verordnung, wonach die beiden Häuser des Landtags vom 1. April bis zum 30. Mai 1916 vertagt werden.

Die Ausschüsse zur Vorberatung eines Schätzungsamtsgesetzes und des Gesetzes zur Förderung der Stadtschaften setzen auch während der Vertagung ihre Arbeiten fort.

Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg erhält die Ermächtigung, Tag und Stunde der nächsten Sitzung anzuberaumen, und schließt die Sitzung mit dem Wunsche: Ein gesegnetes Osterfest und gesundes Wiedersehen.

Schluß 2½ Uhr.

Vossische Zeitung

61

2./IV. 1916.

Geschichtsunterricht in den höheren Mädchenschulen.
Ein in der Zeitschrift „Die höheren Mädchenschulen" veröffentlichter Ministerialerlaß vom 26. Februar bestimmt, daß die für die Klassen 7 und 6 vorgesehenen Erzählungen aus anderen Teilen der Weltgeschichte so zu beschränken sind, daß die Geschichte des Vaterlandes zu ihrem vollen Rechte kommt. Ausführlich sind die Höhepunkte der neueren preußischen Geschichte zu behandeln. Griechische und römische Sagen sollen in der deutschen Stunde als Lesestoffe erledigt werden oder aber in der 5. Klasse als Einleitung zur alten Geschichte. In der Klasse 2 ist die Geschichte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1871 zu führen, in Klasse 1 ist sie nach einer Wiederholung der Ereignisse seit 1861 bis in die Gegenwart zu verfolgen. In entsprechender Weise hat auch die 1. Klasse der Studienanstalten einen Teil der Aufgaben der 2. Klasse zu übernehmen. Diese Bestimmungen entsprechen den vor längerer Zeit bereits bekanntgegebenen Anordnungen des Ministeriums für den Geschichtsunterricht an den höheren Knabenschulen, und auch die Direktoren der Lyzeen und Studienanstalten sollen bis zum 1. Oktober 1918 in derselben Weise unterrichten, wie es an den höheren Anstalten für die männliche Jugend vorgeschrieben ist.

Reichspost

4./IV. 1916

1

62

30. Generalversammlung des Katholischen Schulvereines.

Im Gemeinderatssitzungssaale des Alten Rathauses tagte am Sonntag nachmittag die 30. Generalversammlung des Katholischen Schulvereines. Kanonikus Dr. Krauß begrüßte die Anwesenden, vor allem Erzbischof Dr. von Govrik und den Präsidenten des Pinsvereines Exzellenz Graf Walterskirchen auf das herzlichste. Entschuldigungs- und Begrüßungsschreiben hatten gesendet: die Frauen Erzherzoginnen Maria Theresia und Marie Valerie, die Herren Erzherzoge Friedrich und Franz Salvator, Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Piffl, die Bischöfe von St. Pölten, Brünn und Budweis, Feldbischof Bjelik, Ministerpräsident Dr. Graf Stürgkh, die Minister Zenker, Forstner, Hussarek, Schuster, Georgi, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Graf Wilczek, Graf Nessegnier, der als Präsident ein inniges Schreiben aus dem Felde an die Generalversammlung gerichtet hatte. Der Kriegsminister Freiherr v. Krobatin hatte sich durch Major Punger vertreten lassen.

Die Wahlen.

Oberrechnungsrat Gilka brachte den Rechenschaftsbericht zur Verlesung, worauf die Neuwahl der Vereinsvorstehung vorgenommen wurde, die folgendes Ergebnis hatte:

Zentralleitung: Die Herren Ladislaus Graf Esterhazy, Domkapitular zu St. Stefan, Josef Formanek, Magistratsrat, Wien, Dr. Josef Gurtner, k. k. Beamter, Wien, Emmerich Größlik, Religionsprofessor, Brünn, Monsignore Karl Handloß, Spiritual, Wien, Dr. Rudolf Hornich, Regierungsrat, Direktor der Lehrerakademie, Wien, Raimund Jungbauer, Religionsprofessor, Wien, Dr. Leopold Kastner, Kooperator, Wien, Josef Leb. k. k. Hofrechnungsrevident, Wien, Ferdinand Zdenko Fürst Lobkowitz, Herzog zu Raudnitz, Bilin, Dr. Anton Loderer, Magistratsrat, Wien, Dr. Franz Gebhardt Metzler, Religionsprofessor, Feldkirch, Johann Mörzinger, fe. geistl. Rat, Rektor, Wien, Dr. Johann Praschl, Domkapitular, Budweis, Johann Schachinger, k. u. k. Militärrechnungsrat d R., Ursahr, Johann N. Schramm, fe. geistl. Rat, Pfarrer, Mauer bei Wien, Anton Maria Weber, Pfarrer, Neuhammer, Josef Zeif, Fachlehrer, Wien. Aufsichtsrat: die Herren Karl Gilka, k. k. Oberrechnungsrat und Hausbesitzer, Wien, Dr. Balduin Feyrer, Stiftshofmeister, Wien, Dr, Josef Resch, Beamter, Wien, Doktor Anton Neuhauser, Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, Erich Altgraf Salm, Wien, P. Johann Swoboda, Stiftshofmeister, Wien, Karl Watzger, Ehrendomherr, Wien, Fuchs Ludwig, Freiherr v., Dr., Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, Heinrich Wondra, k. k. Oberrevisionskontrollor, Wien. Schiedsgericht: die Herren Monsignore Franz Binder. Ehrenkämmerer, Wien, Doktor August Kaserer, Oberlandesgerichtsrat, Wien, Doktor Viktor Kienböck, Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, Dr. Josef Mattis, Hof- und Gerichsadvokat, Wien, Dr. Karl Scheimpflug, k. k. Sektionsrat a. D., Wien.

3000 neue Mitglieder.

Generalsekretär Dr. Hinner gab sodann einen Ueberblick über die Tätigkeit des Katholischen Schulvereines im abgelaufenen Vereinsjahre. Unter starkem Beifalle wies der Generalsekretär darauf hin, daß der Katholische Schulverein im Kriegsjahre viele neue Kreise in seine Bewegung gezogen habe und 3000 neugewonnene Mitglieder zähle. Mehrere Aktionen seien von bestem Erfolge begleitet gewesen, so die Schulvereinstage und die Broschürenherausgabe. Der Redner besprach sodann die besonders heftigen Anfeindungen des Abg. Glöckel.

Der Vorsitzende erteilt nun dem GR. Solterer das Wort, der an Stelle des in Mariazell weilenden Landesausschuß Kunschak, oft durch lebhaften Beifall und stürmische Zustimmung unterbrochen, die Festrede hielt, in der er ausführte:

Unser Schulprogramm.

Die Volksschule ist für die Erziehung, für den Gedankengang und die Gemütsbildung der Heranwachsenden von größter Bedeutung. Leo XIII. nannte die Schule „das Schlachtfeld, auf dem entschieden werden muß, ob die Gesellschaft ihren christlichen Charakter behalten soll oder nicht." Da der Katholische Schulverein der Vorkämpfer für die christliche Schule ist, richten sich die Angriffe der Feinde der christlichen Weltanschauung heftig gegen ihn. Und sie suchen vor allem mit Terrorismus und Beeinflussung jeder Art dem Vereine den Boden abzugraben. Zu den erbittertsten Feinden zählen wir die „Freie Schule". Diesen Vorkämpfern der „freiheitlichen", religionslosen Schule haben wir unser Schulprogramm entgegenzustellen: Verlangen jene die Entfernung der Religion aus der Schule, so haben wir um so nachdrücklicher unsere Forderung zu erheben, daß die zentrale Stelle in der Erziehung der Jugend die Religion sei! Und wir wollen Ernst machen mit der Unentschiedenheit und Halbheit. Entweder, so rufen wir alle an, ihr steht rechts oder links, auf der Seite der religionslosen Schule oder ihr seid für die katholische Schule, die Zeit verlangt eure Entscheidung! Der Redner zergliederte und zerfaserte dann das Programm der „Freien Schule", besprach die Kämpfe um die Schule in Oesterreich und führte weiter aus: In Erkenntnis des Wertes und der Notwendigkeit der Religion für die Jugenderziehung und für das Glück der Völker werden wir allen Bestrebungen, welche auf die weitere Einschränkung der religiösen Erziehung der Schuljugend hinzielen, entgegentreten. Eines möchte ich besonders betonen: Unsere Schule von heute bedarf der Reform, und zwar meine ich, am besten nach den Leitsätzen, welche Landesschulinspektor Hofrat Dr. Rieger in einem Vortrage „Weltkrieg und Jugenderziehung" kürzlich festgelegt hat: Die Schule hat sich den Zeitverhältnissen und Zeitbedürfnissen anzupassen. Treffend sagte Rosegger: „Man lernt in der Schule vieles, was man nicht braucht, und zu wenig von dem, was man braucht". Wir im Katholischen Schulverein können mit Genugtuung feststellen, daß wir wiederholt in Versammlungsreden und Schriften gegen das Anhäufen von oberflächlichem Wissen usw. auftraten und die gründliche Ausbildung auf einem kleineren Gebiete unter Berücksichtigung der praktischen Volksbedürfnisse forderten. Die Aufgaben von Mittel-, Bürger- und Volksschulen wirksam besprechend, zitierte dann der Redner einen Ausspruch des Bischofs Keppler, der vom Schlachtfeld her die Mahnung ertönen läßt: „Vergeßt nicht, ihr Lebenden, der Jugend und erzieht sie zu guten Menschen, zu braven Christen und zu Helden des Vaterlandes." Der Ruf gilt uns allen, schloß Redner, den Eltern, Lehrern, Priestern. Wenn Kirche, Haus und Schule einträchtig zusammenarbeiten in der Erziehung der Kinder, dann wird uns um das Glück der Kinder, um ihre Zufriedenheit und um die Wohlfahrt des Staates nicht mehr bange sein müssen. Mögen unsere Wünsche in Erfüllung gehen, möge ein kräftiges, ein sittlich starkes, körperlich und geistig gesundes, zu großen Taten befähigtes und begeistertes Geschlecht heraugezogen werden! (Minutenlanger Beifall.)

Es erteilte Erzbischof Dr. G. v. Govrik nunmehr den päpstlichen Segen. Mit dem Absingen der österreichischen und der deutschen Hymne wurde die 30. Generalversammlung beendet. Der Chor der Lehramtskandidaten unter der Leitung des Gesangsprofessors Emanuel Pittioni hatte mit Liedereinlagen die Versammlung in hervorragender Weise verschönert.

Die Festversammlung.

Anschließend an die Generalversammlung fand abends im selben Saale die Festversammlung statt. Kanonikus Krauß eröffnete die Tagung und begrüßte Weihbischof Dr. Pfluger, den Abt der Mechitaristen Torun, Fürst Ferdinand Zdenko Lobkowitz, Vizebürgermeister Hierhammer, FML Rieger, Frau Baronin Suttner, Kanonikus Riedling, Regierungsrat Dr. Hornich, Professor Gaigg v. Bergheim, BR. Jehly, Frau Baurat Hieser, Vertreter zahlreicher Vereine und andere mehr. Der Vorsitzende teilte den Verlauf der Generalversammlung mit und richtete einige beherzigende Worte an die Anwesenden, worauf FML Rieger und Prälat Dr. G. Müller die Festreden hielten, die von der Versammlung begeistert aufgenommen wurden.

Reichspost 4./III. 1916

II

30. Hauptversammlung der Katholischen

Schulvereins.

63

Ausblicke in die Zukunft.

Prälat Dr. Gustav Müller führte aus:

Alle denkenden Menschen beschäftigt die Frage, was nach dem Kriege geschehen soll. Je nach der Verschiedenheit der Lebensauffassung wird sie auch verschieden beantwortet. Selbstredend bezieht sich diese Meinungsverschiedenheit auch darauf, in welcher Weise die Schule in Hinkunft geleitet werden muß. Die Parteien, die vor dem Kriege sich damit beschäftigten, haben nicht aufgehört, der Weltkrieg hat trotz seiner anfänglichen religiösen Erhebung den Abgrund der einander entgegenstehenden Anschauungen nicht zu überbrücken vermocht. Das eine erfreuliche Ergebnis ist indessen zu verzeichnen, daß bei uns zu Lande Männer, die in bezug auf Schule von ausschlaggebender Bedeutung sind, jetzt von der Wichtigkeit der Erziehung in einer Weise sprechen, die uns gläubigen Katholiken Freude bereiten kann. Ein sehr erfahrener hochstehender Schulmann äußerte kürzlich, er sei jahrzehntelang in der Schule tätig, habe aber bei Konferenzen niemals über Erziehung, immer nur über den Unterricht reden gehört; dies müsse anders werden. Und in einer Versammlung der Schulleiter der Kaiserstadt wurde in ähnlicher Weise über die Wichtigkeit des erziehlichen Momentes gesprochen. Der Katholische Schulverein braucht in diesem Punkte eine Korrektur seiner Bestrebungen nicht vorzunehmen. Wir Katholiken haben das Erziehen immer höher gestellt als das Unterrichten; wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß ein akademisch gebildeter Wüstling in riesenhafter Höhe überragt wird von einem sittlich reinen, schlichten Bauer. Die Erinnerung an das katholische Erziehungsideal dürfte darum in diesen Tagen besonders am Platze sein.

Wenn wir Katholiken Erziehung auf katholischer Grundlage anstreben, so lehnen wir zugleich die religionslose Erziehung ab, wir begnügen uns auch nicht mit Erziehung auf Grund der ausschließlich natürlichen Sittenlehre, wir wollen das christliche Erziehungsideal zu verwirklichen trachten, und zwar auf Grund jener Wahrheit und Gnade, die uns die katholische Kirche gibt, jene Kirche, die wir uns aber ohne Verwässerung, ohne Abstreichen denken.

Zunächst zeigt Redner, daß es eine religionslose Sittlichkeit nicht gibt; derjenige kann nicht sittlich gut genannt werden, der seine Pflicht nicht erfüllt. Soll aber eine Verpflichtung wahren Namens dem Menschen auferlegt werden, dann muß der Verpflichtende imstande sein, dem menschlichen Willen ein absolutes Band aufzuerlegen, das der Untergebene anerkennen muß, ob es ihm nun schwer oder leicht fällt, die Pflicht zu erfüllen. Und zwar muß dieses Band auferlegt werden in solcher Weise, daß hiedurch die physische Freiheit des Menschen nicht angetastet wird. Eine solche absolute geistige Bindung vorzunehmen, vermag aber nur ein absolutes Wesen. Solle eine Verpflichtung, die diesen Namen verdient, geschaffen werden, dann muß der Verpflichtende imstande sein, alle Handlungen des Verpflichteten, auch die geheimsten, ja selbst sein Gedankenleben zu kontrollieren. Dies vermag aber nur ein allgegenwärtiges, allwissendes Wesen. Eine wahre Verpflichtung erheischt aber auch entsprechend Sanktion. Der Verflichtende muß in der Lage sein, dem Untergebenen ein größeres Uebel anzudrohen, als die Unannehmlichkeit ist, welche mit der Erfüllung der Pflicht verbunden ist; er muß ein größeres Gut versprechen können, als die Annehmlichkeit ist, die der Mensch durch Uebertretung des Gesetzes zu erreichen gedenkt. Eine solche Sanktion ist nur jener Gesetzgeber zu bieten imstande, der auch nach dem Tode lohnen und strafen kann. Denken wir an das Schulbeispiel, welches in dieser Richtung der uns Oesterreicher tief kränkende Fall „Oberst Real" geschaffen hat. Ein absolutes das nach dem Tode lohnen und strafen kann, allgegenwärtiges, allwissendes Wesen ist aber nur Gott. Ohne Gott darum keine Verpflichtung, ohne Gott keine Sittlichkeit, ohne Gott kein wahrhaft guter Mensch, ohne Gott auch keine Erziehung zum wahren edlen Menschentume. (Zustimmug.)

Der Katholische Schulverein begnügt sich aber nicht damit, die Kinder auf Grund der Naturreligion zu beeinflußen, er strebt diese Beeinflussung an auf Grund des Christentumes. Warum? Nur von anderen Gründen abgesehen, sagen wir folgendes: Soll der Mensch zum guten Menschen herangezogen werden, dann braucht er ein Ideal. Nun gibt es aber kein höheres, edleres, sittlicheres Ideal als Christus. Redner belegt dies durch den Hinweis auf David Strauß und Renau, welche Christusleugner gestanden, Christus sei als Mensch ein unerreichtes und auch für alle Zukunft unerreichbares Ziel, das also für alle Zukunft sittliches Streben wirksamst anzuregen imstande sein wird. Redner wies auf die Entstehung der „Gesellschaft für ethische Kultur" in Nordamerika hin, welche dort nicht religionsfeindlich auftrat, welche vielmehr bei ihrem Suchen nach wahrem, edlem Menschentum in nicht wenigen ihrer Vertreter eine Annäherung an Christus hervorrief, die wir in dem großen deutschen Pädagogen Förster verkörpert sehen. Leider tritt diese Gesellschaft für ethische Kultur auf dem europäischen Kontinent religionsfeindlich auf.

Wenn nun aber das Christentum als ganzes Christentum, als katholisches Christentum die Grundlagen für die Erziehung bildet, dann wird der Menschheit hiedurch ein unschätzbarer Nutzen bereitet. Nicht nur das einzelne Individuum wird veredelt, sondern die Gesellschaft, der Staat wird in geistig vorteilhafter Weise beeinflußt und dies zeigt Redner durch den Hinweis auf die neueste Veröffentlichung von Hans Rost „Die Kultur des Katholizismus". Nach diesem Autor erweist sich der herrschenden Lebensvereinigung gegenüber der Katholizismus als Bejahung des Lebens in seiner Leibenskraft und Lebenskraft, in seiner starken Willenskultur, als die Religion fester Grundsätze, als die Religion der Fröhlichkeit und Gemütskultur, als die Religion der schönen Litteratu und der Freude. Diese Lebenskraft der katholischen Kirche äußert sich in ihrer größeren Widerstandskraft gegen die Dekadenzerscheinungen unserer Kultur. Ein solches Symptom der Lebensverneinung ist in seiner Massenerscheinung der Selbstmord. Ihm gegenüber versagen die modernen Weltanschauungssysteme und auch der Protestantismus bleibt mit seiner Widerstandskraft weit zurück hinter der katholischen Kirche. Wenn hier ein Vergleich zwischen „katholisch" und „evangelisch" angestellt wird, so liegt es fern, ein Wort zu sagen, das den Andersgläubigen verletzen könnte; es muß uns aber doch erlaubt sein, etwas zu sagen, das die Kulturkraft unserer herrlichen so oft angegriffenen Kirche beleuchtet. Es zeigt sich, daß die Selbstmordneigung in einer deutschen Stadt um so geringer ist, je mehr im allgemeinen Katholiken in der Stadt leben. Die Unterschiede zwischen den katholischen und protestantischen Städten sind so enorm, daß man sich die Gegensätze an einigen praktischen Beispielen vergegenwärtigen möge: Es nehmen sich von 100.000 Einwohner alljährlich im Durchschnitt freiwillig das Leben in Achen 10, Trier 16, Münster 11, Köln 13, Vismarckhütte 2, M.-Gladbach 7, Mühlheim am Rhein 10, Fulda 7, Düsseldorf 16. Ganz nndere Opfer fordert der Dämon Selbstmord in zahlreichen protestantischen Städten. Von 100.000 Einwohnern gehen durch Selbstmord aus dem Leben in Heidelberg 40, in Tempelhof 74, in Tepl 180, in Treptow 205, in Bremerhaven 50, in Jena 48, in Weimar 46, in Gotha 52.

Ein Zusammenhang besteht auch zwischen Geburtenrückgang und Weltanschauung; eine Tatsache, welche bekanntlich neuestens allen wohlmeinenden Menschen ein Gegenstand ernster Besorgnis ist. (Zustimmung.) Die größere eheliche Fruchtbarkeit ist auf Seite der Katholiken und bietet dadurch die Hoffnung, daß diese selbstverständlich in der Voraussetzung, daß sie katholisch praktizieren, leichter der furchtbaren Gefahr begegnen können, daß in einem Lande mehr Särge als Wiegen benötigt werden. Die Geburtsziffer einer Stadt steigt oder sinkt im allgemeinen mit den Vorwiegern der protestantischen, beziehungsweise katholischen Bevölkerungsziffer; der Protestantismus erweist sich geradezu als ohnmächtig auf dem Gebiete der Bekämpfung des Geburtenrückganges. Wie sich die Steigerung der Geburtenzahl bei den Katholiken und das Sinken bei den Protestanten in denselben Jahrfünften vollzogen hat, zeigt folgende Aufstellung. Es stieg die Zahl der Schulkinder Preußens in den vier Quinquennien 1891—1911: protestantische Schulkinder um 6·07%, 6·41%, 6·18%, 3·95% (durchschnittlich nicht ganz 6%). Katholische um 7·59%, 11·46, 12·89%, 10·82%. — Dazu bemerkt die „Korrespondenz des katholischen Lehrerverbandes in Deutschland": „Gelingt es den preußischen Katholiken, das Zweikindersystem erfolgreich zu bekämpfen, so ist der Zeitpunkt abzusehen, in dem die Hälfte der Volksschüler dem katholischen Bekenntnis angehört." Wir können uns freuen, daß der objektiv urteilende Universitätsprofessor Dr. Julius Wolf den Unterschied zwischen dem Protestantismus und Katholizismus mit den Worten feststellen kann: „Als Damm gegen die Verminderung der Geburtszahl hat sich vor allem die katholische Kirche erwiesen, weil sie erstens eine strengere Hüterin der Tradition ist als die evangelische, weil sie zweitens den Kampf gegen die Präventivtechnik mit größerer Entschiedenheit und Strenge, mit offenem Visier führt."

Der Katholizismus erweist sich ferner als der stärkste Damm gegen die Ehescheidungstendenzen. In den überwiegend katholischen Regierungsbezirken des Deutschen Reiches haben die Katholiken die niedrigste Ehescheidungsziffer. In Preußen kamen auf 1000 Eheschließungen in den

Jahren	bei rein protestantischen Eheschließungen	bei rein katholischen Eheschließungen
1907	26·9	11·1
1909	34.4	13·2
1911·	34·9	14·3

Ehescheidungen.

Reichspost 4/III. 1916

III

30. Hauptversammlung des Katholischen

64

Schulvereines.

Man bedenke aber, was dies besagen will. Auch die Nordamerikaner machen seit einiger Zeit statistische Beobachtungen in diesem Punkte, wobei sich zeigte, daß innerhalb einiger weniger Jahre bei ungefähr 120.000 Ehescheidungen 40.000 Kinder ganz und gar verwaist wurden. Die katholische Kirche ist überdies der stärkste Schutzdamm gegen die Sozialdemokratie; jene Sozialdemokratie, die nicht nur das Christentum ablehnt, sondern auch die Wahrheiten der Naturreligion. Die sozialdemokratischen prozentuellen Stimmziffern wurden um so kleiner, je mehr die katholische Bevölkerung eines Reichstagwahlkreises steigt. Obwohl es sich um Gebiete mit gleichartig industriellen und städtischen Verhältnissen handelt, so haben doch die katholischen Provinzen Westfalen und Rheinland eine ganz überraschend kleine Organisationsziffer, indem in Westfalen 40%, in der Rheinprovinz 3·5%, in Magdeburg dagegen 23·9%, in Brandenburg, Berlin, Königreich Sachsen 11·3%, der Arbeiter sozialdemokratisch organisiert sind. Die Provinzen Pommern und Posen haben ein ziemlich gleiches agrarisches Gepräge, die ganz protestantische Provinz Pommern zählt jedoch 5·8%, das überwiegend katholische Posen um 0·8% sozialdemokratische Parteimitglieder. Die Hälfte vorwiegend protestantischer Städte in Deutschland wählt zur Hälfte ihrer Wählerschaft und oft weit darüber hinaus sozialdemokratisch, während in den katholischen Städten nur der 17. Teil zur Hälfte der Wählerschaft sozialdemokratische Stimmzettel abgibt. Daraus geht unzweifelhaft die große Ueberlegenheit der katholischen Kirche im Kampfe gegen die Sozialdemokratie hervor.

Wie ermutigend sind diese Dinge für uns Katholiken! Wenn wir im Katholischen Schulvereln die Erziehung auf katholischer Grundlage hochhalten, dann sorgen wir nicht nur für die Veredlung einzelner Individuen, wir sorgen im eigensten Sinne für wahre Kultur, für die Wohlfahrt der Gesellschaft und des Staates. Und wenn wir dies anwenden auf den Weltbrand, in dessen Mitte wir stehen, so möchte ich auf zwei Vorkommnisse hinweisen, die dieser Brand gezeitigt hat. Der Berliner Hofprediger Döhring veröffentlicht in einem Schriftchen „Die Religion des Schlachtfeldes" Eindrücke und Gedanken, die er auf den Schlachtfeldern des Ostens gesammelt hat. Er schließt seine Ausführuugen mit folgendem: „Es war in Schaulen. Am letzten Tag, den ich an der Front verlebte. Ich sollte wohl nicht abreisen, ohne an einer kleinen, aber mich über die Maßen erschütternden Begebenheit gleichsam als wuchtige Zusammenfassung alles dessen, was ich auf den Schlachtfeldern hatte sehen dürfen, die entscheidende Frage, um die es in diesem Kriege überhaupt geht, noch einmal auf mich wirken zu lassen. Von unsern Truppen waren zwei russische Deserteure auf frischer Tat ergriffen worden, die ein dort ansäßiges Bauernehepaar in bestialischer Weise ermordet hatten. In dem Verhör der beiden ergab sichs, daß wir ihren Lebenswahlspruch kennen lernten. Sie trugen ihn tätowiert auf der Brust. Er lautete bei beiden übereinstimmend: „In der Welt gibts keine Wahrheit." Da war wohl keiner, der nicht darob einen Augenblick in tiefem Schweigen — war's Sinnen war's Entsetzen? — dastand." (Bewegung.)

Dagegen erzählte Hofrat Willmann, den wir wohl den größten deutschen Pädagogen der Jetztzeit nennen dürfen, von einem katholischen reichsdeutschen Soldaten, der im Krieg beide Augen verloren hatte. Man wollte ihn trösten und er bemerkte hiezu: „O, in meinem Innern ist's nicht finster und dunkel, in meinem Innern ist's licht, ich habe ja die heilige Kommunion empfangen." (Beifall.) Ja, hochgeehrte Versammlung, der Katholische Schulverein erwirbt sich ein hohes Verdienst, wenn er dahin zu wirken sucht, daß die Erziehung auf religiöser Grundlage sich vollziehe. Wir haben Grund, auf Erfolg zu hoffen, daß wir Katholiken unter katholischer Flagge segelnd, diesem edlen Ziele zusteuern. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Weihbischof Dr. Pfluger erteilte sodann den päpstlichen Segen. Die Hymnen Oesterreichs und Deutschlands und die Klänge des Radetzkymarsches beendeten in erhebender Weise die eindrucksvoll verlaufene Kundgebung des Katholischen Schulvereines.

Zum Schlusse sei nicht des Orchesters der Lehramtskandidaten unter Leitung des Prof. F. Geiblinger vergessen, das mit seinen Darbietungen den Versammelten künstlerischen Genuß geboten hat.

Vossische Zeitung
6./IV. 1916

65

Die Akademische Lesehalle.

Universitätssorgen im Kriege.

Wer immer in Berlin studiert hat, erinnert sich mit Vergnügen der Akademischen Lesehalle. Das Gebäude selbst ist zwar nicht schön, aber es bot doch viel Köstliches für den jungen Studenten: Zeitungen und Zeitschriften, in denen der Kampf der Meinungen ausgefochten wurde und dem er zahllose Anregungen und Belehrungen entnahm. Sie war auch so etwas wie der Mittelpunkt des studentischen Lebens; die jährlichen Wahlen zum Direktorium der Lesehalle wurden von den Parteien mit einem Eifer durchgefochten, dem zuweilen vielleicht die Größe des Streitgegenstandes nicht ganz entsprach.

Nun scheint auch sie dem Kriege zum Opfer fallen zu sollen. Die Zahl der Mitglieder ist so zurückgegangen, daß ihre Beiträge zur Unterhaltung der Halle bei weitem nicht mehr ausreichen. Das Direktorium hat die Leitung der Geschäfte jetzt an den neu gegründeten Ausschuß der Studentenschaft abgegeben, aber auch der scheint die Halle nicht mehr aufrechterhalten zu wollen. Die Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften sind zum größten Teil gekündigt, und wenn man den Raum heute betritt, so gähnen einem die leeren Wände entgegen. Das wird ja wohl nach dem Kriege wieder ein anderes Aussehen haben, zumal in dem neuen Universitätsanbau Räume für die Halle bereitgestellt werden sollen.

Schlimmer ist es, daß auch die Beamten der Lesehalle darunter leiden. Die beiden Herren, von denen der eine dreißig und der andere zwanzig Jahre im Dienste des Instituts tätig waren, aus deren Händen wer weiß wieviele Generationen von Studenten die meistbegehrten Zeitschriften entgegengenommen haben, sind zum 1. April gekündigt worden. Es kann ja wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Universitätsbehörde sich dieser Beamten annehmen und sie, wenn die Tätigkeit in der Lesehalle wirklich endgültig aufhören sollte, auf einen anderen Posten stellen wird. Aber schon die Ungewißheit, der sie ausgesetzt sind, ist ein harter Schlag für sie. Man darf erwarten, daß ihr recht bald ein Ende gemacht wird.

Tägliche Rundschau

11./IV. 1916

66

* **Säuglingspflege als Unterrichtsgegenstand in Mädchenschulen.** Die Regierung in Wiesbaden hat in einer Verfügung an die Kreisschulinspektoren und an die Schuldeputationen die Aufmerksamkeit auf die Einführung der Säuglingspflege als Unterrichtsgegenstand in Mädchenschulen gelenkt. Versuche dieser Art sind in Greifswald für 12—14jährige Mädchen ausgeführt worden. Der Lehrgang umfaßte Physiologie der Säuglinge, und die Grundsätze der Säuglingspflege: Reinlichkeit, natürliche Ernährung usw. Alle Dinge, die nur vor älteren Frauen und Mädchen zu besprechen sind, wurden ausgeschaltet. Die Kurse bestanden in theoretischen Auseinandersetzungen, denen sich praktische Uebungen unter Leitung einer Oberschwester der Klinik anschlossen.

Neue Freie Presse Abendbl. 11./IV. 1916

Die Wiedereröffnung der Czernowitzer Universität.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Czernowitz, 11. April.

Nach ungefähr zweijähriger, durch die Kriegsereignisse hervorgerufener Schließung der Franz Josefs-Universität in Czernowitz ist es den vereinigten Bemühungen gelungen, die Wiederaufnahme des vollen Lehrbetriebes am 1. Mai zu ermöglichen. Mit der Wiedereröffnung ist allen von anderer Seite ausgesprengten Vermutungen von einer Umwandlung der deutschen Universität in eine anderssprachige der Boden entzogen. Schon seit dem Herbst des vorigen Jahres ist die griechisch-orientalische theologische Fakultät eröffnet, jetzt werden auch die philosophische und die juristische Fakultät ihre Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Die notwendigen Vorarbeiten werden schon vorgenommen; damit erwacht das östliche Bollwerk der deutschen Kultur in Oesterreich trotz der Nähe des Kanonendonners und der feindlichen Front zu neuem Leben. Die Universitätsinstitute haben durch die Russeninvasionen nicht gelitten.

Neues Pester Journal
12. IV. 1916

70

Das „deutsche Fräulein".

— Deutsche Erzieherinen und Kindermädchen in Budapest. —

Das deutsche Fräulein — so wird das junge Mädchen, das aus Deutschland kommt, um sich hier sein Brod zu verdienen, in Budapest gewöhnlich genannt, — hat der französischen Bonne und der englischen Miß den Rang abgelaufen. Während es früher, in seligen Friedenszeiten, zum guten Ton gehörte, eine englische oder französische Gouvernante zu halten, hat der Krieg auch darin Wandel geschaffen; die vielen Französinen und Engländerinen sind fast völlig von der Bildfläche verschwunden. Nicht als würde man ihnen als Angehörigen feindlicher Staaten den Aufenthalt in der ungarischen Hauptstadt unerträglich gestalten — leben doch auch noch heute, im zweiten Jahre des Krieges, noch Viele unbehelligt in unserer Mitte —, die Verhältnisse haben es so gefügt, daß die Nachfrage nach deutschen Erzieherinen und Kindermädchen bei uns eine unvergleichlich größere ist als früher und daß die deutschen Lehrkräfte hier festen Fuß gefaßt haben. Während man ehedem auf den Promenaden und auf dem Corso, wo unsere Kleinen spazieren geführt werden, auf Schritt und Tritt Mademoiselles und Misses antreffen konnte, sind sie jetzt gänzlich aus der Mode gekommen. Wer erinnert sich nicht an die würdevoll daherschreitende englische Nurse in ihrer kleidsamen dunkelblauen Haubentracht mit dem meterlangen herabwallenden Schleier? In stattlicher Zahl hielten sich vor dem Kriege auch englische Lehrerinen hier auf, denen man für die Stunde gerne drei oder vier Kronen bezahlte. Man braucht nur einen Blick in den kleinen Anzeiger der Tagesblätter zu werfen, und man kann sich davon überzeugen, daß es englische Sprachlehrerinen in Budapest noch heute in Hülle und Fülle gibt. Einen ganz anderen Typus repräsentiren die Budapester Französinen. Es sind zumeist hübsche, elegante, junge Mädchen. Sie fühlten sich bei uns augenscheinlich sehr wohl, und wenn sie auf der Straße mit den ihnen anvertrauten Kindern spazieren gingen, da lenkten sie durch ihre lebhaften Gesten und ihr sprühendes Temperament die Aufmerksamkeit auf sich. Gänzlich haben die Französinen auch im Kriege Budapest nicht Valet gesagt, denn noch immer weilen französische Sprachlehrerinen hier, die sich durch den Unterricht in ihrer Muttersprache fortbringen.

Seit dem Ausbruche des Krieges haben sich die Verhältnisse naturgemäß geändert, denn der größte Theil der Engländerinen und Französinen hat, wie erwähnt, Budapest verlassen. Jetzt wird die deutsche Erzieherin von den bessersituirten Budapester Familien favorisirt. Väter und Mütter, die vor dem Kriege das Hauptgewicht auf Französisch und Englisch legten, haben mit einem Male den hohen Werth der Kenntniß der deutschen Sprache entdeckt. Angesichts dieser veränderten Sachlage haben die deutschen Erzieherinen jetzt in Budapest einen viel leichteren Stand als zuvor, denn die Nachfrage ist eine sehr rege. Es sind durchwegs Mädchen aus guten bürgerlichen Häusern, die sich ihr Brod selber verdienen wollen. Oft macht so ein blondes deutsches Mädel in der Fremde ihr „Glück" und wird eine glückliche Frau. Dank ihrer Bescheidenheit, ihrer Anhänglichkeit und Treue haben sich die deutschen Erzieherinen in Ungarn schnell die Herzen erobert. Sie werden als zur Familie gehörig betrachtet und dementsprechend behandelt. Indessen hat sich seit dem Ausbruche des Krieges die Zahl der hier lebenden deutschen Lehrkräfte beinahe gar nicht verändert, obgleich die Nachfrage eine unvergleichlich regere ist. Im Annoncentheile der Zeitungen kann man Tag für Tag Anzeigen lesen, in welchen deutsche Damen gesucht werden, während die Zahl der sich offerirenden verhältnißmäßig gering ist. Dieses geringe Angebot ist darauf zurückzuführen, daß nach dem Ausbruch des Krieges viele deutsche Mädchen in ihre Heimath zurückgekehrt sind, was zur Folge hatte, daß sich die Erwerbsverhältnisse für die Zurückgebliebenen günstiger gestaltet haben. Deutsche Kindermädchen erhalten heute durchschnittlich einen Monatslohn von 30 bis 40 Kronen. Die verhältnißmäßig geringe Zahl der in Budapest sich aufhaltenden deutschen Erzieherinen ist in erster Reihe auf den Umstand zurückzuführen, daß in Deutschland für Kriegsdauer auch an Frauen keine Pässe ausgefolgt werden. Einen Paß erhält eine Deutsche nur in dem Falle, wenn sie dokumentarisch den Nachweis erbringt, daß sie in der Fremde bereits ein festes Engagement besitzt.

Seit einer Reihe von Jahren existirt in der Hauptstadt ein deutsches Heim für Lehrerinen und Erzieherinen, das im Hause Thökölystraße 77 untergebracht ist und sich der Budapester deutschen Mädchen in selbstlosester Weise annimmt. Dieses Heim ist, namentlich jetzt im Kriege, dazu berufen, die Interessen seiner Insassen zu wahren und hat sich in diesen theuren Zeiten in jeder Beziehung ausgezeichnet bewährt, denn trotz der allgemeinen Vertheuerung der Lebensmittel wird für Verpflegung auch jetzt nicht mehr als 3 Kronen bis 3 Kronen 50 Heller gerechnet. Die Hauptthätigkeit des Heims erstreckt sich auf Stellenvermittlung. Wie wir hören, soll das Heim, das unter der Patronanz des deutschen Generalkonsulats steht, nach dem Kriege vergrößert werden. Ehrenvorsitzender ist Generalkonsul Graf von Fürstenberg-Stammheim. Das Präsidium besteht aus den Herren: Hans Biehn, 1. Vizepräsident; Ernst Wolff, 2. Vizepräsident; Otto Braun, Schriftführer; Hofrath M. Noculak, Schatzmeister; Dr. G. Weiß, ärztlicher Beirath; Dr. Julius Káldor, juristischer Beirath; der Verwaltungsrath aus den Herren: Hermann Bach, Franz Frei, Karl Kühlmann, Paul Kühnemann, Wilhelm Raabe; Louis Schulz, Adolf Stiller; und das Damenkomité aus den Damen: Hans Biehn, Präsidentin, Klara Bach, Thea Frei, Nikolaus Gfrerer, Dr. Julius Káldor, Wilhelm Raabe, Hofrath Schulek, Dr. G. Weiß.

j. m.

Reichspost 12./IV. 1916

Für den gewerblichen Nachwuchs.

Eine Aktion der Lehrlingsfürsorgekommission.

Am 4. April fand im Sitzungssaale des Wiener Fortbildungsschulrates im Hause Mollardgasse 87 eine Plenarsitzung der Lehrlingsfürsorgekommission des Wiener Fortbildungsschulrates statt, in welcher auf Grund von Berichten des ständigen Referenten der Kommission GR. Rumelhardt zur Behebung des durch den Krieg hervorgerufenen Lehrlingsmangels in Wien eine großzügige Aktion der Lehrlingsfürsorgekommission beschlossen wurde. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen gliedern sich in solche zur Verhinderung und Erschwerung des grundlosen Entlaufens Jugendlicher aus der Lehre, ferner in solche zur Hebung des Zuzuges Jugendlicher aus Wien und aus den deutschen Kronländern der Monarchie in das Gewerbe. In bezug auf die Berufsberatung wurde beschlossen, den Eltern Schulmündigwerdender sowohl durch die Schule als auch außerhalb derselben klar zu machen, daß nur das Ergreifen gelernter Berufe ihren Kindern von Vorteil sein kann. Es wurde darauf hingewiesen, daß es nach dem Kriege Pflicht aller sein wird, den Kriegsinvaliden zu ihren knappen Renten noch mögliche Verdienste zu geben, weshalb in den ungelernten Berufen der ungelernte Nichtkämpfer dem Invaliden wird weichen müssen, und die Gefahr besteht, daß das Heer der Ungelernten den verkümmerten und leider auch verkommenen Bodensatz der Großstadt vermehren wird. Ueber Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die durch den Krieg aufgetretenen Schäden im Lehrlingswesen einer entsprechenden Würdigung zu unterziehen. Um die durch das Fehlen der zur Kriegsdienstleistung eingerückten Lehrmeister aufgetretenen Mißstände in einer großen Anzahl von Lehrverhältnissen zu beheben und deren Folgen zu mildern, wurde ferner beschlossen, die Genossenschaftsvorstehungen zu ersuchen, für die Bestellung von Stellvertretern der eingerückten Lehrherren im Sinne der betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung Sorge zu tragen und die Schulbehörden zu ersuchen, den Lehrwerkstättenunterricht in den gewerblichen Fortbildungsschulen für alle Klassen behufs praktischer Ausbildung der Lehrlinge in ihrem Gewerbe einzuführen und Gehilfenkurse für solche Gehilfen zu errichten, deren gewerbliche Ausbildung während der Lehrzeit infolge der Kriegsereignisse nicht vollkommen durchgeführt werden konnte. Da vom Bürgermeister der Stadt Wien bereits eine Reihe von Verfügungen im Wirkungskreise des Magistrates und der Gemeinde Wien getroffen wurde, welche es den ärmeren und unbemittelten Eltern ermöglichen, ihre Kinder nicht von der Schule weg sogleich in die Fabrik zu schicken, sondern ihnen ein Handwerk erlernen lassen zu können, wurde dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner der Dank für seine wahrhaft väterliche Fürsorge für die Lehrlinge und damit für das gesamte Gewerbe ausgesprochen. Nach einem Berichte des GR. Breuer wurde die Ergänzung der Bezirkskomitees für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in den einzelnen Wiener Gemeindebezirken durch Frauen beschlossen. BV. Lorenz Müller erstattete ein Finanzreferat zur Vergrößerung des Lehrlingsfürsorgefonds, Magistratsrat Karinger ein Referat über den Protest des Vereines der Gehilfenvertreter gegen den Text der in der Lehrstellenvermittlung der Lehrlingsfürsorgekommission gebräuchlichen Anmeldescheine für Lehrherrn, und GR. Spalowsky referierte über die Hausordnung für das Kriegslehrlingsheim in der Mollardgasse. An der Debatte über die einzelnen Gegenstände der Tagesordnung beteiligten sich außer den Referenten noch Hofrat Graf Marschall, Oberinspektor Allitsch vom k. k. Arbeitsministerium, Oberinspektor Hauck, GR. Partik, Oberdirektor Schiffer und die Genossenschaftsvorsteher Bermann und Wolf.

Fremdenblatt
12./IV. 1916

Die Sommerzeit.

Die Schulen und die Reform.

Von informierter Seite wird uns mitgeteilt:

Wofern die neue Sommerzeit mit 1. Mai dieses Jahres zur Einführung gelangen sollte, dürfte sich für die öffentlichen Schulbetriebe keine Schwierigkeit ergeben. Es trifft sich nämlich sehr günstig, daß dem 1. Mai der 30. April als Sonntag unmittelbar vorausgeht, an dem ohnedies und allgemein schulfrei ist. Besonders fürsorgliche Eltern werden dort, wo am 1. Mai Schule sein sollte, am unmittelbar vorangehenden Sonntag die kleineren Kinder um eine Stunde früher zu Bett bringen und die jungen Schüler und Schülerinnen werden die Vorrückung der Uhr um eine Stunde buchstäblich überschlafen. Es wird gar nicht notwendig sein, ihnen mit der Neueinführung Kopfzerbrechen zu bereiten, da sie von ihr tatsächlich nichts verspüren werden.

Dies sind die Gründe, welche es als wahrscheinlich, ja fast sicher erwarten lassen, daß seitens der Unterrichtsbehörden im Zusammenhang mit der Sommerzeit im allgemeinen und im besonderen nichts wird verfügt werden müssen. Es wird für die Neueinführung, soweit sie die öffentlichen Schulen betrifft, keiner Durchführungsbestimmungen bedürfen und dies, wie erwähnt, im Zusammenhange mit dem unmittelbar vorangehenden schulfreien Sonntag. Das Unterrichtswesen wird also durch die Schaffung der Sommerzeit ganz wesentlich weniger berührt wie etwa Post und Eisenbahn, die ohne Unterbrechung auch an Sonn- und Feiertagen in Aktion sind und daher für den Fall der faktischen Einführung der Sommerzeit ohne Durchführungsbestimmungen kaum werden auskommen können.

Neues Wiener Tagblatt
14. III. 1916

Die Wiener Universität im Kriege.

Kriegsvorlesungen an allen Fakultäten.

Die Wiener Universität tritt zum zweitenmal während des Krieges in ein Sommersemester. Die örtlichen Veränderungen, namentlich die Abhaltung von Vorlesungen außerhalb der gewohnten Hörsäle, werden fortdauern. Der Krieg greift aber in allen Fakultäten auch in die wissenschaftliche Tätigkeit ein. Denn die Wissenschaften werden ihn erklären, werden seine Voraussetzungen und seine Bedingungen erforschen, sie werden aber auch seine Folgen zu heilen trachten.

Von diesem Gesichtspunkt aus mag zunächst die Lehrtätigkeit an der philosophischen Fakultät verzeichnet werden: Es sind die Historiker, die mit ihren Vorträgen dem Krieg am allernächsten an den Leib rücken. Hofrat Professor Fournier wird über allgemeine Geschichte lesen und seine Darstellung bis zum Kriegsjahr 1914 führen. Professor Uebersberger behandelt unsre Feinde und unsre Freunde, indem er über „politische und soziale Bewegungen in Rußland seit Beginn des 19. Jahrhunderts“ und über „Geschichte Bulgariens seit dem Berliner Vertrag“, also über Bulgariens Geschichte in der allerneuesten Zeit, lesen wird. Die Geschichte des Balkans wird aber auch in andern Fächern behandelt. So wird Professor v. Kraelitz „osmanisch-türkische Urkunden“ entziffern lehren und die neuere türkische Literatur behandeln. Die beiden Slawisten Hofrat Jirecek und Professor v. Resetar erörtern südslawische Themen, der letztere speziell die serbokroatische Sprache und Literatur.

Die Naturwissenschafter der Universität stehen in großer Zahl im Kriegsdienst, und von den 18 Physikern und 17 Chemikern künden je 10 an, daß sie nicht lesen werden. Sehr eindringlich wird sich die medizinische Fakultät mit den Erscheinungen des Krieges auseinandersetzen. Es sollen hier aber vorläufig bloß einige Vorlesungen aufgezählt werden, die ausdrücklich mit der Beziehung auf den Krieg angekündigt werden. So liest Professor Holzknecht über die Röntgenologie im Kriege, Dozent Dr. G. Schwarz behandelt an der Klinik Wenckebach die „Fremdkörperlokalisation mit besonderer Berücksichtigung der Projektile“, Dozent Dr. Bum, der das heilgymnastische Institut im Universitätsspital leitet, „die Nachbehandlung von Kriegsverletzungen“, Stabsarzt Dr. Zilz behandelt „die Kieferverletzungen“ und liest ein Kolleg unter dem Titel „Kriegszahnärztliche Erfahrungen und Erlebnisse“. In der Ohrenheilkunde hält Professor Alexander besondere Vorlesungen unter Berücksichtigung der Kriegsverletzungen, Dozent Doktor Fröschels liest über „Kriegssprachstörungen“, Professor Fuchs über „Die Kriegsverletzungen des zentralen Nervensystems“, Stabsarzt Dr. Glaser über „Verhütung und Bekämpfung der Infektionskrankheiten, besonders der Kriegsseuchen“.

Aber auch eine ganze Anzahl andrer Vorlesungen wird durch die Vorgänge der Kriegszeit orientiert sein und Vorsorge für die Zukunft und für den Wiederaufbau des normalen Lebens lehren. Dahin gehören die verschiedenen Vorlesungen über Ernährungslehre, über diätetische Lebensweise, über Infektionskrankheiten, über Säuglingskrankheiten, über Impfkunde, lauter Themen, die mit der Frage der Bevölkerungspolitik zusammenhängen.

Die Vorlesungen der juristischen Fakultät knüpfen gleichfalls oft an aktuelle Vorgänge an. Der Mitschöpfer unsrer Militärstrafgesetze Major-Auditor Professor Lelewer liest über Militärstrafrecht, und zwar im Verhandlungssaal des Landwehrbrigadegerichtes. Professor Alexander Löffler behandelt ein sehr aktuelles Thema, „Das österreichische Preßrecht im Frieden und im Kriege“. In die Zukunft weisen einige Vorlesungen, die dem Gedankenkreise der Annäherung der Mittelmächte entnommen sind. So wird Sektionschef Dr. Ernst Seidler, der bekannte hervorragende Fachmann und Wirtschaftspolitiker des Ackerbauministeriums, den österreichisch-ungarischen Ausgleich behandeln. Professor Dr. Wittmeyer liest über „Deutsches Staatsrecht mit Berücksichtigung der Kriegszeit“, Professor Kelsen über „Die politischen Theorien der Neuzeit“, Professor Sperl, einer der eifrigsten Mitarbeiter an der Rechtsannäherung, behandelt „das reichsdeutsche Zivilprozeßrecht“, Hofrat Baron Wieser die „Theorie der Staatswirtschaft und der Weltwirtschaft“, Professor Grünberg „Kolonialgeschichte und Kolonialpolitik der neueren Zeit“, Professor Dr. Pribram behandelt ausgewählte Probleme der Wirtschaftspolitik, in der gleichfalls Probleme der Kriegswirtschaft eine Rolle spielen, Dozent Dr. Vogel „das Staatsschuldenwesen mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsanleihen“.

Reichspost
14./11. 1916

* **Krieg und Schule.** Aus Budapest wird uns von unserem TM-Korrespondenten unterm 12. d. M. geschrieben: Der ungarische Kultus- und Unterrichtsminister Béla v. Jankovich hat an die Leiter sämtlicher Schulen und Kinderbewahranstalten ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er es dem Lehrpersonale zur Aufgabe macht, alle Dokumente, die die Beeinflussung der Schule durch den Krieg darlegen, zu sammeln. Zu diesem Zwecke haben sämtliche Lehranstalten Bücher anzulegen, in denen die Ereignisse der betreffenden Ortschaft und Schule während der Kriegszeit verzeichnet werden sollen. Außerdem ist durch statistische Daten die Tätigkeit der Schule im Dienste des Krieges zu erläutern, ebenso die auf diesem Gebiete entfaltete Tätigkeit des Lehrpersonals und eventuell der Schulkinder, und ist hierüber in den Jahresberichten der Schulen zu referieren. Die Lehrer, Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen sollen ihre Beobachtungen betreffs der durch den Krieg herbeigeführten Wandlungen besonders hinsichtlich der religiös-sittlichen und körperlichen Erziehung verzeichnen und ist das so gesammelte Material für die Aufbewahrung in einem Museum von Kriegsreliquien in Aussicht genommen.

Tägliche Rundschau
15./IV. 1916

Regierungsmaßnahmen für die Kriegsprimaner.

Dem „Deutschen Philologenblatt" entnehmen wir über die bisherigen Maßnahmen der Regierung für die Kriegsprimaner folgende Darstellung:

Die preußische Unterrichtsverwaltung hat sich in ihrem ersten Erlaß den Maßregeln des Jahres 1870 angeschlossen. Diejenigen militärtauglichen Kriegsfreiwilligen, die der Prima mindestens im dritten halben Jahre angehörten, durften die Notprüfung machen; die Reife für die nächsthöhere Klasse wurde den Schülern der Unterprima bis Untersekunda zuerkannt, die nach dem Urteil der Lehrer am Ende des Schuljahres das Klassenziel erreicht haben würden. Es traten damals 13 098 preußische Oberprimaner in den Heeresdienst, davon 12 900 mit Reifezeugnis; von den übrigen haben nachträglich 81 das Reifezeugnis erworben. Ferner traten 6366 Unterprimaner, davon 1317 mit dem Reifezeugnis, 4488 mit dem Zeugnis für Oberprima, endlich 4545 Obersekundaner, sämtlich mit dem Zeugnis für Unterprima, in das Heer. In den süddeutschen Bundesstaaten, in denen das Schuljahr im Herbst schließt, wurde den kriegsfreiwilligen Oberprimanern später das Reifezeugnis ohne Prüfung gegeben, vom 1. Januar 1915 aber auch nur auf Grund einer Notprüfung.

Der zweite preußische Erlaß ordnete zum 1. Dezember Notprüfungen für diejenigen Schüler an, die im Herbst 1914 die Reife für die Oberprima erreichten — auch die Einberufenen. Die früheren Vergünstigungen der vorzeitigen Versetzung wurden weiter gewährt. Entsprechende Erlasse bestimmten auch später Notprüfungen und Versetzungsvergünstigungen, aber vom 1. Juni 1915 ab infolge der Wünsche des Kriegsministers nur noch für die Einberufenen und Fahnenjunker, wobei Sekundanern, die als Fahnenjunker vor der Einberufung ihrer Jahresklasse eintreten wollen, die Reife für die höhere Klasse nicht erteilt werden darf. Auch Extraneer erhielten dieselben Vergünstigungen. Von ihnen wurde bei den Prüfungen verlangt, daß sie genügend vorbereitet waren und die nötige geistige Durchbildung erlangt hatten. Daß diese Anordnung befolgt ist, beweist der Ausfall der Prüfungen, bei denen nur 11,5 v. H. die Prüfung nicht bestanden haben, ein Satz, der dem der Oberprimaner fast genau entspricht, die bei den gewöhnlichen Prüfungen das Ziel nicht erreichen. Wollte man denjenigen Schülern, die Ostern 1914 nach Unterprima versetzt worden sind, das Reifezeugnis ohne Prüfung zuerkennen, so würden selbstverständlich auch die diese Vergünstigung erlangen müssen. die in einem späteren Termin für Oberprima reif geworden sind. Das wären mindestens 3000, wozu noch 4000 kämen, die die Reife für Unterprima erhalten haben. An der Universität können Einrichtungen zur Erlangung der Reife, die für solche Mengen von Schülern berechnet wären, nicht geschaffen werden. Deshalb hat der Minister die Sonderkurse in Aussicht genommen.

Die sächsische und badische Regierung haben denselben Weg in Aussicht genommen. Bei der Besprechung von Vertretern der Bundesstaaten am 17. März in Frankfurt a. M. sind diese Grundsätze allseitig gebilligt worden. Auch die Bayern und Württemberger würden wohl zugunsten der für unterprimareif erklärten Schüler besondere Kurse veranstalten; jedenfalls werden alle Bundesstaaten eine besondere Kriegsreife-Prüfungsordnung mit Lehrplänen und Lehraufgaben der Sonderklassen aufstellen. Daraufhin werden wohl auch übereinstimmende Beschlüsse der Bundesregierungen erfolgen. Geht der Krieg in diesem Herbst zu Ende, so würde also ein zu Ostern 1914 nach Unterprima versetzter Schüler bis Ostern 1917 die Reifeprüfung ablegen können; er hätte aber inzwischen auch seiner Militärpflicht genügt, würde also keineswegs benachteiligt sein.

Weiter aber will die Regierung den Kriegsdienst später in den staatlichen Berufen bei der Bemessung des Dienstalters zur Anrechnung bringen, und zwar will sie die Normalzeit der Ausbildung auf der höheren Lehranstalt und der Universität zugrunde legen. Die Zeit, die Kriegsfreiwillige länger als diese Normalzeit bis zur Ablegung der Staatsprüfung brauchen, soll ihnen bis zur Dauer ihres Heeresdienstes während des Krieges angerechnet werden.

Neue Freie Presse Abendbl
15./IV. 1916

Anrechnung der militärischen Dienstzeit bei Zulassung zur Lehrbefähigungsprüfung.

Wien, 15. April.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht nachstehende kaiserliche Verordnung vom 4. April 1916, betreffend die Anrechnung der militärischen Dienstzeit bei Zulassung zur Lehrbefähigungsprüfung, welche lautet:

Auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Den während des gegenwärtigen Krieges zur militärischen Dienstleistung herangezogenen, im Schuldienste angestellten Lehrpersonen ist bei Berechnung der nach § 38 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 62, in der Fassung des Gesetzes vom 2. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 53, zur Erwerbung des Lehrbefähigungszeugnisses für allgemeine Volksschulen oder für Bürgerschulen erforderlichen zwei oder dreijährigen Verwendung im praktischen Schuldienste die im militärischen Verhältnisse zurückgelegte Dienstzeit bis zum Höchstausmaße eines Jahres anzurechnen.

§ 2. Mit der Durchführung dieser kaiserlichen Verordnung, welche mit dem Tage ihrer Kundmachung in Wirksamkeit tritt, ist der Minister für Kultus und Unterricht beauftragt.

Wien, am 4. April 1916.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p., Hohenlohe m. p., Georgi m. p., Hochenburger m. p., Forner m. p., Huisarek m. p., Trnka m. p., Zenker m. p., Morawski m. p., Leth m. p., Spitzmüller m. p.

Fremdenblatt
15./IV. 1916

* (Anrechnung militärischer Dienstzeit bei Zulassung zur Lehrbefähigungsprüfung.) Eine heute zur Verlautbarung gelangende kaiserliche Verordnung trifft Bestimmungen über die Anrechnung der militärischen Dienstzeit bei Zulassung zur Lehrbefähigungsprüfung für Volks- und Bürgerschullehrer. Die kaiserliche Verordnung verfügt, daß den während des gegenwärtigen Krieges zur militärischen Dienstleistung herangezogenen, im Schuldienst angestellten Lehrpersonen bei Berechnung der zur Erwerbung des Lehrbefähigungszeugnisses für allgemeine Volksschulen oder für Bürgerschulen erforderlichen zwei-, beziehungsweise dreijährigen Verwendung im praktischen Schuldienste die im militärischen Verhältnisse zurückgelegte Dienstzeit bis zum Höchstausmaß eines Jahres angerechnet werde.

Tägliche Rundschau
17./IV. 1916

Tagung des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit und Werkunterricht.

Um den Gedanken der werktätigen Erziehung, deren hohe Bedeutung der Weltkrieg lehrt, in seinem vollen Umfange zu erörtern, hatte sich im Herrenhause eine große Anzahl Damen und Herren, Vertreter der Behörden und wissenschaftlicher und technischer Vereinigungen eingefunden. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Geh. Regierungsrat Dr. Wilms, M. d. H., begrüßte die Versammlung, insbesondere die Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialdirektor Geh. Rat v. Bremen und Geh. Oberregierungsrat Dr. Pallat. Nachdem der Vorsitzende des verstorbenen Gründers und langjährigen Leiters des Vereins, Abgeordneten Dr. v. Schenckendorff, gedacht hatte, gab er ein Bild von der ersprießlichen Arbeit des Vereins im vergangenen Jahre, die dieser namentlich im Dienste der Verwundetenbeschäftigung geleistet hat.

Als erster Referent sprach königlicher Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner-München, M. d. R., über die Erziehung zum Pflichtbewußtsein. Er entwickelte das Wesen der Pflicht im Hinblick auf die sozialen Aufgaben der Gegenwart und die Erziehung zum Pflichtbewußtsein bei der Jugend. Die tiefgründigen und überzeugenden Darlegungen des führenden deutschen Schulmannes hielten die Zuhörer bis zum Schluß in Bann und lösten lebhafte Zustimmung aus. Nicht minder genußreich und belehrend waren die Ausführungen des zweiten Redners des Lehrers Karl Götze-Hamburg. Sein Vortrag, der Wille zur Form, ergänzte die grundsätzlichen philosophischen Darlegungen des Vorredners nach der praktisch-ästhetischen Seite der Erziehung. Seine reichen, persönlichen Erfahrungen führten ihn zu der scharfbegrenzten Forderung, die schöpferischen Kräfte der Jugend durch Selbsttätigkeit im Sinne der kraftvollen Persönlichkeitsbildung zu wecken.

An der Aussprache beteiligten sich u. a. Geheimrat Schmedding-Münster, Professor Stern-Hamburg und Stadtschulrat Dr. Sickinger-Mannheim, der für die pflichtmäßige Jugendwehr und Werktätigkeit in der Schule eintrat im Sinne der friedlichen und kriegerischen Wehrkraft des deutschen Volkes.

Die Versammlung nahm folgende Kundgebung einstimmig an: „Die Erfahrungen des Krieges betätigen die Berechtigung der seit Jahren von dem Deutschen Verein für Knabenhandarbeit und Werkunterricht aufgestellten Forderungen der werktätigen Erziehung unserer Jugend. Die nach dem Krieg für unser Volk noch steigenden Ansprüche an seine wirtschaftliche und militärische Wehrkraft machen die pflichtgemäße Pflege der Werktätigkeit als Grundlage jeder Erziehung zu einer unabweisbaren Forderung für alle Unterrichts- und Erziehungsanstalten."

H.

Hamburger Fremdenblatt
18./10. 1916

18
80

Tagung
des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit und Werkunterricht.

Aus Berlin, 17. April, wird uns berichtet:

Diese aus ganz Deutschland reich besuchte Versammlung galt der werktätigen Erziehung, die im Hinblick auf die Erfahrungen des Krieges eine erhöhte Bedeutung für die künftige Reform der Deutschen Schule gewann. Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Wilms-Posen (M. d. H.) begrüßte die Versammlung und die Vertreter der Behörde.

Der erste Redner, Herr K. Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner-München (M. d. R.), sprach über „die Erziehung zum Pflichtbewußtsein". Er entwickelte das Wesen der Pflicht im Hinblick auf die sozialen Aufgaben der Gegenwart, und die Erziehung zum Pflichtbewußtsein bei der Jugend. Die tiefgründigen, überzeugenden Darlegungen des führenden deutschen Schulmannes hielten alle Anwesenden bis zum Schluß des Vortrages in Spannung, die sich in lebhaftem Beifall auslöste.

Auf gleicher Höhe standen die Ausführungen des zweiten Redners, Herrn Lehrers und Schriftstellers C. Götze-Hamburg. Sein Vortrag „Der Wille zur Form", ergänzte die grundsätzlichen philosophischen Darlegungen des Vorredners nach der praktisch ästhetischen Seite der Erziehung. Seine reichen persönlichen Lebenserfahrungen führten ihn zu der scharfumrissenen Forderung, die schöpferischen Kräfte der Jugend durch Selbsttätigkeit im Sinne einer kraftvollen Persönlichkeitsbildung zu wecken.

An der Aussprache beteiligten sich u. a. die Herren Geheimrat Dr. Schmedding-Münster, Professor Dr. W. Stern-Hamburg, Stadtschulrat Dr. Sickinger-Mannheim, der für die pflichtmäßige Jugendwehr und Werktätigkeit in der Schule eintrat im Sinne einer Friedens- und Kriegs-Wehrkraft des deutschen Volkes.

Die Versammlung nahm folgende Kundgebung einstimmig an:

„Die Erfahrungen des Krieges bestätigen die Berechtigung der seit Jahren von dem Deutschen Verein für Knabenhandarbeit und Werkunterricht aufgestellten Forderung der werktätigen Erziehung unserer Jugend. Die nach dem Kriege für unser Volk noch steigenden Ansprüche an seine wirtschaftliche und militärische Wehrkraft machen die pflichtgemäße Pflege der Werktätigkeit als Grundlage jeder Erziehung zu einer unabweisbaren Forderung für alle Unterrichts- und Erziehungsanstalten."

Vossische Zeitung
18./11. 1916

81

Die Ausbildung der Handfertigkeit.

Tagung des Vereins für Knabenhandwerk und Werkunterricht.

Im Herrenhaus tagte gestern vormittag der Verein für Knabenhandwerk und Werkunterricht. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Oberbürgermeisters Dr. Wilms-Posen sprach Oberstudienrat Dr. Kerschensteiner-München über den Weg zum Pflichtbewußtsein.

Fast scheine es überflüssig, bemerkte er einleitend, dies Thema zu behandeln, da Bücher zu Dutzenden darüber geschrieben seien und die Frage ganz einfach erscheine: Der Imperativ „Tue Deine Pflicht, d. h. das, was Moral und Religion von Dir verlangt," leuchtet jedem ein. Nun ist aber das Handeln danach äußerst kompliziert. Man kann nicht treu oder fleißig sein, wo man kein Vertrauen, kein Interesse hat; man kann keine Mathematik, kein Griechisch lernen, wenn man kein Verhältnis dazu hat. Wie intellektuelle, so sind auch moralische Probleme von den individuellen Fähigkeiten abhängig. Urteilen wie Werten sind ursprüngliche Seelenfunktionen, die die Erziehung formen, aber nicht schaffen kann. Der Ruf zur Pflicht setzt ein Sollen gegen ein Wollen, d. h. er beruht auf einem Werturteil, das das, was man tun soll, abwägt gegen das, was man tun will, und jenem den Vorzug gibt. Die Forderung der Pflichterfüllung muß also Rücksicht auf das psychologische Verhalten des Menschen überhaupt nehmen. Kann man die Menschen objektiv danach unterscheiden? Zwei Typen springen in die Augen: der betrachtende und der gestaltende. Der betrachtende wieder kann sein ein theoretischer, d. h. man fragt nach der Wirklichkeit und dem Zusammenhang der Dinge, oder ein ästhetischer, d. h. man trennt Form und Inhalt nicht, sondern bleibt bei der bloßen Anschauung. Der gestaltende kann sein ein antisozialer, wenn nämlich die Wertung, nach der der Betreffende sein Verhalten einrichtet, nur auf der Person des Wertenden beruht, ein sozialer, wenn sie auf der Person anderer, und ein asozialer, wenn sie nur auf den Dingen beruht. Zu diesen Typen, die sich nur auf Dinge der Erfahrung beziehen, tritt ein sechster, der sich auf transzendente Vorgänge bezieht, der religiöse.

Hieraus ergibt sich, daß das an sich einfache Formalprinzip der Pflicht als konkrete Aufgabe sehr individuell ist. Jeder soll, so kann man sagen, nur das sein, was er kann, aber das ganz!

Nun gehört der größte Teil der Kinder zum gestaltenden Typus: Er muß deshalb an praktische, nicht theoretische Aufgaben gestellt werden. Moralische Werte wird er nur begreifen, wenn er sie sich selber erarbeitet. Dazu muß ihm in der Schule Gelegenheit geboten werden; nur wenn das Kind praktisch arbeitet, kommt es zur Selbstbeherrschung und -achtung. Sozial aber wird es geschult, wenn es in Arbeitsgemeinschaften sich betätigt. „Menschen" werden Kinder nur im freien Dienst am Menschen und in praktischer Arbeit.

Den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte ein Vortrag des Lehrers Carl Götze-Hamburg über den „Willen zur Form". Er setzte auseinander, daß dieser Wille früher bei uns vorhanden gewesen, heute aber erloschen sei und deshalb in der Jugend wieder erweckt werden müsse. Bewußt müsse unsere besondere deutsche Form gepflegt und der kommenden Generation eingeimpft werden, damit wir Menschen bilden, die überall die sittliche und kulturelle Ueberlegenheit unseres Volkes in der Welt verkünden können. Die „Form" nannte der Vortragende das organische Gewachsensein, das zu charakteristischem Ausdruck drängt. Er zog zum Vergleich den Wipfel der Eiche heran und wies an den Artisten das Streben nach, „in Form zu gelangen". Wir Deutschen haben an dieser deutschen „Form" zwei Jahrzehnte gearbeitet und sie neu geschaffen. Nun muß durch den Handarbeits- und Werkunterricht diese Form der folgenden Generation vermittelt werden.

In der Aussprache äußerte sich Geh.-Rat Schmeding-Münster über die wirtschaftliche Bedeutung des Werkunterrichts, während auf seine Wichtigkeit für die militärische Jugenderziehung von Stadtschulrat Sickinger-Mannheim hingewiesen wurde.

Frankfurter Zeitung
19/IV. 1916

Minderbefähigte Schulenklassene.

Kräfte sammeln, erhalten und mehren ist heute ein Gebot der Not geworden und zwingt unabweislich alle zur Mitarbeit. Deswegen vernimmt man gerade heute mit besonderem Interesse und dankbar jedes Zeugnis darüber, wie schon lange vor dem Kriege Geist und Herz Einzelner für Hebung und Mehrung der Volkskraft tätig waren. Ein solches Zeugnis finden wir auch in der „Studie über die Erwerbsfähigkeit der in den Jahren 1903 bis 1912 aus den Frankfurter Hilfsschulen entlassenen Kinder" von Carl F. Stiebel (veröffentlicht in der „Zeitschrift für das Armenwesen" Jahrg. XVI, Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1916 71 S.) Als freiwilliger Helfer des Vereins „Kinderschutz" und als Vorsitzender des ihm angegliederten „Ausschusses für minderbefähigte Kinder" hat Stiebel seine reichen Erfahrungen gesammelt. 508 Hilfsschüler, 271 Knaben und 237 Mädchen wurden beraten und betreut.

Ein halbes Jahr vor Schulaustritt werden mit Unterstützung der Schule und derjenigen privaten Fürsorgestellen, die bereits früher aus andern Ursachen (⅔ bis ¾ der Fälle) mit den Familien in Berührung kamen, das Wesen und die persönlich-familiären Verhältnisse der Austretenden erforscht. Die Schulen veranstalten ihrerseits zusammen mit dem Schularzt und den Helfern des Ausschusses einige Wochen vor Ostern eine Besprechung mit den Eltern über Pläne und Aussichten. Die Tätigkeit des Ausschusses umfaßt dann im besonderen die eingehende Berufsberatung, die Ueberwachung während der Lehrzeit, Beschaffung von Geldmitteln für Lehrgeld, Lehrbeihilfe und Ausstattung, für vorübergehenden Aufenthalt in Erholungsheimen, in der Arbeitslehrkolonie oder in der Haushaltungsschule. Diese Fürsorge genügt für ungefähr die Hälfte der Kinder, von der anderen Hälfte bedarf ungefähr ein Viertel noch der besonderen Hilfe und Fürsorge durch den Verein „Kinderschutz", das andere Viertel dagegen muß in Heil- und Pflegeanstalten oder zur Fürsorgeerziehung untergebracht werden.

Mit ganz besonderer Sorgfalt untersucht nun Stiebel die Erwerbsfähigkeit der schulentlassenen Minderbefähigten. In dem Abschnitt „Ursachen und Wirkungen" weist er zahlenmäßig nach, in welcher Weise die mannigfachsten Faktoren (individuelle Anlage, häuslich-familiäre Verhältnisse, Fürsorge usw.) in den Lebenslauf der Minderbefähigten bestimmend eingewirkt haben und einwirken können, wie sie im besondern die Erwerbsfähigkeit begünstigen oder beeinträchtigen. Diese äußerst mühevolle Arbeit ist wertvolle Pionierarbeit und gibt prinzipielle Anregungen und Richtlinien für weitere Untersuchungen. Von 257 Knaben, deren Lebenslauf eingehend kontrolliert wurde, haben 60 ein Handwerk gelernt und darin ausreichenden Verdienst gefunden. Es sind fast alle gebräuchlichen Handwerke vertreten. 80 weitere Knaben haben drei Jahre regelmäßig hintereinander als ungelernte Arbeiter (Gärtner und Landarbeiter, Fabrikarbeiter, Auslaufer) gearbeitet und sind voll erwerbsfähig. Unter den „halben Kräften" sind 35, die es trotz gutem Willen und stetiger Arbeit nicht zu ausreichendem Verdienst gebracht haben und 47 unstete Arbeiter. Nur 35 sind erwerbsunfähig geblieben oder geworden. Von den Mädchen erwiesen sich 86 als voll erwerbsfähig, 71 als „halbe Kräfte" und 65 als erwerbsunfähig. Von allen Kindern sind — auf Hundert berechnet — 47,2 Proz. voll erwerbsfähig, 31,9 Proz. „halbe Kräfte" und 20,9 Proz. sozial unbrauchbar.

Als Anhang sind der Untersuchung 69 Hilfsschülerlebensläufe „in auf- und absteigender Linie" beigegeben, die getreulich von Erfolgen und Mißerfolgen berichten; nirgends leidet die Klarheit durch die Knappheit. Ein warmer Oberton klingt uns aus ihnen und aus der ganzen Studie entgegen. Wir glauben dem Verfasser den Wahlspruch, den er für alle soziale Arbeit prägt: Nur durch persönliche Anteilnahme kann bleibend Gutes erreicht werden.

Dr. H.

Die Zeit Ohmacht
19./III. 1916

Die Inskription an den Wiener Hochschulen.

Gründonnerstag beginnen an der Wiener Universität die Immatrikulationen und Inskriptionen für das Sommersemester, die bis einschließlich 4. Mai vorgenommen werden. An der Hochschule für Bodenkultur in Wien findet die Inskription für das Sommersemester von Dienstag den 26. d. bis inklusive 30. d. statt. An der Tierärztlichen Hochschule in Wien beginnt die Inskriptionsfrist gleichfalls Dienstag den 26. d. und dauert bis inklusive 10. Mai. An der Technischen Hochschule in Wien fand die Inskription für das Sommersemester im Monat März statt. Bei den Einschreibungen haben die Studierenden eine Bescheinigung über die vollzogene Schutzimpfung vorzuweisen. — Der Rektor der Wiener Universität hat am schwarzen Brett eine Kundmachung erlassen, die die Inskriptionsfrist betrifft und in der es unter anderem heißt: Auf Grund des Senatsbeschlusses vom 20. März 1915 werden für die Kriegsdauer folgende Hörer und Hörerinnen von der Inskription ausgeschlossen: 1. Die Kriegsausländer aus Staaten, mit denen die österreichisch-ungarische Monarchie im Kriegsverhältnis steht. Die Regelung einzelner Ausnahmsfälle wird vorbehalten. 2. Die außerordentlichen Hörer und Hörerinnen an den weltlichen Fakultäten, mit Ausnahme derjenigen, die die Reifeprüfung an einer Mittelschule oder einem Lyzeum mit Erfolg abgelegt haben, ferner mit Ausnahme der Studierenden der Pharmazie, der Staatsverrechnungswissenschaft und des Kurses für Lebensmittelexperten. 3. Hospitantinnen an der juridischen und philosophischen Fakultät.

Fremdenblatt Abendbl
19./IV. 1916

* **(Ausschließungs von außerordentlichen Hörern und Hörerinnen an der Universität.)** Der Rektor der Wiener Universität Hofrat Professor Dr. Adolf Menzel hat am schwarzen Brette eine Kundmachung erlassen, in der es unter anderem heißt: Auf Grund des Senatsbeschlusses vom 20. März 1915 werden für die Kriegsdauer folgende Hörer und Hörerinnen von der Inskription ausgeschlossen: 1. die Reichsausländer aus Staaten, mit denen die österreichisch-ungarische Monarchie im Kriegsverhältnisse steht; die Regelung einzelner Ausnahmsfälle wird vorbehalten; 2. die außerordentlichen Hörer und Hörerinnen an den weltlichen Fakultäten, mit Ausnahme derjenigen, welche die Reifeprüfung von einer Mittelschule oder einem Lyzeum mit Erfolg abgelegt haben, ferner mit Ausnahme der Studierenden der Pharmazie, der Staatsverrechnungswissenschaft und des Kurses für Lebensmittelexperten; 3. Hospitantinnen an der juridischen und philosophischen Fakultät.

Die Zeit 20/10. 1916

Die deutschen Schulen im Kriege.

Kriegshilfe und Selbsterziehung.

t Berlin, im April.

Die Abiturien im zweiten Kriegsjahr sind vorüber, und am 11. d. haben die vierzehntägigen Osterferien an den Berliner Schulen begonnen. Am 26. d. fängt das neue Schuljahr für die Schüler der O-Klassen und das zweite Semester für die Schüler der M-Klassen an. O bedeutet Ostern, M ist der Anfangsbuchstabe von Michaelis, dessen Namenstag auf den 29. September fällt. In Berlin gibt es nur in ganz wenigen Schulen in übervölkerten Stadtteilen Parallelklassen, weil, entgegen dem österreichischen System, das neue Schuljahr zwei Anfänge hat, einen zu Ostern, den anderen zu Michaelis. Diese Einführung hat den Vorteil, daß Kinder, die nach dem Schulanfang geboren, also zu jung für die Aufnahme in die unterste Klasse der Schule sind, nicht ein ganzes Jahr verlieren, sondern nur bis zu Ostern oder Michaelis ein halbes des nächsten oder des gleichen Jahres warten müssen, um den ersten Gang ins Leben anzutreten. Auch sonst zeigen die Schuleinrichtungen in Deutschland wesentliche und tiefgehende Unterschiede von jenen in Oesterreich. Einige sind natürlich nur nebensächlicher und äußerlicher Natur, wie die Bezeichnung der Reifeprüfung mit Abiturium statt mit Matura und wie die Benennung der Klassenfolge. Während man in Oesterreich bekanntlich von der Prima in die Oktava aufsteigt, ist es in Deutschland umgekehrt. Der allerjüngste Bakkalaureus, der nicht die schulgeldfreie Gemeindeschule — in Oesterreich Volksschule — besucht, von wo er erst nach vier Jahren und Ablegung einer Aufnahmsprüfung in das Gymnasium, Realgymnasium oder die Realschule eintreten kann, wird sogleich in die höhere Lehranstalt aufgenommen, in der er den Unterricht als Abcschütze beginnt und die Studien als Maturant abschließen kann. Die Berliner Mittelschulen — der Name Mittelschule ist hier nur gewählt, um dem Verständnis österreichischer Leser näherzurücken, denn die Mittelschule in Deutschland ist die zwischen Volksschule und Gymnasium oder Realschule stehende „mittlere" Schule, die einen weniger umfassenden Lehrplan, kürzeren Studiengang und kleineres Schulgeld hat — haben eine Vorschule mit drei Oster- oder Herbstklassen und rangieren auf der Stufenleiter, die zur allgemeinen Bildung führt, als dritte, zweite und erste. Mit der Versetzung aus der ersten Vorschulklasse treten die Schüler in die Sexta ein, und nun folgen Quinta, Quarta, Untertertia, Obertertia, Untersekunda, Obersekunda, Unterprima, Oberprima, die somit der österreichischen Oktava entspricht. Die Versetzungsreife von der Untersekunda nach der Obersekunda — also in Oesterreich von der Sexta in die Septima — gibt zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst Berechtigung, auf die im praktischen Leben Deutschlands ungeheurer Wert gelegt wird. Wer nicht das „Einjährige" hat, wird es schwer finden, als qualifizierter Praktikant oder Lehrling in ein deutsches Handelsgeschäft treten zu können und dort Anspruch auf irgendeine Beachtung zu erheben. Die Begünstigung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes ist der niederste Intelligenzbeweis und der erste Chargengrad des ins praktische Leben tretenden jungen Mannes.

Am Gymnasium wird Latein und Griechisch, das nur an ganz wenigen Reformgymnasien aus dem Unterrichtsplan verschwunden ist, gelehrt, an der Realschule Französisch und Englisch, am Realgymnasium tritt als erste Fremdsprache Latein in Sexta, Französisch in Quarta und Englisch in Untertertia ein. Bis zum Eintritt in die Untertertia ist ohne weiteres ein Uebergang vom Realgymnasium zum Gymnasium und umgekehrt möglich, nicht dagegen zwischen Realgymnasium und Realschule oder Oberrealschule. Die Berechtigungen des absolvierten Realgymnasiasten sind dieselben wie die des Gymnasiasten, mit Ausnahme des Studiums der Theologie, für das eine Ergänzungsprüfung vor der Universitätsinskription abgelegt werden muß. Man steigt in der Regel ganzjährig auf und fällt ganzjährig durch, denn Rückversetzungen um ein halbes Jahr, von der O-Klasse des laufenden Jahres in die M-Klasse des vorhergegangenen oder von der M-Klasse in die O-Klasse des gleichen Jahres, finden nur ausnahmsweise unter ganz besonderen Verhältnissen, wie Schulversäumnis durch Krankheit oder Körperschwäche, statt. Im allgemeinen haben die deutschen Mittelschulen — wiederum nur im österreichischen Sinne gemeint — den Ruf viel größerer Strenge und soldatischeren Drills als die österreichischen. Wer nicht „mitkommt", wird unbarmherzig „abgesägt", und daraus leitete sich der Grundsatz ab, den Eltern über Schüler, die zur Versetzung kommen, in den letzten fünf Wochen vor Schluß des Schuljahres keine Auskunft mehr über den Stand in der Klasse zu geben. Der Lehrkörper geht von folgender Anschauung aus: Irgendwelchen praktischen Wert können Anfragen in dieser Zeit doch nicht haben; es kann sich nur noch um die Bitte um Milde bei der Versetzung handeln, und diese Bitte hat ebensowenig Zweck, wie eine nachherige um Abänderung der Nichtversetzung. Daß da, wo es möglich und angängig ist, Milde waltet, ist selbstverständlich, im übrigen werden die Entschließungen auf Grund gewissenhafter Erwägungen unter dem vollen Bewußtsein der Verantwortung getroffen und können nicht willkürlich abgeändert werden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Versetzung nicht in allen Fällen die größere Wohltat ist. Manche Eltern, die sich erst bitter über die Strenge oder gar das Unrecht beschwerten, das ihren Söhnen durch die Nichtversetzung widerfahren sei, haben nachher ihren Irrtum eingestanden und einsehen gelernt, daß die Nichtversetzung das kleinere Uebel war.

Die Notenskala besteht aus sehr gut, gut, genügend, mangelhaft, ungenügend. Dann gibt es noch eine Zwischennote: „zum Teil", zum Beispiel „genügend, zum Teil gut", oder „gut, zum Teil genügend". Die Nichtversetzung erfolgt, wenn ein Schüler in zwei Hauptfächern die Note „mangelhaft" oder in einem Hauptfach die Note „ungenügend" hat. Die deutschen Schüler haben es in bezug auf die schulfreien Tage schlechter als ihre österreichischen Kollegen, denn in dem lutherischen Deutschland gelten ein Teil der Christustage, alle Marien- und Heiligentage nicht als Feiertage, sondern sind gewöhnliche Werktage. Christi Himmelfahrt, Karfreitag und der Bußtag sind Feiertage, Kaisers Geburtstag ist schulfreier Tag. Die Hauptferien sind ebenfalls anders eingeteilt als in Oesterreich. Die Osterferien dauern vierzehn, die Pfingstferien sieben Tage. Die großen Sommerferien beginnen am 2. oder 3. Juli und reichen bis zum 10. oder 11. August.

Die Zeit 20./IV. 1916

Die deutschen Schulen im Kriege.

währen also nur fünf Wochen. Dann folgen Ende September die Herbstferien mit einer Woche und am Ende des Jahres die Weihnachtsferien mit vierzehn Tagen. Zensuren werden dreimal: Ostern, Herbst und Weihnachten, gegeben. Das Schulgeld beträgt in den Vorschulklassen 120 Mark, in den folgenden Klassen bis zur Oberprima 130 Mark; auswärtige Schüler, das heißt solche, die nicht am Standort der Anstalt wohnen, zahlen in allen Klassen 200 Mark für das Schuljahr.

Der freien Betätigung der Schüler ist ein weiter Spielraum gewährt. Zunächst sei auf die „Selbstverwaltung der Schüler" hingewiesen. Von der Untersekunda an wählen die Klassen ihr Vertreter in den Schulausschuß, der seinerseits wieder einen Schüler zum Präsidenten wählt. Der Anstaltsdirektor oder dessen Stellvertreter gehört dem Schülerausschuß nur als Ausschußfreund und Berater an, ohne in der Körperschaft Sitz und Stimme zu haben. Die Rechte und Pflichten der drei Körperschaften der Anstalt, Klasse, Ausschuß und Schulverwaltung, sind genau festgelegt. Im Krieg erstreckt sich die Arbeit des Schülerausschusses auf zwei den Zeitumständen entsprechende Hauptziele: Kriegshilfe und Selbsterziehung zum Staatsbürger, sonst aber auf gesellschaftliche Veranstaltungen, Körperpflege, Sport, Ausflüge. Der Ausschuß hat einen eigenen Gerichtshof, der auch den Kampf gegen die Schundliteratur führt. Die meisten Schulen besitzen eigene Vereine, die dem Sport dienen, so einen Ruderverein, Turnverein, Tennis- und Fechtklub. Außerdem gibt es Pfadfinderkorps, stenographische Vereine, Schachklubs. Nur Schüler derselben Anstalt können ordentliche Mitglieder sein und in die Eigenverwaltung der Vereine berufen werden. Vielfach gibt es schon Schulzeitungen, deren Artikelschreiber, Mitarbeiter, Redakteure und Korrektoren ausschließlich Schüler sind. Der freien Betätigung dient ferner der Handfertigkeitsunterricht. Bis zur Quarta wird Pappe- und Klebearbeit getrieben, von der Quarta an Unterricht in Holzarbeit erteilt, in den obersten Klassen wird auch das Schmiede- und Schlosserhandwerk gelehrt. Jede Unterrichtsstunde des Hauptlehrplanes hat eine Pause von fünf bis zu zwanzig Minuten. Bei schönem Wetter tollen die Jungens nach ihrem Belieben und ihrer Kraft auf dem weiten Schulhof, bei schlechtem Wetter in den Hausgängen und Klassenzimmern umher. In der Pause darf man jeder Art von Vergnügen die Zügel schießen lassen.

Eine große Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls und des studentischen Geistes und die farbigen Mützen, dieselben, die jüngst in Wien zum Leidwesen der Jugend der niederösterreichische Landesschulrat verboten hat. Jede Anstalt hat ihre eigene Grundfarbe der Mütze. Als Klassenabzeichen schlingt sich um die Mütze bis zur Quarta ein einfärbiges Band, von der Quarta bis zur Oberprima ein doppelfärbiger Streifen. Die dreifärbige Couleur ist nur den Hochschülern vorbehalten. An manchen Anstalten besteht sogar Mützenzwang, aber an den meisten nicht. Mit der größten Vorliebe tragen die kleinsten Kerlchen ihre Mütze. Sie hebt ihr Selbstbewußtsein, weil sie sich von den Gemeindeschülern und Handelslehrlingen sichtbar ausgezeichnet wissen.

In manche der Einrichtungen hat der Krieg eine tiefe Bresche geschlagen. Zunächst wurde die Einheitlichkeit des Lehrkörpers und damit die Studienordnung empfindlich gestört. Die jüngeren Lehrer rückten ins Feld, und es entstanden fühlbare Lücken, die nicht immer durch Aushilfslehrer ausgefüllt werden konnten. Auch die Selbstverwaltung der Schüler erlitt eine schwere Einbuße, da die fähigsten jungen Leute freiwillig oder schon pflichtgemäß zu den Waffen eilten und das Fehlen so vieler tüchtiger Arbeitskräfte den Geschäftsgang beeinträchtigte. Der Zwang zur Sparsamkeit ließ auch viele Vereine kriegsüber ihre Tätigkeit einstellen, wogegen neue Ziele lebhaft in die Erscheinung traten: Geldsammlungen in den Schulen, Kriegshilfe in ihrer mannigfachen Art, Siegesfeiern, Versendungen von Liebesgaben ins Feld, patriotische Vorträge, Konzerte und Schaustellungen zugunsten irgendeines Fürsorgezweckes. Die Kriegsereignisse selbst werden in den Klassen unter Anleitung der Lehrer besprochen oder, unter Ausschaltung jeder feindseligen Kritik, bekanntgegeben. Offensichtlich hat der Krieg auf Schule und Unterricht den größten Einfluß geübt, und beide stehen wie die Welt der Erwachsenen im Zeichen der großen Zeit. Auch in das Verhältnis zwischen Schule und Haus, worauf die Unterrichtsverwaltung den allergrößten Wert legt, denn nur bei ständigem Zusammenarbeiten zwischen Eltern und Lehrern ist ein gedeihliches Wirken möglich, hat der Krieg störend eingegriffen. Tausende Väter sind Kriegsteilnehmer, und vielen Müttern fehlt der überwachende Blick und die strenge Hand des Vaters. Die Haushaltungsschmerzen überwiegen die Erziehungssorgen, und zum Gang in die Schule, um nachzufragen, fehlen oft Kummerlosigkeit, Lust und Zeit, so daß mancher Rückgang in den Studienerfolgen auf dieses Konto zu setzen ist. Merkwürdigerweise aber ist heute ein Durchfall lange kein so tragisches Familienereignis wie früher. Das Toben der Kriegsfurie verschlingt das kleinere Uebel des „Sitzenbleibens". Muß die ganze Welt das schwere Problem des Durchhaltens zu lösen versuchen, nimmt man es dem Jungen, der im selben Kampf unterlegen ist, nicht so sehr übel. Die „große Zeit" schützt da einmal das „kleine Geschlecht".

Reichspost
21./IV. 1916

* **Der Besuch der technischen Hochschulen Oesterreichs.** Das Ministerium für Kultus und Unterricht veröffentlichte kürzlich eine Uebersicht über die Frequenz der technischen Hochschulen Oesterreichs im abgelaufenen Wintersemester, und zwar nach dem Stande vom 31. Dezember v. J. Danach betrug die Gesamtzahl der Studierenden an der Technischen Hochschule in Wien 639 gegen 1375 zur gleichen Zeit des vorangegangenen Jahres. Von diesen waren 20 ordentliche Hörer der allgemeinen, 197 der Bauingenieur-, 52 Hochbau-, 214 der Maschinenbau- und 53 der chemisch-technischen Abteilung sowie 52 der elektrotechnischen und 8 der Schiffbau-Unterabteilung. Zu diesen 596 ordentlichen Hörern kamen noch 43 außerordentliche Hörer. Die Grazer Technische Hochschule wurde von 80 Studierenden (gegen 295 im Vorjahre) die deutsche Technische Hochschule in Prag von 146 (gegen 424 im Vorjahre), die tschechische von 848 (gegen 1497), die deutsche Technische Hochschule in Brünn von 115 (gegen 252), die tschechische daselbst von 132 (gegen 258) und die Technische Hochschule in Lemberg von 167 besucht. An allen sieben Hochschulen waren im abgelaufenen Wintersemester 2128 Studierende gegen 4101 an den sechs erstgenannten im vorangegangenen Wintersemester inskribiert. Von den ordentlichen Hörern gehörten 130 der allgemeinen, 619 der Bauingenieur-, 29 der kulturtechnischen, 5 der hydrotechnischen, 163 der Hochbau-, 661 der Maschinenbau-, 287 der chemisch-technischen, 70 der landwirtschaftlichen Abteilung, 52 der elektrotechnischen und 8 der Schiffbauunterabteilung an. 2024 Studierende waren als ordentliche, 104 als außerordentliche Hörer inskribiert.

Vossische Zeitung
21./IV. 1916

90

Elternhaus und Schule.

Ein neuer Erlaß des Kultusministers.

Von einem Berliner Oberlehrer wird uns geschrieben:

In dem an dieser Stelle besprochenen Buche „Die deutsche höhere Schule nach dem Weltkriege" setzt Geheimrat Norrenberg in dem vortrefflichen Aufsatze „Das Vertrauen zur höheren Schule" auseinander, wie wichtig die Fühlungnahme zwischen Lehrern und Elternkreisen für das Gedeihen der höheren Schule ist. Aus der Ueberzeugung, „wie segensreich es für die Erziehung der Schüler ist, wenn zwischen den Lehrern und dem Elternhause möglichst enge Beziehungen hergestellt werden", ist ein Erlaß des Kultusministers entstanden, der soeben den höheren Lehranstalten zugegangen ist.

In äußerst dankenswerter Weise macht der Minister Direktoren und Lehrer darauf aufmerksam, daß sie keine Gelegenheit versäumen sollen, durch Besprechungen mit den Eltern Erfahrungen über ihre Schüler, die sie ja nur aus dem Unterrichte kennen, zu sammeln. Wie oft erfährt der Lehrer erst aus dem Munde der Eltern, welche Neigungen der Schüler hat, von dessen Individualität er im Unterricht nur die eine Seite sieht, und wie er sie zu Hause betätigt. Schüler, die in der Schule gar nichts leisten, sind oft zu Hause in ihrem Drange zu „basteln" gar nicht zu bändigen: So ergeben sich für den Lehrer auch außerordentlich wichtige Hinweise auf Entwicklung bestimmter Talente, auf Berufsberatung usw.

Zur Fühlungnahme mit den Eltern sind die sogenannten „regelmäßigen Sprechstunden" nach der Dienstanweisung für die Lehrer bestimmt. Der Erlaß weist nur darauf hin, daß diese Bestimmung nicht den Sinn hat, „daß Direktor und Lehrer nur zu dieser Zeit den Eltern die Möglichkeit einer Besprechung bieten", sondern, daß die Lehrer zur angegebenen Zeit auch ohne vorherige Anmeldung der Eltern zu sprechen sind. Die Lehrer aber sollen sich auch sonst „bereit zeigen, durch besondere Verabredung eine Aussprache zu ermöglichen". Ein Sprechstundenplan ist aufzustellen und den Eltern bekanntzugeben.

Wichtig und besonders zu begrüßen ist die Anregung des Erlasses: „Unter Umständen wird es sich auch empfehlen, die Eltern zu einer Besprechung einzuladen." Es wird dadurch — wie es übrigens bei Lehrern, die wirklich Lehrer sind und sich wirklich um ihre Schüler (auch außerhalb der Schule) kümmern, schon längst der Fall war — die Erkenntnis des Charakters und der Neigungen der Schüler nur gefördert werden können und auch dem Haus von der Schule manche wertvolle Anregung gegeben werden.

So dankbar diese Anregungen des Erlasses von der gesamten Oberlehrerschaft begrüßt werden, so sehr wird man in diesen Kreisen gegen die Empfehlung des Erlasses Bedenken haben, die Eltern um Zwecke einer Aussprache „auch einmal aufzusuchen". Abgesehen davon, daß sich der Lehrer im Einzelfalle einer peinlichen Ablehnung eines Besuches aussetzt, ja, daß er aufdringlich erscheint, wird auch seine Stellung den Eltern gegenüber, wenn er der Anregung Folge leistet, völlig schief. Der Lehrer darf nicht als der bittende erscheinen; der Vater und die Mutter müssen naturgemäß an dem Fortkommen ihres Sohnes oder ihrer Tochter das größte Interesse haben: An ihnen ist es, sich darum zu kümmern und den Lehrer aufzusuchen. Die Befolgung der Anregung des Erlasses würde darauf hinauslaufen, daß den Eltern die Sorge für ihre Kinder vom Lehrer überhaupt aus der Hand genommen wird, daß der Lehrer gewissermaßen an die Stelle des Vaters tritt. Er kann aber niemals in der Lage sein, die damit verbundene Verantwortung zu tragen. Zudem aber dürfen die Gefahren nicht übersehen werden, in die sich der Lehrer durch eine zu enge und nun schon gesellschaftliche Fühlungnahme mit den Eltern begeben würde. Auf sie soll hier nur hingedeutet werden.

Die Zeit
23./IV. 1916

Keine Sportveranstaltung der Mittelschulen.

Geleitet von dem Bestreben, den für die körperliche Erziehung der Jugend so wichtigen Sportbetrieb auch während der Kriegszeit aufrechtzuerhalten, faßte das Direktorium des österreichischen Zentralverbandes für gemeinsame Sportinteressen (Olympisches Komitee für Oesterreich) in seiner am 16. März abgehaltenen Sitzung den einmütigen Beschluß, die in den Jahren 1913 und 1914 mit so großem Erfolg durchgeführte Sportveranstaltung der niederösterreichischen Mittelschulen, die im Jahre 1915 des Krieges wegen unterblieben war, im laufenden Jahre wieder zur Durchführung zu bringen. Dieser Beschluß wurde dem niederösterreichischen Landesschulrat mit der Bitte um Genehmigung in einer eingehend begründeten Eingabe unterbreitet, in der insbesondere auf die Tatsache verwiesen wurde, daß der Krieg den unwiderleglichen Beweis für den riesigen Wert der körperlichen Erziehung erbracht hat, und daß gerade die Kriegszeit geeignet ist, der vom Zentralverband geplanten Veranstaltung die volle Bedeutung zu geben.

Der niederösterreichische Landesschulrat hat nun mit der Note vom 31. März 1916 den Oesterreichischen Zentralverband für gemeinsame Sportinteressen darauf aufmerksam gemacht, daß die beabsichtigte große Sportveranstaltung mit den gegenwärtig sich überaus schwierig gestaltenden Aufgaben des Erziehungs- und Unterrichtswerkes kaum vereinbar ist, und daß insbesondere eine erfolgreiche Durchführung der Veranstaltung nicht gesichert erscheint. Gerade weil die Schulbehörden der körperlichen Jugenderziehung ein so großes, durch die Erfahrungen des Krieges noch wesentlich erhöhtes Interesse beimessen, erklärte der Landesschulrat, besonders darauf achten zu müssen, daß diese wichtige Sache nicht durch eine Veranstaltung, die etwa in ihrem Verlauf hinsichtlich des Besuches und Erfolges hinter den Erwartungen weit zurückbleiben könnte, irgendwie geschädigt werde. Der Landesschulrat verwies weiter darauf, daß ein großer Teil der Lehrer und der Schüler der oberen Klassen derzeit im Felde steht, und daß die übrige reifere Jugend durch die in gewissem obligatorischer Weise eingeführte militärische Jugendvorbereitung so sehr in Anspruch genommen ist, daß für ein entsprechendes Training der Schüler für die Sportveranstaltung derzeit die erforderliche Zeit fehlt. Aus diesen Gründen erteilte der Landesschulrat dem Oesterreichischen Zentralverband den Rat, im laufenden Schuljahre von der Abhaltung einer Sportveranstaltung der niederösterreichischen Mittelschulen abzusehen.

Diese, trotz Rücksprache mit den maßgebenden Herren der niederösterreichischen Schulbehörde erfolgte Stellungnahme des k. k. niederösterreichischen Landesschulrates zwang das Direktorium des österreichischen Zentralverbandes in der am 11. d. abgehaltenen Sitzung zu dem Beschluß, auf die Durchführung der Sportveranstaltung der niederösterreichischen Mittelschulen auch im laufenden Jahre zu verzichten. Bei voller Würdigung der seitens der Schulbehörde dargelegten Bedenken glaubte der österreichische Zentralverband, die geplante Sportveranstaltung nur dann erfolgreich durchführen zu können, wenn er der vollen Unterstützung der Schulbehörde und der Mitwirkung der in Betracht kommenden Lehranstalten sicher ist. Da diese Bedingungen gegenwärtig nicht erfüllt sind, ist auf ein Gelingen der Sportveranstaltung der Mittelschulen jetzt kaum zu hoffen, und der österreichische Zentralverband hat sich deshalb schweren Herzens genötigt gesehen, unter dem Druck der Verhältnisse seine ursprüngliche Absicht fallen zu lassen.

Fremdenblatt 23./IV. 1916

Die Schule im Kriege.

Von Bürgerschuldirektor **Leopold Tomola**,
Stadt- und Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Dem österreichischen Schulwesen während der Kriegszeit, dem patriotischen Eifer, von dem Lehrerschaft und Schüler durchdrungen sind, gebührt ein besonderer Ehrenplatz in der Geschichte des Krieges. Sicherlich werden die Schulbehörden in den einzelnen Kronländern nach Friedensschluß zusammenfassende, durch Daten belegte Berichte veröffentlichen. Doch kann ohne Bedenken schon heute festgestellt werden: die Schule hat diesen Krieg in seiner wuchtigen Größe mitempfunden und mitbegriffen; er hat die Herzen erschüttert, die Nerven gestählt, den Opfersinn im Dienste des Vaterlandes hoch emporgehoben und so dem Vaterlande ein Geschlecht erzogen, das wohl darauf vorbereitet ist, Bürger des neuen Oesterreich zu sein. Wie ein Millionen erfassendes, unbeugsames Rückgrat nehmen unsere Schüler die Ueberzeugung in das Leben: Wir vollbringen jegliche Aufgabe, sobald wir den Willen dazu haben; wir beseitigen jegliches Hindernis, sobald wir unseren Kräften Vertrauen schenken. Erfasset die Größe des Durchlebten: Kein Kind, dem nicht ein teurer Angehöriger im Feld stünde, für den es zittert. Kein Kind, in dessen Schulhaus nicht alles total anders geworden ist: Hier ist eine Schule zum Spital, dort eine andere zur Kaserne umgewandelt. Dafür drängen sich in einer dritten die Schulkinder der beiden erstgenannten neben jenen dieser dritten Schule zum Unterricht. Und es geht. Eines muß mit dem anderen nur Nachsicht haben, ihm Raum und Zeit gönnen, nicht klagen, sondern sich vertragen. Kein Schulhaus, aus dessen Räumen nicht ein liebgewordener Lehrer Soldat geworden ist. Mehr als 2000 Wiener Lehrer tragen heute die Waffe. Wißt ihr, wieviele Kinderherzen um sie zittern? Aber daß sie dennoch unterrichtet werden, wo der Krieg mehr als die Hälfte der Schulhäuser, mehr als die Hälfte der männlichen Lehrpersonen an sich gerissen hat, das erzeugt das Gefühl, von dem ich oben sprach und das der köstlichste Besitz eines vollblütigen Geschlechtes ist: durch beharrliche und vereinte Anspannung seiner Kräfte vermag ein Volk jedem Schicksal zu widerstehen. Zudem lernen die Schüler auch die scheinbar geringeren Kräfte schätzen. Wie oft erzählte man ihnen von dem Bündel Stäbe, die einzeln leicht gelnickt werden, während sie verbunden die Stärke eines Baumstammes haben! Begriffen sie wohl den Sinn des Gleichnisses? Aber fraget sie jetzt, so werden sie antworten: Wir Wiener Kinder, die noch keinen Heller selbst erwerben, haben 4 Millionen Kronen Kriegsanleihe gezeichnet, haben 66.000 Kronen hellerweise zusammengespart, haben viele Eisenbahnzüge mit Liebesgaben beladen und noch vieles andere mehr. Gern, wenn ich von der Wiener Schule im Kriege spreche, hebe ich die Leistungen unserer Lehrerinnen hervor. Die 2000 Lehrersoldaten haben an ihnen wackere Vertreterinnen gefunden, Kolleginnen, die, wie sie sonst nur den Unterricht der Mädchen leiteten, nun auch bei der Erziehung der Knaben mit schönem Eifer dieser für sie gewiß schwierigen Aufgabe obliegen.

Vor einem halben Jahrhundert bildete man den Satz von dem Schulmeister, der Kriege gewinnt. Seine Richtigkeit hat sich überzeugend bewährt. Aber die österreichischen Schulmeister, allen voran die Lehrer Wiens, vollbringen gegenwärtig noch mehr: das von ihnen in der Friedenszeit erzogene Geschlecht gewinnt im heldenmütigen Ringen die Schlachten und das von ihnen während des Krieges und nach seiner Beendigung erzogene Geschlecht wird es verstehen, die Früchte des errungenen Sieges zum eigenen Vorteil und zur Ehre des Vaterlandes zu ernten.

Die Zeit 26./IV. 1916

* [Frauenstudium an den deutschen Universitäten im Kriege.] In dem eben zu Ende gegangenen dritten Kriegssemester waren die Universitäten Deutschlands von 4823 Studentinnen besucht, was gegenüber dem Vorjahr mit 3920 wiederum eine Vermehrung, und zwar um 900 bedeutet. Davon sind etwa 200 als im Sanitätsdienst tätig beurlaubt und 200 Ausländerinnen. Die Zahl der Hörerinnen (der nur einzelne Vorlesungen besuchenden Damen) beläuft sich auf 1475. Mit den letzteren ergibt sich zurzeit eine Gesamtbeteiligung von 6300 Frauen am deutschen Universitätsunterricht. Die Zunahme der Studentinnenziffer im Laufe des letzten Jahres ist die beträchtlichste seit Beginn des Frauenstudiums, der starke Zufluß der Frau zu den höheren Studien geht demnach unvermindert weiter. Von hundert eingeschriebenen Universitätsstudenten waren vor Kriegsausbruch 6·7 weiblichen Geschlechts, im letzten Winter 9·0. Der Philologie ist fast die Hälfte der Jahreszunahme zugeflossen. Die Untersuchung des Studienorts der Frauen ergibt gegenüber dem letzten Winterhalbjahr der Friedenszeit eine starke Zunahme des Besuchs der preußischen Universitäten, besonders von Berlin, Halle und Marburg, einen beträchtlichen absoluten Rückgang von Heidelberg und einen relativen für die bayrischen Hochschulen sowie für Gießen und Straßburg.

Österr. Volkszeitung
27. III. 1916

Der Krieg und die Schuljugend.

Herr Bürgerschuldirektor Andreas Mayer hielt kürzlich im 7. Bezirke über obgenanntes Thema einen interessanten Vortrag, wobei der hochgeschätzte Schulmann auch auf zwei Artikel unseres Blattes über die Verwilderung der Schuljugend während des Krieges hinwies, die allgemeine Beachtung gefunden haben. Dem Vortragenden stand auch anderes Material zur Verfügung, insbesondere über die in der letzten Zeit vorgekommenen Ausschreitungen der Schuljugend. So hatte beispielsweise im Jahre 1915 die Polizei in Wien in 33.500 Fällen von Vergehen bei Jugendlichen zu intervenieren. Die Gründe der zunehmenden Verwahrlosung in Stadt und Land wurden auch schon von uns wiederholt aufgezählt. Es sind die gleichen, die auch zur Verwilderung der Jugend in Deutschland und in England führten. Es wurden zum Beweise, daß sich die Unbotmäßigkeit und die Ausschreitung der Jugend auch anderwärts fühlbar mache, eine Reihe von strengen Erlässen deutscher Militärbehörden angeführt. Dann sagte Direktor Mayer: Es wird soviel über die Reformen der Schule nach dem Kriege gesprochen; ich glaube, das erste und Notwendige ist, dafür zu sorgen, daß der Schule die Macht und die Mittel eingeräumt werden, die ihr anvertraute Jugend zum Gehorsam gegen Eltern und Lehrer, zur Achtung jeder Autorität, zur strengen Befolgung der Anordnungen der Schule und der Gesetze im Staate, zur Beherrschung der menschlichen Leidenschaften, zur einfachen und natürlichen Lebensweise und zur Wertschätzung der Gesundheit und der Tüchtigkeit zu erziehen. Eine geplante und dabei gewiß überstürzte Umwandlung der Lehrgegenstände hat keinen Zweck. Hier lasse man der ruhigen und natürlichen Entwicklung der Dinge ihren Lauf. Die Schule verträgt keine gewaltsame Einmischung.

Zum Schlusse erwähnte Direktor Mayer auch das viele Gute, das der Krieg für die Erziehung der Jugend gebracht hat. Zunächst ist es eine große nationale und patriotische Begeisterung, die der gerechte Krieg, den wir im Vereine mit unseren Verbündeten führen, in den Schülern herbeiführte und die sich dadurch äußert, daß die Kinder den Kriegsereignissen ein besonders lebhaftes Interesse entgegenbringen: jeden Sieg unserer Heere mit inniger und aufrichtiger Freude aufnehmen und immer und immer wieder das Bestreben zeigen, auch persönlich mithelfen zu wollen, wo es sich um die Unterstützung oder Pflege der im Felde stehenden Soldaten handelt. Ganz besonders aber hat der Krieg das nationale Bewußtsein in unserer Jugend gestärkt und gehoben. Die Lehrer dürfen es jetzt den Kindern ganz offen und laut sagen, daß sie deutsche Kinder sind, und daß sie stolz sein dürfen, der großen und siegreichen deutschen Nation anzugehören. Deutsche Lieder dürfen gesungen werden, ja sie sollen oder müssen gesungen werden. Erst kürzlich erschien ein Erlaß der Unterrichtsbehörde, der darauf aufmerksam machte, daß deutsche Lieder in der Schule mehr gepflegt werden sollen. Man hat nämlich die Beobachtung gemacht, daß magyarische und slawische Soldaten über einen reichen Liederschatz verfügen, während die Deutschen in dieser Beziehung arm daran sind. Sie können selten die gleichen Lieder und von den Liedern, die sie singen, können sie selten mehr als die erste Strophe. Soll es in dieser Beziehung besser werden, so muß eine Reihe von Liedern nicht nur für Wien oder Niederösterreich, sondern für alle deutschen Schulen in Oesterreich zusammengestellt und sämtliche Strophen auswendig gelernt werden. Dieser Liederkanon darf aber nicht alle drei oder zehn Jahre gewechselt werden; derselbe muß etwas Ständiges bleiben, nach und nach den Alten ebenso bekannt, wie den Jungen. Dadurch, daß diese Frage von Seite der obersten Unterrichtsbehörde zur Durchführung den Bezirksschulräten übergeben wurde, ist ein Erfolg, wie bei so vielen anderen Fragen von vornherein ausgeschlossen.

* *

Frankfurter Zeitung 27./IV. 1916

Papiererſparnis in den Volksſchulen.

Man ſchreibt uns:

In den Kommiſſionsberatungen des preußiſchen Abgeordnetenhauſes iſt darauf hingewieſen worden, daß bei der Knappheit an Papier eine Papiererſparnis auch in den höheren Schulen eintreten möge. Für die Volksſchulen gilt dieſe Mahnung ebenſo. Hier kann eine Einſchränkung des Hefteverbrauchs noch viel leichter ſtattfinden als in den höheren Schulen und zwar dadurch, daß die Schiefertafel wieder viel mehr gebraucht wird als bisher. Wohl hat die Lehrerſchaft planmäßig darauf hingearbeitet, daß die Schiefertafel nur ſolange in den Schulen gebraucht würde, als die kleinen Schüler noch unfähig ſeien, mit der Feder und Tinte auf Papier zu ſchreiben. Das war nur gewöhnlich während des erſten Schuljahres der Fall. Man ließ ſich bei dieſem Vorgehen davon leiten, daß die Beſeitigung der Schiefertafel günſtig auf die Sehſchärfe einwirke — die genaue Schrift des Schieferſtiftes hebt ſich nicht genügend von dem ſchwarzen Grunde der Tafel ab — und außerdem der Erzielung einer flüſſigen, leichten gewandten Schrift förderlich ſei. Der bei dem Schieferſtift anzuwendende ſtarke Druck macht, wenn lange damit geſchrieben wird, die Hand ſchwer und die Schrift ſteif. Aus dieſem Grunde haben viele Schulen die Schiefertafel ganz aus der Schule verbannt und zum Teil ſofort nach Schuleintritt mit Tinte und Feder, zum Teil auch mit dem Bleiſtift auf Papier ſchreiben laſſen. Andere ließen eine Tafel mit weißer, künſtlicher Steinmaſſe benutzen, auf die mit Graphit geſchrieben wurde. Die Tafel mit der weißen Schreibfläche war jedoch verhältnismäßig teuer und wurde aus dieſem Grunde nicht allgemein eingeführt. Wenn nun die Schiefertafel während des Krieges wieder mehr gebraucht wird, ſo werden die damit verbundenen Nachteile nicht ſo in die Wagſchale fallen als die Vorteile: geringerer Verbrauch an Heften und Erſparnis an Geld, was gerade bei vielen Kindern der Volksſchulen mit Rückſicht auf die teuer werdenden Hefte ins Gewicht fallen dürfte.

Neues Pester Journal

30./III. 1916

97

* **Die Kriegsmatura.** Der Unterrichtsminister hat in einer an die kompetenten Unterrichtsbehörden gerichteten Verordnung verfügt, daß den bei den letzten Landsturmmusterungen für tauglich befundenen, im Jahre 1898 geborenen Schülern der Gymnasien, Realschulen, höheren Handelsschulen und Lehrerpräparandien die Zeugnisse der betreffenden Klassen ohne jede Prüfung bereits eine Woche vor ihrer Einrückung ausgefolgt werden. Den Schülern der höchsten Klasse ist gleichzeitig mit dem Klassenzeugniß auch das Maturitätszeugniß, beziehungsweise das Lehrerdiplom auszufolgen. Die Noten für die einzelnen Gegenstände sind aus dem Klassenzeugniß zu übernehmen. Die zur Erlangung solcher Zeugnisse berechtigten Schüler haben eine Maturitätsprüfungstaxe nicht zu entrichten. Der Unterrichtsminister hat ferner Verhandlungen eingeleitet, daß die 1897 oder in früheren Jahren geborenen Schüler, welche die vorletzte Klasse der erwähnten Schulen absolvirt haben und gegenwärtig Militärdienst leisten, von ihren Militärbehörden für die Dauer vom 25. Mai bis 25. Juni beurlaubt werden sollen, um sich für die Klassenprüfung und die darauffolgende Schlußprüfung vorbereiten und diese ablegen zu können. Für diese Schüler werden einmonatliche Vorbereitungskurse veranstaltet, in welchen die Professoren der betreffenden Anstalten in Sonderstunden das Lehrmaterial vortragen werden. Der Unterrichtsminister hat auch die übrigen schulerhaltenden Behörden um die Veranstaltung solcher Lehrkurse ersucht. In Anbetracht dieser Inanspruchnahme der Professoren und der beginnenden Maturitätsprüfungen wurde für die ordentlichen Schüler der Schluß des Schuljahres für Anfang Juni ins Auge gefaßt.

Tägliche Rundschau
30./IV. 1916

Die nationale Pflicht der Lehrer. Die Regierung in Frankfurt a. O., Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, hat den Kreisschulinspektoren ihres Bezirkes Anweisung gegeben, den verschiedentlich laut gewordenen Wünschen, daß den Völkerverbrüderungsgedanken in der Schule Raum gewährt werde, nachdrücklich entgegenzutreten. Die Anweisung lautet:

Es drängen sich in neuester Zeit an die Lehrer und die Schule Wünsche heran, aus erziehlichen Gründen durch geeignete Belehrung der Ausbreitung und Vertiefung des Völkerhasses entgegenzuwirken und der künftigen Versöhnung der Kulturvölker vorzuarbeiten. Diesen aus dem Gefühle allgemeiner Völkerverbrüderung und internationaler Friedensschwärmerei entspringenden Bestrebungen darf kein Raum gewährt werden. Es kann um so weniger Aufgabe der Volksschule sein, in diesem Sinne zu den künftigen Beziehungen der Völker untereinander Stellung zu nehmen, als nach der friedlichen Grundstimmung des deutschen Volkes gerade im Gegensatz zu anderen Völkern gar keine Gefahr besteht, daß in unserer Jugend ein dem künftigen Frieden gefährlicher Haß aufwachsen könnte. Im Gegensatze zu solchen Auffassungen ist es eine erziehliche Aufgabe ersten Ranges für die Schule, dafür zu sorgen, daß die furchtbaren Lehren und Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart in dem lebenden Geschlechte unauslöschlich haften bleiben. Vor allen Dingen muß ganz allgemein die Ueberzeugung in unserem Volke einwurzeln, daß Deutschlands Frieden und Sicherheit nur durch seine Wehrmacht zu Wasser und zur See verbürgt wird, und daß alle Verbrüderungsbestrebungen mit anderen Völkern auf kulturellem Gebiete niemals dazu führen dürfen, auch nur das geringste von seiner kriegerischen Rüstung abzubröckeln. Zum anderen sollen die Schulen die Ueberzeugung festigen, daß Deutschland einig bleiben muß und daß alle Parteien oder Sonderbestrebungen sich dieser Forderung unterzuordnen haben. Endlich wird es eine schöne Aufgabe aller Lehrenden bleiben, nicht nur die durch die Erfahrungen des Krieges gefestigte Ueberzeugung von dem Segen eines starken Königstums, sondern auch die Liebe zu unserem König und Kaiser sowie zu dem Hohenzollernhause zu voller Erstarkung zu bringen. Das jetzt eingeführte tägliche Gebet der Schulen für unseren Herrscher wird darum als gemütvoller Ausdruck solcher Liebe auch nach der Beendigung des Krieges zu pflegen sein. Allen Bemühungen aber, die Nichtswürdigkeiten, die unsere Feinde an den Deutschen der ganzen Erde begangen haben, zu entschuldigen oder zu beschönigen, wollen Sie, falls sie in die Schule einzudringen versuchen sollten, und nicht schon an dem gesunden Sinne der Lehrerschaft scheitern, Ihrerseits entschlossen entgegentreten.

Pester Lloyd Abend
3./6. 1916

100

(Das ungarische Kolleg an der Leipziger Universität.) Aus Leipzig wird telegraphiert: Professor Hans Stumme, Mitglied der Akademie, eröffnete heute früh das ungarische Kollegium an der hiesigen Universität. Die hiesigen Ungarn erschienen bei der Vorlesung, unter anderen auch der Akademiker Béla Vikár, der hier auf Einladung des Vereins für Volkskunde Freitag über „Deutsche Ueberlieferung in fremdem Volksmunde" einen Vortrag hält.

Vossische Zeitung 4./V. 1916 101

eitung. 1916
4. Mai

Die gefährdeten Hitzeferien.

Eine Nebenwirkung der Sommerzeit.

Von einem Berliner Oberlehrer wird uns geschrieben: Die Neuregelung der Sommerzeit wird einen, wie schon Dr. Hennig in der Sonntagsnummer der „Vossischen Zeitung" hier andeutete, für unsere Jungen wohl nicht ganz erfreulichen Nebenerfolg haben: Die Hitzeferien, die ihnen früher solche Freude machten, werden viel seltener werden, weil ja nun die Schule eine Stunde früher schließt. Der Hitzeferienerlaß bestimmte bekanntlich, daß, wenn um 10 Uhr das Thermometer 16 Grad Reaumur gleich 20 Grad Celsius zeigte, der Unterricht um 12 Uhr aussetzen müsse. Nun aber ist der früheren Zeit nach diese 10 Uhr erst 9. Da also die Angelegenheit neu geregelt werden muß, so gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Minister bestimmt in dem neuen Erlaß die Temperatur, die nunmehr um 10 Uhr den Schluß der Schule um 12 Uhr bedingen soll, oder er läßt den Erlaß für 9 Uhr zu Recht bestehen. In jedem Falle wird eine Neuordnung nicht umgangen werden können, und das ist gut so, denn der frühere Erlaß war eine Quelle höchsten Mißvergnügens für Lehrer und Schüler.

Fast in jeder Schule hat sich wohl das kindliche Gerücht verbreitet, daß der böse Direktor während der Stunden das Thermometer mit Wasser bespritzen ließ, um die Temperatur niederzuhalten. Aber wenn das selbstverständlich auch unsinnig war, so stand doch, namentlich hier in Berlin, fest, daß gewisse Ungleichheiten vorkamen. Schuld daran war, daß dem subjektiven Ermessen des Schulleiters eine sehr weite Befugnis eingeräumt worden war: Nach dem Erlaß soll der Unterricht um 12 Uhr ausfallen, wenn die betreffende Temperatur ein im Schatten hängendes Thermometer aufweist. Nun ist aber auch im Schatten an verschiedenen Stellen zweifellos verschiedene Temperatur; man kann ja auch ein Thermometer vor einen Keller hängen, wo dann die kalte, von unten ausströmende Luft die Temperatur stark beeinflußt. Menschenfreundliche Direktoren hängten dagegen das Thermometer so auf, daß es möglichst noch ein wenig von der Sonne gestreift wurde. Ungleichheiten kamen also schon hier vor.

Dann behauptete man hier in Berlin, daß, wenn beispielsweise eine Schule im Zentrum der Stadt die letzte Stunde ausfallen ließe, auch die Anstalt in einem westlichen Vorort dazu befugt sei: es kamen aber sehr oft Ausnahmen von dieser Regel vor, und dann wurde wieder in der Innenstadt bis 2 Uhr gearbeitet, in Schöneberg aber fielen die Stunden von 12 Uhr ab aus. Endlich aber war es nach dem Wortlaut des Erlasses auch möglich, früher als um 12 den Unterricht ausfallen zu lassen. Dies geschah denn auch bei einzelnen Direktoren, bei anderen wieder nicht, so daß eine Anstalt immer unzufrieden war.

Nun sind wir Einwohner Groß-Berlins uns aber durch das Telephon so nahe gerückt, daß wenn das eine Kind frei hat, der

Arbeiterzeitung
10./V.1916

Die geplanten Schulreformen. Der Verein Freie Schule hielt Montag abend im Bühnenvereinssaal eine Versammlung ab, die trotz des Regengusses ausgezeichnet besucht war. Abgeordneter Baron Hock, Universitätsprofessor Dr. Viktor Hammerschlag und Abgeordneter Leuthner beschäftigten sich mit den Nachrichten, daß im Unterrichtsministerium eine Reihe von Schulreformen geplant sein soll, ohne daß die Oeffentlichkeit, insbesondere die Freiheitlichen davon Nachricht erhalten oder zur Beratung herangezogen werden. In einer Zeit, da das Parlament fehlt, können Reformen auf dem Gebiet der Schule wohl vorbereitet werden, aber es müsse allen Gruppen der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, an der Beratung teilzunehmen. Die Versammlung, die die Reden mit großem Beifall aufnahm, stimmte einhellig folgender Entschließung zu: Die Versammlung hat Kenntnis davon genommen, daß im Unterrichtsministerium Schulreformpläne erwogen werden, die allem Anschein nach ihre Vorbereitung im Wiener fürsterzbischöflichen Palais finden, indem unter Teilnahme staatlicher Funktionäre Beratungen über solche Reformpläne stattfinden. Die Versammlung erhebt ihre Stimme dagegen, daß jetzt in der Kriegszeit an den Grundlagen des Erziehungs- und Schulwesens gerüttelt werde, insbesondere aber daß dies im Sinne und zum Nutzen reaktionärer Parteigruppen geschehe. Die Versammlung stimmt zu, daß die Regierung für die Zeit nach dem Kriege eine Reform des Schulwesens vorbereitet, sie verlangt aber, daß bei der Vorberatung dieser Reform nicht nur die klerikalkonservativen Kreise, sondern auch die Vertreter jener Volksmassen gehört werden, die fortschrittliche, auf die Zukunftsentwicklung gerichtete Gesinnungen vertreten. Die Versammelten sind entschlossen, den Kampf für eine gute und freie Schule, für diese erste Staatsnotwendigkeit, im Sinne des Vereines Freie Schule kraftvoll weiterzuführen und jedem Schritt nach rückwärts schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Reichspost 12./V. 1916

Wie ordnen wir unser Schulwesen im Orient?

Von **Maria Kerstan**, k. k. Lehrerin in Saloniki.

Der französische Einfluß ist vorherrschend im Orient, das ist unleugbar. In Saloniki und in Konstantinopel spricht jeder halbwegs Gebildete fließend französisch, in Bukarest dasselbe. Im Durchschnitt gesprochen, kann man ruhig den Satz aufstellen: Im Orient spricht man fließend und korrekt französisch und radebricht zur Not deutsch. Hat aber ein Mensch eine Sprache so weit erfaßt, daß er mühelos in derselben denken und fühlen kann, so dringt er auch in die Literatur, in die Presse des Volkes jener Sprache ein, und dadurch wird sein Geist und sein Gemüt und sein Willen von diesem Volke beeinflußt. Dies hat Frankreich erreicht durch seine zahlreichen Schulen im Orient.

Um dies näher zu beleuchten, will ich ein Beispiel an Saloniki geben. Da ist einmal ein großes Lyzeum „Lycée de la Mission laïque française" mit 17 bis 20 Lehrern, zirka 400 bis 500 Schülern, großes Internat; für die Mädchen separat ist ein anderes Gebäude vorhanden mit weiblichen Lehrkräften. Außerdem ist noch ein Asyl verbunden, das einem höher organisierten Kindergarten entspricht. Jedes Jahr im Juni tritt ein Prüfungskolleg mit Delegierten aus Athen oder Konstantinopel zusammen und die Schüler und Schülerinnen können sich staatsgültige Diplome holen, die nach erfolgter Berichterstattung von Paris ausgestellt werden. Es wird dadurch den Schülern ermöglicht, sofort nach Absolvierung dieser Schule eine Hochschule in Frankreich zu beziehen. Andere wieder, die das Baccalaureat nicht erwerben, nehmen das brevet simple oder supérieur, mit oder ohne pädagogischem Kursus und sind dadurch befähigt, den Lehrberuf auszuüben. Andere besuchen die angegliederte dreiklassige Handelsschule. — Dieselben Diplome können auch alle jene Schüler erwerben, die an einer der vielen anderen französischen Schulen sich hiezu genügend vorbereiten. Wenn die Eltern ihre Kinder studieren lassen wollen, so ist es ihnen doch eine bedeutende Ersparnis, wenn sie sie erst zu dem Universitätsbesuch außer Landes schicken brauchen.

Außer dem Lyzeum gibt es noch eine ganze Reihe anderer französischer Schulen in Saloniki. Da sind die Schulen der „Alliance Israelite Universelle", für Knaben und Mädchen getrennt, die Armenschulen derselben Anstalt; dann zwei Schulen der Solurs de Charité, der christlichen Brüder, alle mit Internat verbunden; französische Waisenhausschulen und Armenschulen. Für die französisch-bulgarische Mission ist ein französisch-bulgarisches Gymnasium eingerichtet, ebenfalls mit großem Internat, unter der Leitung französischer Priester stehend. Der Seelsorge obliegen 7 französische Lazaristen, von denen einer, ein Elsässer, deutsch und dies auch nur unvollkommen spricht. Deutsche Predigten sind niemals in der Pfarrkirche, wohl aber monatlich einmal in einer kleinen Kapelle außerhalb des Zentrums der Stadt.

Halten wir dem gegenüber, was wir an deutschen Bildungsstätten in Saloniki haben: An der Peripherie der Stadt steht die große „deutsche Schule", von der österreichischen und deutschen Regierung sowie von der Orientalischen Eisenbahn subventioniert. Die Schulgebäude gehören dem Saloniker deutschen Schulverein. Im letzten Kriegsjahr hatten wir 485 Schüler beiderlei Geschlechts eingeschrieben, meist aus den ärmeren und teilweise auch ganz armen mittleren Bevölkerungsklassen. Acht deutsche und österreichische Lehrer unterrichten in den vier Volksschul-, drei Handels- und zwei Vorbereitungsklassen. Angegliedert ist ein Kindergarten und eine höhere Mädchenklasse. Internat ist keines vorhanden und einen großen Nachteil bietet die Nichttrennung der Geschlechter, deshalb fehlen uns vollständig die Töchter der besseren Familien; hiezu trägt auch die ungünstige Lage der Schule bei. Irgend ein staatsgültiges Diplom kann sich kein Schüler erwerben, die Eltern sind gezwungen, ihre Kinder mit elf oder zwölf Jahren ins Ausland zu schicken, um dort deutschem oder österreichischem Studium zu obliegen. Die Mehrzahl der Schüler rekrutiert sich infolgedessen als solche, die die französische Schule vollendet haben und zwei bis drei Jahre unsere Anstalt besuchen, um zur Not einen erbärmlich fehlerhaften deutschen Handelsbrief schreiben und ebenso fehlerhaft sich deutsch verständigen zu können. Von einem Eindringen in deutsches Wesen und deutsche Kultur ist gar keine Rede, zuerst verstehen den Lehrer die Schüler nicht, und wenn man sie so weit hat, daß sie anfangen zu verstehen, verlassen sie bereits die Schule. Es würde zu weit führen, die ganzen Mängel der Auslandsschule in ihrem Aufbau, ihrem Lehrgang usw. zu besprechen, ich will nur die Folgerung geben: Die langjährige Erfahrung bestätigt, daß von einem nachhaltig nationalen Einfluß durch unsere Schule keine Rede sein kann.

Außer unserer Schule ist noch eine von einem verabschiedeten deutschen Pastor gegründete Schule in sehr günstiger Lage zu erwähnen, die aber infolge mangelnder Eignung des Leiters jeder Bedeutung entbehrt und nur etwa fünfzig Kinder hat. Von dem deutsch-jüdischen Hilfsverein in Berlin wird eine hebräisch-deutsche Armenschule erhalten, von deutsch-jüdischen Lehrern geleitet. An der zuerst erwähnten großen Anstalt werden außerdem noch unentgeltlich Abendkurse gehalten, die, weil sie nichts kosten, sehr gut besucht sind und die Zahl der Deutsch-Radebrecher vermehren.

Als greifbaren Beweis meiner Folgerung, daß wir mit diesem Schulsystem zu wenig erreichen und keinen Einfluß auf das Denken und die Sympathien der Bevölkerung gewinnen, will ich folgendes erwähnen:

Im ersten Kriegsjahr veranstalteten Mitglieder der deutsch-österreichischen Kolonie eine Dilettantenvorstellung zugunsten des deutsch-österreichisch-türkischen „Roten Kreuzes" — ohne Ball wegen der Kriegszeit — mit Eintrittsgebühr nach Belieben. Von unseren ehemaligen Schülern und Schülerinnen waren nur 10, sage und schreibe zehn, erschienen! Die Verhältnisse in den anderen Balkanstädten werden auch nicht viel besser sein; überall sind französische Brüder- und Schwesternschulen und überall kommt man mit Französisch besser durch als mit Deutsch.

Um dem französischen Einfluß auf dem Balkan einen Riegel vorzuschieben, gehören Schulen und Internate her, Schulen mit eigenem Auslandsaufbau, nicht nach dem Muster dieser oder jener österreichischen Normalschule, Schulen, die in sich abgeschlossen, die weitere Anknüpfung in unserem Inland gestatten, Schulen, die deutsche Erziehung und deutsche Kultur vermitteln und nicht bloß Sprachschulen sind. Im Anfang mag es Geld kosten, aber in zehn Jahren tragen sich solche Schulen von selbst, wenn sie zielbewußt geleitet sind und greifbare Erfolge bieten. Weg mit dem französischen Schlendrian, wenigstens in solchen Gebieten, wo wir durch die Waffen unsere Daseinsberechtigung errungen haben.

Besonders hervorgehoben sei noch, wie notwendig es wäre, deutsche Schulen mit Internaten zu verbinden, und zwar sowohl für Knaben als für Mädchen. Die Levantinerin fühlt sich am wohlsten, wenn sie sich möglichst wenig um ihre Kinder zu kümmern braucht, einesteils weil sie zu oberflächlich veranlagt ist, anderseits weil sie fühlt, daß sie mit ihrer rückständigen Bildung den Anforderungen modernerer Erziehung nicht gewachsen ist. Deshalb werden stets jene Schulen bevorzugt, die die Kinder, wenn schon nicht in ganzer Pension, so doch wenigstens den ganzen Tag über in halber Pension festhalten. Im Interesse des nationalen Wirkens selbst kann es uns Lehrern ebenfalls nur erwünscht sein, wenn nicht jeder Tag von Daheim das eingerissen wird, was wir mühsam aufgebaut haben.

Wenn ich nun auch noch betone, daß Internate auch für Mädchen notwendig sind, so liegt der Grund in dem großen Einfluß der Frau in der Familie. Dies zeigen uns die zahllosen gemischt-nationalen Ehen im Orient. Der österreichische oder deutsche Mann heiratet z. B. eine Griechin, eine Italienerin usw. Die Kinder werden in der Regel gar nicht oder nur sehr mangelhaft die Sprache des Vaters, dafür desto besser die Sprache der Mutter sprechen und damit auch deren nationale Gesinnung in sich aufgenommen haben. Dies um so eher, da der Mann im Ausland im allgemeinen allein dasteht, die Frau aber von einer zahlreichen Verwandtschaft umgeben ist. Dadurch entsteht dann eine Generation Auslandsdeutscher, deren Deutschtum nur auf dem Passe steht, die bei passender Gelegenheit diesen Paß eben wechseln, wie man einen überflüssigen Gegenstand gegen einen nützlicheren, profitbringenderen umtauscht. Und dies ist schließlich noch der geringste Schade, viel gefährlicher ist es, wenn solche „Deutsche" oder „Oesterreicher" sich zum Richter ihrer sogenannten „Landsleute" aufwerfen, wobei man dann bei den andern Nationen stets hören wird: „Die Deutschen sagen es ja selbst!" — Ist die nationale Beeinflussung des heranwachsenden Mädchens im Inland wichtig, so ist sie geradezu unentbehrlich im Ausland, wenn ein Staat gewillt ist, seine Einflußsphäre in diesem Lande zu begründen oder zu erweitern. Unlängst sagte mir eine Doktorsfrau auf dem Balkan: „Ja, was wollen Sie, wir nehmen deutsche Stunden, aber wir studieren französische Sitten, Gebräuche und Moden und ahmen sie nach!"

Arbeiterzeitung 15./V. 1916

Sommerzeit und Schule.

Es gibt keine Neuerung, die neben vielen Vorteilen nicht auch Nachteile brächte, und es wird keine wichtige Veränderung vorgenommen, die nicht einem Teile der davon Betroffenen zum Schaden gereicht. Was aber der Allgemeinheit frommt, darf nicht von dem Gesichtspunkt eines einzelnen abgeurteilt werden. Die Sommerzeit hat unleugbar ihre Vorteile und es läßt sich keineswegs behaupten, daß sie im Schulbetrieb irgendwie nachteilig empfunden wurde. Es kommt gewiß viel weniger darauf an, ob die Kinder um eine Stunde früher das Bett verlassen, als darauf, daß sie ihre Ruhestätte nicht zu spät aufsuchen. Vor Beginn der Kriegszeit begann an vielen Bürgerschulen der Unterricht während der Sommermonate ohnedies um 7 Uhr früh und was damals unschädlich war, kann während der Sommerzeit kaum zum Nachteil gereichen. Wenn die Kinder einmal zu früh das Bett verlassen müssen, so kann das nur an Tagen sein, wo sie auch in früheren Jahren schon um 6 oder ½7 Uhr zu religiösen Uebungen herangezogen wurden, was allerdings jetzt auch um eine Stunde früher sein muß, aber das sind vereinzelte Tage und trifft nicht die ganz kleinen Schüler. Nichtsdestoweniger aber ließe sich vielleicht auch da ein Ausweg finden, der die Schüler vor zu stark gekürzter Schlafenszeit bewahrt. Was hier von dem Vormittagsunterricht gesagt wurde, kann so bedingungslos nicht vom nachmittägigen Unterricht gelten. Wir haben Kriegszeit und an den meisten Schulen Wiens macht sich das in mehrfacher Beziehung unangenehm fühlbar. Viele Schulgebäude dienen heute militärischen Zwecken, was zur Folge hat, daß in anderen Schulhäusern zwei bis drei Schulen Unterkunft finden mußten. Dadurch tritt nun eine starke Kürzung der Schulzeit ein und es muß jede Stunde ausgenützt werden. Aus diesem Grunde wurde der Schulbeginn von 2 Uhr auf 1 Uhr nachmittags verlegt und die Kinder sind nun gerade während der drückendsten Hitze in den Klassen zusammengepfercht und sollen mit der notwendigen Frische dem Unterricht folgen. Ob das möglich sein wird, muß erst die Erfahrung lehren; vom Standpunkt der Schulhygiene kann man natürlich nicht dafür eintreten; aber es ist eben Krieg und der bringt gar viel, was keinem frommt. Wenn die Sommerzeit irgendwie nachteilig auf die Schule einwirkt, so wäre das am ehesten auf dem Lande denkbar, wo die Kinder oft einen Weg von einer Stunde zurückzulegen haben, bis sie an Ort und Stelle sind. Freilich bewegen sie sich in der frischen Morgenluft, aber man darf nicht außer acht lassen, daß gerade die Bauernkinder viel später zu Bette gehen als das Gros der Stadtkinder. Wenn in der Großstadt auch ein großer Teil der Proletarierkinder verurteilt ist, schon frühzeitig den unentwickelten Körper in den Dienst des Erwerbes zu stellen, so werden die Kinder der Landarbeiter und des Bauern fast ausnahmslos zur Mitarbeit herangezogen, und die endet auch im Sommer erst mit Sonnenuntergang. Wenn es da nun Regel wird, nach der Sommerzeit aufzustehen und nach der Sonnenzeit schlafen zu gehen, so bedeutet das eine Kürzung der notwendigen Ruhezeit, die unmöglich die Entwicklung des zarten Kinderkörpers günstig beeinflussen kann. Nun ist aber gerade während der Kriegszeit besonders in kleineren Wirtschaftsbetrieben diese Hilfskraft umsoweniger zu entbehren, als ja auch in normalen Zeiten der kleine Bauer weniger an die Zukunft seiner Kinder als an die Not des Augenblicks denkt und der Mangel an Hilfskräften nach jedem Einrückungstermin noch zunimmt. Das alles aber sind Nachteile, die zum Teil auf die Kriegszeit zurückzuführen sind, zum Teil auf örtliche Verhältnisse beschränkt bleiben. Im allgemeinen hat sich die Sommerzeit auch im Schulbetrieb mit jener Unauffälligkeit eingeführt, die ihr in allen Geschäftsbetrieben und in der ganzen Oeffentlichkeit mit Genugtuung vermerkt wird.

Österr. Volkszeitung

15./V. 1916

106

Forschungsreise nach Serbien.

Geographisch - geologische Untersuchungen Wiener Gelehrter.

Heute verließ mit dem Budapester Schnellzug die geographisch-geologische Forschungsexpedition der hiesigen Geographischen Gesellschaft und der Akademie der Wissenschaften in Wien unsere Stadt, um von Belgrad aus ihre Studien in Serbien zu beginnen. Der Leiter der Expedition ist der Wiener Geograph Professor Dr. Norbert Krebs; als Geologe beteiligt sich an ihr Professor Doktor Othenio Abel. Auf dem Bahnhof hatten sich zur Verabschiedung eingefunden der Präsident der Geographischen Gesellschaft Professor Doktor Ed. Brückner und der Generalsekretär Dr. Hermann Leiter.

Es sollen zunächst Studien in der Umgebung von Belgrad angestellt und hierauf in verschiedenen Schleifen Beobachtungen im Innern des Landes gewonnen werden. Neben landeskundlichen Studien stehen im Mittelpunkt der Forschung talgeschichtliche Untersuchungen sowie Untersuchungen über die Verbreitung des Jungtertiärs im Flußgebiet der Morava und Drina.

Die Gesamtdauer der Forschungsreise ist auf drei Monate bemessen, von denen die ersten einhalb Monate im Flach- und Hügelland von Serbien verbracht werden sollen, der Rest der Zeit im serbischen Gebirgsland, das erst im Hochsommer betreten werden kann.

Neues Wiener Tagblatt

Abend Ausg.

16./V. 1916

107

* **(Die Auswüchse des modernen Naturgeschichtsunterrichtes.)** Ueber dieses aktuelle Thema hielt am 12. d. Schriftsteller Professor C. Techet in den Räumen der k. k. Zoologisch-botanischen Gesellschaft einen Vortrag, der sich in wirksamer Weise gegen gewisse Einseitigkeiten und Schäden des sogenannten biologischen Unterrichtes wendete. Wie der Vortragende ausführte, werde durch die als „biologisch" bezeichnete Unterrichtsmethode der mittleren Schulen mit ihren praktischen Uebungen, ihren Schulterrarien und Aquarien und den überreichen Anschauungsmitteln an lebenden und präparierten Tieren und frischen Pflanzen Fauna und Flora in bedauerlicher Weise dezimiert und an vielen Oertlichkeiten, zum Beispiel auch in der näheren und weiteren Umgebung Wiens, in zahlreichen Arten geradezu dem Aussterben nahe gebracht. Was Ausflügler, Terrarienliebhaber und Sammler übrig lassen, falle den „praktischen Uebungen" der Mittelschulen zum Opfer. Gleichwohl sei der Wert dieser Kurse mehr als zweifelhaft. Die Studenten würden — besonders bei den zootomischen Uebungen — eher abgestumpft oder verroht und sähen nur das zu zerschnitzelnde „Material", anstatt Interesse und Mitgefühl für das leidende Geschöpf und Verständnis für die unerforschlichen Geheimnisse des Organismus zu gewinnen. Dies rühre auch daher, weil die sogenannte biologische Methode im bezeichneten Rahmen heute, wie auch die betreffenden Lehrbücher recht deutlich bezeugen, immer mehr auf eine (von der Wissenschaft längst überwundene) platte Zweckmäßigkeitslehre (Teleologie) hinauslaufe. So sehr die Forderung nach Belebung des naturwissenschaftlichen Unterrichtes durch Anschauung und Selbstfinden seinerzeit nutzbringend war und bis jetzt befruchtend wirkte, ebensosehr sei gegen mißverständliche Auffassungen und übertriebene Forderungen, die über den allgemeinen Bildungszweck der mittleren Schulen weit hinausgehen, in dieser Hinsicht entschieden aufzutreten. Durch gute Bilder, Diapositive und andre Hilfsmittel könne viel an lebenden und präparierten Objekten erspart und das Lebende geschont werden, wobei der Naturgeschichtsunterricht keineswegs verlieren, sondern gewinnen müßte.

Neue Freie Presse
17. IV. 1916

[Akademie der Wissenschaften.] Die Akademie der Wissenschaften hat beschlossen, für die naturwissenschaftliche Erforschung Serbiens und Albaniens 30.000 K. aus der „Treitl"-Stiftung zu bewilligen. In das Komitee zur Verwaltung der Treitl-Erbschaft wurde für das Triennium 1916 bis 1918 die bisherigen Delegierten Siegmund Exner und Fr. v. Kenner entsendet. Die philosophisch-historische Klasse der Akademie hat beschlossen, eine „Kommission für historische und linguistische Forschungen im Orient" zu bilden. Die Diez-Stiftung, deren Zweck es ist, wissenschaftliche Arbeiten aus dem Gebiete der romanischen Sprachwissenschaft oder der Geschichte der romanischen Literatur zu fördern, wurde diesmal nicht verliehen, da von keinem Mitgliede des Vorstand)s ein Vorschlag eingegangen ist. Der Betrag wurde satzungsgemäß zum Stiftungskapital geschlagen. Dem Vorstande gehören Mitglieder der Berliner Akademie der Wissenschaften und ein Mitglied der Accademia di Lincei in Rom an. In die Kommission des Bayerisch-österreichischen Wörterbuches wurde an Stelle des nach Bonn berufenen Professors Meyer-Lübke Professor Dr. Karl Luick berufen.

Österr. Volkszeitung
18.IV.1916

Die Sommerzeit.

Nachteile für die Schulkinder.

Die Einführung der Sommerzeit gab dem Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr (Sektion Wien des Landesverbandes) wie er uns mitteilt, Gelegenheit, diese Frage zu erörtern.

In einer vom Präsidenten Oskar Edlen von Hoefft geleiteten Sitzung berichtete Dr. Hillischer über die Neueinführung, die bei den Städtern fast allgemeinen Beifall gefunden habe, da man sich durch das frühere Aufstehen hygienische, durch Ersparnis an Licht und Heizung, materielle Vorteile erhofft. Diesen Vorteilen stehen aber auch Nachteile gegenüber, insbesondere insoweit die schulpflichtigen Kinder in Frage kommen, da sie trotz früherem Aufstehen an schönen Sommertagen bei Tageslicht schwer in die Betten zu bringen sein werden. Besonders liegt ein Nachteil darin, daß man die Sommerzeit am 1. Mai beginnen ließ, also 51 Tage vor dem 21. Juni, dem längsten Tage des Jahres, während sie bis 30. September, also 101 Tage nach dem 21. Juni dauern soll. Die Hoffnungen, die man vernünftiger Weise an die Reform knüpfen kann, würden am besten der Zeit vom 15. April bis 31. August, eventuell vom 1. Mai bis 15. August entsprechen, der September müßte jedoch schon der Kinder wegen ausgeschlossen werden.

Es wurde der Beschluß gefaßt, sich mit einer Eingabe an die Regierung zu wenden, damit für dieses Jahr der Schluß der Sommerzeit mit 31. August durchgesetzt werde, ferner das Unterrichtsministerium zu ersuchen, unter allen Umständen für die schulpflichtigen Kinder den Unterricht während des September zur normalen Zeit beginnen zu lassen.

Der Ausschuß hat auch mehrere seiner Mitglieder beauftragt, alles in bezug auf die Sommerzeit Wichtige zu sammeln, damit er in die Lage komme, die Frage ob und wie im nächsten Jahre die Sommerzeit durchgeführt werden solle, gründlich zu studieren, eventuell geeignete Vorschläge für das nächste Jahr zu erstatten.

Fremdenblatt
18./V. 1916

* (**Die Wiener Urania im reichsdeutschen Urteil.**) Der bekannte Abgeordnete Dr. Gottfried Traub (Dortmund), einer der lautersten Männer in Deutschland, schreibt in der in Bonn erscheinenden Wochenschrift „Christliche Freiheit" vom 30. April d. J.: „Wieder war ich ein paar Tage in Wien. Ich redete in der Urania, dem alten Volksbildungshaus, das in seltener Weise seinen mannigfachen Verpflichtungen getreu wird. Was dort alles redet, ist erstaunlich. Seit 15 Jahren besteht diese Gesellschaft für Volksbildung und hat den Kreis der Gegenstände, der ursprünglich wesentlich naturwissenschaftlichen oder technischen Inhalts war, auf alle Geisteswissenschaften ausgedehnt. Auffallend ist der dauernd gute Besuch von Vorträgen über sittlich-soziale Fragen und Religion. Der Jahresbericht der Gesellschaft kann ordentlich mit Massenzahlen auftreten. An 267 Tagen fanden über 1700 Vorträge und Vorstellungen statt; daneben stehen noch 366 Vorstellungen im Urania-Kinema. Fast eine halbe Million Personen besuchten die Vorträge; mehr als 12.000 dürftige Schüler hatten freien Eintritt, mehr als 10.000 Schüler haben die Vorträge der Studenten besucht. Sehr dankenswert ist es, daß die Urania auf eine Einladung der Stadtgemeinde Graz auch dort eine längere Vortragsreihe veranstaltet hat. Eine billige Wochenschrift gibt Mitteilung über die Veranstaltungen und veröffentlicht einen Teil der dort gehaltenen Vorträge. Wir wünschen der Urania, die unter so umsichtiger Leitung steht, eine weitere freudige Entwicklung."

Fremdenblatt 19./V. 1916

Schule und Sommerzeit.

Die Einführung der Sommerzeit hat zwar den unleugbaren Vorteil, daß für die arbeitende Menschheit, sei die Arbeit nun geistig oder körperlich, eine Stunde Tageslicht gewonnen wurde, sie hat aber für viele auch die Unannehmlichkeit im Gefolge, daß die Arbeitszeit der Nachmittagsstunden um eine Stunde früher beginnt und daher gerade in die heißeste Tageszeit fällt. Das gilt insbesondere für die Schulen, wo der Nachmittagsunterricht von 2 bis 4 Uhr eigentlich in die Stunden von 1 bis 3 (nach der Sonnenzeit) fällt, also in jene Tagesstunden, wo die Sonnenstrahlung am intensivsten ist.

Das Unterrichtsministerium hat denn auch, wie wir von maßgebender Seite erfahren, in Berücksichtigung dieses Umstandes an die Landesschulräte der einzelnen Kronländer einen Erlaß gerichtet, in welchem ihnen empfohlen wird, die unterstehenden Orts- und Bezirksschulbehörden anzuweisen, daß sie bei der Festsetzung der Unterrichtsstunden weitestgehende Rücksicht auf diese durch die Einführung der Sommerzeit bedingte Verschiebung des Nachmittagsunterrichtes in die heißeste Tageszeit walten lassen mögen. Bestimmte Normen werden nicht gegeben, es bleibt vielmehr den Orts- und Bezirksschulbehörden überlassen, ihre Verfügungen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zu treffen; im allgemeinen aber wird empfohlen, nach Möglichkeit den ungeteilten Vormittagsunterricht einzuführen, so daß der Nachmittagsunterricht entfallen kann.

In den ländlichen Schulbezirken wird die Sommerzeit keine so große Rolle in bezug auf die Schule spielen wie in der Großstadt, denn dort war ja meist auch schon früher der ungeteilte Vormittagsunterricht eingeführt; die Landschulen haben zum großen Teile auch sonst im Sommer mit dem Unterricht um eine Stunde früher begonnen als in der Stadt, da eben dort die Kinder das zeitlichere Aufstehen ohnedies gewöhnt sind. Diesen zeitlicheren Schulbeginn gegenüber der Stadt auch jetzt noch beizubehalten, so daß also die Schule nach der Sonnenzeit schon um 6 Uhr beginnen würde, hält der Erlaß allerdings nicht für opportun, mit Rücksicht auf die jüngsten Jahrgänge. Im übrigen ist den Schulbehörden auf dem Lande seit Kriegsbeginn schon weitestgehender Spielraum in der Einteilung des Schulbesuches gewährt, mit Rücksicht auf die Heranziehung der Kinder zu landwirtschaftlichen Arbeiten.

Weit schwieriger als auf dem Lande gestaltet sich diese Frage in Wien. Dadurch, daß eine große Anzahl von Schulgebäuden heute für militärische Zwecke der verschiedensten Art in Anspruch genommen wird, ist es notwendig gewesen, die noch zur Verfügung stehenden Gebäude fast durchwegs mit zwei, manchmal aber auch mit drei Schulen zu belegen, so daß also die ganze für den Unterricht, am Vormittag wie am Nachmittag, zur Verfügung stehende Zeit voll ausgenützt werden muß, um alle Kinder des Unterrichtes teilhaftig werden zu lassen. Die Einteilung der Unterrichtsstunden bereitete schon vor Einführung der Sommerzeit nicht geringe Schwierigkeiten; es wird daher wohl kaum möglich sein, unter diesen Verhältnissen auch in Wien die Nachmittagsstunden durch einen ungeteilten Vormittagsunterricht ganz vom Schulbesuch auszuschalten. Jedenfalls aber wird mit größter Gewissenhaftigkeit darauf gesehen werden, daß die Kinder durch Schulbesuch in den heißen Nachmittagsstunden nicht etwa Schaden an ihrer Gesundheit nehmen könnten. Allgemein giltige gleichartige Bestimmungen für sämtliche Schulen Wiens lassen sich nicht treffen, da die Verhältnisse in jedem Bezirk, ja sogar innerhalb der Bezirke oft ganz verschieden sind; es muß vielmehr den einzelnen Bezirksschulräten überlassen bleiben, respektive den Schulleitern, was sie — natürlich immer unter Berücksichtigung des gesundheitlichen Standpunktes — in bezug auf die Einteilung der Schulstunden und den etwa notwendigen Ausfall einer oder mehrerer Unterrichtsstunden anzuordnen für gut befinden. Vermutlich wird von der Einrichtung der Hitzferien infolge Einführung der Sommerzeit mehr Gebrauch gemacht werden als früher.

Die Zeit
19./V. 1916

ts [Verlegung des Görzer Gymnasiums nach Mähren.] Aus Olmütz wird uns gemeldet: Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat bereits die Zustimmung zur Errichtung eines Gymnasiums mit slowenischer Unterrichtssprache in Kremsier erteilt, das das Görzer Gymnasium ersetzen soll. Mit Unterstützung der Stadt Kremsier wird das Gymnasium bald den Unterricht aufnehmen; in Kremsier soll in kurzer Zeit auch eine italienische Schule errichtet werden. In Görz besaßen die Slowenen zu Beginn des Krieges drei Mittelschulen: ein Obergymnasium und zwei Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen. Die Verwaltung dieser Schulen befindet sich zurzeit in Laibach, beziehungsweise in Krainburg.

Die Zeit Abend
19. IV. 1916

Eine österreichische Balkanexpedition.

Kürzlich ist eine vom Unterrichtsministerium, der Akademie der Wissenschaften und dem Oberstkämmereramt entsendete archäologisch-ethnographisch-linguistische Expedition nach Montenegro, Albanien und Serbien abgereist, um dort in mehrmonatiger Forschungsarbeit nach den bezeichneten Richtungen wissenschaftliche Erhebungen und Aufnahmen durchzuführen. Teilnehmer der Expedition sind: Dr. E. Buschbeck als Kunsthistoriker, Privatdozent Dr. A. Haberlandt als Ethnograph, Kustosadjunkt der Hofbibliothek Dr. F. Kidric als Slawist, Dr. M. Lambertz als Linguist, Dr. A. Schober und Sekretär des Oesterreichischen archäologischen Instituts Dr. C. Praschniker als Archäologen. Das Armeeoberkommando hat die Durchführung dieser Expedition in jeder denkbaren Weise erleichtert. Um das Zustandekommen der Expedition haben sich außer den Spitzen der genannten amtlichen Stellen der Direktor der Hofbibliothek Hofrat Dr. Ritter v. Karabacek, Hofrat Prof. Dr. E. Reisch und Regierungsrat Prof. Dr. M. Haberlandt Verdienste erworben.

Neues Pester Journal 115
20./V. 1916

Die Schluß- und Reifeprüfungen der Achtzehnjährigen. Die „Bud. Korr." meldet: Der Unterrichtsminister hat im Einvernehmen mit der Heeresleitung die Verfügung getroffen, daß diejenigen im Jahre 1897 oder 1896 geborenen Schüler der Obergymnasien, Oberrealschulen, Handelsakademien, höheren Handelsschulen und Lehrerbildungsanstalten, die am Ende des Schuljahres 1914/15 die vorletzte Klasse ihrer Schule mit gutem Erfolg absolvirt haben, aber ihre Studien nicht fortsetzen konnten, weil sie zum Militärdienst einrücken mußten, zur Ablegung der letzten Klassenprüfung und der Maturitätsprüfung zugelassen werden sollen, wenn sie an dem in der Zeit vom 25. Mai bis 25. Juni für sie veranstalteten Vorbereitungslehrkurs theilgenommen und den Lehrkurs beendet haben. In Verbindung mit dieser Verfügung hat nun der Unterrichtsminister die erwähnte Begünstigung auch auf jene im Jahre 1898 geborenen Schüler der Obergymnasien, Oberrealschulen, Handelsakademien, höheren Handelsschulen und Lehrerbildungsanstalten erstreckt, die im laufenden Schuljahre 1915/16 die vorletzte Klasse ihrer Schule mit Erfolg absolvirt haben, im laufenden Jahre zum Militärdienst für tauglich befunden wurden und verpflichtet wären, am 29. Mai zum Militärdienst einzurücken. Auf Grund der Vereinbarung der Heeresleitung wird die Einrückungsfrist für diese Schüler auf den 30. Juni laufenden Jahres verschoben, damit ihnen auf diese Weise die Möglichkeit geboten werde, an den Vorbereitungskursen ebenfalls theilzunehmen und vor ihrer Einrückung das Maturitätszeugniß, beziehungsweise das Lehrerdiplom zu erwerben. Diese Schüler haben demnach eine weitere militärische Verfügung nicht abzuwarten und brauchen nicht am 29. Mai, sondern erst am 30. Juni zum aktiven Dienst einzurücken; sie müssen bei ihrer Einrückung durch Vorweisung ihres Schulzeugnisses (Maturitätszeugnisses, Lehrerdiploms) den Nachweis führen, daß sie den Lehrkurs thatsächlich besucht haben. Das Armee-Oberkommando hat verfügt, daß die im Jahre 1897 und den vorangegangenen Jahren geborenen, zum Militärdienst eingerückten und derzeit auf dem Kriegsschauplatze befindlichen Schüler, die die vorletzte Klasse ihrer Schule im Schuljahre 1914/15 absolvirt haben, zum Zwecke der Theilnahme an den obenerwähnten Lehrkursen beurlaubt werden. — Der Unterrichtsminister will es ferner jenen 1897 oder früher geborenen Schülern, die die mittlere Klasse der höheren Handelsschulen absolvirt haben und zum Militärdienst einrücken mußten, ermöglichen, das Schuljahr nicht zu verlieren. Zu diesem Behufe hat der Unterrichtsminister die Veranstaltung von Vorbereitungskursen in der Zeit vom 25. Mai bis 25. Juni angeordnet. Für Budapest hat der hauptstädtische Magistrat verfügt, daß dieser Lehrkurs in der höheren Handelsschule des 6. Bezirks, Isabellagasse 46, stattfinde. Diejenigen Handelsschüler, die zu diesem Zwecke von ihrem Militärkommando Urlaub oder vom Minister eine besondere Bewilligung erhielten, haben sich bis zum 24. d. bei dem Direktor der obgenannten Anstalt zu melden. Diese Vorbereitungskurse sind unentgeltlich.

Neue Freie Presse 21.IV.1916

[Jubiläum des Vereines der Freunde des Humanistischen Gymnasiums.] Heute fand die Jubiläumsfeier des Vereines der Freunde des Humanistischen Gymnasiums im Festsaale der Akademie der Wissenschaften statt. Die Vertreter der politischen und wissenschaftlichen Kreise hatten sich in großer Zahl zu der Jubiläumsfeier eingefunden. Der Vorsitzende, Herrenhausmitglied Hofrat Professor Dr. Toldt, gedachte in seiner Begrüßungsansprache unserer kämpfenden Heere und betonte, die Anwesenheit des Präsidenten der bayerischen Akademie der Wissenschaften Geheimrates Dr. Crusius werde ein neuerlicher Beweis sein für den engen Zusammenhang aller wissenschaftlichen Kreise Oesterreichs mit denen des verbündeten Deutschen Reiches. Gerade auf dem Gebiete der humanistischen Studien und der Schule sind die Beziehungen stets die innigsten gewesen. Die Vertreter des humanistischen Bildungsideals dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie jederzeit bestrebt waren, das in den Herzen der Völker verankerte Bündnis, das in den Schrecknissen des uns aufgezwungenen Krieges seine sieghafte Macht bewährte, immer tiefer und inniger zu gestalten. Regierungsrat Dr. Frankfurter betonte in seinem Jahresbericht, daß, der scheinbar ungünstigen Zeitverhältnisse ungeachtet, dem Verein hundert neue Mitglieder beigetreten sind. Das sei das schönste Zeugnis für die Bewertung seiner Kulturbestrebungen auch innerhalb der jetzigen schweren weltpolitischen Wirren. Dem Vorstand sind der Direktor des Kriegsarchivs a. D. Geheimer Rat G. d. J. Freiherr v. Woinovich sowie Landesschulinspektor Hofrat Dr. Scheindler beigetreten. Aus seinem Stammfonds konnte der Verein 10.000 K. Kriegsanleihe zeichnen. In einer Erinnerungsrede gedachte Herrenhausmitglied Hofrat Toldt zunächst der Gründung der Vereinigung unter der Führung des langjährigen Präsidenten, des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh. Gerade gewisse Erscheinungen des Weltkrieges legten es dem Verein nahe, nicht achtlos an dem heutigen Zeitpunkt vorüberzugehen. In kurzen Worten begrüßte den jubilierenden Verein der Präsident der Akademie der Wissenschaften Hofrat v. Lang als Hausherr. Der Rektor der Wiener Universität Hofrat Professor Adolf Menzel betonte namens der Gesamtuniversität die großen Verdienste des Vereines und die Kenntnis vom Werte des Humanistischen Gymnasiums, mit dem die Universität unzerreißbar verknüpft ist. Alle Fakultäten haben an dem Fortbestand des Humanistischen Gymnasiums das gleiche Interesse. Das hätte auch bei der Reform der Mittelschule in höherem Maße zum Ausdruck kommen sollen. Es handelt sich dabei nicht um eine Alleinherrschaft, sondern um die Gleichberechtigung mit anderen Typen von Mittelschulen und um seine ungeschmälerte Erhaltung. Nichts wäre irriger, als zu glauben, daß die gewaltigen Ereignisse der Gegenwart dieses Postulat zurückstellen könnten. Das gerade Gegenteil trifft zu. Die Bedeutung der Antike für unser geistiges und sittliches Leben hat sogar eine Steigerung erfahren. Die Machtentfaltung des Staates, die erhöhte Bindung des Einzelmenschen an die große Volksgemeinschaft, der Appell an Patriotismus und Opfermut finden sich am innigsten verknüpft in den Gedanken der Antike. Die gewaltige Bedeutung der Naturwissenschaften und der Technik und die Notwendigkeit ihrer intensiven Pflege lassen dennoch jene Disziplinen, an denen sich Geist und Charakter bilden, vom Standpunkte des Gesamtwohles als unentbehrlich erscheinen. Die Jünger des Humanistischen Gymnasiums — darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit — haben sich im Weltkriege als Männer der Tat auf das beste bewährt. Ihnen und den Lehrern schuldet das Vaterland den tiefsten Dank, und damit hat zugleich die klassische Bildung ihre Feuerprobe bestanden. Die Festrede des Präsidenten der bayerischen Akademie der Wissenschaften Geheimrates Professor Crusius über den „griechischen Gedanken im Zeitalter der deutschen Freiheitskämpfe“ hatte die lebendigsten Beziehungen zu den Verhältnissen der Gegenwart. Er ging aus von der bekannten Rektoratsrede Adolf Exners „Ueber politische Bildung“, in der als die Schule der politischen Bildung das Altertum bezeichnet wird. Er zeigte die Wichtigkeit des griechisch-römischen Gedankenkreises für die Kenntnis der Politik. Die deutsche Altertumswissenschaft, die Beschäftigung mit der klassischen Philologie, Philosophie und Jurisprudenz haben namentlich auf Wilhelm v. Humboldt, Ernst Moritz Arndt und auf den Turnvater Jahn außerordentlich eingewirkt. Der Redner zeigt, wie dieser Gedankenkreis sich in den Idealen der deutschen Kämpfer, namentlich der Akademiker und Studenten, widerspiegelt, und erweist so die Einwirkung der humanistischen Bildung auf die Freiheitsideale und die patriotische Begeisterung. Er stellt dabei das deutsche Ideal dem französischen gegenüber. Geheimrat Crusius knüpft sodann an eine Aeußerung Adolf Harnacks an, der bei der Einweihung des Kaiser Wilhelm-Instituts der Befürchtung Ausdruck gab, daß angesichts der überwiegenden Bedeutung, die im Kriege die angewandten Wissenschaften erhalten haben, die theoretischen Wissenschaften an Geltung verlieren könnten. Das wäre ein großes Uebel, und alle, die um die geistigen Güter des deutschen Volkes besorgt sind, müssen sich zusammentun, um dies zu verhüten. Das haben sowohl die deutschen Freiheitskämpfe vor hundert Jahren und das hat auch die Gegenwart gezeigt. Er schloß mit der Hoffnung, daß nach wie vor die reine und selbstlose Wissenschaft und so auch das klassische Bildungsideal die gebührende Stellung behalten werden.

Neue Freie Presse 25./V. 1916

Zehnjährige Bestandfeier des Vereines der Freunde des humanistischen Gymnasiums. In Ergänzung unseres Berichtes sei mitgeteilt, daß an der glänzend verlaufenen Versammlung im Festsaale der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, die sich zu einer bedeutsamen Kundgebung für das Gymnasium gestaltete, teilnahmen: Prinzessin Klemenkine Metternich-Sandor, der deutsche Botschafter v. Tschirschky, der bayerische Gesandte Freiherr v. Tucher, Oberstkämmerer Graf Lanckoronski, Präsident des Gemeinsamen Obersten Rechnungshofes Dr. Freiherr v. Plener, Unterrichtsminister Dr. Ritter v. Hussarek, Minister a. D. Dr. v. Wittek die Geheimen Räte Dr. Ruß und Sektionschef Dr. Gwillinski, die Gesandten a. D. Graf Kuefstein und Dr. v. Fuchs, das Präsidium der Akademie, der Rektor und zahlreiche Professoren der Universität, die Sektionschefs Doktor Breycha, Dr. v. Kelle und Freiherr v. Pidall, Senatspräsident Dr. Elsner, die Hofräte Dr. Dlabac, Dr. Maurus, Dr. Zweig, Dr. Mauthner, Doktor Glanz, Dr. Schlag, Sektionsrat Dr. Leithe, die Landesschulinspektoren Hofräte Stanger, Doktor v. Scheindler und Dr. Satursky, Dr. Tauber, Dr. Pretsch, Gymnasialdirektoren und Professoren, Großindustrieller Ernst Mauthner, Baudirektor Adler, Prokurist Freund, Spitaldirektor Dr. Fleischmann und viele andere. Ihr Fernbleiben entschuldigten Botschafter a. D. Prinz Franz Liechtenstein, Minister des Aeußern Baron Burian, gemeinsamer Finanzminister Dr. v. Koerber, Minister des Innern Prinz Hohenlohe, Handelsminister Dr. v. Spitzmüller, Statthalter v. Bleyleben, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und andere. Ministerpräsident Graf Stürgkh richtete an den Verein ein Schreiben, in dem es heißt: „Infolge meiner dienstlichen Inanspruchnahme ist es mir leider nicht möglich, von dieser Einladung Gebrauch zu machen, weshalb ich mein Fernbleiben gefälligst zu entschuldigen bitte. Ich bedaure dies um so mehr, als mich mit dem geehrten Verein, dessen Eintritt in die zweite Dekade seines Bestandes ich mit den besten Wünschen begleite, so zahlreiche Bande gemeinsamer Arbeit verbinden." Geheimrat Professor v. Arnim telegraphierte aus Frankfurt am Main:

Freunde des Guten und Schönen, ihr seid auch Freunde der Schule,
welche die Jugend emporweist zu den himmlischen Höh'n,
wo die Gerechtigkeit thront und die Wahrheit und Freiheit und Friede,
welche der britische Geist jetzt von der Erde verbannt,
weil er nach Macht nur und Geld, den Realien, strebt realistisch
und mit dem Scheine des Rechts, welches real, wie das Geld,
mehr als die Hälfte der Welt in den blutigen Greuel verstrickt hat.
Wer ihn bekämpfet, ist deutsch und er ist griechisch zugleich.
Schirmet auch ferner, ihr Freunde des Guten und Schönen, die Schule,
die den hellenischen Geist, nicht den britischen pflegt!

Unter lebhaftem Beifall der Versammlung sprach der Vorsitzende dem Schriftführer Regierungsrat Dr. Frankfurter für die Verdienste, die er sich um den Verein seit seiner Gründung erworben, für seine rastlose Bemühung und die Fülle fruchtbarer Tätigkeit, die er namentlich auch durch die Redaktion der Vereinsmitteilung geleistet, den herzlichsten Dank des Vereines aus. Mit Zustimmung wurde der Antrag angenommen, die Professoren Ulrich v. Wilamowitz-Möllendorff, Adolf v. Harnack, Hermann Diels und Eduard Meyer sowie den Präsidenten der ungarischen akademischen Wissenschaften Albert v. Berzeviczy zu Ehrenmitgliedern des Vereines zu ernennen. — Zu Ehren des Präsidenten der bayerischen Akademie, Geheimen Hofrates Otto Crusius, gab der Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ritter v. Hussarek vorgestern Sonntag ein Mittagessen im Hotel Sacher, an dem teilnahmen der deutsche Botschafter v. Tschirschky, Oberstkämmerer Graf Lanckoronski, die Sektionschefs Geheimer Rat Dr. Gwillinski und Dr. v. Kelle, Ministerialrat Baron Loebenstein, Sektionsrat Dr. Leithe, die Landesschulinspektoren Hofrat Dr. Satunsky, Dr. Tauber und Pietsch, Ministerialvizesekretär Dr. v. Malek, Bezirkskommissär Dr. v. Meiß-Teuffen, Präsident der Akademie der Wissenschaften Hofrat v. Lang, Vizepräsident Hofrat Redlich, die Sekretäre Hofräte Becke und Ritter v. Karabacek, der Rektor der Universität Hofrat Menzel, der Direktor des Archäologischen Instituts Hofrat Reisch, die Professoren Hofrat Bormann, Bauer, Hauler, Kretschmer, Rademacher, der Vorsitzende des Vereines Hofrat Dr. Toldt und der Schriftführer Regierungsrat Frankfurter. In seinem Trinkspruch auf die bayerische Akademie und ihren Präsidenten gedachte zunächst der Minister in überaus warmen Worten des Vereines, der auf ein Jahrzehnt erfolgreicher und ersprießlicher Arbeit zurückblicke, es sei Pflicht der Unterrichtsverwaltung, dessen zu gedenken, was geleistet wurde an Anregungen für das geistige Leben Wiens und Oesterreichs in seinen Vorträgen und Veröffentlichungen, und der Minister freue sich, dem Verein an seinem ersten Jubeltage den Glückwunsch zu entbieten. Für den Vortrag des Geheimrates Arnim, der ein Hochgesang auf den Humanismus und Idealismus war, müsse man dem Verein und dem Vortragenden besonders danken. In der Pflege des Humanismus sehe er die Zukunft der Schule gefestigt. Träger des Humanismus sei die Universität; dafür zeugte die Rede des Rektors der Wiener Universität, des feinfühligen Kenners der antiken Staatsphilosophie, die darlegte, daß der Humanismus sich nicht beschränke auf die philosophischen Fakultäten, sondern daß er herüberreiche in das Gebiet des Rechts- und Staatslebens. Auch die Akademie der Wissenschaften sei beseelt von diesem Geiste, der sich herleite aus dem ersten Entwurf durch Leibniz, es ist nicht der Geist Richelieus, wie er in der französischen Akademie weilte, sondern der eines Leibniz, eines Humboldt, eines Van Swieten und eines Sonnenfels. Nicht wir schließen uns vom feindlichen Ausland ab, es hat sich selbst vom Geiste unserer Akademien entfernt. Aber die Akademien werden, wenn die Verwirrung gleich einem bösen Wahn vorbei sein werde, die Führung bei der Versöhnung der Geister haben. Für die nächste Zeit sei allerdings haushälterisches Verfahren unserer Hochschulen gegen die Ausländer Pflicht. Einstweilen freuen wir uns des festen Zusammenstehens Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, deshalb begrüße er die Anwesenheit des Präsidenten der bayerischen Akademie. Hofrat Toldt erhob sein Glas auf den Minister, dem er für die dem Vereine gewidmeten anerkennenden Worte, aus denen der Verein neue Kraft schöpfen werde, wie bisher in seinen Werken fortzufahren, herzlich dankte. Er selbst möchte betonen, daß der humanistische Unterricht auch für jene Fächer und für jene Gebiete eine absolute Notwendigkeit sei, die den exakten und den Naturwissenschaften zuzurechnen sind. Aus den Worten des Ministers freue er sich, schließen zu dürfen, daß die Fundamente des gymnasialen Unterrichts, die auf der klassischen Bildung beruhen, auch in der Zukunft in keiner Weise verschoben oder erschüttert werden, trotzdem manche Meinungen in der Richtung sich auch gegenteilig geäußert haben. Nach dem Bekenntnis, das der Minister für sich abgegeben habe, und nach der Anerkennung des Wirkens des Vereines, hoffe er und nehme er an, daß der Minister auch in Zukunft ein Schätzer und Freund des gymnasialen Unterrichtes sein werde. Geheimrat Crusius hebt hervor, wie sehr es ihn gefreut, in diesen Zeiten als Vertreter der bayerischen Akademie mit so vielen hervorragenden Vertretern der Wiener zusammen zu sein und feiert Oesterreich als Verkörperung des schönen Gedankens des Gemeinsamen. Gerade in diesem Staatsgebilde seien die Gedanken, die nach den Worten des Ministers die Akademien vertreten, nicht graue Theorie, sondern grünes Leben der Zukunft. Mit einem herzlichen Chairo erhebt er sein Glas auf Oesterreich und seine Zukunft.

Österr. Volkszeitung
26./V. 1916

Sommerzeit und Schule.

Der ungeteilte Vormittagsunterricht.

Mit Anfang Juni hat in den vergangenen Jahren die für den Sommer vorgesehene Zeit des ungeteilten Vormittagsunterrichtes begonnen. Die Verschiebungen im Schulbetriebe hatten allerdings im Vorjahre auch Aenderungen und teilweise Verlegungen der Unterrichtsstunden auch auf den Nachmittag erfordert.

Im laufenden Jahre wird mit Rücksicht auf die neu eingeführte „Sommerzeit" den von der Schulbehörde zu treffenden Verfügungen für die Unterrichtseinteilung in den Hitzmonaten mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengesehen. In einer nächster Tage stattfindenden Schulleiterberatung dürften bereits entsprechende Verfügungen über den diesjährigen ungeteilten Vormittagsunterricht zur Kenntnis gebracht werden.

In Schulkreisen wird es als zweckmäßig bezeichnet, den Unterricht womöglich auf den Vormittag zu verlegen und dort, wo dies nicht angängig wäre, den Nachmittagsunterricht zu kürzen. Die Verschiebung durch die Sommerzeit würde auch bei Vor- und Nachmittagsunterricht in den Lehrzimmern längere Mittagspausen zur Lüftung erfordern. Man hofft auch auf entsprechende Berücksichtigung der Sommerzeitverschiebung bei der Einteilung der Unterrichtsstunden besonders um die Mittagszeit.

Die Zeit
26./V. 1916

Frauen und Rechtsstudium.

Der Verein für realgymnasialen Mädchenunterricht hat dem Unterrichtsminister eine von Ministerialrat Prof. Dr. Walter Schiff verfaßte Denkschrift überreicht, in der die Zulassung der Frauen zum Rechtsstudium gefordert wird. In dieser

Reichspost 28/V. 1916

120

* **Vorträge im Forschungsinstitut für Osten und Orient in Wien.** Im Forschungsinstitut für Osten und Orient in Wien wurden während des Sommersemesters alle 14 Tage am Mittwoch von Institutsmitgliedern Vorträge gehalten. Als Einleitung diente am 26. April 1916 das Referat von Dr. Erich Pistor „Was haben die Mitglieder vom Institute in wissenschaftlicher und praktischer Beziehung zu erwarten?" Der Referent entwarf in seinem Vortrage das allgemeine Programm der bevorstehenden wissenschaftlichen Tätigkeit des Institutes. Die eigentliche Serie der Vorträge wurde von Universitätsprofessor Dr. Hans Uebersberger eröffnet, der am 10. d. „Ueber die russische Reichsduma und ihre Parteien" sprach. Der Redner gab einen kurzen Ueberblick über die inneren und äußeren politischen Verhältnisse, die der magna charta der russischen Freiheit vom 17. Oktober 1905 vorangegangen waren, schilderte die rechtliche Grundlage der russischen Verfassung, kennzeichnete die einzelnen Dumaparteien und gab Aufschluß über die Entwicklung des modernen russischen Nationalismus. — Der nächstfolgende Vortrag am 17. Mai war der „Zukunftsfrage des Islam" gewidmet und wurde von Universitätsprofessor Dr. Rudolf Geyer gehalten.

Die Zeit
29./V. 1916

Staatsschule oder Nationalschule?

Im engsten Zusammenhang mit der Frage der politischen Neugestaltung Oesterreichs nach dem Kriege steht die Frage der Verstaatlichung des Schulwesens. Die Hauptleitung des Niederösterreichischen Landeslehrervereins hat in ihrer Vollversammlung vom 21. d. in folgenden Leitsätzen den Standpunkt der Lehrerschaft Niederösterreichs zum Ausdruck gebracht: Aufgabe des Staates ist es, durch Aufstellung allgemeiner Grundsätze für den Aufbau und die innere Einrichtung des Schulwesens sowie durch energische Ueberwachung der Ausführung dieser Grundsätze die Voraussetzungen einer gleichmäßigen Entwicklung der Schule in allen seinen Teilen zu schaffen. Der Staat hat daher: das Reichsvolksschulgesetz oder ein an seine Stelle tretendes Reichsgesetz in allen Teilen des Reiches zur Durchführung zu bringen, somit die bestehende Sonderstellung einzelner Kronländer zu beseitigen; allgemein verbindliche Mindestforderungen hinsichtlich der Schulbauten, der schulgesundheitlichen Einrichtungen, der Lehrerbildung und des Stoffausmaßes der Lehrpläne aufzustellen; die Erfüllung dieser Mindestforderungen durch staatlichen Zwang sicherzustellen; eine Verstaatlichung der Schule in dem Sinne, daß der Staat die gesamten Schullasten und die Anstellung der Lehrer übernimmt, ist derzeit abzulehnen. Allerdings sind die Schullasten auf leistungsfähigere Körper als die bisherigen Gemeinden und Länder zu übertragen. Als solcher empfiehlt sich die autonom gewordene Nation, deren freigewählte Vertretung die naturgemäße Aufgabe der Fürsorge für die Schule als wertvollstes nationales Kulturgut übernimmt. Auch die Rechtsverhältnisse der Lehrer sind von den die Nation vertretenden Körperschaften nach von der Reichsvertretung festgesetzten Grundsätzen zu regeln. Die Lehrerschaft hat somit im Interesse der Schule und des Standes für eine politische Neugestaltung Oesterreichs im Sinne der Bildung nationaler Selbstverwaltungskörper einzutreten.

Neue Freie Presse Abend 31./V. 1916

Jahressitzung der Akademie der Wissenschaften.

Wien, 31. Mai.

Im großen Sitzungssaale der Akademie der Wissenschaften fand heute um 11 Uhr vormittags die Jahressitzung der Akademie der Wissenschaften statt.

Kuratorstellvertreter, gemeinsamer Finanzminister Doktor v. Koerber, begrüßte die Versammlung, in der sich die Vertreter der Unterrichtsbehörden, die Rektoren der Wiener Hochschulen, fast alle Mitglieder der Akademie und zahlreiche Damen befanden, mit folgenden Worten:

Ansprache des Kuratorstellvertreters Dr. v. Koerber.

Geehrte Versammlung!

Die nach den glorreichen Siegen unserer Armee und der mit uns verbündeten Heere immer wieder aufleuchtende Hoffnung auf einen ehrenvollen und siegreichen Frieden hat sich noch nicht erfüllt. Doch fest und unerschütterlich ist unsere Zuversicht, gestützt auf die Siegkraft unserer Heldenscharen, den unerschöpflichen Opfermut unserer Völker und auf die der Menschheit beispielgebende Treue, in der wir und unsere Kampfgenossen in dem gemeinsamen Ringen geschlossen zueinander stehen. Indessen setzte die kaiserliche Akademie der Wissenschaften, unbeirrt durch den Waffenlärm, wenn auch in ihren Bestrebungen durch die zum Kriegsfeld gewandelte Welt nicht uneingeschränkt, ihre Arbeiten fort. Den Versuchen unserer Feinde aber, den ihren Waffen versagten Sieg durch einen ruchlosen, Völkerrecht und die ewigen Gebote menschlicher Gesittung gleich mißachtenden Hunger- und Wirtschaftskrieg zu erzwingen, tritt auch die Wissenschaft siegreich entgegen. Sie erfindet in heiligem vaterländischen Eifer vollwertigen Ersatz für so manche fehlende, von der Zufuhr ferngehaltene Stoffe, sie belebt und bereichert damit die heimische Produktion und mehrt unsere Wehrhaftigkeit durch eine neue glänzende Waffe: die Wunder der Technik schaffende, angewandte Wissenschaft; nicht um des Krieges willen, um des Sieges willen, der den Frieden bringt. Denn der Friede ist das Ziel unserer Kämpfe ohnegleichen: der gesicherte Friede, der alle Volkskräfte für die Erfüllung der hohen Kulturmission unseres Staates freigibt, der ehrenvolle Friede, den auch die kaiserliche Akademie ersehnt, um die schöpferische Kraft der Wissenschaft in den Dienst der Erneuerung des Vaterlandes zu stellen und an dem Wiederaufbau der in dem verheerenden Weltbrande zerstörten Kulturwerte mitzuarbeiten, die einen in Jahrhunderten mühsam erworbenen, kostbaren Menschheitsbesitz bildeten. Ernste staatliche, militärische, soziale und wirtschaftliche Probleme treten an uns heran, die klug und zielbewußt erfaßt werden müssen, wenn wir die gedeihliche Zukunft unseres Staates und seiner Bürger sichern wollen.

Hat der Krieg unseren Arbeiten und Vorhaben vielfach Einhalt getan, so hat anderseits die Akademie der Wissenschaften die durch den Krieg gebotene Gelegenheit zu zahlreichen anthropologischen Untersuchungen benützt, welche unter dankenswerter Förderung des k. u. k. Kriegsministeriums in den Kriegsgefangenenlagern an russischen Kriegsgefangenen vorgenommen wurden. Die Untersuchungen, die sich namentlich auf die sogenannten Randvölker des russischen Reiches, Türkvölker, Kaukasusvölker, finnische Völker, daneben allerdings auch auf andere erstreckten, haben ein sehr reiches Material an Messungen, Abbildungen, Gipsabgüssen und Aufzeichnungen ergeben, welches wertvolle Anhaltspunkte für weitere Forschungen bietet. Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften hat in der Absicht, die von unseren siegreichen Truppen auf dem Balkan okkupierten Gebiete der kulturellen Durchdringung zugänglich zu machen, auch eine Anzahl von naturwissenschaftlichen Expeditionen nach Nord- und Mittelserbien, den Sandschak sowie nach Nord- und Mittelalbanien organisiert und erfreut sich hiebei der verständnisvollen Unterstützung durch die zuständigen Stellen. Die anderen, ein weites Feld umspannenden Arbeiten der Akademie weisen auch im Vorjahre gute Fortschritte auf. Der ganze Umfang dieser auf vielen Gebieten ergebnisreichen wissenschaftlichen Forschungen wird Ihnen in eingehenden Berichten zur Kenntnis gebracht werden.

Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften hatte im vergangenen Jahre auch wieder schmerzliche Verluste zu beklagen. Der Tod hielt auch in ihren Reihen bittere Ernte. Mit dem Hinscheiden des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Ludwig Salvator verlor die Akademie ein erlauchtes Ehrenmitglied, die wissenschaftliche Welt einen Forscher von Rang und Ruf. Von Jugend auf dem Studium der Naturwissenschaften ergeben, hielt er der Wissenschaft Treue bis an sein Ende. Seine zahlreichen Werke geben ebenso Zeugnis von des kaiserlichen Prinzen vorbildlichem, zähem und unermüdlichem Forscherfleiß, als von seiner wissenschaftlichen und künstlerischen Persönlichkeit. Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften wird das Andenken an ihr verdienstvolles und erlauchtes Ehrenmitglied stets hochhalten. Die Akademie hat auch den Heimgang des Hofrates Guido Goldschmiedt zu beklagen, in dem sie ein wirkliches Mitglied, einen angesehenen Gelehrten und einen hochgeschätzten akademischen Lehrer verloren hat. Die chemische Wissenschaft wie die Akademie hat noch einen weiteren schweren Verlust durch den Tod des Hofrates und wirklichen Mitgliedes Ernst Ludwig erlitten, dem wir für seine hervorragenden Leistungen in seinen Wissenszweigen dauernden Dank schulden und der sich um die öffentliche Gesundheitspflege durch seine Tätigkeit als Mitglied des Obersten Sanitätsrates reiche Verdienste erworben hat. Mit Professor Ernst Mach schied einer der Großen aus dem Reiche der Wissenschaft. Um ihn trauert die kaiserliche Akademie und mit ihr die österreichische Wissenschaft, deren weithin leuchtenden Ruhm er mehrte. Auch über den Kreis der österreichischen Wissenschaft hinaus wird der Heimgang dieses tiefen Denkers als schmerzlicher Verlust empfunden werden. Auch in den Reihen der inländischen und ausländischen korrespondierenden Mitglieder hat der Tod seinen düsteren Einzug gehalten, und in aufrichtiger Trauer gedenken wir aller dieser hochverdienten Männer, die nicht mehr in unserer Mitte weilen. Meine Totenklage darf nicht verstummen ohne dankbaren Abschiedsgruß an den Meister der deutschen Quellen- und Rechtsgeschichte, unser Ehrenmitglied im Auslande, Wirklichen Geheimrat Professor Heinrich Brunner. In ihm verliert die deutsche Rechtswissenschaft einen Schöpfer und Pfadfinder, gleich groß als Forscher und Lehrer, und wir einen treuen Sohn seiner österreichischen Heimat, der den Glanz der Wiener Schule und die Bedeutung der österreichischen Wissenschaft im engverbündeten Deutschen Reiche kündete und für sie Zeugnis ablegte. Das Wirken unserer Toten, das über ihr Grab hinausreicht, wird noch von berufener Seite gewürdigt werden. Wir aber wenden unsere Blicke wieder der Arbeit zu, die das Leben bedeutet. Ich bitte nun den Herrn Generalsekretär, einen Bericht zu erstatten.

Die Berichte.

Hierauf berichteten der Generalsekretär Hofrat Professor Dr. Becke über die Wirksamkeit der Gesamtakademie und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, der Sekretär der philosophisch-historischen Klasse Hofrat Professor v. Karabacek über die Wirksamkeit dieser Klasse.

Zuerkennung des Lieben- und Haitinger-Preises.

Der Präsident der Akademie Hofrat Professor v. Lang verkündete die 29. Zuerkennung des Lieben-Preises und die 12. Zuerkennung des Haitinger-Preises. Den Lieben-Preis im Betrage von 2000 K. erhielt Dr. Fritz Paneth für seine Arbeiten der Radiologie, insbesondere für die Arbeit „Ueber Absorbierung und Fällung der Radiumemente"; den Haitinger-Preis im Betrage von 3000 K. Professor Emil Abel für seine „Katalytischen Studien".

Vortrag des Hofrates Professor Dr. Luschin.

Am Schlusse der Sitzung hielt Hofrat Professor Doktor Arnold Luschin-Ebengreuth einen interessanten Vortrag über die Anfänge des österreichischen Seehandels und der österreichischen Seeherrschaft in der Adria. Der Vortragende ging von den ersten Besitzungen der Herzoge von Oesterreich aus und schilderte die unverkennbaren Bestrebungen der Babenberger, sich durch Ländererwerb gegen Süden und Südwesten der Meeresküste zu nähern und unmittelbare Nachbarschaft mit Italien zu gewinnen. Der Redner schilderte dann an zahlreichen geschichtlichen Ereignissen die Antriebe Venedigs gegen eine Seeherrschaft Oesterreichs in der Adria, die schließlich im achtzehnten Jahrhundert zu Maßregeln Oesterreichs gegen die Republik Venedig führte. Auf Befehl des Kaisers wurde die Ausarbeitung eines am 2. Juni 1717 veröffentlichten Patents begonnen, das allen In- und Ausländern, welche zur Einführung der Schiffahrt und des Handels von unseren innerösterreichischen Meerorten auslaufen werden, den Schutz der kaiserlichen Flagge und bei unrechtmäßiger Behinderung Genugtuung, gegebenenfalls Schadenersatz zusicherte. Zwei Jahre danach wurde die kaiserliche Erklärung der Städte Triest und Fiume zu Freihäfen (18. März 1719) verlautbart.

Arbeiterzeitung 1./VI. 1916

Die Zulassung der Frauen zum juristischen Studium und der Krieg.

Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts haben alle Kulturländer den Frauen die Tore ihrer Universitäten geöffnet und auch die österreichische Regierung konnte dem Drängen der industriellen Entwicklung und der mit ihr Hand in Hand gehenden fortschrittlichen Frauenbewegung nicht länger widerstehen und gab den Frauen den Zugang zu den gelehrten Berufen frei. Natürlich nur in unzulänglicher Weise. Die medizinische und die philosophische Fakultät nehmen die Frauen auf, aber die juridische verschließt sich ihnen, was um so empfindlicher ist, als in Oesterreich auf dieser Fakultät nicht nur Rechtswissenschaft, sondern auch Volkswirtschaft gelehrt wird, ein Gebiet, auf dem sich noch sehr viel mehr Arbeitskräfte als bisher betätigen sollten und auf dem auch bereits Frauen Hervorragendes geleistet haben.

Seit vielen Jahren schon bekleidet in Oesterreich eine Anzahl von Frauen Beamtenposten, die unbedingt rechts- und staatswissenschaftliche Kenntnisse erfordern, aber sie mußten sich die Ausbildung im Ausland holen, die unmöglich vollständig sein konnte, da österreichisches Recht nur in Oesterreich gelehrt wird.

Eine weitere Halbheit, die sich aber noch viel schwerer geltend macht, ist es, daß der österreichische Staat weder Mädchengymnasien errichtet, noch weiblichen Schülern die bestehenden Gymnasien öffnet, so daß sich die Mädchen, um studieren zu können, ihre Mittelschulbildung in Privatschulen oder durch häuslichen Unterricht verschaffen müssen, was natürlich nur den Töchtern der Wohlhabenden möglich ist.

Wiederholt haben Frauenorganisationen an das Unterrichtsministerium um Zulassung der Studentinnen zu den juristischen Studien petitioniert und seit einer langen Reihe von Jahren hat sich Hofrat Professor Bernatzik an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Im Jahre 1899 erstattete er ein ausführliches Gutachten an das Unterrichtsministerium. Mit großer Entschiedenheit und mit durchschlagenden Argumenten riet er dazu, die Frauen zum juristischen Studium zuzulassen.

Alle diese Bemühungen scheiterten aber an dem Widerstand der Advokaten, die nicht nur mit Erfolg bestrebt sind, sich die weibliche Konkurrenz vom Halse zu halten, sondern auch nicht übel Lust hätten, für männliche Kollegen den Numerus clausus einzuführen.

Nun aber ist von Freunden moderner Schulreform neuerlich die Forderung nach Zulassung der Frauen zum juristischen Studium erhoben worden. Der Verein für realgymnasialen Mädchenunterricht, dessen Präsidentin Frau Anna Postelberg und dessen Vizepräsident Ministerialrat Professor Walter Schiff ist, veröffentlicht eine Denkschrift über den Gegenstand, die an das Unterrichtsministerium gerichtet ist und die Professor Schiff zum Verfasser hat.

In dieser Schrift wird ebensowohl versucht, die Gerechtigkeit der Forderung als auch die Eignung der Frauen zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften nachzuweisen; insbesondere aber wird darin betont, daß gerade jetzt, in der Kriegszeit, sehr viele Frauen zur Tätigkeit im öffentlichen Leben herangezogen worden sind, und zwar auch vielfach zu solchen Aufgaben, zu deren Erfüllung juristische und volkswirtschaftliche Bildung im höchsten Grade nützlich und wünschenswert ist. Wenn die Mehrzahl dieser Frauen ihre Pflichten in trefflicher Weise zu erfüllen vermögen, so ist es zum großen Teile darauf zurückzuführen, daß es ihnen eben gelungen ist, sich, allen Schwierigkeiten zum Trotz, die erforderlichen Kenntnisse, die sie nicht in regelmäßigem Studiengang hatten erwerben dürfen, autodidaktisch und dilettantisch anzueignen. Welche Erschwerungen ihrer Leistungen das aber bedeutet, muß wohl jedem klar sein.

„Man sollte nicht länger zögern," heißt es in der Broschüre, „den Frauen den Weg zu jener Bildung zu eröffnen, die ihre für die Allgemeinheit bereits unentbehrlich gewordene Tätigkeit noch fruchtbringender machen könnte. Man darf auch nicht etwa meinen, dieser in Kriegszeiten geschaffene Zustand werde mit dem Kriege wieder verschwinden. Im Gegenteil. Wie immer sich die Verhältnisse nach Wiederkehr des Friedens gestalten mögen — das eine ist sicher, daß Staat und Gesellschaft vor ganz neue schwere Aufgaben gestellt, daß ungeheure volkswirtschaftliche, soziale, organisatorische Probleme zu lösen sein werden und daß zu deren Bewältigung die Freimachung und Entwicklung aller in der Bevölkerung vorhandenen geistigen Kräfte erforderlich ist."

Aber nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der künftigen Leistungen müßten dadurch eine wesentliche Steigerung erfahren, meint Professor Schiff, wenn die geistige Arbeit der Männer durch die eigentümliche Denk- und Anschauungsweise der Frauen und durch deren spezielle Erfahrungen ergänzt würde. Wie segensreich eine solche Ergänzung wirken kann, das habe sich schon bis jetzt im Vormundschaftswesen, in der Ernährungspolitik und in den verschiedensten Zweigen der sozialen Fürsorge und Volkspflege deutlich genug erwiesen. „Auch wird zweifellos," heißt es weiter, „eine weitgehende Umformung unserer Rechtsordnung notwendig werden, eine Umformung, welche die Frauen ebensosehr, zum Teil sogar noch stärker berühren wird als die Männer. Die Stimme der Frauen wird dabei gehört werden müssen. Sorgen wir dafür, daß das warme Gefühl, daß die unmittelbare Empfindung, von denen sich die Frauen viel stärker bestimmen lassen als die Männer, durch Sachkunde, durch positive Kenntnisse geläutert und berichtigt werden können."

Zum Schluß sucht der Verfasser den Advokaten und juristischen Beamten ihre Angst vor der weiblichen Konkurrenz auszureden. Daß solchen Bemühungen Erfolg beschieden sein möge, wäre sehr zu wünschen, ist aber kaum zu erwarten, und so lange als der Staat selbst sich nicht scheut, weiblichen Beamten für die gleichen Leistungen geringere Gehalte zu bezahlen als männlichen, wird bei den Männern die Angst vor dem Eindringen der Frauenarbeit nicht zu bannen sein, genau so wie die weibliche Beamtenschaft eines wichtigen Ansporns entbehren muß, solange auch bei glänzendster Qualifikation ihrem Vorwärtskommen enge Grenzen gezogen sind.

Eine nach vernünftigen Gesichtspunkten geleitete und nach dem Bedürfnis der Gesamtheit orientierte Gesellschaft würde allerdings selbst in normalen Zeiten ein Zuviel an tüchtigen Arbeitskräften nicht kennen und müßte in einer Zeit riesenhafter Verluste an Menschenleben und Gebrauchsgütern jede geistige und manuelle Mitarbeit hochwillkommen heißen. Aber wir leben in einer Welt, die von Profitinteressen und Konkurrenzneid beherrscht ist und in der darum jede Frage, die eine rein organisatorische sein sollte, zur Machtfrage wird.

Ueberall, wo Frauen bisher Rechte erringen konnten, haben sie es dem Umstand zu danken, daß ihre Bestrebungen mit den Profitinteressen mächtiger Gruppen der Gesellschaft zusammentrafen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Wiederaufrichtung des Weltverkehrs nach dem Kriege, verschiedene Umgestaltungen in Handel und Wandel und die damit verbundene Vermehrung öffentlich-rechtlicher Aufgaben ihnen wieder um ein Stück vorwärtshelfen und ihnen vielleicht auch die juristische Laufbahn eröffnen wird. Zu verhindern, daß es unter Bedingungen geschehe, welche die wirtschaftliche und soziale Lage der weiblichen Juristen unter die der männlichen herabdrücken und dadurch gleichzeitig auch wieder eine Bedrängnis für die männlichen Angehörigen einzelner juristischer Berufszweige bedeuten würden: das muß die Aufgabe der fortschrittlichen Frauenbewegung und ihrer Freunde sein.

Th. Sch.

Die Zeit
2. III. 1916

Die Sommerzeit in den Schulen.

Wir erhalten von einer Lehrerin folgende Zuschrift: „Gestatten Sie einer Lehrerin einige Worte zu dem Artikel ‚Die Sommerzeit in der Schule' Ihres geschätzten Blattes. Ob die Sommerzeit im Unterricht in allen ländlichen Schulen Vorteile gebracht hat, dürfte doch noch nicht so ganz erwiesen sein. In manchen Schulen beginnt der Unterricht um halb 8 Uhr früh. Viele Mütter müssen um 6 Uhr (das ist also 5 Uhr Sonnenzeit) an ihrem Arbeitsort sich einfinden. Bevor sie das Haus verlassen, müssen sie die Kinder wecken und ankleiden, sonst verschlafen die Kinder die Zeit und haben später niemanden, der beim Ankleiden hilft, die Mädchen kämmt usw. Ob es nun gerade von übergroßem Vorteil ist, wenn Kinder der Unterklassen, die im siebenten oder achten Lebensjahre stehen, schon vor 7 Uhr früh (das ist 6 Uhr) vor der Schultür, oft fröstelnd, auf Einlaß warten und dann den Unterricht mit stetem Gähnen begleiten, das ist doch zu bezweifeln. Nachmittags beginnt der Unterricht um 1 Uhr (das ist 12 Uhr). Die Sonne bescheint seit dem Morgen die Fenster eines Klassenzimmers, in dem siebzig und mehr Kinder sitzen, nein, oft mit dem Oberkörper auf der Bank liegen, um den versäumten Morgenschlaf nachzuholen. Soll man sie wecken? Die armen Kleinen dauern einen. Schlafen lassen? Ja, man muß doch unterrichten. Es dürfte sich also kaum ein Vorteil finden lassen, weder für den Gesundheitszustand noch für die Erreichung von Unterrichtserfolgen."

Neue Freie Presse
3./IV. 1916

Die Wiederaufnahme des vollen Schulbetriebes.

Hohensinner richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage: 1. Ist der Bürgermeister geneigt, bei der Militärverwaltung dahin zu wirken, daß die für militärische Zwecke in Anspruch genommenen Schulgebäude nach Tunlichkeit geräumt werden, damit mit Beginn des Schuljahres 1916/17 der Schulbetrieb wieder in vollem Umfang aufgenommen werden kann? 2. Ist er ferner geneigt, bei den maßgebenden Faktoren dahin zu wirken, daß die für die Knabenschulen notwendige Anzahl der älteren Kräfte vom Militärdienste enthoben werden?

Dr. Weiskirchner: Schon vor Monaten habe ich durch Verhandlungen mit dem Kriegsministerium und dem Militärkommando erreicht, daß eine Reihe von Schulgebäuden nach und nach wieder instand gesetzt und dem Schulbetriebe übergeben werden. Der Herr Interpellant muß doch wissen, daß schon in einer Reihe von Schulen Kommissionen stattfanden, so daß vom nächsten Schuljahr angefangen die Gebäude wieder für den Unterricht verwendet werden. Die Anfrage bezüglich des Punktes 2 werde ich dem Landesverteidigungsminister übermitteln.

Reichspost
4./VI. 1916

Zusammenschluß der katholischen Lehrervereine Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches hält zu Pfingsten (12. und 13. Juni) in Fulda eine Vertreterversammlung ab, die zu den Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Verbandes und der christlichen Schule Stellung nehmen soll. Von größter Bedeutung für die Allgemeinheit ist der auf der Tagesordnung stehende Zusammenschluß der katholischen Lehrervereine Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Gleichzeitig wird die Tagung Stellung nehmen zu dem am 5. März in Breslau auf Vorschlag des Deutschen Lehrervereines gegründeten Ausschuß der mitteleuropäischen Lehrervereine und zur „mitteleuropäischen Volksschulkonferenz", die der Leipziger Lehrer Rudolf Schulze in seiner Zeitschrift „Neue Bahnen" vorgeschlagen hatte. Neben diesen für die Kulturpolitik Mitteleuropas bedeutungsvollen Verhandlungen werden sich die Beratungen auch auf Auslandsschule und Auslandslehrer und auf das soziale Wirken des Lehrerstandes erstrecken.

Reichspost
4./11. 1916

Volkslehrer in der Herzegovina.

Die Bekämpfung des Analphabetentums.

Ueber eine ganz eigenartige Verbreitung primitiver Volksbildung in der Herzegovina berichtet Ivo Dobrzansky in den „Belgrader Nachrichten". Gerade jetzt, während des Krieges, ist dort besonders eifrig die Beseitigung des Analphabetentums aus dem Volke selbst in Angriff genommen worden. Die hiezu eingerichteten Kurse gehören zu den merkwürdigsten Einrichtungen neuerer Schulbestrebungen und verdienen um so mehr Achtung, als sie erfolgreich sind. Der Verfasser erzählt:

Erfreulich ist auch die Tatsache, daß das Volk, und besonders die Frauen, ohne irgend welchen Zwang, sondern freiwillig und mit Vergnügen in analphabetische Kurse kommen.

Der Gründer und Organisator dieser analphabetischen Kurse in der Herzegovina ist der Franziskaner Didak Buntic, Direktor des Franziskanergymnasiums in Sirokom Brijegu. Auf die Anregung des Kulturausschusses der „Hrvatska Narodna Zajednica" hin, fing Buntic im Jahre 1911 mit diesen Kursen an. Der Anfang war schwierig, aber die verwendete Mühe war mit Erfolg gekrönt.

Die angewendete Methode hat ihre Wurzeln in der Lehrmethode unserer alten Franziskaner, welche schon vor einem Jahrhundert in Bosnien und in der Herzegovina analphabetische Kurse eröffneten. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß der Mensch alles das, was er selber weiß, auch einem andern beibringen kann, sammelte Buntic aufgewecktere Bauern um sich herum, zeigte ihnen, wie sie lernen sollten, und somit waren fertige Lehrer und fertige Schulen geschaffen. Noch größere Wirkungskraft bekamen die Kurse, als auch die Schüler der Volksschulen aufgefordert wurden, die Analphabeten zu lehren. Diese Kleinen, stolz darauf, daß sie nun auch „Lehrer" seien, fingen an, in den Dörfern ältere Leute um sich zu sammeln und sie lesen und schreiben zu lehren. Natürlich gab es mit diesen Kindern auch genügend Ungelegenheiten, denn in verschiedenen Dörfern erstanden zu viele dieser analphabetischen Kurse, so daß Buntic als Präsident des lokalen Ausschusses des Vereines der kroatischen Volkseinheit eine strenge Organisation durchführte und diesen Kursen den Namen „Bauernschulen" erteilte. Er verfaßte auch ein Schulreglement, welchem sich sowohl die Lehrer als die Schüler unterwerfen mußten, und ernannte Aufseher über diese „Bauernschulen". Der Erfolg war großartig. Diesen Erfolg konnte jedermann konstatieren und sich von der Vorzüglichkeit dieser Kurse überzeugen, denn Buntic führte für seine Analphabeten öffentliche Examen unter freiem Himmel ein. Einem solchen Examen wohnte auch ich bei im Mai 1914 in Sirokom Brijegu, und wurde dort zu meinem Erstaunen einer großen Menge Volkes mit Büchern und Schreibheften in den Händen gewahr. Es waren das ungefähr 1500 Analphabeten aus den umliegenden Dörfern, welche als Schülern jener Kurse für Analphabeten oder der sogenannten Bauernschulen kamen, um zu zeigen, wie sie in verhältnismäßig kurzer Zeit glatt lesen und deutlich schreiben gelernt hatten.

Der Erfolg dieses öffentlichen Examens wirkte auch auf das übrige Volk, so daß sich die Analphabetenkurse immer mehr verbreiteten und gerade jetzt in der Kriegszeit einen außerordentlichen Erfolg erreichten. Davon werden uns statistische Aufzeichnungen das klarste Bild geben. In den Dörfern um Sirokom Brijegu herum gab es im Schuljahre 1914/15 78 Schüler der Volksschulen und 23 Bauern, welche als „Lehrer" Analphabetenkurse abhielten. In den Kursen waren 1798 Schüler und Schülerinnen eingeschrieben und 1748 beendeten sie mit Erfolg. Es wurden bisher in Sirokom Brijegu und Kocerin, wenn man die Tätigkeit des Jahres 1912/13 mit 1340 und des Jahres 1911 mit 150 Schülern hinzurechnet, 5691 Personen in die Schreib- und Lesekunst eingeführt. Nach dem Beispiele von Sirokom Brijegu und Kocerin sind dieser Tage auch in Posusja und in Posuskom Grasu in der Herzegovina Analphabetenkurse eröffnet worden. Und obschon es jetzt die Zeit der schwersten Feldarbeiten ist, haben sich in diesen beiden Orten nahezu 1000 Schüler und Schülerinnen gemeldet. Sehr auffallend ist die Tatsache, daß besonders die Frauen mit wahrem Eifer in diese Kurse eilen, und ihre größte Freude ist es, wenn sie dann selbst die Briefe, die sie von ihren Liebsten auf dem Schlachtfelde erhalten, lesen und dieselben eigenhändig beantworten können. Die Verbreitung der Schreib- und Lesekunst nach der Methode des Buntic wird jetzt einen neuen Aufschwung nehmen, denn dieser Tage wird in Sarajevo eine Fibel nach der Methode des Buntic herausgegeben werden, deren Verbreitung durch die Schulkinder stattfinden wird.

Fremdenblatt 7./II. 1916

I

129

Die deutsche höhere Schule nach dem Weltkriege.

Es ist wahrhaft erhebend und zugleich rührend, zu beobachten, wie das deutsche Volk in seiner Gesamtheit mit echt deutscher Gründlichkeit an der Arbeit ist, nicht nur die gesammelte Volkskraft in physischer und geistiger Beziehung in den Dienst dieses Kampfes um seine Existenz zu stellen, sondern auch aus den furchtbaren Geschehnissen des Weltkrieges die Folgerungen für die Zukunft zu ziehen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und auch in den für die Zukunft des Volkes so wichtigen Fragen der Jugenderziehung. Wiederholt haben denkende Schulmänner Deutschlands in diesen Kriegsjahren mit aller Gründlichkeit die Frage erörtert, wie das große Erlebnis des Krieges sich schon jetzt im Unterricht spiegeln könne. *) Denn die Jugend will einmal den Krieg verstehen, mit Kopf und Herz daran teilnehmen und ihn nach Kräften miterleben. Es ist daher Pflicht des Lehrers, schon während dieses ungeheueren Völkerringens den Unterricht mit dem Kriege in Beziehung zu setzen, der Jugend zum Verständnis und zur Würdigung der gewaltigen Kriegsereignisse zu verhelfen und die erziehliche Wirkung auszuschöpfen, die in ihnen liegt. Und nunmehr schreiten deutsche Schulmänner auch bereits an eine auf die Zukunft abzielende Ueberprüfung der Daseinsberechtigung des bisherigen Lehrplanes und Unterrichtszieles der höheren Schule. Denn einer gewaltigen Wurfschaufel ist dieser Krieg zu vergleichen, die das echte Korn sondert von der Spreu. So gedenkt man denn jetzt mit durchgreifendem Willen und ohne falsche Sentimentalität einmal ernstlich zu prüfen, was sich den Zwecken der Erziehung als förderlich erwiesen hat. Allein auch kräftige Abwehr tut not gegenüber einem voreiligen Draufgängertum, das sich da und dort schon zu einem Sturmlauf rüstet gegen den fremdsprachlichen Unterricht. Schon früher waren insbesondere gegen die altklassischen Sprachen vonseiten Ostwalds und seiner Anhänger mehrfache Vorstöße unternommen worden und immer lauter hört man jetzt den Ruf radikaler Neuerer erschallen, endlich müsse man doch mit dem Schutt des Altertums gründlich aufräumen, der die Schule der Wirklichkeit entrücke und weltfremd mache. Für unsere Jugend sei es weit zweckmäßiger, über Moltke und Hindenburg genau belehrt zu werden als über Cäsar und Alexander. Das deutsche Volk habe es nicht mehr nötig, die Muster für Heldentum, für geistige und sittliche Größe von fremden Völkern zu entlehnen, es sei in jeder Beziehung über antike Vorbilder hinausgewachsen. Die große Gegenwart erfordere einen Unterricht, der sich allein die nationale Erziehung und praktische Ertüchtigung zum Ziele setze. So ungefähr lautet der verführerische Mahnruf, der in der Tat geeignet ist, die große Menge, die sich kein selbständiges Urteil zu bilden vermag, irrezumachen.

Darum ist es freudig zu begrüßen, daß eine Reihe hervorragender Schulmänner sich zusammengefunden hat, um die Grundlinien zu zeichnen für die zukünftige Gestaltung des deutschen höheren Schulwesens. Es ist ein stattlicher, inhaltsreicher Band, der unter dem Titel „Die deutsche höhere Schule nach dem Kriege, Beiträge zur Frage der Weiterentwicklung des höheren Schulwesens", gesammelt von Dr. F. Norrenberg im Verlage von B. G. Teubner in Leipzig eben erschienen ist. Er enthält eine ganze Reihe vortrefflicher, tiefschürfender Untersuchungen, in denen der Bildungswert der einzelnen Disziplinen und auch andere einschlägige Erziehungs- und Unterrichtsfragen mit Rücksicht auf die höheren Aufgaben, die die Zeit nach dem Weltkriege dem deutschen Volke stellen wird, sorgsam erwogen wird, in einem freien Geiste, aber doch mit Berücksichtigung des geschichtlich Gewordenen und der praktischen Lebensbedingungen der höheren Schule. Manchem dürfte es da vielleicht sonderbar erscheinen, daß die Forderungen der einzelnen Verfasser nicht in allen Punkten übereinstimmen. Aber gerade dies muß beim unbefangenen Beurteiler den Wert des Buches nur erhöhen, daß keinerlei vorher festgelegtes Programm als Direktive für die Ausführungen vorgeschrieben wurde, sondern ein jeder wie von einer freien Tribüne das ausspricht, was nach seiner innersten Ueberzeugung das Wohl der Schule und das Wohl des Vaterlandes erheischt. Doch im wesentlichen geht aus fast allen Darlegungen, die das Sammelwerk enthält, die trostreiche Gewißheit hervor, daß in der Hauptsache, wie die Feuerprobe des Krieges gezeigt hat, das deutsche Bildungs- und Erziehungsideal richtig eingestellt war. Die deutsche*) höhere Schule kann mit berechtigtem Stolze darauf hinweisen, daß sie die ihr anvertraute Jugend schon bisher mit den Kenntnissen und Fähigkeiten, mit der körperlichen Gewandtheit und der sittlichen Kraft, mit der opferfreudigen Hingebung für das Vaterland und der Willensstärke ausgestattet hat, die sie zu den anerkannt hohen Leistungen im Weltkriege tüchtig machten. Hier mögen aus der gedankentiefen „Einleitung" (von Geh. Oberregierungsrat Dr. Reinhardt in Berlin) einige Sätze Platz finden, die gegen jene gerichtet sind, die eine radikale Reform des Lehrplanes und der Erziehungsmethode der höheren Schulen für zeitgemäß erachten. „Sollen wir also denen folgen," heißt es da, „die jetzt auftreten mit der Forderung, die höhere Schule müsse umkehren und den bisherigen Weg verlassen, sie müsse sich mehr dem Nützlichen, im späteren Leben Brauchbaren zuwenden, sie müsse auf neue Grundlagen gestellt werden? Die so reden, ahnen wohl nicht, daß sie damit raten, die Perle wegzuwerfen um der Schale willen, die Quelle zu verschütten, aus der bisher das Lebenswasser unserer Schulen geflossen ist. Die scharfe Schulung des Geistes, die Durchbildung des begrifflichen Denkens, die Beschäftigung mit Stoffen, bei denen es für den Verstand Schwierigkeiten zu überwinden gibt, die Gewöhnung an fortwährende Aufmerksamkeit, die Nötigung, Rechenschaft abzulegen von dem, was begriffen ist, diese Eigenschaften unserer höheren Schulen müssen wir behalten, wenn wir nicht ihr Wesen zerstören wollen. Wenn wir in dieser harten Arbeit nachlassen und uns mit einer Orientierung auf der Oberfläche der Dinge und einer Abrichtung auf das Brauchbare begnügen, so verraten wir den deutschen Geist unserer Schule und machen uns zu Nachäffern des Fremdländischen."

Besonders wird bekanntlich gegen das Gymnasium der Vorwurf erhoben, der leider auch während des Krieges als Schlagwort unter die Massen geworfen wurde, daß es mit seinem patriarchalischen Humanismus völlig der nationalen Basis entbehre und einem nur beschaulichen, nicht tatkräftigen Idealismus huldige. Solchen Nörglern wird in dem Aufsatze „Die alten Sprachen" mit Recht die vor aller Augen liegende Bewährung der ehemaligen und jetzigen Schüler des Gymnasiums im gegenwärtigen Weltkriege entgegengehalten, die für die höchsten Güter der Nation mit freudiger Begeisterung, mit vaterländischen Liedern auf den Lippen ihr Leben hingaben und so den schlagenden Beweis lieferten, daß der auf dem Gymnasium gepflegte Humanismus nicht griechisch und nicht römisch ist, sondern deutsch bis in die Wurzel. Und in eindrucksvoller Weise wird auch die Verkehrtheit bekämpft, die zwar das Lateinische nicht anzutasten wagt, das als wichtiges Bindeglied der allgemeinen europäischen Kultur zu fest im Bewußtsein der Nation verankert ist, wohl aber leichten Herzens den Griechisch-Unterricht beseitigen möchte. Es beruht dies auf der merkwürdigen Verkennung der Tatsache, daß gerade das Griechische zum unterscheidenden Merkmal der deutschen Geisteskultur geworden ist. Der feinsinnige Gelehrte Friedrich Leo sprach hierüber einmal das beherzigenswerte Wort aus: „Die deutsche Nation ist die einzige, für deren Kultur das Griechische ein Lebensinteresse bedeutet. Wir allein würden mit dem Griechischen zugleich ein Stück unser selbst verlieren."

Auf allseitige Zustimmung hingegen darf die hinsichtlich des Deutsch-Unterrichtes erhobene Forderung rechnen, daß dieser von nun ab an Geltungsraum bedeutend gewinnen

*) Daß man auch in Oesterreich in dieser Beziehung nicht müßig geblieben ist, wurde in diesem Blatte (25. Dezember 1915) dargelegt.

*) Das Gleiche gilt auch von den höheren Schulen unseres Vaterlandes.

Fremdenblatt 4./VI. 1916

130 II

Die deutsche Schule nach dem Kriege

und mehr als bisher in den Mittelpunkt des Unterrichtes gerückt werden müsse. Die Schule hat die Pflicht, in Zukunft in höherem Grade eine Hüterin und Pflegerin deutschen Geisteslebens, deutscher Sprache und deutschen Schrifttums zu sein und in der Jugend ein herzliches Verständnis für die Eigenart und den Wert des deutschen Volkstums zu erwecken, damit sie dereinst zu werktätiger Mithilfe an den großen Aufgaben des deutschen Volkes heranreife. Mit Recht wird es als ein entschiedener Mißstand der deutschen höheren Schule bezeichnet, daß die Jugend nicht darin unterrichtet wird, die Schätze des älteren deutschen Schrifttums, insbesondere das Nibelungenlied, jene Heldendichtung, die wie keine andere dem im Weltkrieg ringenden Deutschen nahesteht, in der Ursprache kennen zu lernen.***) Der temperamentvolle deutsche Gelehrte und Schulmann Oskar Jäger hatte schon vor Jahren seinem berechtigten Unmut über diesen unwürdigen Zustand also Luft gemacht: „Es ist doch das Unwissenschaftlichste von allem, daß Gymnasialschüler, die den Homer im Urtexte lesen, vom Nibelungenliede nur ein Quidproquo, eine Uebersetzung kennen lernen. Dies ist ein, sagen wir es nur gerade heraus, ganz unerträglicher Gedanke." Diese unschätzbaren Werte der älteren deutschen Dichtung, die jener der Griechen ebenbürtig ist, für die deutsche Jugend und den deutschen Volksgeist ungenützt liegen zu lassen, wird in Hinkunft nicht mehr angehen. Nicht minder berechtigt ist die Forderung, daß auf den höheren Schulen auch zu einem gründlichen Verständnis der in unlösbarer Beziehung und engster Wechselwirkung mit dem deutschen Schrifttum stehenden bildenden Kunst der Deutschen angeleitet werde.

Es ist nur allzuwahr, daß unsere Kunstanschauung noch immer ganz allgemein und einseitig vom südeuropäischen Kunstideal im Bann gehalten wird, was eine schwere Schädigung unseres Verhältnisses zu den Kunstschöpfungen der deutschen Meister, namentlich zur deutschen Frühkunst zur Folge hat. Mit griechischer Baukunst und Bildhauerei, auch mit der Kunst der Renaissance in Italien wird die deutsche Jugend auf der höheren Schule ausgiebig bekanntgemacht. Aber von der Kunst des eigenen Volkes in früher oder später Zeit erfährt sie gar wenig und hat darum, da ihr Auge gleichsam nur auf die fremde Kunstform eingestellt ist, für die Formensprache der deutschen Kunst, die der griechischen an Gleichmaß und Vollendung nicht nachsteht, keinerlei Verständnis. Hier gilt es also in der Tat ein langes Versäumnis gutzumachen und und namentlich angesichts der Aechtung des gesamten deutschen Kunstschaffens durch die Feinde des deutschen Volkes die Jugend in das volle Verständnis deutscher Kunst einzuführen, damit das deutsche Volk wieder zu einem deutschen Stilempfinden gelange, als dem einheitlichen Ausdruck seines schauenden Weltfühlens. Solche Worte sind wohl einem jeden, dem die Zukunft der deutschen höheren Schule am Herzen liegt, aus der Seele gesprochen. Von der gleichen Zielbewußtheit und Schärfe des Urteils zeugt die überwiegende Mehrzahl der in dem schönen Sammelwerke enthaltenen Aufsätze, und die Lektüre des Buches kann jedem Freunde der höheren Schule nicht dringend genug empfohlen werden. Es bietet uns die beruhigende Erkenntnis, daß an den Grundlagen dieser Schule im ganzen und großen nicht zu rütteln ist. Radikaler Reformen, die bekanntlich nicht immer Verbesserungen bedeuten, bedarf es keineswegs. Auf Breite des Wissens kommt es weniger an; sie geht zu oft mit Oberflächlichkeit Hand in Hand. Deutsche Gründlichkeit und wissenschaftliche Tiefe und das Bewußtsein, daß das Wohl des Ganzen von der strengsten Pflichterfüllung des einzelnen abhängt, werden nach wie vor die Grundpfeiler der höheren Schule bleiben müssen.

A. K.

Schulschluß.

Der Unterrichtsminister hat die Anordnung getroffen, daß an den Mittelschulen und Mädchenlyzeen, an den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten sowie an den kommerziellen und nautischen Schulen, an denen nach den bestehenden Vorschriften der Unterricht am Donnerstag den 6. Juli d. J. beendigt werden sollte, wegen der gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse der Unterricht schon am Mittwoch den 28. Juni d. J. abgeschlossen und die Zeugnisverteilung vorgenommen wird.

An den Volksschulen bleibt es vorläufig beim Schulschlusse zu dem normalen Termin sowie bei den einschlägigen gewöhnlichen Schulbesuchsbefreiungen.

Reichspost

Abendblatt
6./11. 1916

131

* **Ottokar Kernstocks Kriegsmatura.** Vom vielgepriesenen Sänger auf der Festenburg dürfte ein Stück seines Lebens allgemeines und vor allem das besondere Interesse unserer Studentenjugend erregen. Die Gymnasialmatura von Ottokar Kernstock fiel in den Sommer 1866. In diesem Jahre erwarb der Dichter das Ghmnasialabsolutorium, wobei „in Anbetracht der beschwerlichen Zeitverhältnisse und Kriegsunruhen" die mündliche Prüfung erlassen worden war. Es gab also auch schon damals eine Art Kriegsmatura und niemand geringerer als Ottokar Kernstock ist es, der trotz Nachsicht der Reifeprüfung einen der ersten Plätze im deutschen Literatentum einnimmt. H. G.

Vossische Zeitung
6./VI. 1916
132

eitung. 1916
6. Juni

Der Aufstieg der Volksschüler.

Ein Erlaß des Kultusministers.

Der Kultusminister hat sein im März dem Abgeordnetenhause gegebenes Versprechen eingelöst: Ein neuer Erlaß über die Aufnahme von Volksschülern in die Sexta höherer Lehranstalten soll demnächst erscheinen.

In den Sitzungen des Staatshaushaltsausschusses waren mehrere Anträge behandelt worden, in denen die Staatsregierung aufgefordert wurde, unter Aufhebung der Vorrechte der Vorschüler Volksschülern in größerem Umfang als bisher die Möglichkeit zum Besuch höherer Schulen zu gewähren. Darauf erklärte der Minister, er beabsichtige dafür zu sorgen, daß die Anforderungen an die aufzunehmenden Sextaner dem angeglichen würden, was in der Volksschule gelehrt werde. Diese Ausführungen wurden in den Vollversammlungen von fast allen Parteien mit Freude begrüßt. Demzufolge enthält die Verfügung folgende Neuerungen: Eine besondere Aufnahmeprüfung der vom Rektor oder Kreisschulinspektor für die höhere Schule reif befundenen Volksschüler fällt fort; zum Eintritt berechtigt der dreijährige Besuch einer Volksschule; die Vorschulen haben ihre Anforderungen bis auf diesen Standpunkt zu ermäßigen. Sollten die zur Aufnahme empfohlenen Volksschüler sich im Verlauf ihrer Sextalaufbahn als unreif erweisen, so sind sie (nicht ohne Begründung) wieder der Volksschule zuzuweisen.

Grundsätzlich wird man vom Standpunkt der liberalen Weltanschauung den Erlaß mit Freuden begrüßen können; bringt er doch alles, was sachverständige Abgeordnete stets gefordert haben: gleiches Recht für Bemittelte und Unbemittelte, die Möglichkeit des Aufstiegs für die wirklich Talentierten. Ohne die Vorschulen zu verbieten, die vielen als Standesschulen erschienen, macht er sie gegenstandslos, denn ihr einziger Zweck, in drei Jahren die Sextareife zu erreichen, was die Volksschule bis jetzt nur in vier durchzuführen vermochte, ist hinfällig geworden; ihr Vorrecht, die Schüler ohne Prüfung der höheren Schule zu übermitteln, ist dahin. So werden sie allmählich eingehen.

Preußen reißt damit im Bildungswesen eine Schranke nieder, die die Stände voneinander trennen, ja, es wird liberaler als Oesterreich und Bayern, denn wo diese beiden Staaten einen vierjährigen Besuch der Volksschule fordern, begnügt es sich mit drei Jahren. Der Erlaß ist ein schulpolitisches Meisterstück.

•

Von unserem pädagogischen Mitarbeiter wird uns zu dem Erlaß geschrieben:

Alles wird und muß darauf ankommen, daß der Erlaß sinngemäß durchgeführt wird. Das wird nicht ganz leicht sein, denn die Schwierigkeiten für den Schulbetrieb sind nicht zu unterschätzen. Damit nicht zu viele Schüler den höheren Lehranstalten überwiesen werden, hat der Minister die Begutachtung durch Rektor und Kreisschulinspektor vorgesehen. Indessen, schwerlich werden diese imstande sein, sich dem Gewicht der Versicherungen des Lehrers, der ja doch seine Schüler am besten kennt, zu entziehen. Und auf diesen werden wieder ehrgeizige Eltern einstürmen. Kurz, zunächst wird die Folge eine sehr starke Besetzung der Sexten sein.

Der Leistungsdurchschnitt dieser Klasse muß sinken: schon jetzt, nach vierjährigem Verbleiben in der Volksschule, wird es den Kleinen oft schwer, sich in den neuartigen Unterricht hineinzufinden. Ein Ausgleich aber muß stattfinden, denn, wie der Minister und alle Parteien einmütig erklärt haben: die Leistungen der höheren Schulen dürfen nicht sinken. Wo soll er eintreten? Sicherlich während des Sextanerjahres durch Ausscheidung der Ungeeigneten. Es ergibt sich daraus mit Notwendigkeit, daß in den Sexten fortab nicht mehr junge Lehrer wie jetzt noch oft,

Westungarischer Grenzbote
6./III. 1916

133

Mittelschulreform. In der nächsten Kriegssession wird Kultusminister Bela Jankovich wichtige Schulvorlagen dem Parlamente unterbreiten. Zwei Novellen zu dem seinerzeit vom Grafen Albin Csaky ins Leben gerufenen Mittelschulgesetz werden als dem modernen Zeitgeist entsprechende von allen Schulmännern, in erster Reihe von allen Eltern, die ihre Kinder der akademischen Laubahn zuführen wollen, freudigst begrüßt werden. Die eine bezieht sich darauf, daß in den Lehrplan der höheren Klassen des Gymnasiums an Stelle der bisherigen, den Unterricht der griechischen Sprache ersetzenden Lehrkurse der obligatorische Unterricht einer lebenden Sprache eingeführt werde. Der Minister bezeichnet als die zu unterrichtenden Sprachen die französische, englische, italienische, rumänische, serbische und slovakische. Wie man sieht, respektiert der Unterrichtsminister durchaus die Sprachen unserer gegenwärtigen Feinde: Frankreichs, Englands und Italiens, weil es eben die Sprachen lebender Völker sind, mit denen Ungarn späterhin gewiß wieder wichtige wirtschaftliche Beziehungen unterhalten wird. Die Zulassung der rumänischen, serbischen und slovakischen Sprachen in den höheren Mittelschulklassen entspricht der richtigen Erkenntnis, daß man unsere Jugend auch mit den Sprachen jener Nationalitäten vertraut machen soll, die in diesem Lande leben, deren Führer und geistige Leiter die ungarische Intelligenz sein soll, was man viel besser tun kann, wenn man mit ihrer Sprache vollkommen vertraut ist. Welche der angeführten Sprachen in den verschiedenen Obergymnasien unterrichtet werden soll, wird der Minister im Verordnungswege feststellen. Dem modernen Zeitgeiste entspricht auch die andere Novelle des Unterrichtsministers, mit welcher der Lehrplan der Bürgerschule einer gründlichen Reform unterworfen wird. Mit dieser Reform wird die bisher sechsklassige Bürgerschule derart umgestaltet, daß sie bis zur vierten Klasse ihre bisherige Form und Grundlage behält, während die zwei weiteren Jahrgänge, die fünfte und sechste Klasse, aber zu höheren wirtschaftlichen (landwirtschaftlichen, Handels- oder gewerblichen Fachschulen) ausgestaltet werden. Die neue Bürgerschule wird also eminent praktischen Zwecken dienen, sie wird eine wirkliche Bürgerschule sein, welche die Jugend der intelligenten Mittelklasse in entsprechender Weise auszubilden vermögen wird. Der Unterrichtsminister wird dem Parlamente außerdem einen Bericht zugehen lassen, in welchem er auch die Reform des Lehrplans der höheren Töchterschulen anmeldet. Auch dieser Typus der Mittelschulen soll dem praktischen Leben näher gebracht werden.

Kölnische Zeitung
7./VI. 1916

Sport und Spiel.

Der Krieg als die Belastungsprobe des Sports

Von Dr. med. Spier (München), zurzeit im Felde.

Wenn der Sport nicht wirklich die innern Werte besäße, die ihm seine Verfechter zusprechen, so hätte der Krieg ihn endgültig entlarven müssen. Denn vor der furchtbaren Unbarmherzigkeit dieses elementaren Geschehens bestand nichts, was Schein und Trug gewesen. Menschen, die in andern Zeiten als vollwertig galten und hohe Achtung genossen, wurden als taube Früchte enthüllt und andere, die stets bescheiden beiseite gestanden hatten, erwiesen sich plötzlich als Helden und ausgezeichnete Wesen, die alle Belastungsproben aushielten. So mit dem Sport. Wäre er „zu leicht befunden worden, nachdem er gewogen", so wäre er auch jämmerlich in ein Nichts zerfallen.

Vor allem mußte stutzig machen, daß in Deutschland, im Krieg so gut wie im Frieden, alle Arten Sport weiter gepflegt wurden und die Jugend sowohl wie die reifere Mannschaft, die zu Hause geblieben, sehr eifrig den Sport ihrer frühern Tage betrieben. Wenn der Sport nichts Würdiges und Wichtiges gewesen, so wäre er in der Wucht dieser Tage zur Seite gedrückt worden. Im Gegenteil, er war es, der viele Menschen wach und kräftig erhielt. Viele, die noch gar nicht die körperlichen Maße besaßen, die sie zum Militärdienst befähigten, gewannen durch eifrige Sportbetätigung den letzten Zentimeter und die muskulären Kräfte und meldeten sich wieder. Sie wurden genommen.

Die Jugend wurde in diesen großen Tagen von der weittragenden Bedeutung der körperlichen Bereitheit mehr als je überzeugt, und in allen möglichen Vereinigungen wurde der Sport zur Erzielung vaterländischer Kraftspeicherung mehr als sonst sogar gepflegt. Die Ergebnisse des Krieges haben klar erwiesen, daß die sportlich Vorbereiteten, soweit sie die körperliche Vervollkommnung aus dem Gesichtswinkel ideeller Ziele betrachteten, weit den nicht Geschulten voraus waren. Die Sportleute von Ruf haben es alle zu etwas in diesem Kriege gebracht, wenn sie nicht vorher dem Geschick, das unerbittlich waltet, erlagen... Halt, der deutsche Zehnkampfmeister hat sich außerordentlich hervorgetan, ebenso wie viele seiner Kameraden von der Halle und dem grünen Rasen. Viele sind gute Flieger und ganz hervorragend brauchbare Offiziere geworden, die höchste Auszeichnungen erhielten. Wir haben hinter den Fronten überall Sportplätze angelegt, wie in Friedenszeiten, und soweit es die Gefechtslage erlaubt, alle körperlichen Übungen gepflegt. Wir haben hinter den Fronten alle Arten der Wettkämpfe, Fußballspiele, Wettschwimmen und leichtathletische Konkurrenzen erlebt, die sowohl von den Beteiligten als von den Zuschauern als höchster Genuß und Erfrischung empfunden wurden. Eine gute Sache ist eben gut, wo sie und wann sie betätigt wird. Selbst in dem ernsten Leben des Krieges, im Bereich der feindlichen todbringenden Geschütze. . . .

Der Sport hat seine Belastungsprobe im Krieg sehr gut bestanden. Die Widersacher der Bewegung sind zum Schweigen gebracht worden. . . . Umso mehr, als der Sport auch im Auslande, soweit es nicht vom Krieg sehr betroffen ist, weiter gedieh, sogar größere Ausmaße annahm. Wir wissen zwar, daß die französischen und englischen Veranstaltungen im Gegensatz zu den deutschen abgenommen haben. Die englischen und die französischen Pferderennen sind weit mehr als die deutschen beschränkt worden. Das spricht sehr gegen die Ordnung und die ruhige, genußfreudige Volksstimmung dort. Denn man kann nicht leugnen, daß auch im Krieg ein Bedürfnis nach einer harmonischen Lebensfreude vorhanden ist, die gewisse Reizwirkungen braucht. Dazu gehört auch das, was der Sport den Zuschauern bietet. Ist das Publikum noch aufnahmefähig und genußbereit, so muß die Volksseele, die Stimmung demnach noch im gewissen Gleichgewicht, in einer gewissen Konstanz sein. Die Länder, die wegen des Krieges den Sport vollkommen ausgeschaltet oder sehr beschränkt haben, sind also in einer völkischen Stimmung, die weit von Siegesglauben und Optimismus entfernt ist. Deshalb dürfen wir die deutsche Sportbereitheit und ununterbrochene Betätigung auf allen Gebieten als Zeichen einer guten Zukunft aufnehmen. . . .

Unsere Pferdezucht, die im Kriege so große Proben ihrer Güte abgelegt hat, muß in den Rennen als den sportlichen Prüfungen Gelegenheit haben, das Material zu sieben. Auch das soll in einem geordneten Gemeinwesen während des Krieges keine merkliche Unterbrechung erleiden. Bei uns ist sie nicht eingetroffen. Wohl aber bei den Feinden. In Rußland gibt es so gut wie keine Zuchtprüfungen mehr. Bei uns haben die Radrennen, die Fußballveranstaltungen, die Schwimmkämpfe, die Rasensportkonkurrenzen keine sichtbare Einbuße erfahren. Der Sport hat auch hier seine Lebensfähigkeit aufgezeigt. Es ist einfach das Bedürfnis nach ihm heute so lebhaft wie je. Wir dürfen uns also nicht wundern, daß in andern, weiter abliegenden Ländern der Sport genau so wie früher blüht. Der Krieg, der dort so vieles verändert hat, der so viele falsche Götter entthronte und so manche Geschmacksrichtung ablenkte, hat dem Sport nichts anhaben können. Er ist in Amerika genau so wie stets der Abgott der Menge und der kampfsrohen Aktiven. Die Amerikaner haben im Kriege — wie im Frieden — ihre Rekorde geschaffen, ihre Helden bejubelt. Sie haben ihre Baseballhelden höher als je bezahlt. 30 000 Dollar für eine Zeit von etwa fünf Spielmonaten ist das Höchste, was je erlebt worden ist. John Mac Graw von den New Yorker Giants erzielte diese Besoldung. Der Krieg hat ihm, sowie seinen Kollegen, das Einkommen also nicht geschmälert. Weltrekorde sind genug geschaffen worden. Ebenso wie im Frieden. Im Schwimmen über 150 Yards auf 1 : 29⅘ Sek.; ebenso sind die im Rückenschwimmen für 100 Yards auf 1 : 11⅘ Sek. gedrückt worden, der Weltrekord im Unterwasserschwimmen ist verbessert worden usw. Die Viererstaffette über die Meile ist von 3 : 45 und ²/₁₀ Sek. auf 3 : 28²/₅ Sek. geschraubt worden. Das alles beweist doch die über Krieg und Frieden gleichmäßig stabile Würdigung des Sports in der ganzen Welt. Man hat ihm das Interesse, das man ihm früher entgegenbrachte, eben bewahrt... Die Sprungweltrekords auf Schneeschuhen sind auch diesen Winter trotz des Krieges gewaltig verbessert worden. Gewiß hat der Sport in den ersten Tagen des Weltkriegs zurücktreten müssen. Man hatte Herzen und Sinne voll der erschütternden Eindrücke, und man hatte keine Zeit mehr für ihn. Aber die Dinge sind wieder ruhiger geworden, die Menschen haben ihre kühle Betrachtungsweise der Lage wieder gefunden. Da konnte es nicht ausbleiben, daß das Gute wieder als gut erkannt, an seinen richtigen, ihm gebührenden Platz gestellt wurde. So ging es mit dem Sport. Nachdem man mal im Felde gesehen, welche großen Werte in ihm stecken, hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, er müsse unter allen Umständen weiter gepflegt werden. Man müsse ihn fördern, sei es, daß er als Menschensport oder als Tiersport auftrete. Die Belastungsprobe, die ihm der Krieg auferlegte, konnte nicht besser bestanden werden als er sie aushielt. Und gerade in Deutschland hat er sich eines Gedeihens zu erfreuen, wie in keinem der andern beteiligten Länder. Dies wollen wir als ein gutes Vorzeichen annehmen, für den Sport und für uns. So sei es...

Reichspost

Abend

7. VI. 1916

* **Von der Wiener Universität.** Wie wir erfahren, weist die Wiener Universität in diesem Sommersemester nahezu 3000 inskribierte Hörer und Hörerinnen auf, von welchen die philosophische Fakultät die Höchstzahl besitzt.

Österr. Volkszeitung
8/III. 1916

Wiederaufnahme des vollen Schulbetriebes.

Nun scheint es doch ernst damit zu werden, daß die Schulhäuser, die für Militärzwecke benützt wurden, zum größten Teil wieder ihrer Bestimmung zurückgegeben werden. In vielen Häusern waren bereits Kommissionen, welche die Schäden aufnahmen und die geräumten Häuser einer gründlichen Reinigung unterzogen. Mit heller Freude werden Kinder und Lehrer wieder ihre altgewohnten Räume betreten und die stark zugeschnittene Unterrichtszeit wird wieder auf das ursprüngliche Maß gehoben. Endlich kann dann auch die Uebung des Gelernten wieder in seine Rechte eingesetzt werden; denn gerade das Fehlen dieses Unterrichtszweiges lastete schwer auf dem ganzen Schulgetriebe. Dann wird auch die Angst vor der zunehmenden Verwahrlosung der Jugend geringer werden, da diese Kinder in der vollen Zeit wieder unter Aufsicht stehen. Mit Genugtuung aber begrüßen die Lehrpersonen die Rückkehr zur altgewohnten Ordnung, weil nur auf diesem Wege ein gedeihlicher Unterricht möglich ist. Man wird trotzdem den Brotkommissionen, der Jugend- und Kriegsfürsorge die volle Aufmerksamkeit zuwenden und sich gern in den Dienst der Allgemeinheit stellen, so weit die Kräfte reichen.

Hiezu schreibt uns ein Oberlehrer: Gemeinderat Hohensinner hat in der Wiener Gemeinderatssitzung vom 2. d. für die Wiederaufnahme des vollen Schulbetriebes gesprochen. Und wohl mit vollem Fug und Recht; denn die Verrohung der Schuljugend nimmt in erschreckender Weise zu, in Wien wie auch in der Provinz. Viele ein- und zweiklassige Volksschulen sind ohne Leiter mit weiblichen Lehrkräften besetzt. Das soll kein Vorwurf für die Lehrerinnen sein, die ihre Pflicht ganz erfüllen, aber einen zwölf- bis vierzehnjährigen Jungen zu bändigen, ist keine Leichtigkeit; dies weiß ich aus Erfahrung. Seitdem ich eingerückt bin, erhalte ich Briefe, worin es heißt: „Wenn Sie doch da wären, o diese Buben, selbst die Jüngsten wollen nicht parieren.“ Durch die Dauer des Krieges muß der Schulbetrieb unter allen Umständen Schaden leiden. Es wäre daher wirklich zu wünschen, wenn die maßgebenden Kreise sich entschließen könnten, dahin zu wirken, daß alle Leiter und Oberlehrer (von 35 Jahren an) enthoben würden. Die Generalmusterung wird ohnehin Lücken in die noch übrige Lehrerschaft reißen. So wie der Staat seine Beamten braucht, damit die Staatsmaschine nicht stille stehe, so ists auch beim Lehrstande. Der Bezirksschulrat hat zweimal um meine Enthebung angesucht und jedesmal hat der Landesschulrat das Gesuch abschlägig beschieden. So ist es noch vielen meiner Kollegen gegangen. Mögen daher Schul- und Militärverwaltung dafür Sorge tragen, daß nach den Ferien wieder der volle Schulbetrieb in Stadt und Land aufgenommen werde! L. C.

* * *

Die Zeit
9./VI. 1916

Schulschluß an Volks- und Mittelschulen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Laut der Mitteilung in ihrem geehrten Blatte wurde der Schulschluß an den Mittelschulen mit dem 28. d. festgesetzt. Die Volksschulen bleiben jedoch bis zum 15. Juli in Tätigkeit. Ich frage: Ist diese Disposition überhaupt glaubwürdig? Tausende von Familien warten darauf, um auf das Land fahren zu können, um ihren Lieben wenigstens genügend Milch, Butter und Eier, Obst usw. bieten zu können, und zwar in ausreichendem Maße, was hier in der Stadt nicht möglich ist. Deshalb wurde auch der frühere Schluß an den Mittelschulen mit Freude begrüßt. Die geplagten Volksschullehrer sind jedoch dazu verdammt, mit ihren Familien bis zum 15. Juli hier zu bleiben; mit denen hat man kein Mitleid.

Kölnische Zeitung
9./VI.1916

Herrenhaus.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz. Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Graf **Arnim** eröffnet die Sitzung.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und der Kronprinz haben auf Glückwunschtelegramme dem Herrenhaus telegraphisch geantwortet. Das Andenken des Frhrn. v. der Goltz und des Frhrn. v. Twickel ehrt das Haus in der üblichen Weise.

Präsident Graf **Arnim** teilt mit, daß die Regierung zwar wünsche, daß der Landtag vor Pfingsten seine Tagungen beendet, daß das Herrenhaus aber in seiner Entschließung vollkommen frei bleibe und von dieser Freiheit wohl auch Gebrauch machen werde. [Es handelt sich bei dieser Möglichkeit um das Gesetz mit den Steuerzuschlägen. Dem haben bei der dritten Lesung die sämtlichen Parteien im Abgeordnetenhause nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die Geltungsdauer auf ein Jahr beschränkt bleibt. Die Kommission des Herrenhauses hat aber die Bestimmung der Geltungsdauer nach der Regierungsvorlage hergestellt, also die Geltungsdauer der Zuschläge erstreckt bis zur Vorlegung des ersten Etats nach Friedensschluß. Wie aus dem Schluß der Sitzung ersichtlich, ist das Gesetz noch einmal an die Kommission zurückverwiesen worden, so daß am 20. Juni eine neue Sitzung stattfinden muß.]

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Frhr. v. Bissing über

Sexualpädagogik.

Der Unterrichtsausschuß beantragt, die Regierung zu ersuchen, folgende Maßnahmen im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden in die Wege zu leiten: Stärkere Berücksichtigung der Sexualpädagogik an den Lehrerseminaren und Hochschulen, Abnahme der Prüfung in Haut- und Geschlechtskrankheiten bei der ärztlichen Prüfung durch den Fachvertreter, geeignete sexualpädagogische Beeinflussung der Schüler und Schülerinnen aller Schulgattungen und weitgehende Unterstützung der Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und ähnlicher Organisationen. Die Regierung soll hierfür die erforderlichen staatlichen Mittel gewähren.

Generaloberarzt Dr. **Neuber**-Kiel tritt für den Antrag ein. Er verweist auf die ungeheuern Schädigungen, die die ständig anwachsende Zahl der Geschlechtskrankheiten dem Volksvermögen zufüge. Sie werden auf etwa 150 Millionen veranschlagt. Geschlechtskrankheiten und Geburtenrückgang hängen eng zusammen. Geschieht nichts, so werden wir bald Frankreich in dieser Beziehung gleichstehen. Es handelt sich um die wichtigste Volkserziehungsfrage, bei der man alle falsche Scheu beiseite lassen soll. Das Leben in den Großstädten hat Formen angenommen, die alle moralischen Grundsätze geradezu auf den Kopf stellen. Das muß zu einer Verwilderung der Sitten führen. Glücklicherweise ist der Kern unseres Volkes gut, das hat sich jetzt im Kriege so herrlich gezeigt. Daher müssen wir dafür sorgen, daß der Kern auch gesund bleibt. (Beifall.)

Generalgouverneur Frhr. **v. Bissing:** Als Verwalter eines von uns eroberten Landes und durch Beziehungen mit den an der Westfront kämpfenden Soldaten habe ich die Gefahren der Geschlechtskrankheiten nur allzu genau kennen gelernt, ebenso ihren Einfluß auf die Schlagfertigkeit unseres über alles Lob erhabenen Heeres. Hier muß schnell eingegriffen werden, sonst besteht die Gefahr der Verschleppung der Seuche zurück in die Heimat. Es handelt sich hier um eines der wichtigsten Probleme, die der Krieg aufgeworfen hat. Mein Antrag will aber nicht nur Gefahren der Gegenwart begegnen, sondern auch für die Zukunft sorgen. Freilich schießen die Bestrebungen, die der heranwachsenden Jugend rückhaltlos alles offen darlegen wollen, weit über das Ziel hinaus. Sie sind ebenso verkehrt, wie das bisherige systematische Totschweigen dieser gewiß sehr delikaten Dinge. Zunächst muß für geeignete Erzieher gesorgt werden, sie werden dann bei Belehrung der Jugend die richtigen Grenzen einzuhalten wissen. Der Giftherd dieser Krankheiten muß ausgebrannt werden. Viel geschieht jetzt draußen hinter der Front. Aber viel körperliches und seelisches Leid hätte man unsern Feldgrauen ersparen können, wenn wir früher an dieses wichtige Problem herangegangen wären. Seuchenherde gibt es nicht nur in den Etappengebieten, sondern auch hier in der Heimat. Auch hier daheim muß deshalb gegen die Geschlechtskrankheiten ebenso sorgsam und gründlich vorgegangen werden wie gegen jede andere ansteckende Krankheit. Gewiß haben die Diener der christlichen Kirche alles versucht, um das Übel auszurotten. Aber es ist ihnen doch nicht gelungen, sonst wäre mein Antrag ja überflüssig. Daher dürfen wir auch auf die Hilfsmittel nicht verzichten, die auf christlich-sittlichem Boden nicht zu stehen scheinen. Wir befinden uns in einem Zustand der Notwehr und müssen alle Mittel in den Dienst dieser Sache stellen. (Beifall.)

Kultusminister **v. Trott zu Solz:** Dem Beschluß des Ausschusses stehe ich sympathischer gegenüber als dem ursprünglichen Antrag Bissing. Es handelt sich gewiß um eine wichtige, aber auch, vor allem, soweit eine Mitwirkung der Schule in Frage kommt, um eine sehr schwierige Frage, bei der verhängnisvolle Fehlgriffe leicht vorkommen können. Über mehrere der vom Ausschuß gemachten Vorschläge schweben bereits Verhandlungen. Bei der Lehrerausbildung wird schon jetzt auf die Sexualpädagogik alle nötige Rücksicht genommen, denn sie ist ein wichtiger Teil der gesamten Pädagogik. Es geht aber nicht an, an den Universitäten Sexualpädagogik getrennt von andern Disziplinen zu behandeln. Es ist auch der Wunsch der Unterrichtsverwaltung, daß die Lehrer die Entwicklung der Jugend vom Knaben zum Jüngling, vom Mädchen zur Jungfrau mit allen Freuden, aber auch allen Nöten verfolgen können. Sie sollen die natürliche Schamhaftigkeit des Kindes schützen und pflegen, aber auch darauf hinwirken, die Kinder zu bewußter Sittsamkeit und Reinheit zu erziehen. Die Mittel, die die Schule dazu hat, liegen aber ausschließlich auf ethischem Gebiet. Es kann nicht Aufgabe der Schule sein, im Unterricht direkte sexuelle Belehrung zu geben. (Sehr richtig!) Auch der biologische Unterricht darf nicht dazu benutzt werden. Wo das einmal taktloserweise geschehen ist, da haben die Eltern mit Recht protestiert. Dagegen wäre zu prüfen, ob nicht die Schüler der höhern Lehranstalten nach Ablegung der Reifeprüfung von berufener Seite vor ihrer Entlassung über die sittlichen Gefahren aufzuklären wären, die ihnen drohen. Ohne Zustimmung der Eltern wird aber auch das nicht geschehen können. An sich ist die Aufklärung der Jugend Sache der Eltern. Von allen Aufklärungen aber sollte man sich nicht zuviel versprechen. Auch unter den gewiß aufgeklärten Studenten der Medizin und unter den Ärzten ist die Zahl der Geschlechtskranken nicht wesentlich geringer als in andern Fakultäten und Berufen. Will man wirkliche Besserung auf diesem Gebeit, dann müssen die Kräfte der Ethik, der Moral und der Religion in den Dienst dieser Sache gestellt werden. (Beifall.)

Fürstbischof Dr. **Bertram**-Breslau: Aufklärung kann gewiß viel nutzen, aber auch viel schaden. Man sollte das Verantwortlichkeitsgefühl der heranwachsenden Jugend und die Ehrfurcht vor Gottes Wort in ihr stärken.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen, jedoch wird am Schluß die Erwähnung bestimmter Organisationen, die unterstützt werden sollen, gestrichen und auf Antrag des Fürstbischofs Dr. Bertram statt: „Geeignete sexualpädagogische Beeinflussung aller Schulgattungen" gesagt: „Eine zur Verhütung geschlechtlicher Verirrungen geeignete sittliche Beeinflussung der Schüler und Schülerinnen."

Neue Freie Presse
Abendbl
9./VI. 1916
139 9

Die Czernowitzer Universität im Krieg und im Frieden.

Von Dr. Max Rosenberg.

Czernowitz, Ende Mai.

Ohne jede Feierlichkeit hat die Czernowitzer Universität in diesen Tagen ihre volle Lehrtätigkeit wieder aufgenommen. Damit ist nach fast zweijährigem Stillstande das östlichste deutsche Bollwerk der Monarchie trotz der Nähe des Kanonendonners zu neuem Leben erwacht. Als die Russen im Herbst 1914 nach Czernowitz kamen, befand sich die Universität gerade im Schlafe der Sommerferien. Die meisten Professoren waren noch im Juli nach dem Westen gefahren. Die wenigen, die zurückgeblieben waren, mußten beim Herannahen des Feindes Czernowitz verlassen. Die Universitätsgebäude waren nur der Obhut einiger Beamten überlassen. Glücklicherweise haben die Russen bei ihrer ersten Invasion die Universität überhaupt nicht beachtet. Als sie im Oktober Czernowitz räumen mußten, wurden die wichtigsten Universitätsdokumente nach Wien gebracht. Bei der Wiederbesetzung der Bukowinaer Landeshauptstadt durch die Russen begann der Feind für die Universität regeres Interesse zu bekunden. Mehrere russische Kommissionen besichtigten alle Institute und legten an den Türen der Bibliothek und der Amtsräume Siegel an, damit kein Unberufener hineinkommen könne. Das höchste deutsche Bildungsinstitut der Bukowina sollte nach dem Plane der russischen Okkupationsverwaltung später in ein russisches Kulturinstitut verwandelt werden. Bevor aber diese Idee verwirklicht werden konnte, besetzten am 17. Februar 1915 die österreichischen Truppen wieder Czernowitz. Diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die Czernowitzer Universitätseinrichtung vor größerem Schaden bewahrt wurde. Einige Monate war Czernowitz ein Teil der Kampffront. Infolgedessen konnte die Lehrtätigkeit nicht sofort aufgenommen werden. Erst als die Russen Mitte Sommer 1915 bis an die jetzige beßarabische Front endgültig zurückgedrängt worden waren, konnte an eine Wiedereröffnung gedacht werden. Bei der griechisch-orientalischen Fakultät war dies am leichtesten. Hörsäle und Institute dieser Fakultät sind im griechisch-orientalischen Residenzgebäude untergebracht. Als orthodoxes Wahrzeichen der Bukowina, hatten die Russen dieses Gebäude geschont. Die Professoren, fast durchwegs Bukowinaer, waren gleich zur Stelle, und so konnte diese Fakultät schon im Herbst 1915 ihre Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Ein wesentlicher Grund für diese rasche Wiederaufnahme bestand auch darin, daß, während die Hörer der weltlichen Fakultäten ihre Studien an den westösterreichischen Universitäten weiter fortsetzen konnten, dies für die Hörer der theologischen Fakultät unmöglich war, weil die Czernowitzer Fakultät die einzige ihrer Art in Westeuropa ist und die Hörer infolgedessen ihr Studium während der Zeit der Schließung unterbrechen mußten. Damals wurde daran gedacht, auch die beiden weltlichen Fakultäten im Spätherbst zu eröffnen, doch die Vorgänge an der beßarabischen Front veranlaßten das Aufgeben dieses Planes. Erst im Mai dieses Jahres wurden auch diese Fakultäten eröffnet.

Mit ihrer Wiedereröffnung hat die Czernowitzer Universität Gelegenheit zur Begehung einer anderen Feier. Es sind gerade 40 Jahre her, seit die Czernowitzer Alma mater gegründet wurde. Dazu kommt noch der äußerst interessante und seltene Umstand hinzu, daß eine Universität zu Lebzeiten ihres Stifters das 40jährige Bestandjubiläum feiert. Aus Anlaß des hundertjährigen Jubiläums der Vereinigung der Bukowina mit Oesterreich hat Kaiser Franz Josef diese Universität gestiftet. Dem Kulturwerk für die Bukowina, das von Kaiser Josef II. inauguriert wurde, sollte — wie es in dem Stiftsbriefe heißt — durch Errichtung der höchsten Schule der vollendete Abschluß gegeben werden. Dabei möge noch besonders betont werden, daß bei der Czernowitzer Hochschule, als der einzigen deutsch-österreichischen Universität, die deutsche Sprache als Unterrichtssprache gesetzlich festgelegt wurde. Seinen Zweck hat dieses östlichste deutsche Bildungsinstitut voll und ganz erfüllt.

Bisher ist die Universität, wenn die Hörerzahl aller Semester zusammengerechnet wird, von 38.250 Studenten besucht worden. Von diesen stammten 28.369 aus der Bukowina, 6681 aus Galizien und der Rest aus Rumänien, Rußland, Bulgarien, Serbien und der Türkei. Mehr als die Hälfte der Hörerzahl war deutscher, 25 Prozent rumänischer, 14 Prozent ruthenischer und die übrigen serbischer, [illegible] Angehörigen der anderen [illegible] Berufe haben sich den verwickelten Rechtsverhältnissen hierzulande gewachsen gezeigt. Ihr Ruf als ausgezeichnete Juristen ist überall im Westen bekannt. Den vielen nationalen Mittelschulen, welche in den letzten fünfzehn Jahren in Ostösterreich gegründet wurden, hat die Czernowitzer Universität das Lehrmaterial geliefert. So war die deutsche Wissenschaft die Grundlage des Unterrichts an den zahlreichen andersnationalen Schulen. Die theologische Fakultät nimmt eine exzeptionelle Stellung nicht nur in Westeuropa ein. Rumänien, Bulgarien, Serbien und die Türkei haben für ihre theologischen Lehranstalten sehr viele Kräfte aus Czernowitz bezogen. Hohe kirchliche Würdenträger, Klostervorsteher und Konsistorialräte, die in einflußreichen Stellungen in diesen Ländern wirken, haben an der griechisch-orientalischen Fakultät in Czernowitz ihre Ausbildung genossen. Der Studienplan dieser Fakultät ist fast von sämtlichen ähnlichen Lehranstalten Osteuropas nachgebildet worden. Sie ist deswegen so gesucht, weil der junge Theologe außer der rein orthodox-theologischen Wissenschaft an der deutschen Universität sich auch Kenntnisse allgemeiner Art verschaffen kann.

Als östlichstes Bollwerk der deutschen Kultur hat die Czernowitzer Universität ihren Zweck voll erfüllt. Sie bildete den wissenschaftlichen Hort für die zahlreichen in diesen Teilen Oesterreichs in der Diaspora lebenden Deutschen. Anderseits war sie auch der Kulminationspunkt der deutschen Kultur für diesen Teil der Monarchie. Die nächste deutsche Universität ist, seit im Jahre 1870 die Krakauer und Lemberger Universitäten polonisiert worden, die Wiener Universität, welche 1100 Kilometer von Czernowitz entfernt ist. Sie hat die Bukowina der westlichen Zivilisation näher gebracht. Sie hat die Jünger gebildet, hat in zahlreichen volkstümlichen Universitätskursen deutsche Wissenschaft in Czernowitz und auf dem Lande ins Volk getragen. Sie hat die Eigenart Ostösterreichs wissenschaftlich bearbeitet und ist so zum Bindeglied zwischen dem Westen und dem Orient geworden. Die deutsche Sprache als Unterrichtssprache war für diesen Zweck notwendig und ist auch deshalb gesetzlich fixiert worden, damit die Czernowitzer Universität wirklich der Träger der westlichen Kultur im Osten bleiben soll. Jetzt tritt sie in das einundvierzigste Jahr ihres Bestandes. Es ist zu wünschen, daß sie auf dieselbe Weise wirke, wie es bisher der Fall gewesen. Der Osten benötigt diesen deutschen Kulturträger des Westens, wenn die Intentionen des Stifters der Universität in Erfüllung gehen sollen.

Vossische Zeitung
10./11.1916

Abschaffung des Griechischen in den ungarischen Gymnasien? Der ungarische Kultus- und Unterrichtsminister Bela von Jankovich wird, wie uns aus Budapest gedrahtet wird, dem ungarischen Reichstag demnächst eine Novelle zum Mittelschulgesetz vorlegen. Nach dieser Vorlage wird in den Gymnasien der Unterricht in der griechischen Sprache abgeschafft und dafür der fakultative Unterricht irgendeiner lebenden Sprache, und zwar der serbischen, rumänischen, slowakischen, französischen, englischen oder italienischen Sprache eingeführt.

Reichspost
11. Juli 1916

* **Ein deutscher Kirchenfürst über die Frage der sexuellen „Aufklärung".** Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des preußischen Herrenhauses stand der Bericht der Unterrichtskommission über den bekannten Antrag des Generalgouverneurs von Belgien Freih. v. Bissing, betreffend die vorsichtige Förderung einer zweckentsprechenden sexuellen Aufklärung und Sexualpädagogik an höheren Schulen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Ausschuß empfahl durch den Berichterstatter Dr. Neuner die Annahme einer diesbezüglichen Entschließung, worauf Frh. v. Bissing neuerlich seine Beweggründe und Erfahrungen darlegte. Kultusminister v. Trott zu Solz teilte mit, er sei gerade damit beschäftigt, für die höheren Schulen eine Neuordnung im Sinne der Anregung Bissings zu entwerfen; ein vorzügliches Hilfsmittel in dieser schwierigen Frage sei der Religionsunterricht, unerläßlich aber sei die Mitarbeit des Elternhauses. Hierauf erhob sich der Fürstbischof Dr. Bertram von Breslau, um den kirchlichen Standpunkt zur Frage zu betonen. Wir geben die Aeußerungen, die auch für Oesterreich aktuell sind, nach dem ausführlichen Berichte der „Köln. Volksz." wieder:

Ich billige die tiefen, durchdachten und warmen Worte, die wir eben gehört haben und ich glaube, wir alle können ihnen zustimmen. Das Hauptziel des Antrages ist ein pädagogisches. Schule und Kirche, Eltern und Vereine sollen gemeinsam zur Erreichung des Zieles beitragen. Aufklärung kann nur nützen, wenn sie in richtiger Form und mit erforderlicher Zurückhaltung erteilt wird. Lehrer und Erzieher haben hier eine große Aufgabe. Sie müssen durch kurze und ernste Warnungen auf die Gefahren hinweisen und vor allem die gesamte Gedankenwelt des Kindes vom Niedrigen ablenken und zu höheren Auffassungen, zu höheren Freuden leiten. Sehr bedeutungsvoll ist, daß der Lehrer beizeiten mit den Kindern in offenen und ernsten Worten redet nach Beobachtungen, die er bei Kindern gemacht hat. Die Pädagogik muß dahin arbeiten, daß die Kinder eine hohe und edle Auffassung von all den Kräften bekommen, die Gott den Menschen gegeben hat. Die Kinder müssen innerlich gefestigt werden durch eine tiefe Ehrfurcht vor den Geboten Gottes und dadurch, daß man ihnen klar macht, daß sie die Verantwortung für all ihr Tun vor Gott und den Mitmenschen tragen. Durch all diese Mittel muß der Wille des Kindes befestigt werden. Dann erlangt das Kind auch das Bewußtsein: Ich kann mich reinhalten, und dann: Ich will mich reinhalten. Was den Antrag selbst anbetrifft, so möchte ich beantragen, die Punkte C, die eine weitgehende Unterstützung der Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und ähnlicher Organisationen sind, abzulehnen, wobei ich die Bestrebungen der Gesellschaft nicht verkennen will und dafür zu setzen: Eine zur Verhütung geschlechtlicher Verirrungen geeignete sittliche Beeinflussung der Schüler und Schülerinnen aller Schulgattungen (Beifall).

Der Antrag wurde hierauf mit der von Fürsterzbischof Dr. Bertram gewünschten Abänderung angenommen. Das in seiner überwiegenden Mehrheit protestantische preußische Herrenhaus hat es für richtig gehalten, auf die von autoritativer Seite geäußerten Wünsche der Katholiken zu hören und Rücksicht zu nehmen. Anderswo hält man die Ansichten nichtchristlicher Mediziner für allein maßgebend...

Neugestaltung des deutschen Unterrichts

Von

Professor Dr. Otto Gramzow.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß der Deutsche Germanisten-Verband eine Eingabe über Neugestaltung des deutschen Unterrichts an die deutschen Regierungen gerichtet habe. Die Angelegenheit ist so wichtig, daß ich nicht glaubte, mich der Aufforderung der Redaktion zu öffentlicher Aeußerung entziehen zu dürfen.

Das Vorgehen des Deutschen Germanisten-Verbandes ist in höchstem Maße dankenswert. Bis jetzt ist dem deutschen Unterricht in unseren höheren Schulen eine geradezu unwürdige Rolle zugewiesen. Ich nehme den Jahresbericht eines Gymnasiums zur Hand. Da sind dem deutschen Unterricht von Untersekunda bis Oberprima wöchentlich 3 Stunden zugewiesen, während Lateinisch mit 7 und Griechisch mit 6 Stunden vertreten sind. Ober- und Untertertia haben 2 Stunden, Quarta hat 3 Stunden Deutsch. In Quinta und Sexta füllen Deutsch und Geschichte zusammen 3 Stunden aus! Lateinisch ist in allen diesen Klassen mit 8 Stunden, Griechisch in den beiden Tertien mit 6 Stunden angesetzt. Französisch weist die gleiche Stundenzahl wie Deutsch auf, nur in Quarta ist ihm 1 Stunde mehr zugeteilt. Kann man da noch von einer nationalen Unterweisung unserer Jugend reden? Liegt hier nicht ein unerträgliches Ueberwuchern des fremdsprachlichen Unterrichts vor? Aber wir schleppen eine schlimme Erbschaft von der Vergangenheit her mit uns. Hier herrschen die Vorurteile, die aus dem Ueberkommenen stammen und ihre Kraft ziehen. Wie festgewurzelt und stark sie sind, trat deutlich im Anfang des Krieges hervor. Als bekannt wurde, daß sich fast zwei Millionen Freiwilliger zu den Fahnen gedrängt hatten, da tauchte die Frage auf, ob die größere Zahl dieser Freiwilligen humanistische oder realistische Lehranstalten besucht habe! Im Hintergrunde stand dabei die Ueberzeugung, daß sich die Jugend ihre ideale Gesinnung mit Sicherheit nur von Thermopylae, Marathon usw. holen könne. Wer eine solche Frage im Ernst aufwerfen kann, ist verblendet. Vor allem fehlt ihm zureichende psychologische Einsicht in Wesen und Wirken der Bildung, namentlich der Gesinnungsbildung, der durch die menschlichen Grundanlagen sehr bestimmte Grenzen gezogen sind. Wo haben denn die Handwerkslehrlinge und -gesellen, die Bauernsöhne und -knechte ihre Vaterlandsliebe und Aufopferungsfähigkeit her? Sie besuchten doch weder humanistische noch realistische höhere Lehranstalten. Die große Geschichte unseres eigenen Volkes, sein unvergleichliches Vordringen auf allen Gebieten der Kultur und vollends die ungeheuren Großtaten in diesem Kriege liefern uns in Ueberfülle den Stoff, an dem die mögliche und notwendige Gesinnungsbildung unserer Jugend geschehen kann. Unsere Jugendbildung in den höheren, mittleren und niederen Schulen muß künftig durch und durch national sein. Ihr Fundament ist die Muttersprache. Sie ist, um mit Martin Luther zu reden, die Scheide, in der das Schwert des Geistes steckt. Der Geist ist es aber, der über den Stoff siegt und sich die Welt im Interesse persönlicher und nationaler Selbsterhaltung untertan macht. Das beweist dieser Krieg ebenso wie die vorangegangene deutsche Kulturentwicklung.

Die Eingabe des Deutschen Germanisten-Verbandes bewegt sich durchaus in der Richtung auf das Nationale, wie ich sie seit Jahren in Wort und Schrift vertreten habe. Leider beschränkt sie sich auf die Darlegung allgemeiner Gesichtspunkte und erweckt dadurch bei dem Außenstehenden den Anschein eines Mangels an Klarheit der Zielbestimmung. Es fehlt an greifbar deutlichen Organisationsvorschlägen, und gegen andere „Fachleute" wird eine Verbeugung gemacht mit der Wendung: „Ohne die Bedeutung anderer Bildungsfächer irgendwie zu verkennen". Selbstverständlich ist jedes sichere menschliche Wissen wertvoll, und an jedem Wissensstoff kann eine hohe geistige Schulung erreicht werden. Aber man darf nicht von jedem alles verlangen. Man darf die Stofffülle der Lehrpläne nicht noch vermehren, sondern muß sie gründlich vermindern. Auf dem Gebiete der Bildung muß eine Arbeitsteilung eintreten, wie sie sich auf industriellem Gebiete so glänzend bewährt hat. Die Jugendbildung muß künftig sehr energisch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte betrachtet und eingerichtet werden. Der Utilitarismus, den urteilslose Schwärmer nicht tief genug herabsetzen konnten, wird zur unabweislichen Notwendigkeit werden, wenn das deutsche Volk künftig seine großen Aufgaben erfüllen will. Aus England dringen aus dem Kriegstumult Stimmen zu uns herüber, die eindringlich eine national zweckmäßige Erziehung der englischen Jugend fordern. Wir dürfen uns hinfort nicht mehr durch allerlei phrasenhaft vorgetragene Hirngespinste die geraden Wege zur Kraft und Blüte unseres Volkes und Volkstums verbauen lassen. Der Deutsche Germanisten-Verband will augenscheinlich eine erhebliche Erweiterung des deutschen Unterrichts. Mit bestem Recht! Aber das geht nicht ohne erhebliche Stoffbeschneidung auf anderen Lehrgebieten. Wir müssen entschlossen sein, im Lehrplan der Schule auf vieles zu verzichten, was dem einzelnen unter uns lieb und teuer geworden ist. Die Vorliebe und Liebhaberei der Fachleute kann und darf künftig nicht mehr bestimmend sein.

Leider tritt auch in der Eingabe der „Fachmann" allzu stark in Erscheinung. Da wird „planmäßiges Heranziehen des Mittelhochdeutschen" und die Befreiung der „Betrachtung des Mittelalters von der oberflächlichen Behandlung, die jetzt üblich ist", gefordert. Ueberhaupt gewinnt man den Eindruck, daß weit mehr Gewicht auf Wissen als auf Können gelegt wird. Es wird für die vier obersten Klassen der Vollanstalten verlangt, „die Entwicklung der deutschen Dichtung bis zur Gegenwart an der Hand der wichtigsten Werke darzustellen". Das sind gewiß sehr ansprechende Forderungen, aber ihre Ausführung kann nur allzuleicht in die Vermittelung eines mehr oder weniger wertlosen Wissenskrams ausarten. Die Schule soll Menschen bilden, die für Leben und Beruf brauchbar sind. Nicht darauf kommt es an, sie zu gelehrten Germanisten zu machen. In Mittelhochdeutschland liest man sich verhältnismäßig leicht ein, namentlich wenn man mehrere deutsche Mundarten der Gegenwart kennt. Dagegen ist der systematische Betrieb des Mittelhochdeutschen, wie ihn die Hochschule mit den künftigen Germanisten pflegen muß, eine zeitraubende und das Gedächtnis stark belastende Sache. Die Gestalten der Dichtungen unserer ersten klassischen Literaturperioden sind den Menschen von heute ebenso fremd wie die gesamten Anschauungen und Lebensverhältnisse jener Zeit. Selbst viele Werke der zweiten klassischen Periode finden heute bei Nichtfachleuten nur noch geringes Interesse. Das braucht man weder zu beklagen, noch kann man es ändern. Bedürfnis und Interesse der Gegenwart dürfen auch von der Schule nicht unberücksichtigt gelassen werden. Non scholae, sed vitae! Von unserer Jugend verlangen wir schon im Kindesalter das Bewußtsein, daß sie nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen. Vielen Erwachsenen aber, auch solchen, die an der Jugendleitung beteiligt sind, fehlt dieses Bewußtsein seltsamerweise! Inhaltlich muß der deutsche Unterricht auf höheren Lehranstalten den Schülern eine deutliche Vorstellung des deutschen Volkstums und seines Werdens vermitteln. Sie müssen angeleitet werden, den Geist der sich deutlich voneinander unterscheidenden Zeitepochen in sich nachzubilden. Dazu bedarf es nicht des Wissens von gelehrtem Kleinkram. Wohl aber ist nicht nur höchst wünschenswert, sondern geradezu erforderlich, daß auf jeder Stufe der deutsche und der Geschichtsunterricht in einer Hand sind. Wo das nicht angängig ist, da muß zwische

iges Zusammenarbeiten

Grammatik und Aufsatz
klaren Worten. Im
ildungs- und Satzlehre
kommt das logische und
er Weise zur Geltung.
und Sprechen werden
die Gipfelblüte des ge-
m kann man den Wert
atz hat sich das Können
lbständigkeit und Selbst-
t in den Jahresberichten
n liest, so kann man von
ner wieder Themen aus
gelesen wurden: Charak-
en oder ganzen Schrift-
lden der Dichtungen uff.
alb von untergeordnetem
den Schülern für lange
ilistisch sind in den letzten
ther begannen viele mit
jeden gebildeten Menschen
leicht zu handhabendes
halb so früh als möglich:
en und Darstellen wecken!
als das üblich ist! Sie
ke in die Individualitäten

e berührten Punkte würde
nderes als eine Methodik
gts wären. Noch einmal
es Deutschen Germanisten-
chen Volkes verdient. Es
schen Regierungen sie als
. Eine Erweiterung und
eichts in dem angestrebten
nem neuen Aufbau unseres
Aufbau, bei dem nicht der
dagogische und wirtschaft-
ggebende Wort hat, wird
n müssen.

Vossische Zeitung 11. 11. 1916

Westungarischer Grenzbote
16/III. 1916

143

* **Unterrichtsreformen.** Der Unterrichtsminister hat dem Abgeordnetenhause zwei Gesetzentwürfe unterbreitet, deren einer sich auf die Gymnasien, der andere auf die Bürgerschulen bezieht. Im Lehrplan der Gymnasien wird der G.-A. 30 v. J. 1883 dahin abgeändert, daß der Schüler statt des Griechischen nicht die bisher vorgeschriebenen Ersatzgegenstände, sondern eine lebende Sprache (Französisch, Englisch, Italienisch oder eine heimische Nationalitätensprache (Rumänisch, Serbisch, Slovakisch) hören kann. Bemerkenswert ist die Verfügung, daß jene Schüler, die statt des Griechischen eine lebende Sprache wählen, in sämtlichen Fakultäten der Hochschulen aufgenommen werden können, was ein bedeutsamer Schritt zur Vereinheitlichung der Mittelschulen ist. Weder das Griechische, noch die lebende Sprache sind Gegenstände der Matura, doch kann der Schüler auf Verlangen auch aus Griechisch maturieren. Eine wichtige Verfügung ist auch die, daß die Jahresschlußprüfungen abgeschafft werden, statt ihrer sollen am Ende des Schuljahres abschließende Zusammenfassungen abgehalten werden. Dieses Gesetz soll stufenweise ins Leben treten; das Inslebentreten soll spätestens im Schuljahr 1918/19 beginnen. Als Professoren lebender Sprachen werden vorläufig, solange es keine qualifizierten gibt, solche Personen angestellt, die nachweisen, daß sie in der betreffenden Sprache und Literatur bewandert sind. — Hinsichtlich der Bürgerschulen wird bestimmt, daß dieselben fortab nur vierklassig sein sollen, da die fünfte und sechste Klasse derselben außerordentlich schwach besucht wird, sie daher keine Existenzberechtigung haben. In den vier Jahrgängen der Bürgerschule soll der Lehrstoff jedes Gegenstandes ein vollendetes Ganzes bilden. In Gemeinden, wo eine Knaben-Bürgerschule ist, kann für Absolventen derselben eine dreijährige Fachschule mit wirtschaftlicher Richtung errichtet werden. Die höheren Volksschulen (5. und 6. Klasse der Elementarschulen) sollen binnen fünf Jahren in Bürgerschulen umgestaltet oder aufgehoben werden.

Neue Freie Presse Abend
16./VI. 1916

Budapest, 15. Juni. [Orig.-Telegr.] (Reform der Gymnasien und Bürgerschulen.) In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte der Kultus- und Unterrichtsminister Bela v. Jankovich zwei Gesetzentwürfe und einen Bericht vor. Die erste Vorlage verfügt, daß an den Gymnasien eine weitere lebende Sprache und Literatur in die Reihe der ordentlichen Unterrichtsgegenstände aufgenommen werde. Die Schüler werden zwischen dem Studium der griechischen und der lebenden Sprache wählen können. Diese lebenden Sprachen werden die heimischen Nationalitätensprachen — Rumänisch, Serbisch oder Slowakisch — oder eine der europäischen Kultursprachen — Englisch, Französisch oder Italienisch — sein. Der Minister wird entscheiden, welche Sprachen in den einzelnen Schulen eingeführt werden sollen. Das Studium der Nationalitätensprachen erscheint durch die Interessen des gesellschaftlichen Verkehrs und der Verwaltung geboten. In der ungarischen Verwaltung wurde es besonders unangenehm empfunden, daß nicht genügende Verwaltungskräfte zur Verfügung standen, welche die Sprache der Nationalitätenbevölkerung entsprechend beherrschen. Der Gesetzentwurf verfügt weiter, daß die Abiturienten der Gymnasien und Realschulen, welche die Lateinprüfung bestanden haben, an sämtlichen Fakultäten der Hochschulen und Universitäten aufgenommen werden können, auch wenn sie nicht Griechisch gelernt haben. Schließlich wird in den Mittelschulen die Jahresschlußprüfung abgeschafft. Statt derselben werden in der zweiten Hälfte des Juni in jeder Klasse abschließende Zusammenfassungen des Lehrmaterials des betreffenden Schuljahres erfolgen. Das Gesetz soll spätestens im Schuljahre 1918/19 eingeführt werden.

Der zweite Gesetzentwurf ändert das Gesetz über die Bürgerschulen. Diese werden in Hinkunft statt der bisherigen sechs vier Klassen haben. Der Lehrplan wird parallel mit jenem der Mittelschulen sein. Der Ackerbauminister wird neben den einzelnen Bürgerschulen als Fortsetzung derselben dreiklassige landwirtschaftliche Schulen errichten.

Einem Berichte des Unterrichtsministers über die Lehrkräfte der Volksschulen ist zu entnehmen, daß an 16.890 Volksschulen 23.115 männliche und 11.059 weibliche Lehrkräfte angestellt sind. 15.797 männliche Lehrkräfte sind militärdienstpflichtig, davon 4448 enthoben, 2171 leisten Hilfsdienst, 9178 dienen präsent, 293 sind gefallen.

Hamburger Fremdenblatt
16. VI. 1916

145

26. außerordentliche Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins.

d. Eisenach, 14. Juni.
III.

Die zweite Vertreterversammlung

trat in die Beratung des vierten Punktes der Tagesordnung: „Die Beziehungen des Deutschen Lehrervereins zu dem Deutsch-österreichischen Lehrerbunde und zu den Lehrervereinen in anderen mitteleuropäischen Staaten" ein.

Der Vorsitzende Röhl (Berlin) berichtet: Durch den Weltkrieg findet eine allgemeine Umgruppierung und Neuorientierung der europäischen Völker statt. Wir brauchen, ebenso wie unsere Verbündeten, ein politisch starkes und wirtschaftlich selbständiges Mitteleuropa als Lebensgemeinschaft. Um dieses zu schaffen, sind auch die Berufsvereine, nicht zuletzt die kulturellen, berufen. So erwächst auch dem Deutschen Lehrerverein eine neue Aufgabe. Sie ist eine doppelte, enge Beziehungen mit dem Deutsch-österreichischen Lehrerbunde zu gewinnen und eine Verbindung mit den Lehrervereinen aller Nationen anzubahnen, die für Mitteleuropa in Betracht kommen. Die erste Aufgabe ist schon jetzt der Lösung zuzuführen; die zweite ist eine rein politische und kann erst gelöst werden, wenn das Bild Mitteleuropa deutlicher hervortritt. So wollen wir uns verbrüdern mit den Brüdern in Oesterreich-Ungarn und Verbindung suchen mit den Lehrervereinen der andern Nationen Mitteleuropas.

Der Redner machte Mitteilung über die von der Seite des Deutschen Lehrervereins mit den Vertretern des Deutsch-österreichischen Lehrerbundes, des Deutsch-böhmischen, des Deutsch-mährischen und Deutsch-schlesischen Lehrerbundes in Breslau gepflogenen Besprechungen. Der schöne Traum einer Vereinigung aller deutschen Lehrer Europas blieb zwar vorläufig unerfüllt; doch kam es zu folgendem Beschlusse:

Die versammelten Vertreter des Deutschen Lehrervereins und des Deutsch-österreichischen Lehrerbundes beschließen einmütig, einen engeren Zusammenschluß beider Verbände baldmöglichst herbeizuführen.

Ebenso wird einmütig beschlossen, zur Einsetzung eines Ausschusses der mitteleuropäischen Lehrervereine aller Volksstämme aufzufordern, der die Aufgabe hat, Volksunterricht und Volkserziehung in der mitteleuropäischen Bevölkerung zu fördern und die Beziehungen der Lehrervereine zueinander fester zu knüpfen. Der Deutsche Lehrerverein übernimmt die Ausführung des zweiten Beschlusses.

Der Vorsitzende des Deutsch-österreichischen Lehrerbundes, Strebel (Wien), stimmte begeistert den Vorschlägen des Geschäftsführenden Ausschusses zu, ebenso Direktor Kemeny aus Budapest für die ungarische Lehrerschaft. Dann wurde folgender Antrag Th. Blinckmann (Hamburg) einstimmig angenommen:

Die Vertreterversammlung begrüßt die Bestrebungen, die darauf hinzielen, zwischen dem Deutschen Lehrerverein und dem Deutsch-österreichischen Lehrerbunde sowie dem Deutschen Lehrerverein und den Lehrervereinen der anderen mitteleuropäischen Staaten eine engere Verbindung herbeizuführen. Sie unterstützt die dahingehenden Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses und beauftragt ihn, diese Bestrebungen kräftig zu fördern.

Es folgt die Beratung der

militärischen Vorbereitung der Jugend, eine Erziehungsfrage.

Herr Fechner (Berlin) begründet folgenden Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses:

Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins hält es für dringend notwendig, daß im Hinblick auf die Stärkung der Wehrhaftigkeit und die wirtschaftliche Behauptung unseres Volkes die Ausbildung der geistigen und sittlichen Kräfte gesteigert und durch planmäßig durchgeführte körperliche Erziehung ergänzt wird, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

1. Einrichtung und Durchführung der reichsgesetzlich sicherzustellenden Heeresvorschule für das landsturmpflichtige Alter vom 17. Lebensjahre ab ist Aufgabe der Heeresverwaltung.
2. Die Ausbildung der körperlichen Tüchtigkeit der Jugend im volks- und fortbildungsschulpflichtigen Alter muß, damit die Einheitlichkeit der gesamten Erziehung gewahrt bleibt, der Schule zugewiesen werden.
3. In der Volksschule ist die körperliche Ausbildung durch den Turnunterricht, durch Einführung verbindlicher Uebungen im Schwimmen, Wandern, Spiel, Eislauf und dergl. planmäßig zu erweitern. Zur Förderung dieser Aufgaben ist ein wöchentlicher Spielnachmittag einzurichten.
4. Für die gesamte Jugend im nachschulpflichtigen Alter sind unter Mitwirkung der Reichsgesetzgebung Fortbildungsschulen mit Pflichtbesuch einzurichten, in denen Turnen als Pflichtfach für alle Schüler eingeführt wird. Die Uebungen der Volksschule im Schwimmen, Wandern, Spiel, Eislauf usw. sind in der Fortbildungsschule fortzusetzen und mit Rücksicht auf die späteren Anforderungen der Heeresvorschule in geeigneter Weise zu erweitern. Zu diesem Zwecke ist in jeder Woche ein Nachmittag von der Berufsarbeit gesetzlich freizuhalten.

H. Schumann (Hamburg) hebt besonders scharf hervor, die militärischen Uebungen, das Fachmilitärische, als Mittel der körperlichen Erziehung zur Wehrfähigkeit für die noch nicht militärpflichtige Jugend abzulehnen, weil sie den Erziehungsgrundsätzen nicht entsprechen und gesundheitsschädlich sind. Es sprechen noch in ähnlichem Sinne Ridder (Barmen) und Lüdeking (Bremen). Dann wird der Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses angenommen.

Die Versammlung beschließt noch einstimmig folgende

Kundgebung:

Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins, die am Fuße der Wartburg tagt, entbietet den im Felde stehenden Amtsbrüdern herzliche treudeutsche Grüße. Möge dem blutigen Ringen bald ein ehren- und ruhmvoller dauernder Friede folgen, in dessen Schirm die deutsche Lehrerschaft ihre ernsten Zukunftsaufgaben im Dienste der Volksbildung und Volksschule erfüllen kann und ihrem nie verlöschenden Dank gegen die treuen mitkämpfenden Amtsgenossen würdigen Ausdruck geben wird.

Die Verhandlungen über die übrigen Punkte der Tagesordnung, die sich auf innere Vereinsangelegenheiten beziehen, entbehren des allgemeinen öffentlichen Interesses.

Neue Freie Presse Abendbl 16./VI.1916

Wien, 15. Juni. (Der Einfluß des Krieges auf den Besuch der österreichischen technischen Hochschulen.) Hofrat Professor Dr. Rudolf Doerfel hat als Redaktionsausschußmitglied des Deutschen polytechnischen Vereines in Böhmen auf Grund amtlicher Veröffentlichungen eine interessante Zusammenstellung verfaßt, aus der der Einfluß des Krieges auf den Besuch der österreichischen technischen Hochschulen ersichtlich ist. Wertvolle Behelfe hiezu lieferten die im Verordnungsblatte des Ministeriums für Kultus und Unterricht enthaltenen Frequenzausweise, aus welchen hervorgeht, in welch hohem Maße die technischen Hochschulen überhaupt und ganz besonders die deutschen technischen Hochschulen in Anspruch genommen worden sind. Als Grundlage der Durchschnittsfrequenz wurden die letzten zehn Jahren vor Beginn des Krieges angenommen, bei der Vergleichsstatistik wurde darauf Rücksicht genommen, daß Hörer der Technischen Hochschule in Lemberg und Abiturienten polnischer Mittelschulen vorübergehend andere, namentlich die Wiener Hochschule besuchten und zum Teile im Wintersemester 1915/16 an die inzwischen wiedereröffnete Lemberger Hochschule zurückkehrten. Aus der Gesamtstatistik geht hervor, daß schon bei Kriegsausbruch rund 60 Prozent von den Hörern der deutschen technischen Hochschulen Oesterreichs der Armee angehört haben, während an den beiden czechischen Hochschulen, bei denen der Abgang einer ansehnlichen Anzahl von Hörern des feindlichen slawischen Auslandes in Rechnung zu ziehen ist, in beiden Semestern 1914/15 noch über 54 Prozent der Hörerschaft vorhanden waren. Im Wintersemester 1915/16 ist die Hörerzahl an den deutschen Hochschulen auf 18, die der czechischen auf 30·8 Prozent herabgesunken. Vergleicht man diese Zahlen mit der Statistik der Universitäten, so findet man, daß, abgesehen von der Umversität Innsbruck, an der nur 12¼ Prozent erhalten blieben, die Frequenz höher gehalten ist als bei den technischen Hochschulen, wobei bei den Universitäten nur die weltlichen Fakultäten herangezogen werden konnten, da die theologischen im Hinblicke auf den § 29 des Wehrgesetzes nicht in Betracht kommen können. Die Grazer Universität weist einen Hörerstand von 46·46 Prozent, die Prager deutsche Universität einen solchen von 23·4 Prozent, die czechische von 38·3 Prozent, die Wiener Universität von 34 Prozent im Wintersemester 1915/16 gegenüber dem gleichen Semester des Vorjahres auf. Die Einzelziffern der einzelnen technischen Hochschulen ergeben folgendes Bild: Wien 21·3, Graz 12, Prag, deutsch 14·6, czechisch 31, Brünn, deutsch 14·8, czechisch 29·5, Lemberg 11·44 Prozent im Wintersemester 1915/16 gegenüber dem Durchschnitte aus den Jahren 1904 bis 1914. Gerechnet wurden die ordentlichen und außerordentlichen Hörer, die Gäste sind in die Statistik nicht einbezogen.

Die Zeit
17./IV. 1916

Die anthropologischen Untersuchungen an Kriegsgefangenen.

Prof. Rudolf Pöch, der Vorstand des Anthropologisch-ethnographischen Instituts der Universität, dessen anthropologische Studien an russischen Kriegsgefangenen in einer Reihe von Gefangenenlagern im vergangenen Winter großes Aufsehen in den Fachkreisen erregt haben, hat zu Beginn dieses Jahres seine Studien im Kriegsgefangenenlager zu Bruck-Kiralyhida fortgesetzt. Auch dort wurden, wie uns der Gelehrte mitteilt, Untersuchungen und Messungen an Litauern, Finnen, Esten, Wotjaken usw. vorgenommen. Prof. Pöch hat die Absicht, in einiger Zeit die Studien in den Gefangenenlagern wieder aufzunehmen, da in der Zwischenzeit von den letzten Kämpfen vermutlich weitere Typen der russischen Bevölkerung dort einlangen dürften.

Österr. Volkszeitung
18/11. 1916

* **Die Begünstigungen der Mittelschulen und die Gewerbeschüler.** Zu der jüngst veröffentlichten Aeußerung, die für die Verleihung des Einjährigfreiwilligenrechtes an die Absolventen gewerblicher Fachschulen eintrat, schreibt man uns: Ich kann es nicht begreifen, weshalb man hier den Fachschülern gar keine Begünstigungen zukommen läßt. Daß sich der Frequentant eben dem Gewerbe und der Technik gewidmet hat, ist doch heute, wo so viele tüchtige Fachleute gebraucht werden, gewiß kein Grund, ihnen solche zu entziehen, während sie anderen Anstalten eingeräumt werden. Nur eben um der Berechtigung willen zwängen sich jährlich Tausende von jungen Leuten durch die enge Gasse der höheren Schulen. So werden sie dem Gewerbe und dem ihnen passenden Berufe entzogen und meistens ohne innere Neigung der mittleren Beamtenschaft zugeführt. Die Klagen über diese nachteilige Begleiterscheinung des „Berechtigtseins" sind alt, sie nehmen von Jahr zu Jahr an Umfang und Bedeutung zu. Von allen Seiten werden die großartigen Leistungen der technischen Arbeiten im Kriege anerkannt und die Erfahrungen zeigen, wie wertvoll Kenntnisse auf diesem Gebiete für die Lösung zahlreicher militärischer Aufgaben sind. Viele von den in Betracht kommenden Lehranstalten sind staatlich, deren Lehrer in Leistung, Rang und Einkommen den Lehrern an Mittelschulen gleichgestellt. Warum kommt diese Gleichstellung im Militärverhältnis der Schulen nicht zum Ausdruck? — Es soll gleich hier betont sein, daß es sich natürlich nur um die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligenmilitärdienst handeln soll. Die Auswahl der künftigen Offiziere und Unteroffiziere aus der Reihe der Einjährigfreiwilligen mag nur auf Grund der während der Dienstzeit bewiesenen besonderen militärischen Eignung erfolgen. Wenn es sich nun nachweisen läßt, daß in den letzten zwanzig Jahren Schulgattungen entstanden sind, deren Schüler durchschnittlich zumindest über das gleiche Maß von Bildung und geistiger Reife verfügen wie die kommenden Mittelschüler, so wäre es Ungerechtigkeit, diese Schüler vom Einjährigfreiwilligenrecht auszuschließen. Wünschenswert wäre es, wenn von irgendwelchen maßgebenden Stellen Aeußerungen über die Berechtigung der Fachschulen erfolgen würden, um dadurch die Wünsche der bedachten Schulen ihrem Ziele näher zu setzen. O. B.

Frankfurter Zeitung
20. VI. 1916

Lehrertagungen.

In dem neuen Gewerbehause in Hamburg, einem Monumentalbau, den der Hamburger Staat hat aufführen lassen, trat der Deutsche Gewerbeschulverband zu einer Kriegstagung zusammen. Vor überaus zahlreichen Zuhörern sprach der Leiter des Hamburger Bauwesens, Prof. Fritz Schumacher, in durchgeistigtem Vortrage über „Ausblicke für die technische und künstlerische Arbeit unseres Volkes".

Wirtschaftliche und geistige Einwirkungen des Krieges brauchen nicht gerade die künstlerische Gestaltung der architektonischen Aufgaben zu beeinflussen, selbst wenn wir nach dem Kriege wirtschaftlicher Kargheit entgegengehen. Die Glanzzeit im baulichen Schaffen eines Volkes fällt freilich mit seiner wirtschaftlichen Macht zusammen. Ein Volk aber, das ohne Reichtum baut, kann auch ohne viel Beiwerk sein Ziel in der Baukunst erreichen. Dabei ist es nicht nötig, an die Formensprache von 1813 anzuknüpfen. Für unsere Bauausführungen müssen klare kulturelle Forderungen geschaffen werden, wie wir sie bereits für Volksschulen, Kontor- und Fabrikbauten für Warenhäuser usw. besitzen. Der äußere Aufputz muß wegfallen, Zweckerfüllung und Materialgestaltung müssen an seine Stelle treten. Die Kunst muß gesteigertes Gefühl für deutsches Wesen zur Geltung bringen, nicht etwa durch äußere Merkmale eines machtvollen Reiches, sondern durch die Gesinnung einem Werke gegenüber: das Einsetzen für eine Idee. Die Baukunst muß ebenfalls in sozialen Aufgaben ihren Ausdruck finden, nicht als Kunst für das Volk, sondern als Kunst des Volkes. Das kann durch Erweiterung des Bodens für die Kunst geschehen. Damit wird auch die Wohnungskultur für die breite Masse und der Typ für die Wohnung — der nicht erfunden wird — hervorwachsen. Eine liebevolle Durchbildung der Gesetze des Städtebaues wird trotzdem ohne Gleichmachung erfolgen können. In den Schulen müssen künftig viel mehr als bisher Auge und Hand geübt werden. Wenn die Erziehungsaufgaben erst einmal eingehend den ganzen Menschen erfassen, wird sich zeigen, welche Kräfte in unserem Volke erschlossen werden können. Deutschland, das darauf angewiesen ist, in Gewerbe und Industrie hochwertige Arbeit zu leisten, muß alle in seinen Bewohnern schlummernden Kräfte zur Durchführung großer Aufgaben erwecken.

Eine erweiterte Ausschußsitzung gab Gelegenheit zu eingehender Aussprache über die Erlangung der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst an gewerblichen und technischen Schulen, eine Angelegenheit, die der Gewerbeschulverband seit vielen Jahren, leider bisher ergebnislos, verfolgt. Mitteilungen aus dem Felde bekunden, daß der auch dort bewährte und geschickte Techniker nur dann den Offiziersgrad erlangen kann, wenn er nach den bestehenden Bestimmungen die „wissenschaftliche Reife" nachweisen kann. Dabei kommt es vor, daß er im bürgerlichen Berufsleben als Baubeamter eine höhere Stellung einnimmt, als der auf Grund jener Reife zu höherem militärischem Rang beförderte Kollege. In der Erörterung wurde von mehreren Seiten die Allgemeinbildung des Untersekundaners mit der des Absolventen einer technischen Mittelschule in Vergleich gestellt. Zu Gunsten der letzteren sollen die Bestrebungen des Verbandsvorstandes mit Unterstützung einer zu dem Zweck gewählten Kommission mit aller Energie fortgeführt werden, wenn nötig durch Anrufung der allerhöchsten Stelle.

Für die fünf Gruppen des Verbandes stand ein überreiches Maß von zeitgemäßen und wichtigen Fragen zur Verhandlung. Die Vertreter der Kunstgewerbeschulen gelangten zu einer tiefgehenden Aussprache über die als notwendig erkannte „Einheitliche Organisation der Kunstgewerbeschulen". In der Textilschulgruppe wurden Aufschlüsse über „Ersatzfasern in Kriegszeiten" gegeben, veranschaulicht durch einen Besuch des Staatsinstituts für angewandte Botanik. Die Gewerbeschulmänner kamen nach einem Vortrage über die „Gewerbeschulpflicht für Musikerlehrlinge" zu dem Ergebnis, daß eine Besserung der sozialen und Lehrverhältnisse und die Durchführung der Schulpflicht für diese Lehrlinge dringend geboten ist. Die Gruppe der Mädchengewerbeschulen fand einen umfangreichen Arbeitsstoff in den Fragen der Geschmacksbildung, in der Fortbildung der Lehrerinnen und in der hauswirtschaftlichen Förderung aller Volksschülerinnen nach beendeter Schulpflicht.

Eine zweite Hauptversammlung führte in die Mitte der Arbeit, die heute eine Hauptaufgabe vieler gewerblicher und technischer Lehranstalten bildet: Die Schulung und Berufsberatung der Kriegsbeschädigten. Berichte von Gewerbeschulrat Böhm (Potsdam) und Rektor Dr. ing. Barth (Stuttgart) gaben Anlaß zu einer vielseitigen Aussprache, bei der auch Vertreter der Kriegsbeschädigten-Fürsorge ihre Beobachtungen und Erfahrungen vorbrachten.

Hamburgs vielgestaltiges Fachschulwesen bot durch seine prächtigen aufs zweckmäßigste eingerichteten und ausgerüsteten Schulgebäude sowie durch Ausstellungen von Lehrmitteln und Schülerarbeiten den Angehörigen aller Fachgruppen ausgezeichnete Anregungen.

Der Katholische Lehrerverband, der in Fulda getagt hat, erklärte sich zur Mitwirkung an einer „Mitteleuropäischen Volksschulkonferenz" bereit. In der Frage der Einheitsschule fordert der Vorstand die Zweigverbände und Ortsvereine auf, diese Frage eingehend zu behandeln und dabei sich an folgende Richtlinien zu halten:

1. einheitlicher Bildungsgedanke: auf religiös-sittlicher Grundlage tüchtige Staatsbürger zu erziehen; 2. organischer Auf- und Ausbau des Bildungswesens bei Wahrung der konfessionellen Gestaltung; 3 Einordnung der bisher abseits stehenden Volksschullehrerbildung an das gesamte Bildungswesen. Kein Kind dürfe durch Mittellosigkeit in einer Ausbildung seiner Anlagen und Fähigkeiten gehindert werden, doch müsse die Hauptentscheidung über Bildungsgang und Berufswahl der Kinder den Familien verbleiben.

Von Interesse ist eine Mitteilung des Gesamtvorstandes, nach welcher die während der Kriegszeit ermöglichte Gemeinschaftsarbeit des Deutschen Lehrervereins mit dem Katholischen Lehrerverbande in nationalen und sozialen Fragen sich unbeschadet grundsätzlicher Unterschiede in Weltanschauungsfragen durchaus bewährt habe und durch gegenseitiges Entgegenkommen erleichtert worden sei.

Frankfurter Zeitung
22./VII.1916

150

Privatschulen.

E Hamburg. Der Senat stellt den Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über staatliche Beaufsichtigung privater Unterrichtseinrichtungen für Schulentlassene. Es haben sich im Zusammenhang mit dem Kriege Zustände herausgebildet, die ein Eingreifen des Staates erforderlich machen. Insbesondere hat sich gezeigt, daß manche Privatschulen die Verschiebung, die sich infolge des Krieges in der Verwendung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte vollzogen hat, rücksichtslos für ihre Erwerbszwecke ausnützen. In ihren Ankündigungen stellen sie die Sache so dar, als ob auf vielen Gebieten, auf denen die Frauenarbeit jetzt an die Stelle der Männerarbeit getreten ist, sich dauernd Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen bieten würden, obgleich anzunehmen ist, daß in den meisten Erwerbszweigen die Frauenarbeit nach Rückkehr der Männer aus dem Felde wieder von diesen übernommen werden wird und daß auch wohl manche Stellen, die schon vor dem Kriege von weiblichen Kräften versehen wurden, an kriegsbeschädigte Männer übergehen werden. In den Ausführungen heißt es weiter, daß, wie die Gewerbekammer berichtet, die Akademien, Lehr-Institute sowie Zuschneidekurse für Schneiderei und Wäscherei ebenfalls in ungesunder Weise überhand genommen, und neuerdings werden weibliche Personen auch in fragwürdiger Weise angelockt, sich als technische Zeichnerinnen ausbilden zu lassen. Auf die ernsten Bedenken, die ein das dauernde Bedürfnis offenbar weit übersteigendes Zuströmen weiblicher Personen zu den kaufmännischen Unterrichtsanstalten erregen muß, ist bereits von der hiesigen Zentrale für Berufsberatung und Stellenvermittelung in der Presse aufmerksam gemacht worden. Auch hat das stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps — vornehmlich im Interesse der Kriegswitwen — warnende Hinweise ergehen lassen. Diese Kundgebungen haben indes zu merkbarer Eindämmung des Uebelstandes nicht geführt. Aehnlich, wie diese Verhältnisse, die in den Großstädten überall beobachtet werden konnten, in den meisten und zumal in den größeren deutschen Bundesstaaten dazu geführt haben, die Errichtung privater gewerblicher und kaufmännischer Unterrichtseinrichtungen von einer staatlichen Genehmigung abhängig zu machen und den Betrieb dieser Anstalten staatlicher Beaufsichtigung zu unterstellen, beantragt der Senat ein solches Gesetz zu erlassen. Das vorgeschlagene Gesetz macht die Genehmigung abhängig von der sittlichen Zuverlässigkeit der Leiter und der Lehrkräfte, sowie deren Fähigkeiten, sowie von der Beschaffenheit der Räume in gesundheitlicher Beziehung usw.

In diesem Zusammenhang hat auch die Oberschulbehörde sich darüber geäußert, ob hinsichtlich der sog. Einjährigeninstitute (Pressen) ein Vorgehen in ähnlicher Richtung angezeigt sei. Sie berichtet, daß zwar ein Bedürfnis solcher Anstalten vorhanden sei, doch haben sich Unzuträglichkeiten ergeben, weshalb sich empfehle, der Oberschulbehörde durch Verleihung eines Aufsichtsrechtes die Möglichkeit zu gewähren, bei hervortretenden Uebelständen einzuschreiten. In diesem Sinne schlägt das Gesetz vor, daß solche Institute durch Beauftragte besichtigt werden können und Nachweise von der Oberschulbehörde über die Person des Leiters und über die Lehrer, sowie über den Schulbetrieb eingefordert werden können. Bei beharrlicher Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen der Oberschulbehörde oder beim Vorliegen erheblicher Mißstände, welche die Fortführung des Schulbetriebes im öffentlichen Interesse als unzulässig erscheinen lassen, kann die Oberschulbehörde diesen untersagen.

Tägliche Rundschau 22./VI. 1916

Abschaffung der „Wechselzöten".

In den Stadtverwaltungen verschiedener Gemeinden Groß-Berlins beschäftigt man sich augenblicklich sehr ernst mit dem Gedanken, die Michaeliszöten in den höheren Lehranstalten abzuschaffen. Beschlüsse in dieser Richtung werden hier und dort vielleicht schon in allernächster Zeit gefaßt werden, so daß eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes bereits im Herbst dieses Jahres eintreten wird. Die äußere Veranlassung zu diesen Verhandlungen gibt wohl der augenblickliche Mangel an Lehrkräften, da durch Verschmelzung der Oster- mit den Michaeliszöten manche Klassen zusammengelegt werden können. Die sachlichen Gründe für die geplante Aenderung liegen aber tiefer und sind von grundsätzlicher Bedeutung. In Elternkreisen erfreuten sich die Wechselzöten früher ziemlich allgemeiner Beliebtheit, da bei Nichtversetzung eines Schülers immer die Hoffnung bestand, daß der betreffende Schüler in einen andern Zötus umgesetzt wurde und dadurch nur ein halbes Jahr verlor. Nach neueren Verfügungen des Kultusministeriums sollen aber die Schüler und Schülerinnen, die nicht versetzt werden können, in der Regel ein ganzes Jahr wiederholen, und es muß bei einer Umsetzung in den andern Zötus — z. B. im Fall längerer Erkrankung — von den Direktoren für jeden Einzelfall ein besonderer Bericht beim königl. Provinzial-Schulkollegium eingereicht werden. Außerdem müssen die Wechselzöten an den Anstalten, wo solche bestehen, unbedingt bis zur obersten Klasse durchgeführt werden. Dadurch entstanden bisher oft kleine Klassen, deren Erhaltung nicht geringe Mittel erforderte. Ferner ist statistisch erwiesen (durch Feststellungen des Provinzial-Schulkollegiums), daß die Groß-Berliner Anstalten mit reinen Osterkursen durchschnittlich ein besseres Versetzungsergebnis aufwiesen als die Schulen mit Wechselzöten. Dieser Zustand erklärt sich, abgesehen von der ungünstigen Zeitlage des Versetzungstermins für die Michaelis-Klassen, gewiß auch daraus, daß die Lehrerkonferenzen sich zu einer halbjährigen Rückversetzung schwacher Schüler leichter entschließen, als wenn es sich darum handelt, den Schüler das ganze Jahrespensum wiederholen zu lassen.

In Breslau und Halle ist die Umwandlung der Wechselzöten in einfache Osterkurse schon durchgeführt worden, ebenso an einzelnen Anstalten von Groß-Berliner Gemeinden. Das geschah in der Art, daß z. B. die Michaelisklasse Sexta sich in anderthalb Jahren bis zur Osterklasse Quarta entwickelte. Auf diese Weise gewannen Schüler mit durchschnittlicher Begabung ein halbes Jahr, wenn sie dem gesteckten Ziel mit entschiedenem Fleiß zustrebten. Die weniger fleißigen und minderbegabten Schüler verloren allerdings ein halbes Jahr. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß diese Fälle nur seltener eintraten. Zur Vermeidung von Härten könnte übrigens solchen Schülern für das verlorene halbe Jahr unter diesen besonderen Umständen die Zahlung des Schulgeldes erlassen werden.

Für die Errichtung von Doppelosterzöten spricht auch der Umstand, daß im Fall plötzlicher Erkrankung von Lehrkräften Parallelklassen leichter zusammengelegt werden können, als beim Bestand von Oster- und Michaelisklassen. An sehr vielen Anstalten wird auch die dauernde Zusammenlegung von zwei Unterprimen und zwei Oberprimen durchzuführen sein. Die Teilung dieser beiden Klassen kann dann in jedem Jahr, sobald die große Schülerzahl es notwendig macht, ohne jede Schwierigkeit wieder stattfinden.

Die Michaeliszöten sind aber auch für die Versetzung ungleich ungünstiger, da im Sommerhalbjahr ungefähr vier Fünftel der gesamten Ferienzeit liegen. Durch die Sommerferien werden die Kinder aus dem regelmäßigen Schulbetrieb ganz herausgerissen, und es wird ihnen dann doppelt schwer, nach der langen Freizeit in den wenigen Wochen bis Michaelis ihre Versetzungsreife zu erweisen. Benützen sie aber die Sommerferien zur Vorbereitung für die Versetzung, so wird der Zweck dieser schönen Erholungszeit, die vollständige Ausspannung, nicht erreicht. Endlich wird für die Aufhebung der Wechselzöten auch der Umstand ins Feld geführt, daß bei jährlich zweimaliger Neuordnung des Stundenplanes und der Lehrverteilung viel eher auch ein Wechsel der Lehrkräfte während desselben Schuljahres eintritt, was durchaus nicht im Interesse der systematischen Gleichmäßigkeit im Unterricht liegt. Dringend wäre zu wünschen, daß durch diese Neuordnung auch ein anderer Uebelstand beseitigt oder wenigstens die Beseitigung vorbereitet würde: seinen natürlichen Abschluß fände nämlich das Schuljahr unbedingt unmittelbar vor den Sommerferien, wie das in Süddeutschland und in Oesterreich der Fall ist. Wenn die Jahresarbeit der Schüler und Schülerinnen vor der Sommerreise bendet würde, ergäbe das für sie die allerbeste Vorbedingung für den vollen Genuß der Ferienzeit und, auch durch die seelische Entlastung, für die vollkommenste körperliche Erholung!

L. K.

Österr. Volkszeitung
22./VI. 1916

* * *

Die Schule gegen die Schundliteratur.

In den Maßnahmen, die nun auch in Oesterreich von behördlicher Seite gegen die Verrohung der Schuljugend getroffen wurden, vermissen wir eine eindringliche Bestimmung zur Bekämpfung der Schundliteratur. Bei unseren Verbündeten im Deutschen Reiche hat die Würdigung des Anteiles, der schlechter Lektüre in Kriegs- wie auch in Friedenszeiten an der Verrohung von Volk und Jugend zuzuschreiben ist, zu militärischen Anordnungen geführt. Von den Generalkommanden des 11. Armeekorps in Kassel, des 7. in Münster, des 15. in Stuttgart sowie des 1. und 2. bayrischen Armeekorps in München und in Würzburg, endlich vom Oberkommandanten in den Marken wurden Erlässe hinausgegeben, welche den Vertrieb, die Ankündigung und das Auslegen einer ganzen Anzahl namentlich angeführter Sammlungen und Bücher verbieten. Zuwiderhandelnden wird mit Beschlagnahme beziehungsweise mit Strafen nach dem Gesetz über den Belagerungszustand oder nach den allgemeinen Strafbestimmungen gedroht. Ebenso hat die Abteilung für Schulwesen in Stettin einen Erlaß gegen die Schundkriegsbücher herausgegeben, in dem es heißt: „Unter der Bezeichnung ihrer Machwerke als Kriegsschriften für die Jugend sucht die Schundliteratur die kriegerische Gegenwart geschäftlich auszunützen. Sie verwirren eine besonnene Auffassung der kriegerischen Hergänge, berirren und erhitzen das Phantasie- und Stimmungsleben der Jugend in gefährlicher Weise. Die Schulinspektoren und Lehrer werden deshalb ersucht, die Eltern durch Aufklärung und Rat auf diese Gefahren hinzuweisen. Sie sollen gleichzeitig auf die zahlreich vorhandene gute und billige Kriegsjugendliteratur aufmerksam machen. Die Schulmappen der Schüler und Schülerinnen sind öfter auch betreffs etwa vorhandener Schundliteratur zu prüfen. Vorgefundenes ist zurückzubehalten und nur den Eltern auf deren schriftlich oder persönlich geäußerten Wunsch mit der erforderlichen Aufklärung zurückzugeben. Die gesteigerte Pflicht der Schule, auf das Verhalten der Jugend auch außerhalb der Schule zu achten, hat sich auch auf die etwaige Benützung sowie den Erwerb und Austausch von Schundbüchern zu erstrecken. Wo es geht, ist auch auf die Verkäufer aufklärend und beratend einzuwirken."

Bei uns blieb es bisher der Lehrerschaft überlassen, gegen die jugendschädlichen Bücher aufzutreten und sie hat sich dieser Aufgabe freiwillig unterzogen. Insbesondere wird in den Schülerbibliotheken fleißig gesichtet und ausgemustert. Ein besonderes Kapitel bilden die täglich erscheinenden K r i e g s b ü c h e r f ü r d i e J u g e n d. Der Büchermarkt ist mit Kriegsbüchern überflutet und die Auswahl für die Verwalter unserer Schulbüchereien schwierig. Um den Wünschen vieler Lehrer, welche die Musterbücherei der Lehrmittelzentrale (I., Werdertorgasse 6) bei ihren Bücherbestellungen gern zu Rate ziehen, entgegenzukommen, wurden auch Kriegsbücher, welche die Jugendschriften-Prüfungskommissionen empfohlen haben, in die Musterbücherei aufgenommen; dieselbe kann an jedem Wochentag von 10 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr besichtigt werden. Verzeichnisse der empfohlenen Kriegsbücher werden auf Verlangen an Schulen versendet. Darin sind solche für jede Stufe und für die schulmündige Jugend angegeben, die man mit gutem Gewissen empfehlen kann.

K.

* *

Neues Wiener Tagblatt
24./VI. 1916

Schulschluß.

Wenn wir fast am Schluß des zweiten Kriegsjahres den üblichen Rückblick auf das abgelaufene Schuljahr werfen, muß zunächst der bedeutenden Hemmnisse gedacht werden, die sich der Unterrichtsverwaltung auch heuer bei ihrem Bemühen zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes entgegenstellten. Nicht bloß dem Mangel an Schulräumen, sondern auch dem Lehrermangel mußte abgeholfen und die widerstreitendsten Interessen mußten ausgeglichen werden, ehe es möglich wurde, mit dem Unterricht einzusetzen, um ihn dann fast ungestört bis zum normalmäßigen Schluß fortführen zu können.

Freilich machte sich der zum Teil verkürzte Unterricht und die dadurch der Jugend freigegebene Zeit stark fühlbar. Und wenn man diesen unausbleiblichen Begleitumständen des Krieges auch nicht alle Schuld an der leider zunehmenden Verwilderung und Verwahrlosung der Schuljugend beimessen will, so ist doch daran nicht zu zweifeln, daß neben dem Fehlen der väterlichen Zucht im Hause der unregelmäßige Schulbesuch, der Mißbrauch der Schulbesuchserleichterungen nicht minder verderblich auf die im schulpflichtigen Alter stehende Jugend wirkten, wie das Ueberhandnehmen der Schundliteratur, die Umgehung des Rauchverbotes und Gasthausbesuches sowie der Mangel an geeigneten Jugendheimstätten. Die jüngst erflossene Statthaltereiverordnung stellt sich mit ihren scharfen Abwehrmaßnahmen in dieser Frage an die Seite Deutschlands, wo bereits zahlreiche stellvertretende Generalkommanden mit ähnlichen Erlässen hervorgetreten sind, deren Strafandrohungen jedoch noch viel härtere Maßregeln ankündigen. Erst dem Zusammenwirken aller Faktoren aber wird es gelingen, die Jugenderziehung wieder in neue Bahnen zu lenken und die Kriminalität bei der Aburteilung jugendlicher Personen herabzusetzen.

An einschneidenden Reformen auf dem Gebiet von Erziehung und Unterricht war das letzte Kriegsschuljahr nicht allzureich. Die Schulbehörden beschränkten sich naturgemäß auf die nötigsten, durch den Krieg bedingten Verfügungen, ohne der Reform des gesamten Bildungswesens vorzugreifen, die nach dem Kriege kommen wird, weil sie kommen muß. Schon jetzt befassen sich die amtlichen Kreise und die Standesorganisationen mit der zukünftigen Gestaltung der Schulreform und manches sickert durch, das die Umrisse der reformierten Schule erkennen läßt. Man ist sich klar bewußt, welche harten Aufgaben die Zukunft dem Unterricht und der Erziehung stellen wird, und man ist bestrebt, sich jetzt schon ein Bild von dem Einfluß zu machen, den der Weltkrieg auf die Schulorganisation üben wird. Die im Kriege gemachten Erfahrungen werden gewiß nicht gering angeschlagen werden, zumal sie eine engere Anpassung der Schule an das Leben erheischen.

Von welchem Geiste die neue Schule beseelt sein wird, zeigt deutlich ein schon im Juli 1915 erschienener Erlaß des Unterrichtsministeriums, der sich mit der Eindämmung des Zudranges zu den Mittelschulstudien beschäftigt. Es geschieht nicht das erstemal, daß die oberste Schulbehörde warnend, aber von der besten Absicht erfüllt, ihre Stimme erhebt, um den Strom der studierenden Jugend zu den Hochschulen zu lenken, anstatt sie mühselig durch die Klassen der Mittelschulen durchzudrücken, ohne daß Neigung und Talent für diese Studien vorhanden wäre. Es ist ein Irrtum, zu glauben — so führt der Erlaß aus — daß sich nach dem Kriege ein größerer Personalbedarf gerade in jenen Berufen zeigen wird, zu deren Ergreifung Mittel- und Hochschulstudien nötig sind; viel eher wird ein Mehrbedarf sich bei den praktischen Erwerbszweigen, die der Hebung der Volkswirtschaft dienen, einstellen, bei jenen Berufen demnach, für welche die den weitesten Kreisen zugänglichen niederen Fachschulen vorbereiten, deren anerkannt gute Organisation die Gewähr dafür bietet, daß durch sie für Handel und Wandel tüchtige Kräfte vorgebildet werden. Allerdings wird die Unterrichtsverwaltung nicht säumen dürfen, im Zusammenhang mit ihren wohlmeinenden Weisungen und Ratschlägen auch das Berechtigungswesen zu regeln, das vielfach die Schuld an den in dem Erlasse beklagten Zuständen trägt.

Wenn die Unterrichtsverwaltung in der gleichen Kundgebung auch der Mädchenbildung gedenkt und die Mädchen behufs ihrer weiteren Ausbildung nach der Pflichtschule auf die sechsklassigen Mädchenlyzeen verweist, den im Bedarfsfalle realgymnasiale Oberklassen angefügt werden können, so muß man bedauern, daß nicht auch der hauswirtschaftlichen Ausbildung des weiblichen Geschlechtes Erwähnung geschieht, die gerade in den letzten Jahren dank der steten Fürsorge des Ministeriums für öffentliche Arbeiten so vielversprechende Fortschritte gemacht hat. Die jetzige Zeit hat uns wohl gelehrt, den Wert einer tüchtigen wirtschaftlichen Bildung der Frauen und Mütter schätzen zu lernen, und wenn die neuen Wege des Frauenfortschrittes diese Bahnen einschlagen, so mag man es zufrieden sein: sie werden uns das Durchhalten nur erleichtern.

Trotz aller Schwierigkeiten und trotzdem sich Lehrer und Schule vor ganz neue Aufgaben gestellt sahen, deren Bewältigung mit der fortschreitenden Dauer des Weltkrieges noch wachsen mußte, kann der Schule für ihre rühmenswerte Kriegsfürsorgetätigkeit auch in diesem zweiten Kriegsjahre rückhaltlos der Dank ausgesprochen werden. Wo immer es galt, sich an Liebeswerken zu beteiligen, die behördlich angeordneten Sammlungen zu fördern, Sammelstellen für Kriegsanleihezeichnungen zu errichten, die Bevölkerung bei den landwirtschaftlichen Arbeiten zu unterstützen und bei so vielen andern Anlässen ähnlicher Art, immer waren es Lehrer und Schule, die in edlem Wettbewerb sich in den Dienst des Vaterlandes stellten, ganz abgesehen von den vielen, die im Felde draußen mutig ihre Pflicht erfüllen.

So ging denn auch das zweite Kriegsschuljahr ohne wesentliche Erschütterungen vorüber, gekrönt von der Hilfsbereitschaft der Jugend auf allen Arbeitsgebieten, die zur Linderung der Not beitragen sollten. Diese Tätigkeit der Schuljugend auf so vielen Seiten der Kriegsfürsorge wird ein unverwelkliches Ruhmesblatt in der Geschichte der österreichischen Schulen für alle Zeiten bilden und noch kommende Geschlechter zur Nacheiferung anspornen. L. Fl.

Neues Wiener Tagblatt
24. VII. 1916

* **(Streichung Goutroux' aus der Liste der Berliner Akademie der Wissenschaften.)** Aus Berlin, 23. d., wird uns telegraphiert: Während die Pariser Akademie ihre deutschen und österreichischen Mitglieder bald nach Kriegsbeginn aus der Liste strich, führten die Akademien der Zentralmächte die Mitglieder jeder Nationalität weiter. Zu diesen Mitgliedern gehörte auch Emile Goutroux, neben Bergson der meistgenannte zeitgenössische Philosoph. Einige Monate vor Ausbruch des Krieges hatte Goutroux in Berlin und Jena auf Einladung der philosophischen Fakultät beider Universitäten Vorträge ghalten, in denen er seine Bewunderung für die Arbeiten und für den Anteil des deutschen Geistes an der Kultur der Menschheit ausdrückte. Nunmehr teilte in der letzten Sitzung der Berliner Akademie der Wissenschaften der Präsident mit, daß das bisherige korrespondierende Mitglied der philosophisch-historischen Klasse Herr Emile Goutroux in Paris auf seinen Wunsch aus der Liste der Mitglieder gestrichen worden ist.

Pester Lloyd 24./VI. 1916

Die Reform der Bürgerschulen.

Budapest, 24. Juni.

Der „Pester Lloyd" beschäftigte sich in seiner Donnerstagnummer in einem mit Dr. W. unterzeichneten Artikel mit jenem Ausschußbeschlusse des Budapester Vereins der Bürgerschulprofessoren, in welchem gegenüber der Novelle des Unterrichtsministers bezüglich der Bürgerschulreform einstimmig Stellung genommen wird.

Meine Hochachtung gegenüber dem Forum des „Pester Lloyd" veranlaßt mich, zur Rechtfertigung des Vorgehens des unter meiner Leitung stehenden Vereins und zur richtigen Beleuchtung dieses in der Tat wichtigen öffentlichen Interesses, die Erörterungen des in Frage stehenden Artikels richtigzustellen. Ich halte es weder mit der Würde des „Pester Lloyd" noch mit meiner eigenen vereinbar, auf die persönliche Seite des Artikels zu reflektieren. Ich beschränke mich bloß auf die Richtigstellung des ganz grundlosen Vorwurfes, daß ich die heutigen traurigen Zustände der Bürgerschule der Gutgläubigkeit und Verantwortlichkeit des Herrn Ministers Jankovich zur Last gelegt hätte. Im Gegenteil, der ganze Ausschuß und auch ich haben beständig bloß von den fast ein halbes Jahrhundert alten Irrtümern und Versäumnissen der Legislative und der Regierung gesprochen, die Minister Jankovich eben bloß fortsetzt.

Der Staat, die Gemeinden und die verschiedenen Konfessionen begannen auf Grund des Volksunterrichtsgesetzes vom Jahre 1870, Bürgerschulen in größerem Maße zu errichten. Die vier Klassen der Mädchenbürgerschule erfreuen sich im ganzen Lande einer blühenden Entwicklung. Auch die vier unteren Klassen der Knabenschulen sind ziemlich gut besucht, während die Schülerzahl in der fünften und sechsten Klasse stets gering war. Heute wird nur mehr in wenigen Schulen des Landes die fünfte und sechste Klasse aufrechterhalten. Diese auffallende Entvölkerung ist nach der allgemeinen Auffassung der Bürgerschulprofessoren auf zwei Ursachen zurückzuführen: einerseits entsprach der Lehrplan und die Tätigkeit der fünften und sechsten Klasse nicht mehr den Anforderungen des praktischen Lebens, andererseits wurde die Bürgerschule teils auf legislativem, teils auf Verordnungswege einer Reihe solcher Qualifikationsberechtigungen entkleidet, die andere ähnliche Schulen besaßen. Die Bürgerschulen sicherten bis zum Jahre 1883 den Absolventen der fünften und sechsten Klasse die Möglichkeit des Besuches von landwirtschaftlichen Schulen, der tierärztlichen Hochschule, der Forstakademie, sowie das Recht der Ablegung der Notärsprüfung. Die Absolventen konnten sich ferner um Stellen bei den Eisenbahnverkehrsämtern, in den staatlichen und munizipalen Hilfsämtern Rechnungsämtern, Manipulationsämtern, Telegraphen-, Steuer-, Zoll- und Salzämtern usw. bewerben. Die Bürgerschulen wurden durch das Qualifikationsgesetz von 1883 dieser Berechtigungen plötzlich entkleidet und erhielten nicht einmal die Begünstigung des Einjährigfreiwilligenrechtes. Die Legislative und die Regierung rotteten die Schüler aus der fünften und sechsten Klasse förmlich aus und nun wird durch statistische Daten bewiesen, daß die fünfte und die sechste Klasse der Bürgerschule vollkommen entvölkert sind, sich nicht bewährt haben und daher beseitigt werden müßten. Dieser offiziellen Auffassung gegenüber vertritt nun die gesamte öffentliche Meinung der Bürgerschulprofessoren seit Jahrzehnten den Standpunkt, daß sowohl die Knaben- wie die Mädchenbürgerschulen den Anforderungen des fortschreitenden Lebens entsprechend entwickelt und reformiert werden müssen. Diese Auffassung hat sich auch in der öffentlichen Meinung der ungarischen Gesellschaft Bahn gebrochen. Die verschiedenen Frauenvereine, in erster Reihe der Feministenverein sowie der Landesverband der ungarländischen Frauenvereine, nahmen in ihr Programm eine Reform der Mädchenbürgerschulen in der Richtung auf, daß diese Schulen, auf sechs Jahrgänge entwickelt, den Zöglingen die für die praktische Laufbahn notwendige Erziehung zu gewähren imstande sein sollen. Parallel damit offenbarten sich auch im ungarischen Wirtschaftleben ähnliche schulpolitische Bestrebungen. Der landwirtschaftliche Landeskongreß, der Ungarische Landes-Agrikulturverein, sowie auf die Initiative des Ungarischen Ingenieurvereins eine ganze Reihe industrieller und kommerzieller Landesinteressenvertretungen (der Landesverband der ungarischen Kaufleute, der Landesverband der Fabriksindustriellen, der Landesverband der chemischen Industriellen, der Ungarische elektrotechnische Verein, der Ungarische Ingenieur- und Architektenverein, der Landes-Industrieverein, der Landesverband der Privatingenieure, der Landesverein für handwerklichen Unterricht) forderten die Schaffung siebenklassiger Knabenbürgerschulen und die Entwicklung des Lehrplanes nach praktischer Richtung in der Weise, daß den Schülern den lokalen Bedürfnissen entsprechend landwirtschaftliche oder gewerbliche und technische Ausbildung zuteil werden könne.

Die Behauptung des Verfassers des Artikels im „Pester Lloyd" daß nur „ein ganz geringer Rest" der Bürgerschulprofessoren die siebenklassige Bürgerschule erstrebt, ist daher irrig. Der Millenniumskongreß für allgemeines Unterrichtswesen hat im Juli 1896 für die siebenklassige Volksschule Stellung genommen, und 1909 billigte sogar der Landesunterrichtssenat den Plan der siebenklassigen Bürgerschule.

Dieser öffentlichen Meinung gegenüber, welche die Wünsche der Lehrerorganisation und auch der gesellschaftlichen Interessenvertretungen vereinigte, vertrat der Unterrichtsminister Jankovich bisher stets die Auffassung, daß die Bürgerschulinstitution in der Tat reformbedürftig sei und daß er beide Reformen gemeinsam mit der Mittelschulreform, im Zusammenhang miteinander und einheitlich zu lösen wünsche. Die Bürgerschulprofessoren fanden sich mit diesem Programm des Ministers ab. Auch der Ueberraschung gegenüber, welche die unerwartete Einreichung der Novelle für die öffentliche Meinung bedeutet, bleiben die Mittelschulprofessoren bei der alten Auffassung des Ministers. Sie verlangen nicht, daß der Minister die siebenklassige Bürgerschule schaffen möge, sondern bleiben bei dem vor dem Kriege bestehenden stillschweigenden Uebereinkommen, daß der Minister die Bürgerschulreform zugleich und einheitlich mit der Mittelschulreform ins Werk setze.

Die Bürgerschulprofessoren lassen sich durch die ungewöhnliche Kürze der kaum einige Paragraphen zählenden Novelle nicht irreführen. Sie sehen klar, daß die Vorlage einerseits die zwei oberen Klassen der Knabenbürgerschule eliminiert, andererseits diese moderne, praktisch orientierte Institution durch Abänderung des Lehrplanes dem konservativen und privilegierten Interessen dienenden Gymnasium und der höheren Mädchenschule assimilieren will. Diese Institutionen, zu Gesetzeskraft erhoben, präjudizieren der ganzen Bürgerschulreform, und nageln deren Hauptprinzipien fest. Deshalb wünschen die Bürgerschulprofessoren, die legislative Verhandlung der Vorlage bis zum Kriegsende zu verschieben, beziehungsweise die Reform nach einer vor der Oeffentlichkeit abzuführenden fachgemäßen Debatte gleichzeitig mit der bevorstehenden Reform des mittleren Unterrichtes ins Werk zu setzen.

Zoltán Zigány.

Vossische Zeitung
24./VI. 1916

Deutsche Studien in Ungarn.

Von

Prof. Rudolf Eucken.

Wie die Waffenbrüderschaft mit Ungarn uns alles wertvoll macht, was eine innere Gemeinschaft zwischen Ungarn und uns zu stärken vermag, so werden wir mit lebhafter Freude das rege Studium der deutschen Sprache und Literatur begrüßen, das an der Universität Budapest getrieben wird. Zeugnis davon legt eine Sammlung von Schriften ab, die unter dem Titel: „Nemet Philologiai Dolgozatok“ (Arbeiten zur deutschen Philologie) von den Budapester Professoren Peß, Bleyer, Schmidt herausgegeben wird. Die Arbeiten sind, meist aus Dissertationen oder Preisschriften der Universität hervorgegangen, in magyarischer Sprache geschrieben, aber jeder Arbeit ist ein deutscher Auszug beigefügt, so daß man sich über den Charakter des Ganzen zur Genüge orientieren kann. Es liegen uns 18 derartige Schriften vor (2 von 1912, 6 von 1913, 5 von 1914, 5 von 1915), zum Teil von recht stattlichem Umfange, sie beschäftigen sich mit den verschiedensten Gebieten der deutschen Philologie; daß sie dabei meist irgendwelche Beziehung zu Ungarn wahren, das eben macht sie beachtenswert und schätzbar. Mehrere Arbeiten befassen sich mit Studien über die deutsche Sprache in Ungarn, so werden in drei Dissertationen Lautlehren der „Mundart zwischen der Raab und Lafniz, der „deutschen (rheinfränkischen) Mundart von Szeghegy (in Südungarn)“, „der deutschen Mundart der Gemeinde Béb (Komitat Vesprim)“ geboten, so wird auch „der heutige Stand der siebenbürgischen deutschen Sprachforschung“ dargelegt.

Andere Arbeiten befassen sich mit der Entwicklung deutschen Lebens und deutscher Literatur in Ungarn; hierher gehört eine „Geschichte der ungarländischen deutschen Zeitschriften bis 1810“ sowie eine „Geschichte der Ofener und Pester (deutschen) Theater bis zum Jahre 1812“, ferner eine „quellenkritische und sprachliche Untersuchung der deutschen Schriften Johannes Honterus'“ sowie eine Arbeit über den „siebenbürgisch-sächsischen Roman um die Mitte des 19. Jahrhunderts“, „das Soproner (Oedenburger) Kinderlied“. Auch manche biographische Beiträge finden sich, namentlich solche Persönlichkeiten betreffend, welche aus Ungarn gebürtig, eine nähere Beziehung zum deutschen Leben gewonnen haben; so wird gehandelt über „Franz Liszt und das literarische Leben in Weimar“, über „Ignaz Aurel Feßlers Leben und schöngeistiges Wissen“, über „Juliane Derys Leben und Dichten“.

Alles zusammen ergibt einen starken Eindruck von dem Ernst und dem Eifer, womit das Studium der deutschen Sprache und Kultur heute in Ungarn betrieben wird, im besonderen muß es uns Deutsche wohltuend berühren, daß auch das deutsche Leben innerhalb Ungarns volle Beachtung findet. Daß so viele geistige Fäden von altersher die beiden Länder verbinden, das muß auch den politischen Zusammenhalt fördern und ihn dauerhaft gestalten.

Die Zeit
24./VI. 1916

[Englisch oder türkisch?] Der Breslauer Universitätsprofessor Hillebrandt hat im preußischen Herrenhaus einen Antrag eingebracht, wonach der obligatorische Unterricht in Englisch und Französisch an den höheren Schulen allmählich „abgebaut" und statt dessen „andere moderne Sprachen" — gemeint sind nach dem Wortlaut des Antrages vor allem orientalische Sprachen — eingeführt werden sollen. Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vor Pfingsten beschlossen, diesen Antrag der Regierung zur Prüfung zu überweisen. Gegen diesen Antrag wendet sich nun eine Zuschrift, die die Rheinisch-Westfälische Zeitung an leitender Stelle veröffentlicht. Ganz richtig bemerkt diese Zuschrift, daß der Antrag Hillebrandt, wenn er überhaupt einen praktischen Wert haben soll, auf die Türkei und Bulgarien zugeschnitten sei. „Ebensowenig wie das radikale England und sein Anhang," heißt es darin, „nach dem Kriege den Handelskrieg gegen Deutschland bis aufs Messer durchführen können, ebensowenig werden sich unsere Bundesgenossen trotz aller Verträge so eng an uns anlehnen können, daß wir mit einem Male unsere ganze geistige Bildung von heute ‚neu orientieren' müßten. Das werden unsere Bundesgenossen selber kaum von uns verlangen, ebensowenig wie wir ihnen zumuten können, Englisch und Französisch zu verbannen und sich ganz der deutschen Sprache zu widmen, so erfreulich das auch für uns wäre. Englisch ist, um Französisch ganz beiseite zu lassen, auch heute noch die Weltsprache, das heißt das internationale Verständigungsmittel und wird es noch auf lange Zeit hinaus bleiben. Das sind Tatsachen, um die man nicht herumkommt." Die Rhein.-Westf. Ztg. läßt nicht einmal den Einwand gelten, daß mit dem Antrag Hillebrandt den Bundesgenossen Deutschlands ein Dienst und eine Freude bereitet werden soll. Mit Recht hebt die Zuschrift hervor, daß die Türkei und Bulgarien mit ihren Bundesgenossen und „Freunden" so schlimme Erfahrungen gemacht haben, daß sich bei ihnen ein tiefes Mißtrauen Freunden gegenüber eingewurzelt hat. „Allmählich muß ihnen durch die Tat gezeigt werden, daß wir ihr Land nicht als Interessensphäre ansehen wollen, aus der nach berüchtigten Mustern später nur ein Ausbeutungsgebiet wird, sondern daß wir ihnen wirklich etwas bieten können und wollen. Das aber erfordert viel Geduld und vielleicht noch mehr Taktgefühl. Der Antrag Hillebrandt jedoch ist nur zu sehr geeignet, bei unseren Bundesgenossen mißverstanden zu werden und den Anschein zu erwecken, als sei es uns in der nächsten Zeit nur darum zu tun, ein Heer von bulgarisch und türkisch sprechenden Kulturbringern heranzuzüchten, das ihre Länder überschwemmen solle. Der Antrag wird als unerbetene Aufmerksamkeit ausgelegt werden, die als Aufdringlichkeit wirken muß."

Die Zeit
25./VI. 1916

Die Feindessprachen.

Im preußischen Herrenhause ist kürzlich der Antrag eingebracht worden, den französischen und englischen Sprachunterricht aus dem Lehrplan der deutschen Mittelschulen allmählich zu beseitigen. Als Ersatz würde sich nach der Meinung des Antragstellers die Erlernung orientalischer Sprachen empfehlen. Von diesem seltsamen Versuch, die fernschweifenden Bagdadbahn-Phantasien gleich in die nächste Schulpraxis zu überpflanzen, soll hier nicht weiter die Rede sein. Aber der Gedanke, die neben der deutschen Sprache wichtigsten Kultursprachen der Erde, die französische und englische, sozusagen strafweise aus dem deutschen Lehrplan zu verstoßen, verdient doch einige Beachtung — wenn auch nur als Symptom einer Geistesrichtung, die unmittelbar aus dem Zeitmilieu des Krieges entsprungen ist. In den Anfängen des Krieges hätte einer solcher Gedanke sogar einer weitverbreiteten Stimmung entsprochen. Damals waren die nationalen Haßempfindungen, die der Krieg zum äußersten entflammt hatte, noch so frischglühend, daß jede Art Boykottierung des Gegners, jeder Vorschlag wirtschaftlichen und geistigen Verkehrsabbruches auf vielseitige Zustimmung rechnen konnte. Seither ist aber eine geraume Zeit vergangen, und wenn auch die lange Dauer des Krieges die Schärfen der Kriegführung nicht gemildert hat, so hat sie doch die Auffassungen geklärt und die ruhige Besonnenheit im Urteil wieder die Oberhand gewinnen lassen. Der beliebte Gruß „Gott strafe England" ist rasch wieder außer Gebrauch gekommen, und der Haßgesang Lissauers, von dem einst alle Salons und Wirtsstuben widerhallten, war nur eine vergängliche Tagesmode. Die wirtschaftlichen und kulturellen Verheerungen, die dieser Krieg angerichtet hat, wecken nachgerade bei allen Vernünftigen nur die Sehnsucht nach einem Wiederaufbau. Der Haß, als ein zerstörendes Element, verliert seine Popularität, und es ist bezeichnend, daß der im preußischen Herrenhause eingebrachte Sprachenantrag nirgends in Deutschland Zustimmung, ja selbst in ausgesprochen alldeutschen Organen offene Ablehnung erfährt.

Die Modezeit für solche Ueberspanntheiten ist vorüber. Man überlegt jetzt nachdenklicher, und wer nur überhaupt ein wenig nachdenkt, muß doch auf den ersten Blick erkennen, daß der Deutsche geradezu selbstmörderisch handeln würde, wenn er das wertvolle Rüstzeug der Fremdsprachenkenntnis von sich würfe. Erlernen wir etwa den Engländern und Franzosen zuliebe ihre Sprachen? Und strafen wir sie, indem wir auf diese Bereicherung unserer Bildung und unserer praktischen Fähigkeiten verzichten? Im Gegenteil, man kann sicher sein, daß die Engländer, wenn sie nur irgend könnten, fürs Leben gern den Deutschen die Erlernung des Englischen verbieten würden, ja, daß sie ihnen dieses Verbot am liebsten als eine Bedingung des Friedens diktieren möchten. Zählt doch eben die Sprachenkenntnis zu den Eigenschaften, die den deutschen Kaufmann zu einem so gefährlichen Konkurrenten machen. Gelänge es, den deutschen Kaufmann von dem Gebrauch eines so wichtigen geschäftlichen Hilfsmittels, wie es die Beherrschung einer Weltsprache ist, auszuschließen, oder beginge er gar die Torheit, sich selbst davon auszuschließen — niemanden könnte das willkommener sein als dem Engländer, nichts könnte dessen Hegemoniestreben auf dem Weltmarkt besser fördern. Je erfolgreicher der Deutsche seine englischen und französischen Sprachstudien betreibt, desto erfolgreicher wird er diesen Nationen überall in der Welt als Mitwerber um Macht und Gewinn entgegentreten. Ist es noch notwendig, neben diesen praktischen Erwägungen auf den geistigen Reichtum hinzuweisen, den das deutsche Volk seiner liebevollen Beschäftigung mit den fremden Sprachen und Literaturen verdankt? Die deutsche Uebersetzungskunst steht einzig da auf Erden, als leuchtendes Denkmal unserer natürlichen und fleißig kultivierten Begabung, fremdes Wesen tiefschöpfend zu erfassen und dessen beste Werte uns völlig anzueignen. Das deutsche Volk wird einer augenblicklichen Aufwallung des Hasses niemals seine alte Kulturliebe zum Opfer bringen. Und es wird, um dem Feind eine Grimasse zu zeigen, nicht die geschichtliche Physiognomie seiner Bildung aufgeben.

Reichspost
25./VI. 1916

160

* **Unnötige Erschwerung des Medizinstudiums während der Kriegszeit.** Wie wir erfahren, hat der Professor der Anatomie an der Wiener Universität Dr. Tandler seinen Hörern die Bedingung auferlegt, daß sie von ihm nur dann das Semester testiert erhalten sollten, wenn sie seinen Vorlesungen ohne Unterbrechung und Pause beigewohnt hätten. Zweimal im Halbjahr würde er eine Namenlesung vornehmen. Wer da beidemale fehlt, der verfalle der angedrohten Strafe. Professor Dr. Tandler hat diese Namenlesung in diesem Sommersemester vorgenommen und verweigert nun den bei diesen Vorlesungen Abwesenden tatsächlich die Testur. Alle christlichen Professoren haben sich bemüht, im Sinne des Unterrichtsministeriums und des Militärkommandos den Studenten die Versäumnisse infolge des Krieges nicht derart fühlen zu lassen. Nur Professor Tandler macht Schwierigkeiten. Vielen Inskribierten ist es durchaus unmöglich, die Vorlesungen regelmäßig zu besuchen, weil sie doch nur formell — mit Erlaubnis ihres Kommandos — der Universität angehören. Alle Begünstigungen, die den eingerückten Hörern gewährt wurden, sind durch diese „Verordnung" Dr. Tandlers umgestoßen und in ungezählten Fällen würde die Durchführung dieser Maßregel den Studenten mehrere Jahre kosten.

Vossische Zeitung 25./VI. 1916

Die deutsche Universität und die ausländischen Studenten.

Von

Professor Dr. Thomas C. Hall aus New-York.

Es hat manchen deutschen Universitätsdozenten unangenehm überrascht, daß seine früheren Studenten in fremden Ländern bei Ausbruch des Krieges so wenig Verständnis für deutsches Wesen und deutsches Denken an den Tag gelegt haben. Es wird auch nach dem Kriege wohl unbedingt nötig sein, die ganze Frage des Besuchs der deutschen Hochschulen durch Ausländer gründlich in Erwägung zu ziehen. Vielleicht darf dazu ein Amerikaner, der als Dozent in den Vereinigten Staaten und als früherer Student in Deutschland manche Erfahrungen hinter sich hat, einen Vorschlag machen, der hoffentlich, wenn er angenommen werden sollte, beiden Ländern nützlich sein wird. Ich schreibe ausdrücklich „beiden Ländern", denn ich denke nur an die akademischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Wie es in dieser Hinsicht um andere Länder steht, entzieht sich meiner Kenntnis. Tatsache ist es, daß, wie die Sache jetzt liegt, die meisten amerikanischen Studenten nach meiner Erfahrung mit einem wunderlichen Zerrbilde von der deutschen Hochschule in die Heimat zurückkehren. Selbst diejenigen, die in Deutschland promoviert haben und sich einbilden, die deutsche Universität gründlich zu kennen, sind oft tatsächlich am allerwenigsten über sie unterrichtet. Wie kommt das? Es liegt in unseren Verhältnissen.

Die amerikanische Universität hat manche Vorzüge, gewissenhafte und ernste Arbeit wird dort geleistet, aber unsere durchschnittliche Vorbildung dafür ist gradezu jämmerlich. Es kommen zu uns in New-York Studenten, die Theologie und Philosophie studieren möchten und den Grad eines „Baccalaureus artium" erhalten haben, aber nicht einmal imstande sind, einen fehlerfreien Brief in der eigenen Muttersprache zu schreiben. An der Theologischen Hochschule, an der zu arbeiten ich die Ehre habe, hat man einen Dozenten anstellen müssen, dessen Pflicht es ist, einen jeden Studenten, er mag von „Harvard" oder von der X. Y. Z.-„Universität" in Oklahoma kommen, zu prüfen, ob er die eigene Muttersprache einigermaßen richtig schreiben kann, und im Falle daß er es nicht kann, ihm die nötigen Anweisungen zu geben!

Kommt nun der amerikanische Durchschnittsstudent nach Deutschland, so ist er gänzlich ohne Kenntnisse der deutschen Sprache, und er hat, leider Gottes, keine ordentliche Arbeitsmethode, er weiß nicht einmal, wie er es anzufangen hat, die Sprache zu lernen. Er geht in Vorlesungen über die schwierigsten und abstraktesten Probleme, um die Sprache zu lernen. Er ist außerdem gewöhnlich sehr arm, oft noch dazu verheiratet, und will, sobald wie nur möglich, den Stempel der deutschen Hochschule auf seine Papiere drücken lassen können, damit er eine Stelle in den Vereinigten Staaten bekommen kann. Er ist meistens fleißig, sehr gewissenhaft, oft energisch und begabt, aber selbst in Fällen, wo die Vorbildung nicht durchaus schlecht gewesen ist, ist sie oft total ungeeignet, als Vorstufe für die deutsche Universität zu dienen.

Die meisten Amerikaner kehren von Deutschland mit der Vorstellung zurück, daß die deutsche Universität eine Lehranstalt sei, wo man ungezählte Vorlesungen über alle möglichen Sachen bezahlen und hören kann, um später eine Prüfung zu bestehen, um sich Doktor nennen zu können. Selbst meine begabtesten Studenten, die nach einem Besuch einer deutschen Universität zurückgekehrt sind, haben mich oft überrascht durch ihre in die Augen springende völlige Unkenntnis des deutschen Wesens und des deutschen Studentenlebens. Diese haben in irgendeiner Pension für Ausländer gewohnt, die Landessitten nie kennen gelernt, und ihre Vorstellungen gründen sich oft bloß auf den vielfach direkt unfreundlichen Klatsch innerhalb der amerikanischen „Kolonie", in welcher sie allein verkehrt haben.

Diese „Kolonien" sind zum großen Teil ein Fluch für die Universität sowohl, wie für die amerikanischen Studenten selber. Nur allzu oft beherrscht ein älterer verbummelter Student diese ganze Gesellschaft und verleitet alle, die sich verleiten lassen, zum Bummeln und zu noch schlimmeren Sachen. Wer einmal in diese Kreise geraten ist, gewinnt kaum noch Anschluß an gute deutsche Familien oder gute studentische Kreise und verliert damit die Möglichkeit, sich aus eigener Anschauung ein besseres Urteil zu bilden.

Nun kommt die schwierige Frage, wie die deutsche Hochschule sich in der Zukunft gegen solche Elemente und solche Verkennung schützen kann. Es gibt, nach meiner Ansicht, nur den einen Weg. Man muß von allen ausländischen Studenten ein Zeugnis der Reife verlangen, das einigermaßen dem Abiturientenexamen entspricht, und dieses Zeugnis muß von den angestellten Lehrern eines deutschen Gymnasiums oder einer gleichwertigen deutschen Schule ausgestellt sein, die selbstverständlich für die Mühewaltung bei der Prüfung honoriert werden müssen. Es wäre dann möglich, in jeder Universitätsstadt einen Ausschuß zu bilden, der diese allerdings etwas undankbare Aufgabe übernehmen könnte, und solche Herren würden durch ihre Erfahrungen in kurzer Zeit imstande sein, die unreifen und unfähigen Elemente zurückzuweisen. Eine solche Maßregel würde auch auf unsere Vorbildung in Amerika vorteilhaft zurückwirken. Man wäre gezwungen, etwas Deutsch als Vorbedingung zu lernen, und man würde hoffentlich aufhören, die Vorlesungen über Kant und Schopenhauer als Einleitung in die deutsche Sprache zu mißbrauchen.

Die Anzahl der Studenten aus Amerika würde sich wohl im Anfang etwas verringern, aber man könnte dafür hoffen, daß sie künftig nicht mehr mit ganz falschen Vorstellungen von der deutschen Erziehung in die Heimat zurückkehren werden; und das Unrecht, das man jetzt an dem deutschen Studenten begeht, indem man ihm gänzlich unreife Kommilitonen als gleichberechtigt zum Besuch der Universität an die Seite stellt, würde aufhören.

Indem die deutsche Hochschule sich selbst auf diese Weise schützt, würde sie auch dem amerikanischen Erziehungswesen einen großen Dienst leisten und zugleich die Achtung vor dem Doktorgrade der deutschen Universitäten im Ausland noch erheblich erhöhen.

Neues Pester Journal 163
25. IV. 1916

* Die hauptstädtische Unterrichtskommission hielt heute unter Vorsitz des Magistratsraths Dr. Edmund Wildner eine Sitzung, in welcher Magistratsobernotär Dr. Julius Wittinger das Referat führte. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte Vorsitzender mit, daß die Vorlage über die Reform der Bürgerschulen fertiggestellt ist. Er beantragt, zur Vorbereitung der Vorlage für das Plenum ein Subkomité zu entsenden, in welches auf seinen Antrag hin Karl Ember, Dr. Adolf Leitner und Béla Paksy gewählt wurden und das unter Vorsitz Wildner's und nebst dem Referat des Bürgerschuldirektors Julius Maróth verhandeln wird. Vorsitzender lädt die Kommission ein, die Küchengärtnerei auf der Biharerstraße, die glänzende Ergebnisse aufzuweisen hat, zu besichtigen. Der Bau der Bürgerschule in der Bajzagasse soll wieder in Angriff genommen und bis zum Herbst fertiggestellt werden. Desgleichen die Schule in der Simorgasse. An der Hand der Tagesordnung gelangte der Abänderungsvorschlag des Leiters der Unterrichtssektion bezüglich der Wartezeit des Lehrpersonals zur Verhandlung. Im Sinne des Gehaltsstatuts ist der Magistrat nämlich berechtigt, nach zehnjähriger Dienstzeit die Verkürzung der Wartezeit in Vorschlag zu bringen. Magistratsrath Dr. Edmund Wildner proponirt Alternativen, und zwar mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage der Hauptstadt mögen derzeit 15 Jahre in Betracht gezogen werden, was eine Mehrausgabe von 69,000 Kronen bedingt, während bei 10 Jahren die Kosten 90,000 Kronen betragen würden. Die Kommission acceptirte die Basis von 10 Jahren. Nun gelangten die Religionsunterrichts- und Schulunterstützungen zur Verhandlung. Dr. Michael Szalay stellte sich auf den Standpunkt der absoluten Ablehnung und bemerkte, die Hauptstadt möge den Religionsunterricht mit ihren eigenen Lehrkräften besorgen. Die konfessionellen Schulen mögen Religionsunterricht treiben, wie es ihnen beliebt, aber auf eigene Kosten. Ueberhaupt soll mit dem Religionsunterricht erst in der dritten Normalklasse begonnen werden. Schließlich beantragt er, die Unterstützung den konfessionellen Unterrichtsanstalten gänzlich zu entziehen. Gegen diese Auffassung sprachen Anton Acsay, Dr. Rudolf Havas, Julius Reßmélyi und Magistratsrath Edmund Wildner, worauf über den Antrag Szalay's zur Tagesordnung übergegangen und die Unterstützungen, die sich im Rahmen der vorjährigen bewegen, unverändert angenommen wurden.

Die Zeit
27./VII. 1916

Die Staatsangehörigkeit der Schüler.

Der Landesschulrat hat an die Bezirksschulräte nachstehenden Erlaß gerichtet: „Die Bezirksschulräte werden angewiesen, das Erforderliche zu veranlassen, daß in den Klassenkatalogen in der Rubrik, in der die Heimatszuständigkeit eingetragen wird, in Hinkunft bei jenen Schülern (Schülerinnen), die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, auch die bezügliche Staatsangehörigkeit zu vermerken sein wird. Die Schulleitungen werden daher aufzufordern sein, bei der Aufnahme die Staatsangehörigkeit solcher Schulkinder zu ermitteln." Der an die Direktionen der dem Landesschulrate unmittelbar unterstehenden Lehranstalten gerichtete Erlaß lautet: „Die Direktionen werden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß in den Hauptkatalogen in der Rubrik ‚Vaterland' in Hinkunft nicht nur das Land, in dem der Geburtsort des Schülers (Schülerin) liegt, sondern bei jenen Schülern (Schülerinnen), die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, stets auch die Staatsangehörigkeit vermerkt werde."

Neues Wiener Tagblatt
28/IV. 1916

Erlässe des Unterrichtsministeriums.

Das Unterrichtsministerium hat an die Direktionen sämtlicher Knabenmittelschulen und verwandten mittleren Lehranstalten betreffs der Ergänzungsprüfung zur Erlangung des Einjährigen-Freiwilligen-Rechtes in den letzten Tagen nachstehenden Erlaß (Zahl 15171) gerichtet:

Da über die Berechtigung von militärpflichtigen Schülern zur Zulassung zur Ergänzungsprüfung in der Oeffentlichkeit und zum Teil auch bei den Direktionen der in Betracht kommenden Mittelschulen und sonstigen mittleren Lehranstalten eine unzutreffende Auffassung der betreffenden wehrgesetzlichen Bestimmung besteht, macht das Ministerium für Kultus und Unterricht darauf aufmerksam, daß laut § 21 : 1, dritter Absatz Wehrgesetz, nur solche Schüler zu der Ergänzungsprüfung behufs Erlangung des Einjährig-Freiwilligen-Rechtes zugelassen werden können, welche sechs Klassen einer staatlichen oder mit dem Oeffentlichkeitsrecht ausgestatteten privaten Mittelschule (Gymnasium, Realschule) oder die ersten zwei Jahrgänge einer mit dem Oeffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehrerbildungsanstalt als öffentliche Schulen mit Erfolg zurückgelegt oder auf Grund regelmäßigen Schulbesuches einer andern mittleren Lehranstalt einen gleichzuhaltenden Studiennachweis erlangt haben, und daß demnach eingeschriebene Privatisten solcher Anstalten zur Ergänzungsprüfung nicht zugelassen werden.

In einem andern Erlasse hat das Unterrichtsministerium angeordnet, daß in Hinkunft Lehrkräfte der allgemeinen Volks- und Bürgerschulen und andrer öffentlicher Lehranstalten, die neben ihrem besoldeten Hauptberuf zur Unterrichtserteilung an staatlichen Mittelschulen herangezogen werden, nicht mehr als Supplenten in Verwendung zu nehmen und als solche zu beeiden, sondern lediglich als „in aushilfsweiser Verwendung stehende Lehrer" zu bestellen sind.

Anläßlich eines besonderen Falles hat das Ministerium nachstehendes (mittels Erlasses 14841) eröffnet: „Bei der Verteilung der Normaldotation für Lehrmittel wird an den Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen von den Lehrkörpern der Vorgang eingehalten, daß für diejenigen Fächer, für welche — in dem Erlasse vom 14. Juni 1878 — kein besonderer Betrag festgesetzt ist, auf Grund konferenzieller Vereinbarung ein Betrag bestimmt wird. Für den Unterricht in der katholischen Religion entfällt hiebei üblicherweise ein Betrag von 20 K. Nach einer an das Ministerium für Kultus und Unterricht eingebrachten Eingabe des Vereines der katholischen Religionslehrer an den Mittelschulen Oesterreichs war dieser Betrag nicht immer zu erreichen, und es wird deshalb angeordnet, daß für den Religionsunterricht aus der Normaldotation für Lehrmittel der Betrag von 20 K. der katholischen Religionslehre zuzuweisen ist."

Hamburger Fremdenblatt
30. VIII. 1916

168 30

Unterrichtsfragen in der Kriegszeit.

Von Geheimrat Prof. Dr. Rudolf Eucken.

Kaum gibt es etwas, das neben den Ereignissen des Krieges das deutsche Volk heute so beschäftigt, wie die Fragen des Unterrichtswesens. In unermeßlicher Fülle strömen Reformvorschläge uns zu, sie fügen sich keineswegs leicht zusammen, sondern gehen oft weit auseinander. Auch an lockenden Schlagwörtern fehlt es nicht, und die Gefahr liegt nahe, daß der Streit der Parteien die sachliche Würdigung schädige. Demgegenüber seien einige Erwägungen vorgetragen, die nicht in die Streitfragen eingreifen möchten, vielmehr nach einem Standort streben, der die Bewegungen der Gegenwart in Ruhe und Umsicht zu betrachten gestattet.

Zunächst sei uns stets gegenwärtig, daß die Siege unserer Waffen auch Siege unserer Schule sind. Denn die Männer, deren Heldentaten wir heute bewundern, sind durch unsere Schulen hindurchgegangen und durch ihre treue Arbeit zu dem gebildet worden, was sie heute leisten und sind. Das darf uns ein Zeichen dafür sein, daß die deutsche Schule keineswegs einer radikalen Umwälzung bedarf; daß sie keinen schroffen Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen braucht. Aber das schließt keineswegs aus, daß die Erfahrungen dieser gewaltigen Zeit manche Verbesserungen nahelegen, daß Weiterbildungen der überkommenen Grundlage wünschenswert sind; daß diese Weiterbildungen in rechter Weise erfolgen, das ist von nicht geringer Bedeutung.

Drei Hauptrichtungen sind es, in denen der Krieg über den bisherigen Stand hinaustreibt: Soziales, Nationales, lebendige Gegenwart, sie alle stellen neue Fragen und Forderungen. Daß der Krieg die Glieder aller Volksklassen näher zusammengeführt, sie mit gegenseitiger Achtung erfüllt und sich als engverbundene Glieder eines Ganzen hat fühlen lassen, daß muß seine Wirkung auch in das Unterrichtswesen erstrecken; es muß hier alles verschwinden, was noch an künstlichen Unterschieden besteht, was mehr zur Scheidung als zur Verbindung wirkt; auch ist möglichst alle Kraft auszubilden, die in unserem Volke aufstrebt. So fallen uns hier große Aufgaben zu. Aber ihre Anerkennung besagt keineswegs, daß völlige Gleichheit zu erstreben sei und alle Unterschiede zu verschwinden hätten; denn es gibt auch andere als künstliche Unterschiede, und es kann auch die Sorge um den Stand der Kultur eine Verschiedenheit der Bildungswege empfehlen. So gilt es in unbefangener Weise die Möglichkeiten abzuwägen und uns dabei tunlichst zu verständigen; keine Beantwortung der schwierigen Frage sollte den Ruhm sozialer Gesinnung für sich allein in Anspruch nehmen und dadurch die anderen von vornherein ins Unrecht zu setzen suchen.

Weiter wird mit unbestreitbarem Recht eine stärkere Betonung des Nationalen in der Schule verlangt. Wir Deutschen haben so viel Unbill und Haß von fremden Völkern erfahren, und wir haben so gewaltige Kraft bei uns selbst erwiesen, daß wir uns notwendig mehr auf uns selbst zurückziehen und bei uns selbst befestigen müssen; dafür gilt es, sich mehr auf unsere eigne Art zu besinnen und diese deutlich hervorzukehren. So muß auch der Unterricht deutsche Art und deutsches Bewußtsein stärker zu entwickeln suchen. Aber auch dafür bieten sich verschiedene Wege; bei ihrer Prüfung sei nicht vergessen, daß unsere Kultur sich in engem Anschluß an die Gesamtbewegung der Menschheit ausgebildet und Wechselwirkung mit anderen Völkern aufrechterhalten hat. Es müßte eine Verengung und Verarmung ergeben, wenn wir alles empfangene Gut als Eindringling ausscheiden wollten, wie etwa die antike Kultur, da sie uns doch ein wesentliches Stück eigenen Lebens geworden ist. Wenn wir über dem Menschen den Deutschen nicht zurückstellen wollen, so wollen wir auch über dem Deutschen nicht den Menschen mit seinen Fragen vergessen. So hätte die nähere Durchführung des Strebens nach nationaler Kräftigung sich gegenwärtig zu halten, daß die bloße Ausdehnung des deutschen Unterrichts noch keineswegs eine Bildung zu deutschem Wesen sichert; auch hier tut es nicht die Masse, sondern der Geist, und wie wir diesen entzünden wollen, das ist keine einfache Sache.

Drittens haben die ungeheuren Aufgaben und die großen Leistungen der Kriegszeit uns das Leben mehr in die unmittelbare Gegenwart gestellt; alle Vergangenheit hilft uns heute nicht, aus der Lage der eigenen Zeit heraus gilt es zu entscheiden und zu handeln. So muß auch in unserem Unterricht die Gegenwart mehr Raum erhalten, und energischer wird alles abzuweisen sein, was uns von bloßer Vergangenheit künstlich festgehalten wird, was nicht eine lebendige Wirkung auch in die Gegenwart erstreckt. Es ist eine alte Klage, daß wir Deutschen unser Lebensschiff zu sehr mit gelehrtem Ballast beladen und dadurch der Gegenwart ihre volle Frische rauben. Aber der Kampf gegen eine solche Gefahr lasse uns nicht übersehen, daß sich die Kultur unmöglich auf die Gegenwart des bloßen Augenblicks stellen läßt, daß sie eine zeitüberlegene Gegenwart fordert, die alles aufnimmt und festhält, was das Streben der Jahrtausende an Ewigkeitsgehalt gewinnen ließ. Wollten wir auch solchen bleibenden Besitz der Menschheit aus dem Unterricht entfernen, weil er die ganze Folge der Zeiten in sich trägt, so kämen wir in die Gefahr, den Gehalt des Lebens arg zu mindern und den inneren Zusammenhang mit der Menschheit aufzugeben. Hier wie bei den früheren Aufgaben gilt es notwendige Ziele nicht zu rasch an besondere Wege zu binden, gilt es, die Gegenwart nicht ohne eine sorgsame Prüfung an den bleibenden Zielen der Menschheit über die Gestaltung der Zukunft entscheiden zu lassen. Eben das Werk der Schule fordert einen ruhigen und bedächtigen Aufbau; kann die Schule ja nur durch die Folge der Geschlechter wirken, und hat sie sich für mannigfache Aufgaben der Zeiten offenzuhalten. Möchten wir also bei aller Offenheit für die Eindrücke und die Erfahrungen dieser großen Zeit uns die Umsicht der Betrachtung und die Ruhe des Urteils wahren, und möchten wir nicht zur Parteisache stillen lassen, was eine gemeinsame Aufgabe des ganzen Volkes ist. Möchten alle, die auf diesem Gebiet ihre Stimme erheben und für neue Vorschläge werben, sich der großen Verantwortung bewußt sein, die das Wirken an diesen Fragen jedem Einzelnen auferlegt.

Neues Wiener Tagblatt
30./IV. 1916

* (**Prüfungen aus der bulgarischen Sprache.**) Vorgestern nachmittag fanden an der k. k. Lehranstalt für orientalische Sprachen unter der Leitung des Professors Konstantin M. Gheorgiew die Prüfungen aus der bulgarischen Sprache statt. Unter den anwesenden Gästen sah man Geheimen Rat Sektionschef Cwiklinsky vom Unterrichtsministerium, die Herren der bulgarischen Gesandtschaft, Legationsrat Dr. Stojanow, der in Vertretung des bulgarischen Gesandten erschienen war, den Gesandtschaftssekretär Milko Gheorgiew, aus dem Ministerium des Aeußern Generalkonsul v. Potere, den Direktor der Lehranstalt für orientalische Sprachen Dr. Pekotsch, Professor Bayer und andre Professoren der Anstalt. Professor Gheorgiew leitete die Prüfungen mit einer Ansprache ein, in der er besonders auf die Bedeutung hinwies, welche die Kenntnis der bulgarischen Sprache für die gegenseitige Annäherung der Völker der verbündeten Staaten habe. Er erwähnte, daß sehr viele bulgarische Politiker, Journalisten und Kaufleute, wenn sie nach Wien kamen, wiederholt die Lehranstalt für orientalische Sprachen aufsuchten, um mit den Hörern der bulgarischen Sprache Fühlung zu nehmen; selbstverständlich hatten die Hörer hiebei gute Gelegenheit zur Sprachübung und zur Anbahnung eines innigeren Kontaktes mit den Bulgaren. Professor Gheorgiew wies sodann auf die großen Fortschritte hin, die die Hörer der bulgarischen Sprache erzielt haben und die nur dem Interesse und dem Verständnis, das in Wien Bulgarien in überreichem Maße entgegengebracht wird, zuzuschreiben seien. Schließlich gedachte er noch der glücklichen Initiative, die Sektionschef Cwiklinsky durch die Gründung der Lehrkanzel für die bulgarische Sprache betätigt hat. Die Prüfungen nahmen sodann ihren Anfang. Prüfungsgegenstände bildeten Lektüre aus der bulgarischen Literatur, Grammatik, Konversation, Vortrag bulgarischer Gedichte und Erzählungen. Unter anderm wurde auch ein bulgarisches Gedicht, in dem die Verbündeten verherrlicht werden, von einer Hörerin sehr verständnisvoll vorgetragen. Alle Kandidaten setzten mit ihren in einer Frist von kaum fünf Monaten erreichten Kenntnissen die anwesenden Gäste in Erstaunen, aus deren Mitte sehr oft anerkennende Zurufe laut wurden. Besonderen Eindruck machten Mittelschulprofessor Dr. Illinger, Fräulein Mitzi Piskatsch und Fräulein Kuzel, als sie in bulgarischer Sprache und freier Rede die Geschichte der bulgarischen Literatur in dem goldenen Zeitalter Simeons wiedergaben. Es wurden nun noch mehrere bulgarische Gedichte mit sehr großem Erfolg vorgetragen. Alle Hörer beherrschten auch die cyrillischen Schriftzeichen. Sämtliche Kandidaten bestanden die Prüfung glänzend. Nach der Verteilung der Preise dankte im Namen der Hörerschaft Fräulein Martha Piskatsch in freier bulgarischer Rede dem Professor Gheorgiew, der sich mit seiner ausgezeichneten Methode und so eifrig den Schülern gewidmet und sich um den erfolgreichen Unterricht so verdient gemacht habe. Professor Gheorgiew betonte in seiner Antwort, die großen Erfolge seiner Hörer messe er nur ihrem verständnis- und liebevollen Interesse für Bulgarien zu. Sektionschef Cwiklinsky, die Herren der bulgarischen Gesandtschaft, Generalkonsul v. Potere, der einige Jahre in Sofia war und die bulgarische Sprache vollkommen beherrscht, der Direktor der Anstalt und die andern Gäste beglückwünschten Professor Gheorgiew sehr herzlich und drückten ihm ihre große Ueberraschung über die glänzenden Kenntnisse der Hörerschaft aus, die sie sich in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum erworben habe.

Die Zeit
2./VIII.1916

172

[Schüleraustausch zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.] Aus Berlin wird berichtet: Das Komitee für internationalen Schüleraustausch, das vor dem Kriege eine sehr segensreiche Tätigkeit unter dem Vorsitz des verstorbenen Geheimrates Michaelis entfaltete, hat, der Voss. Ztg. zufolge, in Anbetracht der neuen Verhältnisse beschlossen, sich der Waffenbrüderlichen Vereinigung als besondere Abteilung anzugliedern. Es hat in Aussicht genommen, für den Ferienaustausch zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, später überhaupt mit den Verbündeten zu wirken. In Anschluß an diese Meldung teilt Geheimrat Gropp, der nunmehr den Vorsitz des Komitees übernommen hat, dem genannten Blatt mit, daß noch zwölf französische und sieben deutsche Schüler, die bei Kriegsausbruch nicht zurückgekehrt waren, in den feindlichen Ländern interniert sind. Die deutsche Regierung hat den Austausch vorgeschlagen, die französische aber nicht zugestimmt. Vielleicht wird noch jetzt ein Ausweg gefunden. In Budapest hat sich vor kurzem unter dem Vorsitz eines Universitätsprofessors ebenfalls eine Vereinigung für den Schüleraustausch mit Deutschland gebildet, mit der nun voraussichtlich Verbindung angeknüpft werden wird. Prof. Amsel, der Schriftführer des Berliner Komitees, war bei der ungarischen Gründung zugegen. Daneben besteht in Deutschland auch eine Verbindung für internationalen Schüleraustausch innerhalb Deutschlands.

Fremdenblatt
2./III. 1916

173

Schulschluß.

Von Prof. Ludwig Fleischner.

Das abgelaufene Schuljahr hat auf dem Gebiete des Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungswesens keine einschneidenden Reformen gebracht; die Unterrichtsverwaltung beschränkte sich auf Verfügungen administrativer Art sowie auf Maßnahmen, die durch den Krieg bedingt wurden und die wesentlich Begünstigungen für die Einrückenden hinsichtlich Austritt und Prüfungen zum Inhalte hatten.

Die Schulreform wird erst nach dem Kriege kommen. Schon sind ihre Umrisse erkennbar, wenn man die Verhandlungen in den Standes-Organisationen der Lehrer, in den Fachvereinen und in der Fachpresse verfolgt. Auch das Unterrichtsministerium hat bereits im Juli 1915 mit einem Erlasse in die Bewegung eingegriffen, der allseits zustimmend begrüßt wurde. Er wendet sich gegen den großen Zudrang der Jugend zu den Mittelschulstudien und weist auf die Zeit nach dem Kriege hin, die eine Anspannung vornehmlich aller produktiven und wirtschaftlichen Kreise der Bevölkerung verlangen wird. Es wäre jedoch ein Irrtum, zu glauben, daß sich ein größerer Bedarf an Arbeitskräften in jenen Berufen zeigen werde, zu deren Antritt gelehrte und wissenschaftliche Studien nötig sind. Gerade auf dem Gebiete der mit Handel und Wandel zusammenhängenden Berufszweige wird ein Zudrang nicht von Nachteil sein, denn die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges werden eine starke Arbeitslast auf die Schultern derjenigen häufen, die eine genügende fachliche Ausbildung genossen und sich einen klaren Blick für das Leben und seine unmittelbaren Erfordernisse bewahrt haben.

Eine der bedauerlichsten Folgeerscheinungen des Weltkrieges ist wohl die zunehmende Verwahrlosung der Jugend, wie sie insbesondere in den größeren Städten beobachtet werden kann. Man hatte gemeint, daß die großen Eindrücke des Ringens überall veredelnd auch auf die Jugend einwirken würden. Leider ist diese Annahme nicht in Erfüllung gegangen; man hat vielmehr schon zu strengen Abwehrmaßnahmen greifen müssen, um die steigende Kriminalität in der Aburteilung der Jugendlichen wieder einzudämmen. Man kennt die Ursachen dieser traurigen Erscheinung. Viele Familienväter stehen im Felde, die Kinder entraten der häuslichen Zucht; überdies ist infolge der an vielen Orten nötig gewordenen Einschränkung der obligaten Schulstunden den Schulkindern viel freie Zeit gelassen, die sie zum Müßiggang und zu mancherlei Verfehlungen verleitet. Aehnlich wie in Deutschland die stellvertretenden Generalkommanden, haben bei uns die Landesbehörden scharfe Erlässe veröffentlicht, die hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Allein, auch auf diesem Gebiete wird, wie auf so vielen anderen, durch das Zusammenwirken von Schule und Haus das meiste erreicht werden, insbesondere, wenn die Lektüre und der Umgang der Jugendlichen scharf überwacht wird.

Einen starken Aufschwung nahm im abgelaufenen Schuljahre das Mädchenbildungswesen. Es ist begreiflich, daß man weiblicherseits bestrebt ist, die durch den männermordenden Krieg entstandenen Lücken auf den verschiedensten Arbeitsgebieten durch weibliche Kräfte auszufüllen. Daher der Zudrang der Mädchen zu den für kaufmännische Berufe vorbereitenden Schulen, daher ihr Streben, sich in manchen für Knaben bestimmte Lehranstalten seßhaft zu machen. Der oben zitierte Ministerialerlaß rät aber den Mädchen ab, sich in die Knabengymnasien zu drängen, er weist sie vielmehr in die sechsklassigen Mädchenlyzeen als die für sie bestimmten Bildungsanstalten und ist bloß geneigt, ihnen realgymnasiale Oberklassen zugänglich zu machen, die an die Lyzeen angegliedert werden können, damit die Mädchen die Möglichkeit der Erlangung eines Reifezeugnisses zum Hochschulbesuch erhalten. Mit noch größerer Berechtigung hätte wohl aber der gerade in unserer Zeit zu ganz bedeutender Wichtigkeit gelangten, der hauswirtschaftlichen Ausbildung der Mädchen dienenden Anstalten gedacht werden können, für deren Ausgestaltung in sehr anerkennenswerter Weise das Ministerium für öffentliche Arbeiten sorgt. Die seiner Oberaufsicht unterstehenden Koch- und Haushaltungsschulen und ähnliche Anstalten haben bereits sehr erfreuliche Erfolge aufzuweisen.

Mit besonderer Bedachtnahme auf die Zeitumstände wurde im letzten Schuljahre die militärische Vorbereitung der reiferen Schuljugend weiter ausgebaut, nachdem schon früher durch verschiedene Erlässe, die sich auf die körperliche Ertüchtigung bezogen, ein militärischer Einschlag in die Jugenderziehung gebracht worden war. Die Wehrhaftmachung der Mittelschüler macht aber erst in der letzten Zeit besondere Fortschritte, seitdem die Unterrichtsverwaltung und die Landesschulbehörden nicht bloß den Betrieb des Turnunterrichtes durch Einbeziehung von Geländespielen, verbunden mit Exerzieren, Marsch- und Felddienstübungen regelten, sondern auch wünschten, daß im gesamten Unterrichte jede Gelegenheit wahrgenommen werde, sich mit militärischen Angelegenheiten, dem Heerwesen, der Kriegsgeschichte usw. zu befassen. Es hat auch an Gegnern dieser Jugendvorbereitung nicht gefehlt, die man als zu weit gehend bezeichnete und die man im Interesse der nicht minder wichtigen geistigen Wehrhaftmachung der aufwachsenden Generation vor Erreichung des stellungspflichtigen Alters denn doch ein wenig eingeschränkt wissen möchte.

Eine besondere Erwähnung verdient auch in diesen zweiten Kriegsjahre die Kriegsfürsorgetätigkeit der Schule. Wo immer es nur anging, haben Lehrer und Schüler in edlem Wetteifer sich in den Dienst all der zahlreichen Einrichtungen und Sammlungen gestellt, die von den Behörden angeordnet waren, und auf allen diesen Gebieten haben die Schulen die erfreulichsten Erfolge erzielt; es sei nur an die Kriegsanleihezeichnungen oder an die Sammlungen für das Rote Kreuz erinnnert, um der Schulen die verdiente Anerkennung zu zollen, die umso höher anzuschlagen ist, als die Lehrer unter schwierigen Umständen ihres verantwortungsvollen Erzieheramtes walten mußten.

Tägliche Rundschau

4./VII. 1916

* **Ein dauernder Ersatz der Lehrer durch Lehrerinnen** wird in einem neuen Erlaß des Unterrichtsministers empfohlen. Der Minister erkennt an, daß die Schulaufsichtsbehörden und viele, namentlich größere Gemeinden, mit Umsicht und Wohlwollen dafür gesorgt haben, von Lehrern Benachteiligungen fernzuhalten, die aus ihrer Einberufung für ihre Laufbahn entstehen können. Er erwartet, daß auch in Zukunft alles mögliche in dieser Beziehung geschehen wird. Um die Lücken, die der Krieg in die Reihen der preußischen Lehrerschaft gerissen hat, auszufüllen, soll bei anderem geeigneten Ersatz auf die Bedürfnisse der Volksschule Rücksicht genommen werden. Bei der Erziehung der weiblichen Jugend kommt neben dem unentbehrlichen männlichen Einfluß der der Frau vielerorts nicht oder nicht ausreichend zur Geltung. Namentlich für die älteren Schuljahrgänge wäre dieser dringend erwünscht, für deren Ueberleitung in die Jugendpflege sehr willkommen. Die jüngeren Knaben können gemeinsam mit Mädchen unterrichtet werden und für sich einer geeigneten weiblichen Leitung ganz oder zum Teil anvertraut werden. Bei den Volksschulmädchen werde vielfach die körperliche Ausbildung durch angemessene Leibesübungen, wie die Einführung in die besonderen Fächer des Mädchenunterrichts, Nadelarbeit und Anfänge der Hauswirtschaft, durch das Fehlen befähigter weiblicher Lehrkräfte erschwert oder unmöglich gemacht. Die Volksschullehrerschaft soll deshalb mit Lehrerinnen etwa in folgendem Umfange durchsetzt werden: an reinen Mädchenschulen werden etwa zwei Drittel der Stellen mit Lehrerinnen besetzt; an reinen Knabenschulen können für die Unterstufe auch Lehrerinnen angestellt werden, an gemischten Schulen mit drei und vier Schulstellen je eine Lehrerin, an solchen mit fünf und sechs Schulstellen je zwei und an solchen mit sieben und acht Schulstellen je drei Lehrerinnen.

Neues Pester Journal
4./VII. 1916
175

* **Die Reform der Bürgerschulen.** Beim Unterrichtsminister Dr. Béla Jankovich sprach heute unter der Führung des Bürgerschuldirektors Zoltán Zigány eine Deputation des Budapester Klubs der Bürgerschulprofessoren vor, um dem Minister ein Memorandum in Angelegenheit der Reform der Bürgerschulen zu überreichen. Der Führer der Deputation richtete an den Minister das Ersuchen, die Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Reform der Bürgerschulen bis nach dem Kriege zu verschieben, beziehungsweise diese Frage erst nach Anhörung von Fachleuten in Verbindung mit der Reform des Mittelschulunterrichts zu lösen. Direktor Zigány führte aus, daß mehrere Bestimmungen der Vorlage über die Reform der Bürgerschule in den Kreisen der Professoren Bedenken hervorgerufen haben, namentlich der Plan der Auflassung der fünften und sechsten Klasse. Unterrichtsminister Jankovich erklärte in seiner Antwort, es wundere ihn sehr, daß ihn die Deputation nach der Einreichung des Gesetzentwurfes zu einer anderen Stellungnahme veranlassen wolle, berief sich darauf, daß sich sowohl der Unterrichtssenat als auch der Landes-Gewerbeunterrichtssenat die Intentionen der Vorlage zu eigen gemacht haben, und wies darauf hin, daß die in Rede stehende Reform schon vor Jahrzehnten hätte durchgeführt werden sollen, und daß er, wenn er die Reform endlich zur Durchführung bringe, eigentlich nur ein altes Versäumniß nachhole. An die Ausführungen des Unterrichtsministers knüpfte sich eine längere, sehr lebhafte Diskussion, in deren Verlauf Direktor Zigány erwähnte, daß die Auflassung der fünften und sechsten Klasse in keiner Weise gerechtfertigt sei. Unterrichtsminister Jankovich entließ die Deputation mit der Erklärung, daß er nicht in der Lage sei, in eine Verschiebung der Vorlage einzuwilligen, und daß er, sobald die Vorlage Gesetzeskraft erlangt haben wird, bemüht sein werde, sie auch unverzüglich durchzuführen.

Westungarischer Grenzbote 176. 5

5./VII. 1916

Die Reform der Bürgerschulen. Beim Unterrichtsminister Dr. Bela Jankovich sprach Montag unter der Führung des Bürgerschuldirektors Zoltan Zigany eine Deputation des Budapester Klubs der Bürgerschulprofessoren vor, um dem Ministerium ein Memorandum in Angelegenheit der Reform der Bürgerschulen zu überreichen. Der Führer der Deputation richtete an den Minister das Ersuchen, die Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Reform der Bürgerschulen bis nach dem Kriege zu verschieben, beziehungsweise diese Frage erst nach Anhörung von Fachleuten in Verbindung mit der Reform des Mittelschulunterrichtes zu lösen. Direktor Zigany führte aus, daß mehrere Bestimmungen der Vorlage über die Reform der Bürgerschule in den Kreisen der Professoren Bedenken hervorgerufen haben, namentlich der Plan der Auflassung der fünften und sechsten Klasse. Unterrichtsminister Jankovich erklärte in seiner Antwort, es wundere ihn sehr, daß ihn die Deputation nach der Einreichung des Gesetzentwurfes zu einer anderen Stellungnahme veranlassen wolle, berief sich darauf, daß sich sowohl der Unterrichtssenat als auch der Landesgewerbeunterrichtssenat die Intentionen der Vorlage zu eigen gemacht haben, und wies darauf hin, daß die in Rede stehende Reform schon vor Jahrzehnten hätte durchgeführt werden sollen, und daß er, wenn er die Reform endlich zur Durchführung bringe, eigentlich nur ein altes Versäumnis nachhole. An die Ausführungen des Unterrichtsministers knüpfte sich eine längere, sehr lebhafte Diskussion, in deren Verlauf Direktor Zigany erwähnte, daß die Auflassung der fünften und sechsten Klasse in keiner Weise gerechtfertigt sei. Unterrichtsminister Jankovics entließ die Deputation mit der Erklärung, daß er nicht in der Lage sei, in eine Verschiebung der Vorlage einzuwilligen, und daß, sobald die Vorlage Gesetzeskraft erlangt haben wird, bemüht sein werde, sie auch unverzüglich durchzuführen.

Neue Freie Presse 7. Juli 1916

178

Die Ehrung der im Kriege ausgezeichneten und gefallenen Lehrer und Schüler in den Schulen.

Wien, 6. Juli.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat folgendes eröffnet: Die bedeutende Rolle, welche das moralische Element, wie der gegenwärtige Krieg deutlich beweist, im modernen Kampf spielt, hat das Armeeoberkommando zur Erwägung der Frage veranlaßt, auf welche Weise eine Stärkung der moralischen Faktoren in der Wehrmacht herbeigeführt und mit welchen Mitteln auch nach dem Frieden der Sinn der Bevölkerung für die Wehrmachtstellung des Staates gehoben werden könnte. In der diesbezüglich an das Ministerratspräsidium gerichteten Note des Armeeoberkommandos vom 25. Januar 1916 wird darauf hingewiesen, daß eine diesem Zwecke dienende Aktion, da sie Einfluß auf die breiten Schichten des Volkes nehmen soll, dermaßen beschaffen sein müsse, daß sie leicht in die große Masse Eingang finden kann. Die Schmückung der Tapferen mit einem sichtbaren Zeichen in Anerkennung ihrer Verdienste um das Vaterland und die Veröffentlichung ihrer Namen sind gewiß von günstigem Einfluß und geeignet, den Ehrgeiz gerade des einfachen Mannes aus dem Volke zu den höchsten Leistungen anzuspornen. Ihre Wirkung würde aber sicherlich noch größer, wenn man daran ginge, die gegenwärtige, sozusagen extensive Anerkennung der Verdienste durch verschiedene Mittel in jenen Kreisen, in denen der Betreffende ständig wurzelt, intensiv zu gestalten. Vor allem wäre die Schule als der natürliche Nährboden des vaterländischen Geistes berufen, in der angedeuteten Weise in den Dienst der Armee zu treten, wofür in Anbetracht der Ausdehnung der Landsturmpflicht auf eine große Zahl von Lehrpersonen und der Schule kaum entwachsene Jünglinge reichlich Gelegenheit geboten wäre. Die feierliche Verkündigung der vor dem Feinde erfolgten Dekorierung aller ehemaligen Lehrer und Schüler der betreffenden Anstalt würde nicht nur auf den Geist der in nächster Zeit zur Einrückung gelangenden Angehörigen der Schule, sondern bei dem engen Zusammenhange zwischen Schule und Haus auch auf weitere Kreise den denkbar besten Eindruck hervorrufen. Demselben Zwecke würden von der Schulleitung etwa gelegentlich der Semestralschlüsse nach Art der an den meisten Lehranstalten üblichen Jahresberichte herausgegebene „Gedenkblätter" über den Anteil der betreffenden Lehranstalt an dem Weltkriege unter Anführung aller vor dem Feinde dienenden Lehrer und Schüler und unter besonderer Hervorhebung der Dekorierten dienen. Die Kenntnis der verliehenen Auszeichnungen könnten sich die Schuldirektionen entweder selbst an den amtlichen Verlautbarungen oder durch Anfrage bei den Ersatzkörpern verschaffen.

In Durchführung dieses Erlasses hat der Wiener Bezirksschulrat, von der Erwägung geleitet, daß es eine der erhabensten Aufgaben der Schule ist, innige Liebe zum Vaterlande und zum angestammten Kaiserhause in die Herzen der Jugend einzupflanzen und die ihr anvertrauten Kinder und durch sie die weiten Schichten des Volkes im Sinne höchster patriotischer Kraftentfaltung zu beeinflussen, verfügt:

1. Die Schulleitungen werden angewiesen, die Namen aller an ihren Schulen wirkenden Lehrpersonen, die während des gegenwärtigen Krieges im militärischen Dienstverhältnisse standen oder derzeit noch zu Kriegsdiensten eingerückt sind, unter Angabe der Zeit ihrer Einrückung, ihres militärischen Dienstverhältnisses und ihrer etwaigen besonderen Kriegsleistungen unverzüglich in der Schulchronik zu verzeichnen. Dabei ist ganz besonders jener Helden zu gedenken, die in treuer Pflichterfüllung den Tod für Kaiser und Reich gefunden oder schwere Verwundungen erlitten haben, sowie jener Edlen, die in Anerkennung ihrer Verdienste um das Vaterland mit einer kaiserlichen Auszeichnung geschmückt, beziehungsweise durch militärische Beförderung belohnt worden sind.

2. Es ist gelegentlich des Schlusses des heurigen Schuljahres an sämtlichen allgemeinen Volks- und Bürgerschulen eine dem Alter und der Auffassungsfähigkeit der Kinder angepaßte patriotische Schulfeier abzuhalten. Den Inhalt dieser Feierlichkeit hat neben Vorträgen von geeigneten Gedichten und vaterländischen Gesängen eine Ansprache (tunlichst des Schulleiters) zu bilden, in welcher den Kindern die Bedeutung der Feier als eines Erinnerungstages an das nun schon zweijährige siegreiche Durchhalten der Unsrigen und unserer treuen Verbündeten gegen einen schier übermächtigen Feind erklärt wird. An Mädchenschulen wird neben den Heldentaten der Soldaten ganz besonders der segensreichen Tätigkeit der Frau im Kriege zu gedenken sein.

3. Während der Dauer des Krieges sind gelegentlich patriotischer Fest- und Gedenktage zu Beginn oder zum Schlusse des Unterrichtes an die Schulkinder Ansprachen zu halten, in welchen die Bedeutung dieses Erinnerungstages eingehend gewürdigt wird.

4. Weiter haben die Schulleitungen alle Belege zu sammeln, die die Beziehungen der Schulen zum Kriege klarstellen — zum Beispiel Lichtbilder der vor dem Feinde ausgezeichneten, schwer verwundeten oder gefallenen Lehrer, beziehungsweise einstigen Schüler, Feldpostbriefe und Karten von Lehrern oder ehemaligen Schülern, Dankschreiben aus dem Felde oder aus Spitälern für Kriegsfürsorge, Aufzeichnungen über die von der Schule geleisteten Kriegsfürsorgearbeiten u. dgl. — um damit auch in den kommenden Friedenszeiten eine Grundlage für die jährlich zu feiernden Gedenktage zu haben.

Tägliche Rundschau 9./VIII. 1916.

* **Nationaler Schüleraustausch.** Oberlehrer Professor Dr. Saure, zurzeit im Felde, schreibt uns: Auch in diesem Sommer ist es möglich gewesen, einer ziemlichen Anzahl Jünglinge und junger Mädchen aus den Kreisen der höheren Schulen durch den Austauschgedanken aus der Stadt aufs Land, von der Wasserkante ins Gebirge (und umgekehrt) zu schicken. Freilich hält der Krieg und die durch ihn geschaffene wirtschaftliche Lage manchen, eigentlich zu Unrecht, von großen Plänen ab, sonst wäre die Beteiligung noch größer geworden. Auch warten noch einige Familien aus der Reichshauptstadt auf den Brief, der ihnen Reiseziel und Unterkunft für Sohn oder Tochter melden soll. Deshalb wäre noch Beteiligung einiger ländlicher Kreise sehr erwünscht, soweit die Kinder nicht selber zur Arbeit benötigt werden. Oder Klein-, oder Provinzstadt mit ländlichem Gepräge. So würden diese jungen Leute mal vier Wochen sich Berlin und Umgebung ansehen, dabei was lernen und nachher viel erzählen können. Die voriges Jahr geknüpften Beziehungen haben sich als so fest erwiesen, daß vielfach der Wunsch geäußert wurde, wieder zu dem alten Orte zu kommen. Auch haben sich wieder Leute gefunden, die ohne Gegenleistung sich Schülerbesuch erbeten haben, hier und da, um eine durch den Krieg gerissene Lücke auszufüllen.

Der Nationale Schüleraustausch will weit mehr, als eine bloße Ferienversorgung der Kinder und Unterkunftsvermittlung sein. Er will letzten Grades in dem aufwachsenden Geschlecht ein stärkeres, bewußteres, stolzeres Deutschtum pflegen, das vor dem Kriege leider nicht überall zu finden war. Das ist aber ohne eine umfassende Kenntnis des deutschen Landes und dadurch zugleich deutscher Art und deutscher Arbeit nicht möglich.

Er will dabei auch dem Jugendfrohsinn und der Liebe zur Natur dienen. — Der Gedanke des nationalen Schüleraustausches gewinnt immer weiter Raum. Vor dem Kriege hatte er sich bereits auf den Bundesstaat Oesterreich-Ungarn hinübergesponnen und ist nun auch von der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung aufgenommen worden. Allerdings kämen für Tausche zu unseren Waffenbrüdern nur ältere, reifere Schüler in Betracht, und auch hier wird es heißen: Gut Ding will Weile haben. Daß aber Kinder ins Ausland geschickt werden „zwecks Vervollkommnung in der fremden Sprache", das hat hoffentlich für alle Zeiten aufgehört.

Neues Wiener Tagblatt
11./VII. 1916

Die Aktion „Wiener Kinder aufs Land!“

Wir haben über den großen Erfolg dieser Aktion berichtet, die nach den ihr bisher zugegangenen großen Spenden und namentlich nach der auf Antrag des Bürgermeisters vom Stadtrat beschlossenen Widmung von 100,000 K. nun die Unterbringung von wenigstens 3000 Kindern sichergestellt hat. Neuerlich sind dem Komitee, wie uns mitgeteilt wird, von Freiherrn v. Skoda 10,000 K. und von der Länderbank 5000 K. gespendet worden. Wir haben mitgeteilt, daß dem Komitee eine Reihe von Ubikationen für die Unterbringung der Ferienkinder zur Verfügung gestellt wurden. Ein Blick auf die Liste dieser Angebote ist höchst interessant, und zwar: Bisher zur Verfügung gestellte Ferienkolonien Mikosdpuszta durch Frau Henriette Zierer 20 Kinder. Unter-Waltersdorf, Salesianer, 50 Kinder. Hinter-Tullnerbach, Verein christliche Familie, 130 Kinder. Sommerfrische Hardegg, Bürgermeister Böck, 60 Kinder. Weinzierl, Franz Josef-Kinderasyl, 60 Kinder. Gutsbesitzer Lampl, Eisgrub, 40 Kinder. Langenlebarn, Verein „Bescheidenheit“, 50 Kinder. Buchlowitz, Frau Gräfin Nandine Berchtold, 20 Kinder. Prigglitz, Volksheim, 40 Kinder. Eppenberg, Baron Ehrenfels, 100 Kinder. Retz, Kloster vom armen Kinde Jesu, 100 Kinder.

Vom Landesausschuß wurden zur Verfügung gestellt: Lehrerseminar zu St. Pölten 100 Kinder. Waidhofen an der Thaya, Landeskonvikt, 62 Kinder. Purkersdorf, Blindenanstalt, 80 Kinder. Tanzenberg, Abbt Bonifaz Egger, 10 Kinder. Laxenburg, Schulschwestern, 20 Kinder. Taschenhof, Leopold Reinagl, 25 Kinder. Schloß Sasvar, Ing. F. W. Capellmann, 40 Kinder. Raßnitz, Graf Magnis, 20 Kinder. Oberteschau, Dr. Rudolf Ziegler, 100 Kinder und viele andre.

Fremdenblatt
11./VII. 1916

Die „militärische" Jugendvorbereitung.

Von F. Schiffner.

Ein älterer Mann, der die Jugend von heute mit der aus seinen Jünglingsjahren vergleicht, wird unstreitig bald herausfinden, daß zwischen beiden ein ganz gewaltiger Unterschied besteht. Die Aenderung hat aber nicht erst mit dem Kriege begonnen, sondern war schon früher da. Die Bewegung „Für das Kind", die zu Beginn des Jahrhunderts allgemein einsetzte, pflanzte sich bald auf die 14- bis 20jährigen fort und zeitigte unter diesen Strömungen verschiedenster Art. Eine dieser Strömungen, die von Wyneken beeinflußt war, ist gottlob dem Kriege zum Opfer gefallen — ein Beweis, daß sie nicht lebensfähig war. Andere dagegen haben sich nicht nur behauptet, sondern verdienen als vollwertige Errungenschaften der Jugend aus sich selbst heraus anerkannt zu werden. Es sind dies vornehmlich die Wandervogel- und Pfadfindervereine.

Was war nicht alles schon seit Jahrzehnten gegen Nikotin und Alkohol gesprochen und geschrieben worden — trotzdem blieb in den Augen der Jugend der stärkste Raucher und Trinker der größte Held. Und jetzt wandern Hunderte von Burschen mit dem Rucksack auf dem Rücken und dem Wanderstabe in der Hand tagelang frohlaunig durch Wald und Flur, singen gemütsvolle Volkslieder und meiden grundsätzlich Nikotin und Alkohol. Früher fand die Jugend an tollen Streichen den größten Gefallen; jetzt melden sich die Jungen bei Vereinen, die auf ihren Fahnen die Losungsworte „Tue täglich ein gutes Werk" und „Sei stets hilfsbereit" stehen haben.

Bald entstanden auch Jugendvereinigungen, die ihren Uebungen einen militärischen Einschlag gaben. Doch verfolgte wenigstens in Oesterreich und Deutschland niemand damit den Zweck, die Jugend zu Soldaten ausbilden zu wollen. Selbst der „Reichsbund der Jugendreform" und Knabenhorte Oesterreichs" betrachtete noch seinen Statuten „die körperliche und religiös-sittliche Erziehung als die Hauptaufgabe" und bezweckte mit der militärischen Erziehung „die Entwicklung der körperlichen, sittlichen und geistigen Fähigkeiten durch einfache militärisch vorbereitende Uebungen, durch gelegentliche Belehrung und erziehliche Einwirkung". Und auch in Deutschland wollten die verschiedenen Vereine, die sich zum „Jung-Deutschland-Bund" zusammenschlossen, dem Heeresdienste nur insoferne vorarbeiten, als es sich um die Stählung, Stärkung und Abhärtung des Körpers, die Schärfung der Sinne, die Erweckung praktischer Intelligenz und die Entwicklung natürlicher Anlagen handelt.

Anders unsere gegenwärtigen Feinde! In Italien ist schon im Jahre 1882 das nationale Scheibenschießen durch ein Gesetz geregelt worden, dessen erster Artikel lautet: „Das nationale Scheibenschießen ist im Königreiche zu dem Zwecke eingeführt, die Jugend für den Militärdienst vorzubereiten." Später wurden in allen Hauptorten Kommissionen für nationales Scheibenschießen und physische Erziehung zu militärischen Zwecken eingesetzt und die vierjährige Teilnahme an der militärischen Jugendvorbereitung als unerläßliche Bedingung zur Maturitätsprüfung verlangt; auch sind die bestehenden Jugendwehren vom Kriegsminister offiziell als Teile des Landsturmes anerkannt worden. In Frankreich forderte der Unterrichtsminister Paul Bert (1881—1882), die bürgerliche Erziehung sei mit der patriotischen und militärischen zu verschmelzen. Im Jahre 1888 wurde ein Gesetz erlassen, das allen Schulen die Pflicht auferlegt, die Turnausbildung militärisch zu gestalten. Am 15. Oktober 1913 wurde jedem Korpsbezirke ein Divisionsgeneral zugeteilt, der hauptsächlich die Pflicht hatte, die zum Zwecke der militärischen Vorbereitung der jungen Leute gebildeten Gesellschaften zu besichtigen und etwaige Anregungen von ihrer Seite in Erwägung zu ziehen.

Seit Ausbruch des Krieges haben sich wohl auch in Oesterreich und Deutschland die Verhältnisse einigermaßen geändert, aber noch immer nicht so, daß man von einer Militarisierung der Jugenderziehung sprechen könnte, wie es die Gegner der militärischen Jugenderziehung so gerne tun. Steht doch an der Spitze der vom Ministerium für Landesverteidigung herausgegebenen „Richtlinien für die militärische Jugendvorbereitung": „Bei allen Gelegenheiten ist auf die Erziehung zum patriotischen Denken und Fühlen, sowie die Anerziehung militärischer Tugenden, wie Ordnung und Disziplin, Gehorsam, Kameradschaft, Uneigennützigkeit, Unternehmungslust, Bej onnenheit, Geistesgegenwart, Entschlossenheit, Mut, Selbstverläugnung usw. hinzuwirken." Auch sollen die einfachen Exerzierübungen mit turnerischen Uebungen und theoretischen Belehrungen wie Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und Verwundungen, hygienische Winke, Notwendigkeit der Körperpflege usw. abwechseln.

Noch weniger sind die Vorwürfe über den militärischen Drill berechtigt. Nicht einmal bei der wirklichen Rekrutenausbildung kann jetzt noch von einem Drill die Rede sein, denn im Exerzier-Reglement heißt es unter anderem: „Bei der Ausbildung ist stufenweise fortzuschreiten und auf einen zweckmäßigen Wechsel Bedacht zu nehmen, da zulange anhaltende Beschäftigung mit demselben Gegenstande, insbesondere übertriebene Pflege der formalen Ausbildung, abstumpft und ermüdet." Oder an einer anderen Stelle: „Berücksichtigung und Förderung der natürlichen Anlagen des einzelnen, sowie Erziehung zum Denken und zur Tätigkeit wird nicht nur die Ausbildung erleichtern und vertiefen, sondern auch erzielen, daß die Truppe selbst dann noch richtig handelt, wenn die Führung fehlt." Ferner: „Alle Einzelheiten des Reglements sind genau zu beachten, aber nicht mechanisch auszuführen, sondern sinngemäß jedem einzelnen Falle anzupassen." Und wenn bezüglich der Instruktoren verlangt wird: „Zur Ausbildung der Rekruten sind tüchtige, umsichtige, strenge, aber humane Chargen zu wählen, welche Geduld, Fleiß und Menschenkenntnis besitzen" und von ihnen gefordert wird „der Rekrut ist mit Geduld und Nachsicht zu unterrichten, sein Ehrgeiz zu wecken, rauhes Benehmen vernichtet das Ehrgefühl, ein gutes Wort wirkt häufig mehr als eine Strafe", so kann man doch die militärische Ausbildung nicht „Drill" nennen, sondern muß von wirklicher Erziehung sprechen. Bei der Jugendvorbereitung werden nun die erziehlichen Momente noch mehr in den Vordergrund treten, man wird also hier noch weniger Drill zu befürchten haben.

Ein oft zitierter Autor (Professor F. W. Foerster) meinte wieder, durch die militärische Jugendvorbereitung könnte „die moralische Grundlage der Wehrkraft weit weniger sorgfältig gelegt werden, als das bei der Generation geschehen ist, die heute von Sieg zu Sieg schreitet." Diese Befürchtung ist wohl ganz ungerechtfertigt; denn die militärische Jugendvorbereitung beabsichtigt doch im Gegenteil, die Jugend zwischen Schule und Wehrpflicht, die bisher vielfach ohne Erziehung heranwuchs, dem schädlichen Einfluß der Gasse und der schlechten Gesellschaft zu entziehen und sie körperlich und geistig weiter zu bilden. Ebenso verhält es sich mit dem Vorwurf desselben Autors, durch die militärische Jugendvorbereitung werde „die universelle Bildungsaufgabe verhängnisvoll hintangesetzt"; auch in dieser Hinsicht ist das Gegenteil richtig. Früher war die Erziehung zu einseitig und zu sehr auf die Ausbildung des Geistes gerichtet. Nunmehr soll die Jugend auch körperlich tüchtig und widerstandsfähig gemacht werden, sie soll die Pflichten ihres künftigen Lebens im Volke und Staate kennen lernen. Da kann doch niemand fürchten, es werde eine „indianisch erzogene Menschheit" heranwachsen! Es handelt sich ja doch bei der militärischen Jugendvorbereitung nicht nur um die Hebung der körperlichen Kraft und Gewandtheit, sondern auch um eine geistige Wehrhaftmachung; denn der jetzige Krieg hat so recht gezeigt, daß nicht die rohe Gewalt, sondern der überlegene Geist Sieger bleibt.

Österr. Volkszeitung
11./VII. 1916

186

*** Zur Frage der Mittelschulumgestaltung.**
Wir werden um Veröffentlichung eines Aufrufes ersucht, in dem es unter anderem heißt: Der Krieg hat auch solchen, die früher teilnahmslos abseits standen, für die Fragen der Zukunft unserer Mittelschulen die Augen geöffnet und hat die Ueberzeugung gefestigt, daß wir nach dem Kriege an eine Neuordnung unseres Schulwesens werden gehen müssen. Was uns zu diesem Zwecke not tut, ist eine nationale Schule, in der die deutsche Sprache und Literatur und die deutsche Geschichte den Mittelpunkt des ganzen Unterrichtes bilden, und zwar ist dieses Ziel unerreichbar, durch Zurückdrängung des Studiums der alten Sprachen. Um die Schule vor dem Festhalten an überkommenen, nicht mehr zeitgerechten Einrichtungen zu bewahren und ihr die Fähigkeit zu geben, sich den fortschreitenden Anschauungen und Bedürfnissen anzupassen, ist die beratende Mitwirkung des Laienelements in der Form von Erziehungsbeiräten anzustreben. Von diesen Anschauungen ausgehend, hat sich nach längeren Vorarbeiten am 9. Februar d. J. in Tetschen a. d. E. der Deutsche Verein für Mittelschulumgestaltung gebildet, der seine Tätigkeit auf ganz Oesterreich erstreckt und alle diejenigen um sich schart, die unserem deutschen Volk in Oesterreich eine solche neuzeitliche Mittelschule geben wollen. Mitglied kann jeder Deutsche werden. Die Bestrebungen des Vereins haben allenthalben Beifall gefunden, so daß die Zahl seiner Mitglieder in Böhmen allein schon mehrere Hundert beträgt. In seiner Sitzung vom 12. Mai d. J. hat auch der Deutsche Volksrat für Böhmen beschlossen, eine Mittelschulreform in diesem Sinne mit allen Mitteln zu fördern. Der Verein ist gegenwärtig damit beschäftigt, bestimmte Vorschläge für eine neue Mittelschule auszuarbeiten. Diese dürfte eine einheitliche Unterstufe aufweisen, in die allenfalls auch die Bürgerschule aufgehen könnte; daran hätte sich dann eine nach der Anlage des Schülers und seinem zukünftigen Beruf mehrfach gegabelte Oberstufe anzuschließen. Nähere Auskünfte und Druckschriften über die Ziele des Vereins sind beim Obmann Dr. Gustav Herzum, Augenarzt in Tetschen an der Elbe, kostenlos erhältlich.

Neues Pester Journal
5./II. 1916

L 40010
54
1916
5. II. – 11. VII.
Schulwesen
3.

Studentenelend.

Zur morgigen Eröffnung der hauptstädtischen Mensa academica. —

Das von Romantik und Liebe erfüllte Studentenleben, wie es Henri Murger so reizvoll zu schildern verstand, ist längst entschwunden, und was übrig geblieben, das ist ein Leben voller Sorgen und Entbehrungen. Es ist dies eine Folgeerscheinung der stetig schwieriger und ungünstiger werdenden Lebensverhältnisse, von welchen vielleicht in erster Reihe das geistige Proletariat betroffen wird. Seit dem Ausbruch des Krieges hat bei uns das Studentenelend beängstigende Dimensionen angenommen und die Tausende junger Leute, die der Wissensdrang aus der Provinz in die Hauptstadt treibt, sie wissen ein Lied von dem Elend zu singen, dem sie ausgesetzt sind. Obgleich in Folge des Krieges die Zahl der Studenten bedeutend abgenommen hat, leben in der Hauptstadt noch immer beinahe fünftausend arme

OMNIA
MOZGÓKÉP PALOTA.
Heute Premiére!
Conan Doyle's
Detektiv-Roman in 6 Aufzügen, betitelt
Der Verfolger
Sherlock Holmes
bravouröse Abenteuer.
Heute Premiére!
Heute Premiére!
Die Vorstellungen sind nicht fortsetzungsweise und beginnen pünktlich Nachm. um 4, 6, 8 und 10 Uhr, an Sonn- und Feiertagen Nachm. um ½4, ½6, 7, ½9 u. 10 Uhr. Kartenvorverkauf: In der Hirsch'schen Grosstrafik, VI., Andrássystrasse Nr. 19 und in der Omnia Vormittag von 10—½1 Uhr und von 3 Uhr Nachm. ab.

Stubenten, deren Existenz unter den gegenwärtigen Verhältnissen ungemein erschwert ist. Viele jungen Leute sind kaum im Stande, sich durch Lektionengeben zu erhalten, und von einer Befriedigung höherer Bedürfnisse kann überhaupt keine Rede sein.

Will man einen Einblick in die Misèren des Studentenlebens gewinnen, so genügt es, wenn man die von der Leitung des Cafétier-Klubs an den Hür-

Reichspost 12./IV. 1916

Neue Erziehungswege.

Wien, am 11. April.

Während der Krieg Festungen zertrümmert und Dörfer in Schutt wirft, scheint er auf den Gebieten des geistigen Schaffens neue Triebkräfte zu wecken und Umgestaltungen einzuleiten, auf die man sonst undenklich lange hätte warten müssen. Aber auch in dieser Schöpfungsfreude und diesem Tatendrang mischt sich wie überall mit dem Großen und Genialen auch der Kitsch. Das Wort Reform wird von Tag zu Tag geprägt und umgeprägt in der Volkswirtschaft, in der Sozialpolitik, in der Ethik. Doch nicht alle Anregungen sind erfreulich. Einiges davon hat schon offene Zurückweisung mit Recht erfahren.

Die Erziehungswissenschaft ist von dem großen Neuerungsdrange nicht verschont geblieben und vielleicht sind es die folgenschwersten Experimente, die hier versucht werden und unsere Vorsicht verlangen. Da ist nun eine neue Erziehungsmethode aufgetaucht, die der Psychoanalyse, die in der unter Mitwirkung von Ernst Meumann herausgegebenen Sammlung „Pädagogium", einer „Methodensammlung für Erziehung und Unterricht", angepriesen wird. Jetzt, wo alles sich nach „neuen, großen Bahnen", nach Hilfsmitteln umschaut, um die heranwachsende Jugend für die großen Aufgaben der Zukunft vorzubereiten, verlangt man die Anwendung der sogenannten Freudschen Psychoanalyse als Hilfsmittel für die Jugenderziehung. Das Buch wendet sich an die berufsmäßigen Erzieher, namentlich an die Lehrer, weniger an die Eltern. Was will die Freudsche „Psychoanalyse"? Fußend auf einer Beobachtung seines Freundes Breuer, kam der Wiener Nervenarzt Sigmund Freud zu der Theorie, die hysterischen Krankheitserscheinungen seien die Folge einer früher durchlebten sexuellen Katastrophe oder doch wenigstens eines Traumas sexueller Natur. Das Erlebnis wurde, so meint Freud, seelisch nicht bewältigt und verarbeitet, sondern gewaltsam aus dem Bewußtsein verdrängt, und darum sucht es sich nunmehr im Unbewußten geltend zu machen. Es tritt durch die merkwürdigsten krankhaften Erscheinungen zutage, die nur ein verkleideter und versteckter Ausdruck jener Regungen sind, die vielleicht vor vielen Jahren ins Unterbewußte gedrängt wurden. Der Knabe weiß von diesem Zusammenhange nichts. Gelingt es aber, jenes Erlebnis wieder ins Bewußtsein zu rufen und den Kranken zur Aussprache darüber zu bringen, so wird der „eingeklemmte Affekt" frei und der Patient geheilt. Diese Theorie leuchtete ihrem Erfinder so sehr ein, daß Freud von diesem Gesichtspunkt aus alle nicht organisch bedingten Nervenleiden zu erklären versuchte. Nicht nur die Krankheiten, auch einzelne Fehlleistungen des Alltagslebens, Vergessen und Versprechen, dann auch der Witz und endlich die Mehrleistungen des Kulturlebens, Religion und Kunst, sie alle ließen sich auf analoge Weise aus der einen sexuellen Wurzel herleiten. Sehr oft war aber trotz aller Bemühungen, trotz Hypnose und Traumdeutung von einer sexuellen Katastrophe im Vorleben des Patienten nichts zu entdecken. Da mußten also entsprechende Vorkommnisse in frühester Kindheit angenommen werden. Aber auch diese konnte man bisweilen mit Sicherheit ausschließen. Da half nichts: es mußten sich die schreckhaften Erlebnisse bereits vor der Geburt ereignet haben; denn die Theorie mußte gerettet werden. Zu guter Letzt begnügte sich der Wiener Pathologe mit einer „sexuellen Konstitution". Freud und seine Anhänger Jung und Alfred Adler fanden eine unerwartet große Zahl Anhänger, nicht zuletzt von solchen, denen Kurpfuscherei ein Bedürfnis ist. Für sie kam die Psychoanalyse wie gerufen. In fünf Minuten kann nämlich jeder so weit sein, daß er eine psychoanalytische Praxis eröffnet. Studium der wissenschaftlichen, namentlich der exakten Psychologie, ist nicht notwendig. Koryphäen dieser Kunst haben ihre Patienten mitunter monatelang alltäglich, mitunter jahrelang in Behandlung gehabt. Dabei ließen sich die Aerzte aus Freuds Schule die Sitzungen gut bezahlen. Das macht Eindruck. Was für die normale Erziehung von jenen Aerzten, die fast alle auch Stammesverwandte Freuds sind, versprochen wird, ist kaum der Rede wert, wenn man auch von der bedenklichen Einstellung absieht, die dem Erzieher durch die Psychoanalyse gegeben wird und sein ganzes Verhalten dem Kinde gegenüber ungünstig beeinflussen muß. Der nächste Einwand, der sich jedem gegen die Psychoanalyse in ihrer allgemeinen Anwandlung aufdrängen muß, richtet sich gegen die bedenkliche Uebertragung des Anormalen auf das Normale. Das schlimmste Bedenken muß indes vom Standpunkt des Erziehers aus erhoben werden. Standesgenossen Freuds haben es ausgesprochen: „Die Freudsche Psychoanalyse — besonders in ihrer Anwendung auf das Kind — ist nicht nur eine wissenschaftliche Verirrung, sondern eine pädagogische Versündigung."

Die Erörterung über diese neue Erziehungsmethode der Psychoanalyse bildet nur einen kleinen Teil jener Erziehungs- und Schulfragen, deren Erörterung jetzt bereits eingeleitet wird. Der Jenenser Professor Dr. Rein empfiehlt im „Tag", um zu einer Einheit über die Dauer der Schulpflicht in Volks- und Fortbildungsschule, über die Vorbereitung der Jugend zum Heeresdienst, über das Verhältnis der Volksschule zur höheren Schule usw. zu kommen, einen „freien deutschen Erziehungsrat". Dessen Aufgabe soll es sein, „die Grundsätze und Wege für die Leistungsfähigkeit unseres Volkes durch eine zweckmäßige einheitliche Ausgestaltung unseres Erziehungswesens festzustellen." Unter Hinweis auf die Lehren des Weltkriegs sagt er: „Erziehungs- und Unterrichtssorgen sind nicht ausschließlich Sache der Eltern oder der Schulleute, sondern eine der wichtigsten Angelegenheiten des gesamten Volkes. Darum müssen im Erziehungsrat alle die vertreten sein, die sich mit den Problemen der Volkserziehung in irgend einer Weise verbunden fühlen. So werden neben den Vertre-

Die Kulturaufgaben der deutschen Schule in Bulgarien.

Von E. W. Grafer, Lehrer an der deutschen Schule zu Rustschuk.

Mit dem Eintreten Bulgariens in den Weltkrieg an unserer Seite sind eine Reihe gegenseitiger Verpflichtungen entstanden. Ueber die militärischen und politischen soll hier nicht gesprochen werden. Wir wollen über stille unvereinbare Pflichten reden, die uns Gefühl und Interesse gebieten.

Wir wissen, daß unser neuer Verbündeter militärisch wie wirtschaftlich treu die Erwartungen erfüllt, die man auf ihn setzte. Es ist nicht allein Bulgariens Heer und wirtschaftliche Kraft, die uns den Bundesgenossen so hoch einschätzen lassen. Es ist auch Bulgariens glückliche geographische Lage, die uns große Vorteile bringt. Denn durch Serbiens Zertrümmerung und Bulgariens Anschluß an uns findet das gewaltige Orientproblem eine Lösung, die, wenn auch nicht ein gänzlich entscheidender, so doch einer der schwersten Schläge ist, die bisher die Entente erlitten hat. Vor allem traf der Schlag England, den gefährlichsten Feind. Denn es kreuzen von der freigewordenen Straße Berlin—Belgrad—Sofia—Konstantinopel—Bagdad viel Wege ab, die nach England führen. Bulgariens Anschluß an uns ist also — abgesehen von Serbien — eine schwere Gefahr für den Gegner jenseits der Nordsee. Und in dem Kriege, in dem man mit schwindelnden Ziffern an Einsätzen von Länderbesitz, Menschen und Gelde rechnet, da bringt der kleine Balkanstaat Bulgarien für uns mehr Entscheidung und Vorteile, als Italiens Verrat für die Entente brachte. So spielen mitunter Geographie und Politik mit Ziffern und Größen. Politik und politische Strategie! Wir dürfen unseren Staatsmännern am Balkan nie vergessen, daß sie die politische Situation so zu unserem Gunsten gewandt haben. Wir wollen auch dem kleinen, aber tüchtigen Volke an der Donau in deutscher Treue unseren Dank bringen. Politisch und wirtschaftlich ist es Sache unserer Diplomaten, Banken und Kaufleute. Bei dem Danke aber, von dem wir sprechen wollen, wenden wir uns an das ganze deutsche Volk. Es ist nicht viel für ein Volk wie das deutsche, was wir von ihm verlangen: Gründung und Unterstützung deutscher Bildungsstätten in Bulgarien.

Zwar bestehen schon deutsche Schulen in Bulgarien, aber es sind viel zu wenig. Solche Institute sind im ganzen Lande nur vier mit zusammen kaum 1000 Schülern vorhanden. Die Orte, in denen an deutschen Anstalten deutscher Unterricht erteilt wird, sind Sofia, Philippopel, Rustschuk und Obrin bei Adrianopel. Es bleibt die Frage offen, ob auch das Bedürfnis da ist, die deutschen Schulen in Bulgarien zu unterhalten. Ganz gewiß! Waren schon die Schulen vor dem Kriege lebenskräftig und wachsend, so jetzt natürlich in vielfacherem Maße. Die Gründe sind zweifach.

Der selbstverständliche und sofort gegebene ist der, daß durch die gegenwärtige militärische und zukünftige wirtschaftliche Angliederung Bulgariens die deutsche Sprache die führende und fast einzige Handelssprache neben der bulgarischen wird. Das steht fest. Und ebenso sicher ist, daß auch Nichtkaufleute Bulgariens ihre Bildung vor allem aus deutscher Geisteswelt und Geisteskraft aller Gebiete schöpfen werden. Denn in diesem jungen Volke steckt nicht nur materieller, sondern auch ideeller Bildungstrieb. Wir lenken nebenbei die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß Bulgarien bis jetzt die meisten Studierenden von allen Balkanstaaten auf westeuropäische Schulen und Hochschulen schickte.

Dabei kommen wir auf den zweiten Grund. Bisher bestanden neben den deutschen Bildungsstätten in Bulgarien besonders groß angelegte französische, mit viel mehr Kostenaufwand errichtet und daher leider auch viel mehr besucht als unsere. Leider — aber ganz natürlich. Blendende äußere Einrichtung, viele Lehrkräfte und — man muß der Wahrheit die Ehre geben — ihren Zweck erfüllend, dazu viel älterer Gründung mit günstigem politischen Hintergrunde: das sind alles Umstände, die zum Besuch anlockten. Vor allem in bezug auf Geldmittel und äußeren Eindruck sind die französischen den deutschen Schulen überlegen, und das sind im Orient schwerwiegende Punkte. Die Klosterschule „Notre Dame" in Rustschuk zum Beispiel ist mit ihrem stattlichen Bau und schönen Anlagen das ansehnlichste Gebäude der Stadt neben den besten staatlichen Bauten. Französische Schulen sind in Sofia, Philippopel, Rustschuk und Varna. Einige davon sind ganz bedeutende Unternehmen mit annähernd 1000 Schülern und Zöglingen. Sie führen bis zur Matura und waren sehr angesehene Anstalten. Dadurch, daß sie ganz oder teilweise auch die Zöglinge im Internat erziehen (natürlich französisch), haben sie dem Einfluß Frankreichs fruchtbaren Boden geschaffen. Denn die Besucher dieser Anstalten neigen naturgemäß zu Frankreich hin. Ganz gefährliche Rivalen waren die französischen Schulen bisher für uns. Nun ist der Augenblick unser, es gilt ihn auszunutzen.

Kurz nach Ausbruch des bulgarischen Krieges sind diese Anstalten behördlicherseits geschlossen worden. Das Bildungsbedürfnis, auch das allgemeine, besteht noch, wird noch mehr wachsen. Darüber darf kein Zweifel sein. Wer sieht, mit welchem Eifer jetzt in der Kriegszeit schon Bulgaren aller Geschlechte, Alter und Stände die Abendkurse für deutsche Sprache besuchen, die die deutschen Schulen eröffnen, der gewinnt die feste Ueberzeugung davon.

Und in diesem schönen Bildungsbedürfnis liegt die Gewähr eines reichen Segens für die, die mithelfen, deutsche Schulen zu stützen und zu gründen.

Unterstützen und Gründen, Ausbauen und Neuerrichten, das sind die beiden Wege.

Wir wenden uns dem 1. Punkte zu: Die Erweiterung und der Ausbau der vorhandenen deutschen Schulen.

In Frage kämen Zuschüsse an Lehrkräften und Geld für Bauzwecke und Anschaffungen. Die deutsche Schule in Rustschuk hat bis heute noch kein eigenes Heim. Sie wohnt mit ihren 200 Zöglingen zur Miete. Aus eigenen Mitteln ein eigenes Haus zu gründen, ist unmöglich. Muß sie doch allein für Unterhaltungskosten und Gehaltszahlungen die Hilfe des Auswärtigen Amtes und des Gustav-Adolf-Vereins in Anspruch nehmen. Das Schulgeld ist nicht so hoch, kann gar nicht so hoch sein, als daß es einer jungen Gründung die Bedingungen der Lebensfähigkeit gibt. Es kann aber auch nicht willkürlich erhöht werden, denn das bulgarische Volk ist nicht reich, als daß es für Geistespflege zu viel ausgeben könnte. Man bedenke auch, daß Bulgarien die allgemeine nationale Schule hat, die jedem ohne Schulgeld oder gegen ganz geringes Schulgeld (20 Fr. jährlich) zugänglich ist. Jeder tüchtige Bulgare kann also auf Staatskosten Gymnasium, Realgymnasium und Progymnasium besuchen. Gewiß ist es da ein erfreulicher Zustand und für bulgarischen Wissensdrang bezeichnend, daß die fremden Schulen, die 80—120 Fr. Schulgeld oder bis 1200 Fr. Pension fordern, blühen und wachsen.

Wir kommen jetzt auf die Erhaltung und Ausbauung der deutschen Schulen und ihre finanzielle Seite zurück. Das ist ja das Ideal der Erziehung: die Früchte sind nicht aus barer Münze. Der Lehrer ist kein Kaufmann, der für seine Arbeit den entsprechenden Gewinn einzieht. Das hat seine Licht- und auch seine Schattenseiten. Denn daran krankt die Verbreitung des Deutschtums im Auslande. Die deutsche Schule im Auslande bringt ganz gewiß auch reichen finanziellen Segen — nicht für sich, aber für andere, die aus Sprachkenntnissen der Einwohner und aus ihrer Zuneigung zum Deutschtum Geschäfte schlagen. Wir glauben, berechtigterweise sagen zu können, daß die Schule unbedingt eins der Anfangskapitale ist — aber auch Anfangskapital ohne Zinsen (in finanzieller Hinsicht) bleibt, um uns fremde Länder wirtschaftlich zu erschließen. Aber wem könnte man aus dem schweren finanziellen Kampfe der Schule einen Vorwurf machen! Niemandem, solange das deutsche Volk kein Interesse an Erhaltung einiger deutscher Elemente und an der Gewinnung der Sympathien des betreffenden Landes hat. Man könnte die Schule als ein Privatunternehmen und ein schlechtes Geschäft betrachten und den schlechten Geschäftsmann bedauern. Aber die deutsche Auslandschule ist kein Privatunternehmen, sie ist ein nationales Werk. Und sie darf Anspruch auf Unterstützung im ganzen Volke erheben. Besonders in den Ländern der Bundesgenossen ist ihre Entwicklung für uns wichtig. Darum erwächst auch die zweite Aufgabe, neue deutsche Schulen zu gründen. Besonders an Orten, wo die künftigen deutsch-bulgarischen Beziehungen sich eng knüpfen, an wichtigen Handelsplätzen sind Neugründungen nötig. Was das jetzige Bulgarien anbetrifft, denken wir an Widin, Varna, Burgas, Dedeagatsch und Plewna.

Vor allem ist es nötig, Schulbauten zu erwerben oder aufzuführen. Abgesehen von rein schultechnischen und allgemeinen Gründen, wird diese Forderung durch die Tatsache gestützt, daß das Internat in Bulgarien einen wirklichen praktischen Wert hat. Die wohlhabende Landbevölkerung hat hier die einzige Möglichkeit, ihre Kinder auf eine gehobene Schule zu schicken. Die Verkehrs- und auch Wohnungsverhältnisse des Landes erlauben nicht den Besuch von Stadtschulen etwa wie bei uns in Deutschland. Ein deutsches Internat mit genügender Anzahl guter Lehrkräfte, genügendem Unterhaltungskapital und staatlicher bulgarischer Anerkennung — wir wagen getrost, zu behaupten, — würde einen vollständigen Erfolg haben. Vor allem müßte der Frage nähergetreten werden, ob die augenblicklich unbesuchten und von den Lehrkörpern verlassenen französischen Internate nicht aufzukaufen wären.

Noch ein Punkt.

Ist die Gründung während des Krieges möglich und lohnend?

Wir glauben daran. Für Bulgarien gibt es eine Vereinigung, die Deutsch-Bulgarische Vereinigung" mit ihrem Sitz in München. Wir wissen, daß, wo die Besten der befreundeten Nationen sich zusammentun, auch Wille und Mittel zur Erreichung des Zieles da sind. Wir kennen noch nicht im einzelnen die Ziele der neuen Vereinigung, blicken aber vertrauensvoll auf sie.

Das deutsche Volk aber bitten wir an dieser Stelle, das Werk der Deutschen Schule in Bulgarien zu fördern und zu unterstützen.

Tägliche Rundschau 12. IV. 1916

Kölner Bildungsfragen. I.

Von Prof. Dr. Arnold Schröer in Köln.

Kirchen, Schulen und öffentliche Vorlesungen.

Die ganze Wucht und Tragweite der Überlegenheit deutschen Bildungswesens über das anderer großer Kulturvölker ist uns zu unserer frohen Überraschung wohl eigentlich erst durch diesen furchtbaren Weltkrieg klar zum Bewußtsein gekommen, uns, und erst recht unsern Feinden. Nichts wäre aber verkehrter, als wenn wir aus den überwältigenden Erfolgen, die unser ganzes Volk, im Felde, in den Meeren, in den Lüften wie daheim unter dem Druck der höchsten Not errungen, selbstgefällig den Schluß ziehen wollten, nun sei es aber auch genug mit dem Mahnen, Schulmeistern und Predigen, denn wir haben es ja schon so herrlich weit gebracht! Unsere Schulen, unsere Universitäten, all unsere Bildungsinstitute müssen ganz unübertrefflich sein, denn unsere Siege beweisen es!

Nein, so wollen wir nicht sprechen und auch nicht denken, vielmehr sagen: nun erst recht vorwärts! Was von unsern zahllosen Feinden nach dem Kriege noch lebensfähig übrig bleiben wird, wird sich gewiß aus unserer Überlegenheit seine reiche Lehre ziehen; also die Augen offen! Danken wir Gott, daß er uns so weit geholfen, und sagen wir trotzdem in ehrlicher Demut: Wir sind unnütze Knechte; wir haben getan, das wir zu tun schuldig waren! Wir sind nicht alle Hindenburgs, Zeppelins, Rausenbergers, Naumanns usw. Aber wir haben unter uns doch einen reichen Vorrat von Kräften, die, wenn man sie vor die richtige Aufgabe stellt, erstaunlich mehr leisten, als man ihnen bisher zugetraut hat. Das hat der Weltkrieg gezeigt, dessen wollen wir froh sein, daran wollen wir anknüpfen.

Nehmen wir das Höchste im Kulturleben der Menschen, die Religion. Wie kleinmütig sind wir im Frieden über die Rolle, die die Kirchen bei uns gespielt, doch oft gewesen! Die „Gebildeten", meinte man da oft, seien doch über ihre traditionellen Werte meist erhaben, sie haben sie nicht nötig; für „das Volk" möge sie immerhin vielleicht nützlich oder nötig sein, „das Volk", das sich keine selbständige Weltanschauung bilden kann. Vollends der ablehnende Standpunkt der Konfessionen untereinander, gegenseitige Geringschätzung oder Mißtrauen! Das also soll das Ergebnis von neunzehn Jahrhunderten Christentum sein?! u. dgl. m.. Aber nun im Ernstfalle, als es sich zeigen mußte, ob dies alte und neue, katholische oder protestantische Christentum noch Lebenskraft habe, ob das Judentum etwa praktisch eine andere Moral mit sich brachte —, nun, der Ernstfall hat bewiesen, daß das Christentum, ob katholisch oder protestantisch, ob dogmatisch orthodox oder liberal, unsere deutschen Männer und Frauen sittlich doch so hoch über ihr eigenes kleines Selbst hinausgehoben hatte, ja, daß auch unsere jüdischen Mitbürger im allgemeinen ohne Unterschied die gleiche deutsche Weltanschauung, und das heißt zugleich die deutsche Frömmigkeit, beseelt hat, wie die andern, so daß, wenn die Braven aus dem Kriege heimgekehrt sein werden, die trennenden Gegensätze als nebensächlich erscheinen werden, der einzelne seine Sonderauffassung ungestört bei sich behalten und pflegen, aber die gemeinsame Gesinnung sich dadurch nicht stören lassen wird. Wir haben vor dem Kriege die Kraft religiösen Empfindens in unserm Volke sehr unterschätzt, weil wir zu sehr den Nachdruck auf Namen und Schlagworte legten, anstatt auf die langsam aber sicher wirkende sittlich erziehende Macht religiöser Erlebnisse, die im Stillen tiefer greifen und mächtiger sind als Schlagwörter. Abstoßende Grausamkeiten und Roheiten, die man verleumderischerweise unsern Soldaten angedichtet hat, sind schon deshalb undenkbar, weil unser Volk im wahren Sinne des Wortes zu fromm ist. Gewiß sind wir nicht alle Engel, weder im Felde noch daheim, aber im entscheidenden Augenblick zeigt es sich doch meist, daß unser Volk unendlich viel tiefer empfindet und danach handelt, also auch weit mehr innere Gebundenheit — Religion — besitzt, aus der seine sittlichen Kräfte wachsen, als man bislang geahnt hat. Möge nach dem Kriege eine weise Kirchenpolitik und wechselseitige pietätvolle Rücksicht der einen gegenüber den andern diese keusche Blume mit zarten Händen behandeln!

Ähnlich steht es mit unserm öffentlichen Bildungsleben. Was hat man an unsern Schulen nicht alles zu tadeln gefunden, vielfach auch mit gutem Recht, und wie hat sich dennoch unser Volk im Kriege anstellig gezeigt, so daß sich die Überzeugung aufdrängt, unser Schulwesen müsse doch viel besser sein als die meisten bisher gedacht. Wieder muß da betont werden, daß das, was auf der Oberfläche erscheint, Lehrmethoden, Prüfungs- und Berechtigungsvorschriften, ebensowenig wie die dogmatischen Vorschriften der Kirchen —, so gut und unentbehrlich Schul- und Kirchenvorschriften auch sind —, nicht allein entscheidend sind, sondern ebensosehr die allgemeine Gesinnung, das allgemeine Interesse, die allgemeine Freude an Licht und Sonne, das Bildungsstreben, das unserm Volke doch mehr innewohnt, als es oft den Anschein hat. Wer die Menschen richtig zu nehmen weiß, auch die einfachen „Ungebildeten", wird oft staunen, wieviel ungeheucheltes Interesse in ihnen lebt. Freilich, auch hierfür gilt, ähnlich wie für die Religion, die keusche Scheu, in der die Gedankenwelt des einzelnen befangen ist, und die man nicht mit unzarten Händen anpacken soll. Wer sich dem „Ungebildeten" aufdrängt, sei es auch in der besten Absicht, verschüchtert oder verletzt ihn; man sollte eher Gelegenheit suchen, sich mit ihm über ein Gemeinsames zu freuen, eine gemeinsame Not zu beklagen und über ihre Abhilfe zu beraten. Da öffnen sich die Herzen. Aber daran fehlte es gottlob bei uns schon vor dem Kriege nicht. Gelehrte, Geistliche, Schriftsteller und Künstler sind bei uns lange schon, in Vereinen oder sonstigen ähnlichen öffentlichen Versammlungen, jedermann zugänglich, der wirkliches Interesse hat. In der Hinsicht steht es für die sogenannten „Ungebildeten" oder richtiger gesagt, die Menschen in niedern Lebensberufen vielleicht günstiger wie für die obern Schichten der sogenannten „Gebildeten" und Halbgebildeten, von denen die letztern vielfach den gesellschaftlichen Rang und dazu gehörige Lebensformen für das Wesentliche ihrer Bildungsinteressen halten. Nun darf man da aber auch wieder nicht ungerecht sein. Gar mancher subalterne Beamte oder Kommis oder kleinere Kaufmann, der sich bemüht, äußerlich den „Gebildeten" in Kleidung und Auftreten, womöglich mit dem Kneifer, gesellschaftlich zu markieren, ist gar nicht so oberflächlich als es scheint; gesellschaftliche, ja auch geschäftliche Rücksichten nötigen ihn oft, auf Äußerlichkeiten besonders zu achten, und es gehört gewissermaßen auch wirklich zur Selbstachtung, daß man sich in seinem Äußern nicht vernachlässigt, auf sich und der Seinen gewähltes Erscheinen in der Öffentlichkeit etwas hält; es fällt manchem schwer genug, er läßt es sich aber nicht gern merken, und man soll es auch nicht; manches stille Heldentum verbirgt sich oft hinter solcher scheinbaren Äußerlichkeit. Und wiederum: wer die Menschen richtig zu nehmen weiß, wer die richtige Gelegenheit findet, sich mit ihnen einmal in gemeinsamer Freude oder Trauer zusammenzufinden, wird manche interessante Entdeckung machen. Mancher äußerlich elegante Kommis, manche dicke Bürgersfrau, bei der man irriger Weise nur Sinn für Toiletten, Dienstboten- und Näherinnenklatsch und Kaffee mit Kuchen im „Zoologischen" vermutete, sind unschwer auch für Höheres zu interessieren, wenn es ihnen geboten wird, ohne daß sie ihrer „Würde" etwas zu vergeben brauchen. Bildungsgelegenheiten dürfen nicht aufdringlich sein, aber sie sollen da sein und sollen leicht zugänglich sein.

Dafür hat das öffentliche Vorlesungswesen schon geraume Zeit vor dem Kriege, und unter den deutschen Großstädten, nicht zuletzt auch Köln, Vortreffliches geleistet, und diesem Zweige unseres Bildungslebens ist noch eine große Aufgabe und Zukunft sicher. Man mag an Köln und seiner Umgebung gewiß manches anders wünschen, aber man wird zugeben, daß es kaum eine interessantere, anregendere Stadt Deutschlands gibt, anregend — und nicht nervös aufregend — wesentlich dadurch, daß durch dies wichtigste Einfallstor im deutschen Westen das geistige Leben beständig aus- und einflutet, und daß das, was geboten wird, leicht erreichbar und zugänglich ist. Dadurch kommt man sich hier so reich vor an geistigen Anregungen und bedauert oft, aus einem Abend nicht drei machen, nicht all das mitnehmen zu können, was in größern und kleinern Kreisen leider nur zu häufig zu gleicher Zeit stattfindet. Da sind zunächst, ganz abgesehen von Theatern, Opern und Konzerten, die vielen Vorträge und Besprechungen in Vereinen und Gesellschaften, denen während der akademischen Semester seit Gründung der Handels-Hochschule die öffentlichen Vorlesungen an dieser und bald danach die der Kölner Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung u. a. m. an die Seite getreten sind. Berlin und Wien bieten gewiß mehr, aber diese nervenaufreibenden Riesenstädte mit ihren Entfernungen erschweren nicht nur den Besuch solcher Veranstaltungen, sondern auch den wünschenswerten persönlichen Zusammenhang der daran Beteiligten. Ich erinnere mich an zwei Freunde, die beklagten, daß sie sich, als der eine noch Professor in Freiburg i B., der andere in Basel war, häufiger und leichter ungezwungen trafen, als seitdem sie in derselben Großstadt Kollegen in derselben Fakultät sind! Hier in Köln kennt sich fast jeder, und besucht irgendein gemeinsamer Freund oder eine Persönlichkeit von Interesse unsere Stadt, sind die Leute, die ihn und die er gern treffen möchte, leicht an einem Orte zusammengetrommelt, und man hat etwas voneinander. Wie viele der interessanten Persönlichkeiten des Inlands und des Auslands lernt man so ohne Schwierigkeit im Laufe der Jahre kennen! Und ist Köln klein genug, um gemütlich zu sein, so ist es doch auch groß genug, um jedem zu gestatten, zu leben und zu verkehren, wie es ihm paßt; Kleinstadtklatsch findet hier nicht Raum. Mögen, wie es heißt, auch hier unzählige interessefose Philister leben, nun, sie stören einen weiter nicht; jedem Narren möge seine Kappe gefallen; es gibt dafür so viele interessante Menschen, und man stößt immer wieder von neuem unerwartet auf neue, oft, wo man es am wenigsten erwartet, in flüchtigem oder näherm Verkehr, daß, wer die Augen offen hat, mit Ulrich von Hutten ausrufen darf: Die Geister sind wach, es ist eine Freude zu leben! Die ungewöhnlich günstige Lage macht unser öffentliches Vorlesungswesen zu einem Bildungsfaktor von großer Bedeutung. Auch nichteingeborene Kölner, die einige Zeit hier gelebt haben, hängen doch, selbst wenn Klima, Umgebung u. a. m. ihnen gar nicht behagen, dauernd an dieser Stadt, offenbar wesentlich der geistigen Anregungen wegen, die sie so reichlich und so leicht erreichbar gewährt. Dies macht die Vorlesungen förderlich für beide Teile, für die Vortragenden nicht weniger als für die Zuhörenden. Das Echo, das dem Redner aus dem sympathischen Publikum entgegenhallt, wird zum sympathetischen, ihn unbewußt neuanregenden Element; deshalb spricht jeder gern öffentlich in Köln. Deshalb freuen sich unsere hochgelahrten verehrten Herren Kollegen aus dem nachbarlichen Bonn in der Regel ihrer Vortragstätigkeit vor dem Kölner Publikum und wir uns dankbar ihrer Mitarbeit. So gehen Anregungen von beiden Seiten aus, werden Kräfte geweckt, die geschlummert oder die, wenn vorhanden, man kaum geahnt hatte, und darin liegt das Erfreuliche, das für die Zukunft zu immer schönern Hoffnungen Berechtigende. Es muß alles noch besser und schöner werden, das wollen wir ruhig als Grundsatz festhalten, aber es ist auch jetzt schon viel besser und schöner, als den meisten unter uns und außerhalb Kölns bisher klar zum Bewußtsein gekommen ist!

Dr. Köpf der beste Dank ausgesprochen. LObR. Bernatz sprach namens des patriotischen Hilfsvereines die Bitte aus, der Bezirk möge sich recht eifrig an der kommenden „Roten Kreuz"-Woche beteiligen, was Stadtrat Schmid zusagte.

Das Lichtbild als Hilfsmittel der Schule.

Von Bürgerschuldirektor **Hans Hinays**.

Der Leitsatz des Begründers, des Vaters der modernen Pädagogik — Amos Comenius —, daß der Ausgangspunkt alles Unterrichts die Anschauung der wirklichen Welt sein müsse, ist längst zur unbestrittenen Wahrheit geworden und hat seinen siegreichen Einzug in allen Schulen, von der schlichten Dorfschule bis hinauf zur Universität, gehalten. Welchen gewaltigen Aufschwung und welche Vervollkommnung die Anschauungsmittel der Schule im Laufe der vergangenen vier Jahrhunderte gefunden haben, wird uns sofort — auch durch Anschauung — klar, wenn wir ein Blatt mit den dürftigen Holzschnittfiguren der „Orbis pictus" neben einer unserer prächtigen Dreifarbendruckbilder aus dem Verlage Pichler in Wien stellen. Und doch sind alle die modernen, in einem gesteigerten Kunstverfahren hergestellten Anschauungsbilder nur Ersatzmittel für die Werklichkeit, die, obwohl wir mitten in ihr leben, uns für den Unterricht viel zu wenig zu Gebote steht. Greifen wir nur einen Zweig unseres Unterrichts, die Heimatskunde, heraus. Wie soll unsere Jugend heimatskundig und dadurch heimatsfreudig werden? Nichts einfacher als das, nichts schwieriger als das. Heija, Lehrer, Lehrerin! Nehmt euren Stecken und Ranzen und durchwandert im Sommer mit euren Kinderscharen unsere gottgesegnete Heimat, die schattenden Wälder, die ragenden Berge, die euch die ganze, große herrliche Welt ahnen läßt, lagert an dem rauschenden Bach, bewundert das bunte, duftende Blumengeschmeide der Mutter Heimat; erzählt der horchenden Schar am sonnigen Donaustrande vom edlen Rüdiger von Bechelaren; führt sie hinauf auf die Höhen des Schneebergs und zeigt ihnen die Herrlichkeit ihrer Heimat und weiset hin auf das im zarten Nebeldunst lagernde Wien: Schauet, dort wohnen alle, die euch lieben, dort lebt der gütige Kaiser, der euch lenkt und fördert, dort sollt ihr, zu ganzen Menschen geworden, Eure Kräfte spielen lassen zum Wohle Eurer Mitbürger und sollt darum auch Euer eigenes Glück begründen! Und dieses herrliche Stück Gotteswelt, dem wir alles danken, dem unser ganzes Herz gehört, werden wir es nicht mit starker Faust, mit unerschütterlicher Treue verteidigen gegen jeden Feind? Laßt uns hier im unermeßlichen Gottesdom den Schwur erneuern, den wir so oft schon gesprochen und gesungen: „Gut und Blut für unsern Kaiser, Gut und Blut fürs Vaterland!" Hei, wie die Augen leuchten, die Pulse stolz und freudig schlagen, und wie bleibt ein solcher Augenblick eingegraben in der Brust für alle drohenden Stunden des Lebens.

Und diesem wahren, wirklichen Anschauungsunterricht steht nur ein einziges Hindernis entgegen. Wie sagt doch Shakespeare? „Tu Geld in deinem Beutel!"

Ueber dieses Hindernis kommen wir einmal nicht hinweg; anderseits wäre auch der Unterrichtserfolg mit zu großen Zeitopfern verbunden; vor allem aber dürfen wir wohl nicht vergessen, daß auch alle anderen seelischen und körperlichen Kräfte ihre Ausbildung beenden, um den jungen Bürger zur Mitarbeit im Staate so bald als es tunlich zu befähigen; und so muß auf den meisten Unterrichtsgebieten die „wirkliche Wirklichkeit" durch die „vorgetäuschte Wirklichkeit" ersetzt werden. Und nach dem so oft zur Begründung herangezogenen Satze „Für unsere Kinder ist das Beste eben gut genug", sucht die Schule das Vollendete in den Anschauungsmitteln ihrer Arbeit dienstbar zu machen. Unter den modernen Anschauungsmitteln fanden wir nur zwei, die der Wirklichkeit so nahe kommen wie kein anderes, das ist der Skioptikon und der Film.

Es ist nicht meine Absicht, die Vorzüge der beiden Unterrichtsbehelfe zu erklären und gegeneinander abzuwägen, sondern ich will nach der vielleicht gar zu argen Abschweifung in den einleitenden Worten dartun, wie der Verein „Volkslesehalle", in der richtigen Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Gegenstandes, sich bemüht hat, sie in die Tat umzusetzen. Schon im Schuljahre 1911/12 bildete sich im 21. Wiener Bezirke ein Komitee von Lehrern, die die Veranstaltung von Lichtbildervorträgen für die Schuljugend des Bezirkes berieten und durchführten.

Diese noch etwas unfertigen Versuche zeigten aber bald nicht nur den großen Wert des Unternehmens, sondern auch das kindliche Bedürfnis nach diesem Unterrichtsmittel und so wurde die ganze Angelegenheit unter meiner Förderung durch den damaligen k. k. Bezirksschulinspektor August Stift einem aus der Lehrerschaft gewählten Lichtbilderausschuß anvertraut. Dieser organisierte Ausschuß stellte nun folgende Gesichtspunkte auf: 1. Die Lichtbildervorträge müssen in den engsten Zusammenhang mit dem schulplanmäßigen Unterricht gebracht werden. 2. Die Lehrer der einzelnen Schuljahre sollen bei der zeitlichen Verteilung des Lehrstoffes auf die zeitliche Anordnung der Lichtbildervorträge Rücksicht nehmen. 3. Die Lichtbildervorträge sind in den Schulen zur gegebenen Zeit durch Besprechung vorzubereiten. 4. Die Lichtbildervorträge sind nicht wie die „Urania-Vorträge" zu lesen, sondern in freier Rede, in Frage und Antwort zu tatsächlichen Unterrichtsstunden auszugestalten. 5. Die Lichtbildervorträge sind von allen Schülern der einzelnen Klassen zu besuchen und deshalb die Unentgeltlichkeit derselben mit allen Mitteln anzustreben.

Auf Grundlage dieser Bestimmungen wurde von je einem hiezu gewählten Lehrer je einer Altersstufe ein Plan für die Bilderserien des betreffenden Schuljahres entworfen und aus diesen „Bildlehrgängen" wurde nun von dem Obmann dieser Lichtbildsektion ein Besuchsplan für das ganze Schuljahr und für alle Schulen des Bezirkes ausgearbeitet.

Ein Beispiel möge den Vorgang erläutern: Für die 5 Klassen waren für das ganze Schuljahr 3 solche Vorträge

*) Im Anschluß an den Verwaltungsbericht des Vereines „Volkslesehalle" über das Vereinshaus in Wien, XXI, welchen der Obmann Chorherr Petrus Rumler in der kürzlich abgehaltenen Volksversammlung im Rathaus erstattete, hielt der Leiter der Schülervorträge, Herr Bürgerschuldirektor Hans Hinays, einen interessanten Vortrag über die in diesem Hause stattfindenden Schülervorträge mit Lichtbildern, welchen wir dem Wesen nach im Obigen wiedergeben.

Kölner Bildungsfragen. II.

Von Professor Dr. Arnold Schröer in Köln.

(Schluß aus Nr. 392.)

Universität, Bibliotheken und Forschungsinstitute.

Wiederholt ist in den letzten Jahren, besonders seit der Gründung und Weiterentwicklung der Handels-Hochschule in Köln der Gedanke aufgetaucht und unverbindlich und inoffiziell erörtert worden, die alte Kölner Universität wieder aufleben zu lassen. Nicht nur Kölner Lokalpatriotismus, auch ganz ernst sachliche Erwägungen sind trotz der Nachbarschaft Bonns dafür geltend gemacht worden; und man muß dabei grundsätzlich im Auge behalten, daß das im vorigen Aufsatze gerühmte rege Bildungsleben in der rheinischen Metropole von der „Populärwissenschaft“ allein auf die Dauer nicht erhalten werden kann, sondern als soliden Nährbodens der Grundlage der „reinen Wissenschaft“, d. h. der Forschung auf allen — nicht nur schon trefflich vertretenen wirtschaftswissenschaftlichen und medizinischen — Gebieten nicht entraten kann.

Augenblicklich, wo wir noch mitten im Kriege sind und kein Mensch absehen kann, wie unsere wirtschaftlichen Verhältnisse danach aussehen werden, ist es wahrlich nicht an der Zeit, in der Richtung schlüssig zu werden, wohl aber ist es gerade jetzt die rechte Zeit, sich in der uns aufgedrungenen Muße über zweierlei klar zu werden, nämlich darüber, erstens, welche Vorbedingungen nicht nur wirtschaftlicher, sondern vielmehr wissenschaftlicher Art zu erfüllen sind, ehe man an eine Universitätsgründung herantritt, zweitens, welche positiven wissenschaftlichen Werte und Kräfte wir schon besitzen, die meist brach liegen und zum Teil ungenutzt verkümmern. Beide Fragen hängen aufs innigste miteinander zusammen, einerseits die weitern Erfordernisse, anderseits die Ausnützung des bereits Vorhandenen.

Da ist vor allem die Bibliotheksfrage eine Frage, in der nicht nur Köln, sondern ganz Deutschland rückständig ist, und in der ein geradezu grundsätzlicher Wandel vonnöten ist, wenn wir nicht die kostbarsten Kräfte nutzlos vergeuden wollen. Das Mißverhältnis zwischen der literarischen Produktion und dem Bücherkauf in Deutschland ist ein derartiges, daß ein großer Teil der gedruckten wissenschaftlichen Literatur unverwertet bleiben und, weil unverkauft, wieder eingestampft werden muß, was abgesehen von allem andern den Nachteil hat, daß unter der nicht streng fachmännischen Literatur, die als populäre Literatur ihr Publikum sucht, aus Unkenntnis des in den einzelnen Wissenschaften schon Geleisteten, unermeßlich viel Unzulängliches erscheint und so nicht nur den Markt verdirbt, sondern auch die allgemeine Bildung schädigt. Denn „schlecht ist nicht das Schlechte, denn das täuscht nur selten, das Mittelmäßige ist schlecht, weil es für gut kann gelten.“ Die Kölnische Zeitung brachte am 23. und 30. November 1902 ausführliche Erörterungen darüber, und unsere trotz ihrer geringen Mittel musterhaft eingerichtete und geleitete Stadtbibliothek erhielt damals auch eine namhafte Erhöhung ihres Etats. Doch die Schwierigkeit und Dringlichkeit des Problems mögen vielleicht besser die Verhältnisse an unsern deutschen Universitäten beleuchten, von deren großen Errungenschaften und kleinen Enttäuschungen wir lernen wollen; es kommen dabei namentlich die theologischen, philosophischen, philologisch-historischen, juristischen und staatswissenschaftlichen Fächer in Betracht. Für Naturforscher und Mediziner besteht das Arbeitsmaterial größtenteils nicht aus Büchern, obwohl sie natürlich auch welche brauchen; für sie sind ihre Laboratorien und Institute mit ihren Mikroskopen und andern Instrumenten usw. usw. die selbstverständliche Arbeitsvoraussetzung; man wird keinen Chemiker berufen, ohne daß für ihn ein chemisches Laboratorium mit allem Zubehör vorgesehen, ebensowenig wie etwa einen Theaterdirektor, wo nicht bereits ein Theater vorhanden wäre u. dgl. m. In den obgenannten kulturwissenschaftlichen Fächern aber hat man die Bedeutung der für sie als Voraussetzung geltenden Institute, d. h. der Fachbibliotheken und der allgemeinen Bibliothek noch kaum gewürdigt, woraus die fatalsten Unzuträglichkeiten folgten. Gesetzt den Fall, man wollte hier in Köln einen Professor für vergleichende Literaturgeschichte berufen — ein Fach, das zwar wissenschaftlich wie lehramtlich schwer abzugrenzen wäre, doch wähle ich, um jede etwaige Deutung auf bestimmte Persönlichkeiten oder Wünsche auszuschließen, absichtlich keines von aktuellem hiesigen Interesse, da, soviel ich beurteilen kann, die vergleichende Literaturgeschichte weder für die Handels-Hochschule, noch für die Kommunal-Hochschule oder gar etwa die Akademie für praktische Medizin in Frage kommt — so würde dies auf den ersten Blick etwas höchst Dankenswertes, Schönes sein: welche Bereicherung unseres Bildungslebens müßte von solch einem Lehrstuhle ausgehen! Näher betrachtet wäre die Sache aber ein Unding, da alle Vorbedingungen für ersprießliche Wirksamkeit fehlen; die Literatur, in der der Professor als Forscher und Lehrer schalten und walten sollte, ist hier noch so gut wie gar nicht vorhanden; der akademische Lehrer ist ja kein fertiges Grammophon, dessen Melodien man jahraus jahrein unverändert abspielen lassen kann; er muß in erster Linie niemals „fertig“, sondern beständig fortschreitend und nachprüfend ein Forscher sein, auch wenn er literarisch nicht weiter hervortritt. Aus seiner selbständigen Forschung heraus haben seine Vorlesungen und lehramtlichen Anregungen zu fließen, nicht etwa aus einer Summe von Fertigkeiten und Kenntnissen, die er sich vorher angeeignet und die nun unverändert so bleiben, sonst wäre er „ein schellenlauter Tor“, und selbst wenn er anfänglich ein Forscher gewesen, hier aber ohne die Möglichkeit weiter zu forschen zum Schönredner herabgesunken wäre, der es mit der Wissenschaft nicht mehr ernst nähme, weil das nicht akademische Publikum seine Perorationen doch nicht nachprüfen könnte, wäre dergleichen doch der traurigste Ruin des Mannes und die schwerste, weil nicht sogleich erkennbare Schädigung und Verflachung unseres Bildungslebens. Um solch einer Lehrkraft eine ersprießliche Wirksamkeit zu sichern, ja, um überhaupt eine wünschenswerte Persönlichkeit zu gewinnen, müßte man ihr also vorher die Arbeitsmöglichkeiten bereiten, so wie dem Chemiker sein Laboratorium, dem Theaterdirektor sein Theater u. dgl. m. In dieser Hinsicht ist an deutschen Universitäten, besonders in frühern Jahren, viel versäumt worden und dadurch manches schöne Talent, die Entwicklung mancher Wissenschaft verkümmert. Man muß es also auch in den Kulturwissenschaften umgekehrt anfangen, erst das Arbeitsmaterial schaffen, dann den Meister dazu bestellen. Wo dies bisher nicht geschehen, entsprang es jenem rührenden aber unpraktischen Idealismus, der aus Deutschlands armer Zeit noch hier und da in unsere Zeit hineinragt, aus der Zeit des vergnügten Schulmeisterlein Wuz, der sich seine Bibliothek nach den Büchertiteln der Buchhändlerkataloge, die er umsonst bekam, selber schrieb, da er sich keine Bücher kaufen konnte. Heutzutage sind wir aber bei allem gesunden Idealismus im allgemeinen praktischer und auch wirtschaftlich großzügiger, denn unsere übelangebrachte Sparsamkeit am unrechten Orte war doch eigentlich eine Verschwendung von Zeit und Kräften. Betrachten wir rein praktisch, wirtschaftlich, den genannten imaginären Fall des Professors der vergleichenden Literaturgeschichte ohne Literatur, so ist es doch einerseits klar, daß man ihm einen schlimmen Dienst erwiesen hat, indem man ihn in eine Stelle berief, der die ersprießliche Wirksamkeit fehlen und in der er allmählich verkümmern mußte; also der unter Umständen begreifliche Grund, einem vielleicht noch unversorgten Gelehrten durch eine Anstellung wirklich zu helfen, kann in diesem Falle nicht gelten; man hat aber anderseits damit den Etat für öffentliches Bildungswesen jährlich mit einer Summe belastet, die, wenn sie auch als Gehalt sehr bescheiden war, in einer andern Rubrik als recht beträchtlich gelten würde; also eine jährliche Belastung, solange der Mann und eventuell nach seinem Tode seine Witwe lebte. Hätte man es umgekehrt gemacht und von dem Zeitpunkte an, als man die Gründung solch einer Stelle ins Auge gefaßt, jährlich die Summe, die für sein Gehalt ausgeworfen werden sollte, unter die andere Rubrik der Schaffung einer Fachbibliothek eingestellt, so wäre nach einer Reihe von Jahren ein ganz ungewöhnlich wertvolles Arbeitsmaterial zustande gekommen, ein Institut oder literarisches „Laboratorium“, das in jedem Falle seinen dauernden Wert, ja sogar einen für alle absehbare Zukunft nur zunehmenden Wert bedeutete, denn Bücher sterben nicht und brauchen nicht pensioniert zu werden, und die man heute noch leicht und billig erwerben kann, sind in zehn, in fünfzig, in hundert Jahren vielleicht ebenso unschätzbar als selten zu erlangen. Also mit einer Büchersammlung riskiert man nicht nur nichts, man schafft vielmehr ein Kapital, das an Wert nur gewinnt und dauernd Zinsen trägt. Hier ist jeder Groschen für Gegenwart und Zukunft nutzbringend angewandt, im andern Falle, der Berufung eines Professors ohne Wirkungsmöglichkeit, bedauerlich verschwendet, weil damit niemand wirklich geholfen wäre. Wir wollen aber unsere Groschen hübsch zusammenhalten und werden dies nach dem Kriege erst recht müssen.

Wie unsere wirtschaftlichen Verhältnisse dann sein werden, welche Aufwendungen wir für Kunst und Wissenschaft werden machen können, das läßt sich noch nicht absehen, wohl aber, daß es klug wäre, nichts zu wagen, was keine Aussicht auf dauernden Nutzen hat. Wenn wir eine Erweiterung unserer Bildungsanstalten planen, sei es, daß der Wunsch nach Wiederherstellung der einstigen Universität oder sonstige Weiterentwicklungen einer strebsamen Bürgerschaft am Herzen liegen, das eine dürfte aus dem Gesagten doch wohl unwiderleglich hervorgehen, daß man dabei nicht mit den Professoren anfangen darf, sondern zuerst mit den Vorbedingungen ihrer Arbeit, den Instituten. Dabei sei auf eine Möglichkeit hingewiesen, die der Stadt Köln als geistigem Mittelpunkt des deutschen Nordwestens eine ganz besondere Bedeutung und Anziehungskraft verleihen würde, nämlich die Möglichkeit der Entwicklung von Forschungsinstituten. Ich sage: Entwicklung, nicht Gründung, denn wir haben in Köln schon eine Menge Ansätze dazu und vielerorten wertvolle Materialien verstreut, versteckt, weit mehr, als man gewöhnlich ahnt.

Um ein ganz kleines Beispiel zu nennen, sei es mir gestattet, einmal von meinem englischen Seminar, meinem geliebten „opus supererogationis“ an der Handels-Hochschule zu reden, das ja jetzt, weil unser herrliches Gebäude als Kriegslazarett gebraucht wird, „suspendiert“ ist, aber um das es wirklich schade wäre, wenn es nach dem Krieg nicht wieder zu neuem Leben erwachte; der Bücherbestand, der zu seiner Gründung vor dreizehn Jahren mit einem kleinen Beitrage der Stadt begonnen, seither fast ausschließlich durch die Verwendung der Zuhörerhonorare weiter wuchs, hat mindestens den doppelten, wenn nicht dreifachen Wert der dafür angewandten Gelder, da ja günstige Gelegenheitskäufe leicht möglich sind, wenn man sich die nötige Mühe gibt. Obwohl dieses rein philologische Fortbildungsinstitut mit der Handels-Hochschule begreiflicherweise nur in einer Art „Personal-Union“ lebt, hat diese ihm aber doch verständnisvoll in dankenswertem Entgegenkommen seine schönen Arbeitsräume und sonstige Vergünstigungen gewährt. Kurz, es ist da, ist ein „Forschungsinstitut“ im kleinen; zahllose Kölner und Auswärtige haben darin bis vor Kriegsausbruch gearbeitet, es hat, so klein es noch ist, wiederholt die Bedürfnisse von Bonn ergänzt; in manchen Gebieten kann seine besaiedene Bibliothek doch schon heute — d. h. sobald sie wieder zugänglich ist — der wissenschaftlichen Forschung vollauf genügen; sie ist, auch rein wirtschaftlich gesprochen, ein Wertobjekt, ein kleines Kapital der Stadt Köln, das Zinsen trägt, und zwar ein Wertobjekt, das zum größten Teile das Seminar als solches gewissermaßen sich selbst erworben hat.

Doch das Englische ist ja jetzt in Verruf, also lassen wir das auf sich beruhen und ziehen aus dem Beispiele nur unsere Lehre! Wie viele wertvolle Ansätze zu wirklich großen Forschungsinstituten beherbergt unsere Stadt doch noch sonst! Man denke nur an die zum Teil einzigartigen Institute an unserer medizinischen Akademie, an das mustergültige chemische Institut unserer Hochschule, an die Hilfsmittel und Schätze unserer Museen, unseres botanischen und zoologischen Gartens, unseres historischen Archivs, unseres Archivs für rheinisch-westfälische Wirtschaftsgeschichte, unseres Hochschul-Archivs u. a. m., die jetzt schon Forschungsinstitute und zu weiterer Entwicklung geradezu prädestiniert sind.

Das Interesse, das solche Forschungsinstitute mit ihren Sammlungen auch manchen begüterten Mitbürgern, namentlich Liebhabern und Sammlern bieten, würde ähnlich wie dies unsern Museen in hochherziger Weise zugute gekommen ist, auch hier zu praktischer Gegenliebe führen. Wer lange Zeit in Köln gesammelt hat, wird dereinst auch, was er gesammelt hat, in Köln belassen! Wir haben umgekehrt bedauerliche Fälle erlebt, wo solche Sammlungen Privater nach ihrem Ableben nach auswärts abgewandert sind, weil die Besitzer hier kein Interesse dafür vermuteten.

Jedenfalls ist mit fachmännisch geleiteten Instituten und bei kulturwissenschaftlichen Fächern mit Fachbibliotheken zu beginnen, die zugleich alles das in das einzelne Fach Einschlagende, das sonst noch in der Stadt verstreut vorhanden ist, inventarisieren und zugänglich machen könnten. Die Entwicklung solch eines Forschungsinstituts möge ein ebenfalls imaginäres Beispiel erläutern. Nehmen wir an, die alte kühne Hoffnung, es möchte in Köln auch einmal eine Professur für deutsche Sprache und Literatur ins Leben gerufen werden, schlüge aufs neue Wurzel. Man beschränkte sich in den schweren Zeiten sparsamerweise zunächst auf ein Extraordinariat, hier Dozentur genannt, und stellte dafür jährlich drei- bis viertausend Mark ein, ein sehr mäßiges Gehalt; anstatt aber nun gleich einen „billigen“ Professor zu berufen, sparte man zunächst das Gehalt und legte die für Bücher unerhörte Summe von drei- bis viertausend Mark jährlich für deutsche Literatur und Sprachwissenschaft zurück; was für ein herrliches Forschungsinstitut könnten wir dann in etwa zehn Jahren gründen, wenn der zu berufende Leiter gleich zu Anfang die aufgespeicherten dreißig- bis vierzigtausend Mark zur Beschaffung der nötigen Handbibliothek vorfände! Dann könnte man auch erwarten, einen wirklich namhaften Gelehrten für uns zu gewinnen. Nunmehr, nachdem die allgemein unentbehrliche Nachschlageliteratur, das „literarische Handwerkszeug“ beschafft wäre, wäre ein jedem zugänglicher Katalog herzustellen, in dem aber die einschlägigen Werke, die sich in der Stadtbibliothek und den verschiedenen sonstigen und Schulbibliotheken verstreut finden, mitverzeichnet sind. denn der Wechselverkehr zwischen all den städtischen Instituten wäre selbstverständlich, und kein Mensch ahnt, wieviel Wertvolles in den verschiedenen Bibliotheken noch verborgen ist! Das Forschungsinstitut behielte aber seinen jährlichen Etat für Bücher, und zwar für Fortsetzungen und Neuanschaffungen weiter; letztere begriffen auch Spezialitäten, die gerade irgend jemand im Forschungsinstitut betreiben möchte; also es wollte jemand z. B. speziell über Hölderlin oder Anzengruber oder über die Mundarten des Sauerlandes u. dgl. m. arbeiten, so fände er natürlich das gewöhnliche Nachschlagematerial vor; aber keine Bibliothek der Welt kann jede mögliche Spezialität und die etwaige wertvolle oder wertlose Literatur über dieselbe vollständig besitzen; das wäre weder möglich noch nötig. Jedoch der Leiter des Forschungsinstituts wird sowohl den, der hier arbeiten will, wenn erforderlich, wissenschaftlich beraten, als auch die für seinen speziellen Zweck erschienene [illegible] aus den Mitteln des Instituts beschaffen können, sei es [illegible]anschaffungen, sei es leihweise, wenn die Werke nicht [illegible] kaufen sind. Nachdem aus dem Kölner Forschungsinstitut [illegible]nn die neue Hölderlin- oder Anzengruber- oder Sauerlandm[illegible]arten-Monographie hervorgegangen, bleibt das Material, auf dem sie beruht, dem Institut, und wer in der ganzen Welt in spätern Generationen einmal diesen Gegenstand wieder neuaufgreifen will, wird zu diesem Zweck seine Blicke nach Köln richten; das Material bleibt unverloren beisammen; und ebenso bei jedem andern Thema, das einst hier Gegenstand der Forschung gewesen. Doch genug mit diesem Falle, den ja jeder in seinem Lieblingsfach sich ähnlich in der Phantasie weiter ausbauen mag. Solche Forschungsinstitute wären geistige Sammelstellen, in denen die nutzlos verstreuten, aber [illegible]nhaft vorhandenen Kräfte und Schätze ihre Heimstätte fänden. Sie wären der natürlichste, einfachste Ausgangspunkt für [illegible]enschaftliche Arbeit und daraus für zuverlässige volkstüm[illegible]erpretlehrung; sie wären eine unschätzbare Ergänzung und [illegible] die [illegible]urrenz zu den bestehenden Universitäten, und bei jeder [illegible] 20 [illegible]öglichen Entwicklung der Kölner Hochschule, für d[illegible] Erschlie[illegible]ß zu de[illegible] Unterbau.

Vossische Zeitung
23./IV.1916
91

№ 209 Sonntag (Morgen) Vierte Beilage zur Vossischen Zeitung 23. April 1916

Die internationale Wissenschaft im Kriege.

Eine Umfrage der Vossischen Zeitung.

So völlig auch die geistigen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den kriegführenden Völkern durch den Krieg zerrissen erscheinen, so sind die Verbindungsfäden, die durch vieljährige gemeinsame Arbeit angeknüpft worden sind, doch viel zu verschlungen und fest, als daß sie mit einem Schlage gelöst werden können. Wir haben an eine Reihe hervorragender Vertreter der wichtigsten Forschungszweige auf dem Gebiete der Natur- und Geisteswissenschaften die Frage nach dem gegenwärtigen Stand und den wahrscheinlichen Zukunftsaussichten des internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeitens gerichtet und teilen die nachstehenden, zum Teil sehr bemerkenswerten Aeußerungen unseren Lesern mit.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Emil Fischer.

Exzellenz Fischer, der Direktor des ersten Chemischen Instituts der Berliner Universität, sagt das Folgende:

Von den internationalen Unternehmungen in der Chemie ist meines Wissens zurzeit nur ein einziges noch in Kraft. Das ist die Atomgewichtskommission, die allerdings nur aus vier Herren besteht. Dank den Bemühungen ihres Präsidenten, des Amerikaners F. W. Clarke, sind die übrigen Mitglieder der Kommission ein Deutscher (W. Ostwald), ein Engländer (T. E. Thorpe) und ein Franzose, in Verkehr miteinander geblieben, und es ist zu Anfang dieses Jahres der übliche Bericht mit der Atomgewichtstafel in den Fachblättern erschienen.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Brandl.

Der Direktor des Seminars für englische Philologie an der Berliner Universität sendet uns folgende Zuschrift:

Von den wissenschaftlichen Unternehmungen auf dem Gebiete der englischen Philologie wurde am schwersten betroffen das große Ausgabenwerk „Materialien zur Geschichte des altenglischen Dramas", das der wackere Rheinländer Prof. Bang an der Universität Löwen mit englischer und französischer Hilfe seit vielen Jahren förderte: es ist tot, und der Herausgeber von der englischen Kriegserklärung so empört, daß er allen englischen Studien den Rücken gekehrt hat.

Anglistische Studierende, die auf Einladung der Universität Edinburg kurz vor Kriegsausbruch zu einem Ferienkurs hinübergegangen waren, sind dort interniert. Man kann junge Leute fortan ähnlicher Gefahr nicht so leicht wieder aussetzen.

Das Englische Seminar an der Universität Berlin sandte systematisch angehende Forscher mit Grammophon in englische und schottische Landstädtchen, um die Dialekte aufzunehmen. Vor dem Kriege wurden sie von der ländlichen Bevölkerung recht freundlich aufgenommen. Jetzt ist das für absehbare Zeit vorbei. Wurde doch am Sonntag nach der Torpedierung der „Lusitania" fast in allen Kirchen gegen uns gepredigt.

Die englische Goethe-Gesellschaft gibt keine regelmäßigen Forschungen heraus, konnte daher durch den Krieg nicht darin gehemmt werden. Die deutsche Shakespeare-Gesellschaft mit ihrem Jahrbuch hat immer in Amerika mehr Hilfe gefunden als in England, konnte daher noch nicht schwer gekränkt werden.

Bis vor zwanzig Jahren war der Deutsche in allen Philologenkreisen Englands herzlich bewillkommt. Dieser Willkomm hat sich allmählich auf wenige Persönlichkeiten beschränkt. Die englischen Bibliotheken, besonders die des Britischen Museums, blieben gastlich; im persönlichen Verkehr wurde man gelegentlich durch merkwürdige Kriegsanzeichen überrascht. Die beiderseitigen Sprach- und Literaturforscher haben den Krieg am wenigsten gewollt und am bittersten empfunden. Hüben wie drüben würde jetzt verachtet werden, wer den 4. August 1914 vergessen sollte, und so dürfte es bei dem Charaktereernst der beiden Völker lange, lange bleiben.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Morf.

Der Direktor des Seminars für romanische Philologie sendet uns folgende Antwort:

Auf Ihre Frage nach dem derzeitigen Stande und nach den Arbeitsaussichten der Romanischen Sprach- und Literaturforschung beehre ich mich Folgendes zu erwidern:

Die Romanische Sprach- und Literaturforschung Deutschlands, die sich der Natur der Sache nach auf ein internationales Zusammenarbeiten gründet, da ihr Material von jenseits der Landesgrenzen stammt, leidet selbstverständlich stark unter dem Kriege. Der Verkehr in Druck und Schrift ist überallhin erschwert, auch nach Neutralien. Der Bezug wissenschaftlicher Publikationen aus feindlichen Ländern, sowie die Erlangung — unverfänglicher — wissenschaftlicher Auskünfte, kann nur auf dem Wege über dies neutrale Ausland geschehen und ist deshalb umständlich und zeitraubend. Bei einzelnen Ländern führt der Weg überhaupt nicht zum Ziele, da auch dem Neutralen, der eine rein wissenschaftliche Anfrage vermittelt, mißtraut wird und er erst brieflich ins Verhör genommen wird. Wo überdies im Ausland neben dem Kampf der Waffen noch Verdächtigung, Verunglimpfung und Beschimpfung zum Worte kommt und Haß gepredigt wird, da sind auch die persönlichen Beziehungen der Forscher abgebrochen, und darob sind wissenschaftliche Unternehmungen ins Stocken geraten.

Die Träger des wissenschaftlichen Gedankenaustausches, die Fachzeitschriften, haben allerorten, sogar auch in neutralen Ländern, Störungen erlitten. Vielfach hat sich auch bei uns ihr Erscheinen verlangsamt. In Feindesland ist von einzelnen führenden Organen, die vierteljährlich herauszukommen pflegen, seit Jahresfrist überhaupt nichts mehr erschienen. Da ist es willkommen, daß soeben die Holländer ihrer romanistischen Forschung einen eigenen Mittelpunkt in dem neugegründeten „Neophilologus" gegeben haben.

Trotz aller Schwierigkeiten geht bei uns die Forscherarbeit weiter, wenn auch in langsamerem Tempo, da so mancher, der sonst mithilft, heute im Heeresdienst steht. So haben z. B. vorigen Herbst die Werke eines provenzalischen Troubadours, Bernart von Ventadorn, durch einen deutschen Hochschullehrer eine monumentale Ausgabe erfahren, wie sie reicher und gründlicher noch keinem französischen Minnesinger in seinem Heimatland zuteil geworden ist. Mit Unterstützung der Berliner Akademie geht die Gesellschaft für lothringische Geschichtsforschung an den Druck eines Wörterbuchs der französischen Mundarten Lothringens, das von langer Hand vorbereitet ist. Man druckt also während des Krieges in Metz, wenige Stunden hinter der Front, ein Patois-Wörterbuch — weil's eine Aufgabe der Wissenschaft ist. Unter den Auspizien der nämlichen Akademie hat, ebenfalls während des Krieges, das altfranzösische Wörterbuch zu erscheinen begonnen, dessen kostbare Materialien Adolf Tobler gesammelt und hinterlassen hat, und dessen Redaktion einem hervorragenden Schüler Toblers anvertraut ist. Der Druck dieses auf vier Bände angelegten Werkes ist in gutem Fortschreiten.

Nach dem Kriege wird die gemeinsame romanistische Arbeit von Germanen und Romanen sich von selbst wieder anbahnen. Von dem, was ich über die Civitas Dei der Wissenschaft vor anderthalb Jahren („Internat. Monatsschrift" IX, 6) gesagt, habe ich, trotz bitterer persönlicher Erfahrungen, nichts zurückzunehmen. Solche Gemeinsamkeit liegt im Charakter der wahren, ernsten, wahrheitssuchenden Forschung. Politische Philologie ist keine Wissenschaft. Man wird sich wieder finden, von hüben und drüben. Wie langsam oder wie schnell sich diese Arbeitsgemeinschaft wieder bilden wird, das wird im einzelnen Falle auch von der Persönlichkeit der Forscher bedingt sein. Sollte es den Aelteren unter uns, die zuviel zugesetzt haben, nicht mehr möglich sein, in der Spanne Zeit, die das Leben ihnen noch zugemessen haben mag, sich wieder zu finden, so sorgt die Zeit dafür, daß ein neues Geschlecht heranwächst: il tempo è galantuomo. Die Jungen von hüben und drüben werden sich gegenseitig nötig haben. Die Civitas Dei, die von unseren Gegnern verheert worden ist, wird wieder auferstehen. Resurget! Ostern 1916.

Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Waldeyer.

Der Direktor des Anatomischen Instituts der Berliner Universität schreibt:

Die internationalen wissenschaftlichen Unternehmungen, bei denen ich mit an leitender Stelle stehe, haben ihren Verkehr, so weit er durch Kongresse unterhalten wird, für die Dauer des Krieges aufgegeben; mit den betreffenden Anstalten und Mitgliedern in den neutralen Staaten findet ein beschränkter brieflicher Verkehr statt. So habe ich u. a. von den Hirnforschungs-Instituten in den neutralen Ländern und, selbstverständlich auch in Deutschland, Berichte über deren Tätigkeit erhalten. Internationale wissenschaftliche Kongresse der Akademien und gelehrten Gesellschaften finden, so weit mir bekannt ist, seit Ausbruch des Krieges nicht statt. Beschränkter Briefverkehr wird natürlich bestehen; in welcher Ausdehnung, darüber habe ich keine genauere Kenntnisse. Die für wissenschaftliche Aufgaben bestehenden Stiftungen Deutschlands führen ihre Tätigkeit, so weit sie im Inlande möglich ist, weiter. Angaben darüber, wie sich der internationale Verkehr der verschiedenen gelehrten Körperschaften nach dem Kriege gestalten werde, lassen sich, m. M. nach, jetzt nicht machen; bloße Vermutungen darüber auszusprechen ist wertlos. Daß eine gemeinsame Arbeit aller Länder wieder angebahnt werden muß, ist klar und sie wird auch kommen, weil sie eine Notwendigkeit ist.

Vossische Zeitung
30./IV. 1916
98

eitung 1916 30. April

Die internationale Wissenschaft im Kriege.

Auf die Rundfrage der „Vossischen Zeitung" über den gegenwärtigen Stand und die wahrscheinlichen Zukunftsaussichten des internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeitens, deren Ergebnis wir in der Osternummer veröffentlichten, sind uns noch die nachfolgenden bemerkenswerten Aeußerungen zugegangen:

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Engler.

Der Direktor des Botanischen Gartens und Museums in Dahlem leitet die Herausgabe des von der Berliner Akademie der Wissenschaften ins Leben gerufenen Werkes „Das Pflanzenreich". Er weist in seiner Beantwortung unserer Frage auf den Bericht hin, den er in der letzten öffentlichen Sitzung der Akademie gegeben hat. Dort heißt es:

„Wenn ich die bereits erschienenen und die druckfertig vorliegenden Manuskripte berücksichtige, so ergeben sich an Mitarbeitern aus Deutschland 35, aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika 2, aus Belgien 1, aus England 1, aus Schweden 1, aus Ungarn 1. Es haben aber noch Arbeiten übernommen und zum Teil schon gefördert von andern Botanikern aus Deutschland 8, aus der Schweiz 3, aus Oesterreich-Ungarn 4, aus Rußland 2, aus den Vereinigten Staaten 2, aus Schweden 1, aus Italien 1, aus Frankreich 1, aus England 1. Trotz des Krieges ist der Druck des Werkes nicht unterbrochen, wenn auch der Mangel an geeigneten Setzern ein langsameres Fortschreiten bedingte. Für nahezu 100 Bogen sind noch Manuskripte bereit, und der Abschluß anderer Arbeiten ist in Aussicht. Wenn auch einzelne tüchtige, junge Kräfte durch den Krieg gegenwärtig der Mitarbeit an dem großen Werk entzogen sind, so kann doch dessen weiteres Fortschreiten als gesichert angenommen werden, da sein wissenschaftlicher Nutzen nicht bezweifelt wird. Wir dürfen hoffen, daß zu den bereits vorhandenen Mitarbeitern sich auch noch andere hinzugesellen werden, nicht nur aus deutschen Landen, sondern auch aus anderen Staaten, in denen die Pflege der Wissenschaft auch weiterhin aufrecht erhalten wird."

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. M. Planck,

der Direktor des Instituts für theoretische Physik an der Berliner Universität, schreibt:

Die Wiederaufnahme der durch den Krieg zum Stillstand gekommenen internationalen wissenschaftlichen Unternehmung muß selbstverständlich eines der ersten und vornehmsten Ziele aller derjenigen Gelehrten sein, die an dem Wiederaufbau der abgebrochenen wissenschaftlichen Beziehungen ein Interesse haben. Es wäre aber nach meiner Meinung verfrüht und unzweckmäßig, vor dem Friedensschluß in dieser Richtung vorzugehen, ja selbst die Art der Anbahnung des internationalen Verkehrs näher zu erörtern.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Schmidt.

Der Abteilungsvorsteher am Meteorologischen Observatorium bei Potsdam äußert sich folgendermaßen:

Die durch den Krieg hervorgerufene Störung der geistigen Gemeinschaftsarbeit der Kulturmenschheit macht sich begreiflicherweise in denjenigen Wissenschaften am stärksten fühlbar, deren Gegenstand die als kosmische Einheit aufgefaßte Erde ist. Verlangt doch bei ihnen schon die erste, vorbereitende Aufgabe, die Sammlung des Erfahrungsstoffes, eine allgemeine Beteiligung und eine die Vergleichbarkeit der einzelnen Beiträge sichernde Verständigung über Beobachtungsmethoden, Inhalt und Form der Veröffent-

Vossische Zeitung
12./V. 1916
104

Freitag, 12. Mai 1916

Zeitung

und gelehrten Sachen.

:/26. Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800. 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

zern erstürmt.

Mit der Wünschelrute in der Wüste.

Von

Dr. Th. Preyer, Konsul a. D.*)

Nachdem Konsul Preyers Absicht, von Amerika mit der „Kronprinzessin Cecilie" nach Deutschland zu kommen, fehlgeschlagen war, weil der Dampfer auf hoher See umkehren mußte, gelang es ihm, unter zahlreichen Fährnissen auf einem amerikanischen Dampfer England zu erreichen und von dort nach Deutschland zu kommen. Er trat in das Heer ein, nahm an den Kämpfen im Westen und Osten teil und erhielt dann ein Kommando nach dem Orient. Von dem altbiblischen Städtchen Berscheeba aus begleitete er den Wünschelrutengänger Major v. G. auf seinen Expeditionen in der südlichen Wüste.

Die Wünschelrute? Das ist doch Schwindel? Oder ist doch etwas dran? So fragt noch jetzt die Mehrzahl der Gebildeten, wenn davon die Rede ist, und auch ich würde wohl zur Partei der Skeptiker gehören, wenn ich nicht zufällig vier Kriegsmonate hindurch, als Adjutant und ständiger Begleiter der ernsten systematischen Arbeit des Majors v. G. beigewohnt hätte.

Es ist etwas dran. Ich habe mich nicht überreden oder überzeugen oder gar mir imponieren lassen, sondern ich habe meine eigenen statistischen Aufstellungen, meine privaten exakten Beobachtungen und Aufzeichnungen gemacht, die folgerichtig ergeben, daß trotz mancher Fehlerquellen, trotz zuweilen mitspielender Fremd- und Auto-Suggestion, trotz Ungenauigkeiten der Beobachtung und allem, was der Kritiker im Einzelfall mit Recht beanstanden mag, das Gesamtergebnis ein positives ist. Es ist wirklich etwas dran. Vielleicht weniger als allzu gläubige Anhänger, aber mehr, als schroffe Skeptiker meinen.

Vorausschicken möchte ich, daß ich selbst kein „Begabter" bin, wie die Meister der Wünschelrute es nennen, das heißt die Wünschelrute reagiert in meinen Händen nie und unter keinen Umständen. Auch habe ich meiner individuellen Nervenkonstitution noch kein Verständnis dafür, wie Menschen solche nachweisbar unwillkürliche nervöse Wünschelruten-Reaktionen zeigen können. Ich beurteile diese also ganz unpersönlich, rein sachlich.

Auf drei Expeditionen habe ich den Major begleitet. Zwei davon, die erste und die dritte, führten uns in die weite Wüste, die zweite war dem Studium Palästinas gewidmet.

„Herr Major will arbeiten!" Wir Expeditionsteilnehmer, der Major, unser Wegeführer Kriegsfreiwilliger Theophil Wagner aus Nazareth und ich, stehen mitten in der Wüste, neben uns vier oder fünf türkische Soldaten mit Meßleine, Hacken und Schaufeln sowie Holzpfählen; in der Ferne sind unsere Diener und übrigen Mannschaften mit dem Aufschlagen unseres Lagers und der Fütterung der eben abgesattelten Reitkamele beschäftigt. Wir haben einen Ritt von acht Stunden hinter uns, in arabischer Sommerhitze wahrlich keine Kleinigkeit. Also erst noch einen Schluck kühlen Wassers aus dem porösen, vom Kamelsattel abgenommenen Wasserbeutel, dann eine Zigarre oder, falls der Vorrat erschöpft ist, eine Zigarette für den Herrn Major, und schon bringt der gut dressierte Bursche die dreispitzige, braune Ledertasche, die die wertvollen Wünschelruten birgt. Der Major schnallt sich seinen aus dickem, lederbenähtem Filz hergestellten Leibgurt um, der nur dazu dient, den Uniformrock und die Knöpfe zu schützen. Und dennoch, oft genug sprangen vor meinen Augen solide metallene Knöpfe in Stücke, wenn die zurückschlagende Eisenrute sie versehentlich traf, nachdem der Schutzgürtel tiefer gerutscht war.

„Die Eisenrute her," befiehlt der Major. Alles muß mit größter Schnelligkeit gehen, denn die Nervenspannung des Wünschelrutengängers erreicht beim Arbeiten einen sehr hohen Grad, so daß aus gesundheitlichen Gründen jede unnötige Verlängerung oder Störung der Arbeit vermieden werden muß.

Der Major besieht einen Augenblick die Rute, eine einfache Schleife aus fingerdickem Rundeisen, um den richtigen Griff in die rechte Hand zu nehmen, und geht dann mit seinem Werkzeug lebhaften Schrittes geradeaus. Er behauptet, daß für ihn jede seiner verschiedenen Ruten zwei Pole hat und die Richtung der Reaktion, nach oben oder nach unten, davon abhängt, ob er den positiven oder den negativen Pol in der rechten Hand hat. Nach der Art des Ausschlags kann er beim ersten Male für jede neue Metallrute die Lage der Pole definitiv feststellen, und er macht sich dann ein kleines Zeichen. Oefters kam es vor, daß er in starker Nervenerregung doch die Pole verwechselte, und die Rute schlug alsdann nach unten anstatt nach oben, ein Fehler, der durch Umdrehen der Rute sogleich abgeändert wurde. Bei anderen „Begabten" konnte ich einen merklichen Einfluß der verschiedenen Pole der Rute nicht feststellen.

Während des Gehens hält der Major die eiserne Rute wagerecht vor sich, die beiden Hände mit Untergriff an den Enden der Rute, die Arme rechtwinklig gebogen; die Muskeln der beiden

*) Siehe auch „Vossische Zeitung" Nr. 241 vom 11. Mai.

Tägliche Rundschau 16.
16./V.1916. 108

Beilage der Tägli

Donnerstag, den 16. Mai 1918

oder die Zahl oder die beiden anderen Begriffe der viergliedrigen Kausalreihe aufzuschreiben hatten. — Die Fähigkeit zur „Konzentration" wurde in der Weise untersucht, daß den Schülern zur gleichen Zeit Rechenaufgaben diktiert wurden (9 × 23) und eine Geschichte vorgelesen wurde, deren Inhalt sie nach der Lösung der Aufgaben in kurzen Worten aufzuschreiben hatten. — Bei der Prüfung der „Kombinationsfähigkeit" wurden folgende Aufgaben gestellt: Die Lücken eines durchbrochenen Textes mußten in bestimmter Zeit sinngemäß ergänzt werden; die vier Teile eines willkürlich zerschnittenen Rechtecks mußten in Gedanken, nicht durch schriftliches Probieren, wieder zu der ursprünglichen geschlossenen Figur des Rechtecks zusammengefügt werden, und endlich sollten zwischen drei gegebenen Begriffen, zwischen denen mehrere möglichen Zusammenhänge bestanden, diese grundsätzlich verschiedenen Beziehungen aufgedeckt werden. Z. B. Bauer auf dem Felde — große Hitze — Diebstahl; dabei brachte ein Knabe die folgenden grundsätzlich verschiedenen Lösungen bei: 1) Die Bauersfrau bringt ihrem Manne auf dem Acker, um ihm den Heimweg bei der Hitze zu ersparen, das Mittagessen aufs Feld, während dieser Zeit dringt ein Dieb in ihr Haus ein. 2) Der Bauer will seinen Pferden bei der großen Hitze eine Erleichterung verschaffen, holt ihnen Wasser — und ein Dieb entführt ihm inzwischen die Gäule. 3) Durch die große Hitze ist im Bauernhaus Feuer ausgebrochen, der Bauer eilt mit seinen Pferden zur Hilfe nach Hause, und auf dem Felde ist ihm sein beladener Wagen gestohlen worden. 4) Der Bauer legt sich bei großer Hitze zur Erholung ins Heu, und Diebe rauben ihm inzwischen die unbeaufsichtigten Geräte. — Die Begriffsfähigkeit wurde in der Weise untersucht, daß die Schüler das Wesentliche einer sehr langen, mit Einzelheiten gespickten Erzählung wiederzugeben, bei fünf geometrischen Figuren die gemeinsamen Eigenschaften und die Verschiedenheiten herauszusuchen und endlich einige Definitionen anzugeben hatten. Dabei haben dreizehnjährige Jungen z. B. geschrieben: „Die Lampe ist eine künstliche Lichtquelle", „Armut ist Mangel an irdischen Gütern", „Hunger ist eine unangenehme Empfindung, die sich auf die Leere des Magens bezieht", „Werkzeuge sind Gegenstände für leichteren und bequemeren Herstellung und Verrichtung einer Arbeit, die aus verschiedenen Stoffen, meistens aber aus Holz und Eisen bestehen". — Die Urteilsfähigkeit wurde in der Weise ermittelt, daß die Kinder ein ihnen unbekanntes Bild zu deuten, eine abgebrochene Geschichte fortzuführen, einen Schlachtbericht zu beurteilen und allerlei Fragen nach dem Zweckmäßigsten und Wahrscheinlichsten in einer bestimmten Situation zu beantworten hatten, z. B. „Ein Mann befindet sich allein in einer Küche. Plötzlich fängt die Küchengardine an zu brennen. Einige Häuser weiter befindet sich die Feuerwehr. Was wird der Mann in dieser Lage am zweckmäßigsten tun?" — Anschauung und Beobachtungsfähigkeit endlich wurden im wesentlichen durch Beschreibung eines reich beladenen, nur kurze Zeit gezeigten Anschauungsbildes und durch Beschreibung zweier Modelle und Erkennen ihrer Vorrichtungen untersucht.

Der Laie wird diesen Versuchen und ihrer Anwendung bei der Begabungsuntersuchung zuerst etwas mißtrauisch gegenüberstehen; aber die Theorie entfernt sich hier nicht allzu sehr von der Praxis: Manches Verfahren wird auch

Um die Erde.

Irrfahrten und Abenteuer eines Grünhorns.

19) Von Kurt Faber.

Schon nach wenigen Wochen nahm meine Tätigkeit ein plötzliches und wenig ruhmreiches Ende. Und Schuld daran war niemand anders als Hamlet. Eines Tages, als ich mir herausnahm, mich etwas skeptisch über seine Ophelia zu äußern, geriet er in namenlose Wut. Ohne ein weiteres Wort packte er eine riesige Schüssel voll Mehl und stülpte sie mir über den Kopf. Ich blieb die Antwort nicht schuldig. Hamlet bekam ein blaues Auge und eine blutige Nase. Der Küchenchef telephonierte nach der Verwaltung und schon nach wenigen Minuten kam der Herr Direktor selber herein, gestiefelt und gespornt wie Fortinbras in das Dänenschloß. Was mir denn einfiele? Sei das eine Art mit den Kranken umzugehen? Ich solle sofort aufs Bureau kommen und mein Geld in Empfang nehmen. Dann könne ich mich gefälligst zum Teufel scheren.

Traurig, mißmutig und wirklich niedergeschlagen wanderte ich über die staubige Straße zurück nach San Antonio. Krankenpfleger — ja, das war am Ende doch nicht der richtige Beruf für mich. Ich kam gerade noch recht zum großen Schützenfest. Die ganze Stadt war geschmückt mit schwarzrotgoldenen Fahnen. In den Schaufenstern standen zwischen Blumen und Palmen die Büsten von Bismarck und Moltke, und über die Straßen weg waren Leinwandstreifen gespannt, auf denen in großen Buchstaben zu lesen stand: „Willkommen, ihr Schützen!" Eben kam gerade der Festzug um die Ecke. Ein stattlicher Zug mit Musik, Fahnen und allem Zubehör. Voraus ritten — o Land der Freiheit! — eine Schar Polizisten. Dann kam Musik und Fahnen, und dahinter, in endlosen Reihen, die Schützen in grauen Joppen mit Stutzen und Federhut. Ganz wie bei uns. Dann wieder Musik und Fahnen, weißgekleidete Ehrenjungfern, und dann — was war denn das? — eine kriegsstarke Kompagnie von bayerischem Militär mit dem alten Raupenhelm. Vor den Haustüren standen die jungen Damen und konnten sich nicht genug tun mit Winken und Heilrufen. Plötzlich rannte einer der Soldaten ganz vorschriftswidrig aus Reih und Glied davon auf eine der bestürzten Jungfrauen zu, packte sie um den Hals und gab ihr einen Kuß, den man drei Straßen weit hörte. „Alleweil hot's awer g'schellt!"

Es dauerte fast acht Tage, bis das Schützenfest vorüber war und der graue Alltag allmählich wieder in seine Rechte trat. Das Geld war mir inzwischen noch besser wie sonst durch die Finger gegangen und ich erlebte keinen geringen Schreck, als ich meine Barschaft zusammenzählte. — War

Vossische Zeitung
1. Juli 1916

Sprachenpolitik und Weltwirtschaft.

Im Herrenhause hat, wie wir mitteilten, der Geheime Rat Professor Hillebrandt den Antrag eingebracht, der unter anderem befürwortet: „Zur Vermehrung der Auslandskenntnisse“ an einer Reihe höherer Schulen statt des bisherigen Englisch oder Französisch allmählich andere moderne Sprachen obligatorisch einzuführen, sowie besondere Vorkehrungen zur Förderung der Orientalistik zu treffen. Der Antrag ist von mehreren Herren unterstützt, unter denen sich die Professoren v. Schmoller, Adolf Wagner, Waldeyer und Zorn befinden.

Das englische Sprachgebiet ist das größte der Kulturwelt. „Zur Vermehrung der Auslandkenntnisse“ wird es nicht beitragen, sicher aber zu ihrer Verminderung, wenn wir aus unseren Schulen die ohnehin schon sehr dürftige Unterweisung in der englischen Sprache entfernen. Diese Sprache beherrscht nicht nur sämtliche englischen Kolonialgebiete, sondern auch die Vereinigten Staaten und wird überdies in fast allen Häfen des lateinischen Amerika gesprochen und verstanden. Ein Deutscher, der auf den Gebrauch der englischen Sprache verzichtet, muß zugleich auch mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, keinen Eingang in diese weiten Gebiete der Weltwirtschaft zu finden. Man mag das Uebergewicht der englischen Sprache bedauern, aber man muß die Dinge so nehmen wie sie sind. Entweder wir wollen unsere Stellung in der Weltwirtschaft heben, dann müssen wir den Eingangsschlüssel dazu, die Sprache, beherrschen. Oder wir enthalten uns in nationaler Selbstgenügsamkeit des Gebrauches der englischen Sprache; dann erschweren wir uns aber den Zugang zur Weltwirtschaft stellenweise bis zum völligen Verzicht. Eine dritte Möglichkeit ist nicht gegeben.

Die französische Sprache hat die Bedeutung nicht mehr, die sie ehedem in der Welt hatte. Aber ihr Verbreitungsgebiet ist heute noch sehr groß. Am ganzen Mittelmeerbecken kommt man mit dem Französischen gut durch. Auf dem Balkan sprechen die besser Unterrichteten mit Vorliebe französisch und in der Türkei ist das Französische die herrschende westeuropäische Kultursprache. Selbst in Portugal gilt das Französische viel. Wenn man in Lissabon einen leidlich gut gekleideten Menschen französisch anredet, so wird man meistens verstanden. Die Ausmerzung des Französischen aus dem Unterricht würde uns Deutsche daher eines brauchbaren Verkehrsmittels berauben.

Herr Hillebrandt hat ja nun seine Neuerung nur für „eine Reihe höherer Schulen“ beantragt. Aber die Eltern, die ihre Söhne in eine von dieser Neuordnung bedrohte Schule schicken, müssen sich darüber klar sein, daß ihre Söhne ohne die Kenntnis des Englischen zumal und des Französischen auch für den kaufmännischen und industriellen Beruf nur sehr beschränkt verwendbar sein werden.

An die Stelle der beiden Weltsprachen sollen nun andere moderne Sprachen treten. Welche? Die spanische hat ein großes Verbreitungsgebiet, Peru, Chile, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Mexiko und die übrigen süd- und zentralamerikanischen Staaten. Vielleicht ist für weltwirtschaftliche Betätigungen die Kenntnis der spanischen Sprache heute schon ergiebiger als die der französischen. Ausschlaggebend ist letzten Endes, nach welchen Kontinenten jemand mit seinen Interessen neigt. Wer auf das Mittelmeer und den Orient verzichtet, der tut gut, sich an das Spanische zu halten, wie denn überhaupt die Betätigung im spanischen Südamerika auf absehbare Zeit für Deutsche angenehmer sein wird als in den Gebieten, wo mit der französischen Sprache auch französische Sympathien stark vorherrschen. Der fakultative Unterricht im Spanischen ist daher wohl zu empfehlen. Uebrigens fällt die Erlernung dem Lateinkenner leicht.

Russisch kann als Schulfach nicht ernstlich in Frage kommen. Die Sprache ist zu schwer und für die meisten Schüler im späteren Leben nicht verwendbar, selbst wenn man unsere zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland sehr hoch veranschlägt. Bisher lag auch das Verhältnis so, daß die Russen mehr der deutschen Sprache bedurften als wir der russischen. Neben der französischen Sprachgewohnheit der Aristokratie ist der Gebrauch der deutschen Sprache in Rußland ziemlich verbreitet. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich daran in Zukunft aus „nationalen“ Gründen etwas ändern wird, ebensowenig

Pester Llo

Zur Reform der Bürgerschule.

Budapest, 21. Juni.

Der Budapester Verein der Bürgerschullehrer hat kürzlich in einer von der Tagespresse veröffentlichten Resolution gegen die vom Unterrichtsminister vorgeschlagene Reform der Bürgerschule Stellung genommen.

Kein Kenner der wirklichen Verhältnisse kann die durch den Referenten Zoltán Zigány vorgebrachten und von der Versammlung als Grundlage ihrer Resolution angenommenen Behauptungen ohne ein Gefühl des Unbehagens lesen.

Vor allem bedürfen zwei Sätze des Referenten einer gehörigen Richtigstellung.

Der Referent behauptet, daß das Unterrichtsministerium den Versuchsschulen in Békéscsaba und Orosháza jene Berechtigungen verweigert hat, mit denen die übrigen siebenklassigen Sekundärschulen versehen sind. Das klingt wirklich, besonders in dem Zusammenhange innerhalb des Berichtes, sehr gravierend für das Kultusministerium. Nun ist aber diese Behauptung für jeden Kenner des Berechtigungswesens geradezu lächerlich und nur auf den Laien mag diese ganz laienhafte Aussage von irgendwelcher Wirkung sein. Der Kultusminister hat nämlich durchaus nicht die Macht, solche Berechtigungen im allgemeinen zu erteilen. Namentlich handelt es sich hier in erster Reihe um das Einjährig-Freiwilligen-Recht, was der nicht so sehr Wahrheit wie Effekt suchende Referent wohlweislich verschwieg. Daß die Erteilung dieses Rechtes nicht Sache des Kultusministers, sondern die des Kriegsministers ist, weiß jedes Kind, und vielleicht auch das enfant terrible des Bürgerschullehrervereins. Aber selbst was die anderen Berechtigungen, besonders die auf die verschiedenen Aemter bezüglichen, betrifft, auch diese hängen — abgesehen von wenigen Fällen — im großen und ganzen nicht vom Kulusminister ab. Nur die Zulassung zu höheren Studien, die bei den in Frage stehenden Schulen kaum in Betracht kommt, ist Sache des Kultusministers. Eine Abänderung des Qualifikationsgesetzes zugunsten irgendeiner Schulgattung kann jedoch nur auf dem Wege der Legislative vorgenommen werden, und dann auch nur auf Grund eines im Ministerrate gefaßten Beschlusses des Gesamtministeriums. Der Vorwurf, den der Referent dem Kultusminister macht, gehört eben zu jener Art Behauptungen, von denen es heißt: ignotos kallit...

Noch merkwürdiger ist der Satz, in dem es folgendermaßen heißt: „Zu der Zeit, da der Weltkrieg von Tag zu Tag materielle Güter, Kulturwerte und Menschenmassen in nie geahnten Dimensionen vernichtet und da die Epoche der in tausendfacher Weise wichtigen Restauration der ungarischen Nation harrt: vermehrt das Unterrichtsministerium in Trßtena, Szakolcza, Ujverbász, Kisvárda, Mezökövesd, Podolin, Privigye, Szentgyörgy, Gödöllö, Nyirbátor usw. die Zahl der ohnehin schütter besuchten Gymnasien." Das wäre wirklich fürchterlich, wenn das Unterrichtsministerium, wie es dieser Satz für jeden, der lesen kann, ganz deutlich sagt, während des großen Weltkrieges Zeit und Geld fände zur Gründung von Gymnasien in diesen kleinen Ortschaften, die den Mangel eines Gymnasiums ganz und gar nicht empfinden würden ... das wäre gewiß, wir wiederholen es, schrecklich. Nun aber wurde kein einziges der aufgezählten Gymnasien während des Krieges gegründet, ja keine einzige dieser Anstalten wurde während des Regimes des heutigen Unterrichtsministers ins Leben gerufen, sogar sind darunter recht altehrwürdige Anstalten, wie z. B. das Untergymnasium von Trßtena, das in drei Jahren die fünfzigste Jahreswende seiner Gründung wird feiern können. Aber vielleicht hat der Herr Referent sich nur im Ausdruck geirrt und unter „Vermehrung der Zahl der Gymnasien" hat er den Ausbau einiger vierklassigen Untergymnasien zu vollständigen achtklassigen Obergymnasien gemeint. Aber auch dann paßt seine Behauptung weder auf die Zeit des Weltkrieges, noch auf die der Ministerschaft des Herrn v. Jankovich. Trßtena wurde überhaupt bis auf den heutigen Tag nicht ausgebaut, sondern besteht seit 1869 als Untergymnasien, der Ausbau der als Untergymnasium auch alten Podoliner Anstalt, wie auch der der übrigen in Betracht kommenden Gymnasien ging um zwei bis fünf Jahre der Ministerschaft des heutigen Unterrichtsministers und dementsprechend um drei bis sechs Jahre dem Beginne des Weltkrieges voraus. Die ganze große Phrase von dem Weltkrieg und der Vermehrung der Gymnasien zerstiebt also wie eine Seifenblase und kann die reformatorische Tätigkeit unseres jetzigen Unterrichtsministers in keiner Weise berühren.

Leicht wäre es auch, die mehr meritorischen, sich genauer auf den in Frage stehenden Gesetzentwurf beziehenden Behauptungen zu zerfasern und ihre volle Haltlosigkeit zu beweisen. Es ist uns aber nicht so sehr darum zu tun, die Wertlosigkeit der empfohlenen Beschlüsse darzulegen, als vielmehr den positiven großen Wert des Gesetzentwurfes in das richtige Licht zu stellen.

Mit dieser kleinen Novelle, der Vorbotin einer größeren, organischen Reform, hat Minister Jankovich eine alte Schuld der ungarischen Kultur abgetragen. Das hätte einer seiner Vorgänger schon längst tun sollen und auch können. Schon vor nahezu zwei Jahrzehnten zur Zeit des Regimes des Ministers Wlassics hat die Budapester Filiale des Landes-Mittelschulprofessorenvereins einmütig den Beschluß gefaßt, daß die Bürgerschule vierklassig werde und einen Lehrplan bekomme, der den Uebergang von der Bürgerschule zur Mittelschule, und natürlich auch umgekehrt, erleichtert. Alle die Kulturfragen unseres Landes vom allgemeinen Standpunkte aus beurteilenden Männer (es sind die besten Namen darunter, Namen, deren Träger niemand einer antiliberalen Tendenz beschuldigen wird, wie es der Referent dem jetzigen Unterrichtsminister gegenüber tut) wünschen seit Dezennien die Reduktion der Bürgerschule auf vier Klassen mit abgerundetem, dem der Mittelschule parallel laufenden, dabei aber eigenartigem Lehrplane. Nur ein ganz winziger Rest mit geistigen Scheuklappen versehener „Bürgerschulpädagogen" (deren Führer der sonst sehr wackere und von jedermann hochgeschätzte Dr. Johann Kovács, jetzt auch ein Mitstreiter des Professors Zoltán Zigány und des Fräuleins Vilma Glücklich, war, oder noch ist) hielt bei dem Ideal der vielklassigen, sechs- bis sieben- oder gar achtklassigen Bürgerschule aus.

Wie gesagt, mit Ausnahme dieser kleinen Gruppe haben alle in dem Reiche des ungarischen Unterrichtswesens etwas geltenden Männer schon seit Jahrzehnten in der vierklassigen Bürgerschule das einzig mögliche Gebilde gesehen. Und was Minister Jankovich jetzt vorhat, ist nicht, wie Zigány und seine Genossen sagen, eine Verstümmelung der Bürgerschule, sondern eine Amputation ihrer kranken, ja beinahe schon abgestorbenen Glieder, die unbedingt notwendig ist, damit der ganze Organismus der Bürgerschule wieder gesunde. Jedem, dem es gegeben war, in irgendeinem Orte Ungarns eine Knaben- und eine Mädchenbürgerschule zu gleicher Zeit einer vergleichenden Prüfung zu unterziehen, wird es bezeugen, daß die, falls sie, wie es in der jüngsten Zeit mit Ausnahme von sechs Schulen der Fall ist, vier Klassen hat, nur der in jeder Hinsicht höchst unvollkommene Stumpf einer als sechsklassig gedachten Schule ist, wenn sie jedoch aus sechs Klassen besteht, dann (mit Ausnahme einer einzigen Schule, der Budapester Bürgerschule in der Némethgasse) die Schülerzahl betreffend an „galoppierender Schwindsucht" leidet. Nichts konnte die fünfte und sechste Klasse der Bürgerschule retten, kein Heilversuch der bedeutendsten Minister, kein Berechtigungspflaster irgendwelcher Art und am wenigsten die ganz unpädagogische Verquickung mit einer Fachschule: dies alles beweist der Motivenbericht des Ministers klipp und klar, und nur wer nicht sehen will oder infolge langjähriger Befangenheit nicht sehen kann, mag sich der Wahrheit verschließen.

Daß diese allein mögliche Bürgerschule, nämlich die vierklassige, wie sie in der Novelle erscheint, der entsprechende Teil eines großangelegten, organisch-einheitlichen Reformwerkes ist, dürfte dem Fachmann auch nicht verborgen bleiben. Es handelt sich um nichts Geringeres, als daß hiemit ein Glied des großen, nach einheitlichen Gesichtspunkten organisierten Sekundärschulkörpers geschaffen wird, den unser Unterrichtswesen so nötig hat und der dem Minister Jankovich seit Beginn seiner reformatorischen Tätigkeit, wie es scheint, vor Augen schwebt. Béla v. Jankovich hat einen eminenten Sinn für Vereinheitlichung, für Integration oder — sagen wir mit Spencer — für Redintegration des Differenzierten. Der Trieb nach Vereinheitlichung arbeitet in ihm mit starker Konsequenz, und wenn es ihm gegönnt sein wird, seine Ideen ganz zu verwirklichen, wird man wohl Grund haben, über den einheitlichen Plan seines Reformbaues erstaunt zu sein. Ja — jeder trägt doch die seinen Vorzügen entsprechenden Mängel in sich — vielleicht erdrückt dieses Streben nach Einheit, nach Einerleiheit mitunter den Sinn in ihm für den Wert der Differenzierung, die doch im Reiche des Geistes und der Kultur von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Schon vom Altmeister Aristoteles könnten wir es wohl alle lernen, daß Einheit eben nicht identisch ist mit Einerleiheit, und daß je entwickelter, je höher stehend ein Organismus ist, er sich in seiner Struktur desto differenzierter zeigt. Aber sollte sich auch dem Minister Jankovich vielleicht, wie kritische Geister meinen, ein kleiner Mangel an Gefühl für die Bedeutung der Differenziertheit in Kulturschöpfungen nachweisen lassen, man kann seinem folgerichtigen, von gewissen feststehenden Grundsätzen ausgehenden Denken und Schaffen nicht die wohlverdiente Anerkennung versagen und man muß sich vor dieser Kraft der Synthese, die dem Manne innewohnt, beugen.

Soweit sich aus den Aeußerungen und Veröffentlichungen des Ministers von jener Rede an, die er im Frühjahr 1913 im Abgeordnetenhaus gehalten, bis auf die zwei Novellen, die er der jetzigen Tagung unseres Parlaments vorgelegt hat, ersehen läßt, schwebt dem Minister ein weitschichtiges System von Sekundärschulen vor, dessen Haupt- und Musterteil die eigentliche Mittelschule (Gymnasium und Realschule) ist und die ihren Hauptberuf natürlich in der Vorbereitung zu den Hochschulstudien hat. Diese achtklassige Mittelschule gliedert sich in zwei Abteilungen: einen vierklassigen Unterbau und einen aus ebensoviel Klassen bestehenden Oberbau. Der Unterbau zeigt in allen Typen der Mittelschule (sowohl das Gymnasium wie die Realschule kann ja in verschiedene Typen zerfallen) — von einem Unterschied in den Sprachen abgesehen — volle Gleichheit, während der Oberbau nebst der sich vergrößernden Differenz in den Sprachen auch im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht Unterschiede zeigt, die sich besonders auf das Ausmaß der praktischen Anwendung und der Uebung beziehen.

Neben diesem Haupt- und Musterbau der Mittelschule laufen nun — so sehen wir den Plan des Ministers — parallel andere Gebilde des Sekundärunterrichtswesens, und zwar gibt es solche Parallelgebilde ebenso für den Unterbau wie für den Oberbau. Solche Parallelgebilde des Unterbaues der Mittelschule sind der gemeinsame Unterbau der Mädchenmittelschulgattungen und vor allem die uns hier am meisten interessierende Knaben- und Mädchenbürgerschule. Natürlich denkt Jankovich in seiner durchaus nicht — wie seine ungerechten Kritiker behaupten — übereilten Art auch an Parallelgebilde des Oberbaues der Mittelschule. Da ist vor allem der Oberbau des im ganzen auch achtklassigen Mädchengymnasiums, der sich natürlicherweise dem Oberbau der Knabenmittelschule anschmiegt, da sind dann die Oberstufen der übrigen Mädchenmittelschulgattungen, die wohl früher, als ihre Schwesteranstalt gymnasialer Natur, zum Abschluß führen, und dort sind endlich, wenn auch nicht ganz unmittelbar als Oberbau der Bürgerschule gedacht, aber doch als dieser in passender Weise angefügt, die Sekundärfachschulen wirtschaftlichen Gepräges, von denen die sogenannte höhere Handelsschule und Industrieschule schon ihre selbständige Gestalt seit Jahrzehnten hat, während eine landwirtschaftliche Schule dieser Stufe eigentlich noch zu schaffen ist. Jawohl ist diese Fachschulgattung noch zu schaffen, aber eben zur Ausfüllung dieser Lücke gibt die Bürgerschulnovelle des Ministers den rechten Anstoß.

In diesen wirtschaftlichen Fachsekundärschulen sieht der Minister eben, wie es uns scheint, den Parallelbau zur Oberstufe der Mittelschule, und daß er diesen fachunterrichtlichen Oberbau von dem vor allem in der vierklassigen Bürgerschule sich darbietenden (aber eventuell auch durch das Absolvieren der ersten vier Klassen irgendeines Mittelschultyps ersetzbaren) Unterbau so säuberlich zu sondern weiß, und eine ähnliche Verquickung nicht duldet, wie sie die Versuchsschulen von Békéscsaba und Orosháza und auch die mannigfaltigen Lehrplanproben der siebenklassigen Bürgerschulen, respektive des Oberbaues der letzteren aufwiesen: hierin sehen wir ein großes Verdienst Jankovich', das jeder wirklich pädagogisch denkende Mensch einsehen muß. Und das wollen die Herren und Damen um Zoltán Zigány herum — wir müssen jetzt in ihm und leider nicht mehr in Professor Kovács den Führer der betreffenden Bewegung sehen — nicht einsehen.

Sie wollen nicht einsehen, daß erstens eine Schule verhältnismäßig kurzer Dauer, wie die vierklassige Bürgerschule, den sogenannten produktiven Schichten der Bevölkerung, also Landwirten, Industriellen und Kaufleuten niederer Stufe, in vorteilhaftester Weise die nötige Vorbildung gibt, und daß zweitens eben nur ein vielfältiges Fachschulsystem, dessen verschiedene Typen und Abzweigungen sich auf die elastischeste Weise den Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens anpassen können, den produktiven Schichten höherer Art die rechte fachliche Vorbereitung zu bieten weiß. Der Oberbau einer siebenklassigen, wie ihre Vertreter immer sagen, allgemeinbildenden Bürgerschule könnte im besten Falle drei oder vier Typen aufweisen, die eben als in erster Reihe allgemeine Bildung gebende Schulen den Fachbedürfnissen der „produktiven Schichten" nur in sehr dürftiger Weise Rechnung tragen könnten, während ein ordentlich ausgebautes Fachsekundärschulsystem sich in entsprechender Weise direkt verschiedenen einzelnen Zweigen der Landwirtschaft, der Industrie usw. anpassen könnte, wie sich das nach und nach selbst in unserem nicht sehr entwickelten Fachschulwesen zeigt. Die sieben- oder achtklassige Bürgerschule würde alles, nur keine produktiven Volksschichten schaffen oder auch nur fördern: es käme aus einer solchen Schule ein Schwarm subalterner, mit ihrem Los unzufriedener, jeder Möglichkeit eines Aufstieges beraubter Beamten, halbgebildeter, namentlich in fachlicher Hinsicht höchst mangelhaft gebildeter Angestellten und Anstellung suchender Menschen, mit einem Worte eine Schar jener Leute, die man nicht ganz unrichtig mit dem Ausdruck „geistige Proletarier" bezeichnet hat. Alles brauchen wir im künftigen Ungarn, dem Ungarn organisierter tüchtiger Arbeit auf allen Gebieten, nur diese Halbmenschen nicht. Und daß die vierklassige Bürgerschule ohne Fortsetzung und ohne Fachbildung diese Art von unnützen Menschen zeugen und züchten würde: wollen diese Herren in ihrer Verblendung und Voreingenommenheit nicht sehen.

Endlich sehen sie auch das nicht, daß das einzig berechtigte Streben, das sie in ihrem Communiqué betonen, nämlich das Streben nach einer Fortentwicklung, einem Höherbau der Volksschule, sagen wir, wie auch sie meinen, bis zu einer achtklassigen Anstalt in leichtester und sicherster Weise auf dem Wege zu erreichen ist, dessen eine Station die über die vierklassige Elementarschule gebaute vierklassige Bürgerschule ist. Man braucht nur nach diesem vierklassigen Unterbau der Sekundärschule einen parallel laufenden Oberbau der Volksschule, oder sagen wir lieber der Primärschule sich gesellen zu lassen, der wieder verschiedene Typen aufweisen kann, und man hat den von den Herren ersehnten und gewiß in so mancher Hinsicht allgemein erwünschten Vollbau der achtklassigen Volksschule.

Wir wollen jedoch diesen Gedanken nicht weiterspinnen. Wir wollten ja in unseren Betrachtungen keine pädagogische Zukunftsmusik machen. Wir wollten nur den Wert der Bürgerschulnovelle klarlegen und diese gegen Angriffe verteidigen, die weder durch Tatsache und Theorie begründet, noch in ihrer Art und Weise berechtigt sind.

Diese Abwehr war vielleicht nicht überflüssig, da unser Publikum, das in staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen sich meistens als gut orientiert erweist, in pädagogischen, d. i. schulpolitischen Fragen durch hochtrabende Phrasen leicht irrezuführen ist. Wenn wir nur diese — die schönen Phrasen ohne Wahrheitsgehalt — aus der Zukunft unserer Nation bannen könnten! Sollte dem großen, wildmächtigen Zauberer Krieg auch das noch gelingen? ...

Dr. W.

Vossische Zeitung 25./VI. 1916

161

Das Qualifikationsübel.

Die Berechtigungslasten der höheren Schulen.

Ueber System und Lehrgehalt unseres höheren Schulwesens schwebt seit Jahrzehnten ein Streit, der löblich ist, weil sich in ihm eine warme Anteilnahme für die deutsche Bildung bekundet. Es ist nicht zu erwarten, daß man sich auf eine oder einige wenige Formeln einigt und es ist das auch gar nicht zu wünschen, denn die Vielfarbigkeit des Lehrbildes wird sich am schönsten in dem Reichtum unserer geistigen Bestände und Strebungen widerspiegeln. Nur über einen einzigen Punkt hat seit jeher Einigkeit bestanden, nämlich darüber, daß das „Berechtigungswesen" ein Schaden unserer gelehrten Schulen sei. Die Belastung mit Schülern, die nichts anderes suchen, als die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, ist stets so einmütig beklagt worden, daß eine ernste Diskussion darüber nicht mehr geführt wird. Offenbar hat das Thema, über das man mangels jeder Gegnerschaft nicht mehr theoretisieren oder räsonnieren kann, jeden Reiz für die Oeffentlichkeit und die Fachkreise verloren; man begnügt sich mit der Feststellung der Einmütigkeit und dabei ist es denn auch seit Jahren geblieben. Man hat nicht nur nichts getan, um das anerkannte Uebel zu beheben, sondern hat es sogar widerstandslos geschehen lassen, daß es einen immer größeren Umfang annahm.

Denn es handelt sich schon längst nicht mehr um die „Einjährig-Freiwilligen." Heute werden auf dem Umwege über die Obersekunda und Prima allerlei „Berechtigungen" zum Eintritt in Lebensberufe erfochten oder ersessen, die sonst jeder tüchtigen Volks- oder Mittelschulbildung offenstanden. Das Supernumerarwesen mit dem Prima-Zeugnis als Eingangspaß breitet sich immer weiter aus und dabei suchen im Postfach, im Steuerfach, in der Verwaltung und auf anderen Amtsgebieten die jugendlichen Anwärter sich gegenseitig durch Beibringung des Abiturientenzeugnisses zu überbieten. Stellenweise wird es infolgedessen jetzt schon gefordert. Selbst im kaufmännischen Beruf, zumal bei den Banken, hat die Ueberspannung des Anspruches an die Vorbildung schon vielfach so weit gegriffen, daß das Abiturientenexamen zwar nicht Bedingung ist, aber doch den Vorzug vor solchen Bewerbern gewährt, die es nicht abgelegt haben.

Die Folge dieser Neuerung ist für die höheren Schulen die, daß die Zahl der Schüler sich mehrt, denen der Lehrstoff Nebensache, die „Qualifikation" alles ist. Die soziale Wirkung ist, daß durch die gesteigerten Aufwendungen an die Vorbildung, die Söhne der minder wohlhabenden Schichten von Berufen abgedrängt werden, in denen sie bisher anerkannt Gutes geleistet haben. Auf die allgemeine Wirtschaftlichkeit hin angesehen, ist die völlig sinnlose „Verteuerung des Menschenmaterials" für diese Berufe eine Vergeudung von Nationalvermögen. Auch ethisch hat es seine großen Bedenken, daß immer noch mehr junge Leute in einem Alter umherlaufen, wo sie sich nützlich machen, Geld verdienen, und in eigenen Schuhen stehen sollten. Die Jahre, wo man nach den Bestimmungen der Natur ein Mann ist, wirtschaftlich aber mit jedem Pfennig vom Elternhause abhängt, also noch ein Junge ist und demgemäß meist behandelt wird, schaffen allerlei äußere Verwickelungen und innere Konflikte, die wohl durch schwunghafte Ideale, wissenschaftliches oder künstlerisches Streben gelegentlich ausgeglichen werden können, nicht aber durch das stockige Gefühl des Kastenehrgeizes, denn dieses ist der eigentliche Sporn bei der Jagd nach „Qualifikationen", die man eben haben will, nicht um sich geistig zu bereichern, sondern um „mehr" zu sein als die andern.

Es soll hier nicht untersucht werden, welche inneren Notwendigkeiten bestanden haben, den Studierenden der technischen Fächer, der Zahnheilkunde, der Veterinärmedizin und auch der Pharmacie, die Beibringung des Reifezeugnisses einer höheren Lehranstalt aufzuerlegen. Sicher ist, daß die Förderer dieser Neuerung in erster Linie von der „Hebung des Standes", von der Zurückdrängung des übermäßig starken Nachwuchses und von der Möglichkeit eines höheren Entgelts für die beruflichen Leistungen sprachen. Nebenbei wurde allerlei Unerhebliches zur sachlichen Begründung der Neuerung beigebracht, aber das Kastenmäßige, der Konkurrenzgeist und das Geschäftliche stand im Vordergrund. Was Sachliches

Frankfurter Zeitung 27./11. 1916

164

Zucht und Freiheit.

Zur militärischen Vorbereitung der Jugend.

Aus dem Kreise berufsmäßiger Jugendpflege erhalten wir folgende Ausführungen:

Die deutschen Sportverbände haben zu der Frage Stellung genommen, wie nach dem Kriege eine gründliche und umfassende körperliche Ausbildung der deutschen Jugend zu erreichen sei, und sie treten nunmehr mit einem Reichsgesetzentwurf an die Oeffentlichkeit. In diesem ist vorgesehen, daß jeder landsturmpflichtige Deutsche bis zu seinem Eintritt in das Heer oder die Marine zu regelmäßigen körperlichen Uebungen verpflichtet sei. Die Ausbildung soll unter der Oberaufsicht der Landesbehörden durch staatliche oder staatlich anerkannte Jugendpflegeorganisationen, durch den Jungdeutschlandbund oder durch einen dem deutschen Reichsausschuß für Olympische Spiele angeschlossenen Verband nach festgelegten Grundsätzen erfolgen. Die mit der Leitung der Uebungen betrauten Personen sollen, sofern sie nicht staatlichen Einrichtungen angehören, der Landesaufsichtsbehörde zu nennen und von dieser zu bestätigen sein. Ihnen soll dieselbe Strafgewalt wie den Leitern und Lehrern der Fortbildungsschulen zustehen. Jedem Verpflichteten wird die Wahl gelassen, welcher der vorgesehenen Einrichtungen er sich bedienen will. Die Berechtigung zum Einjährigendienst soll von dem Nachweis der erfolgten körperlichen Ausbildung abhängen. Eine Reihe von Grundsätzen erläutert das Ziel der körperlichen Erziehung: sie erstrebe Kraft, Ausdauer, Mut, Abhärtung, Entschlußfähigkeit des Jünglings, d. h. seine Wehrfähigkeit. Verbunden mit ihr sei eine Erziehung in vaterländischem Geist zu Heimatliebe, Opfersinn, Einordnung. Die Anforderungen seien dem im Wachstum befindlichen Organismen anzupassen, in wohl bemessener Steigerung bis zu den nicht zu gering zu bemessenen Schlußforderungen. Eine gewisse Vielseitigkeit körperlicher Gewandtheit sei anzustreben und dementsprechend der Jugend nach Möglichkeit freie Wahl der Uebungen nach ihren Neigungen und Begabungen zu lassen.

Das Maß der Mindestübungen pro Woche ist wie folgt festgesetzt: Felddienstübung mit Marsch — Fußballspiel, Stockballspiel (Hockey) (1½stündig) — 3stündiges Turnen — 3stündige Leichtathletik mit Langlauf — im Winter Waldlauf oder Eis- oder Schneeschuhlauf (1 stündig) — Gepäckmarsch, Dauergehen — Schwimmübung (3 stündig) — Ruderübung oder Wanderruderfahrt — Radfahrübung, Radwanderfahrt, Radballspiel (1½stündig) — Ring- und Kampfübungen (1 stündig). Die Zeit zu diesen Uebungen soll gleichfalls durch Gesetz geregelt werden (Freinachmittag am Wochenschluß und Sonntagsheiligung für Jugendliche). Ebenso soll die Beschaffung von geeigneten Spielplätzen usw. auf dem Wege der Gesetzgebung den Gemeinden auferlegt werden.

Das Grundbestreben, das in diesen weitgehenden Forderungen zum Ausdruck kommt, verdient durchaus anerkannt zu werden. Die künftige Wehrhaftigkeit unseres Volksheeres erfordert einen mit Beteiligungszwang durchgeführten Vorbereitungsdienst der Jugend vor ihrer Dienstzeit während ihres wehrpflichtigen Alters. Ueber das dabei anzustrebende Ausbildungsziel der Wehrhaftigkeit und der zu dieser erforderlichen körperlichen und sittlichen Eigenschaften des angehenden Soldaten herrscht gleichfalls im wesentlichen Uebereinstimmung. Dagegen geben die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Forderungen über das wöchentliche Mindestmaß der Pflichtübungen zu schweren Bedenken Anlaß. Zwar wird nicht klar ersichtlich, ob die in dem Programm erforderten Uebungen lediglich als eine Art Auswahl gedacht sind, oder inwieweit sie nacheinander anstatt nebeneinander angeordnet werden sollen. Wäre dies der Gedanke, so würden sie jedenfalls eine starke Einseitigkeit der körperlichen Ausbildung darstellen. Allein es ist doch wohl im wesentlichen an eine Nebeneinanderordnung und damit an eine gute Mischung der Leibesübungen in dem vorgeschlagenen Programm gedacht. Dann aber müßte für sie ein ganz erhebliches Zeitmaß zur Verfügung gestellt werden, schätzungsweise etwa täglich zwei bis drei Stunden. Soll die Zeit hierfür der Arbeitszeit oder der Freizeit der Jugend entzogen werden? Nach den Andeutungen des Entwurfes ist an die Enteignung eines Freinachmittags am Wochenschluß gedacht. Dieser allein reichte aber bei weitem nicht zu, das umfangreiche Uebungspensum zu bewältigen. So müßte denn neben der enteigneten Arbeitszeit ein gut Teil Freizeit an Wochenabenden und Sonntagnachmittagen der Jugend entzogen werden. Gerade die Klammerbemerkung: „Sonntagsheiligung" läßt darauf schließen, daß lediglich der Sonntagsvormittag grundsätzlich übungsfrei bleiben soll. Gegen ein solches Maß zwanglicher Inanspruchnahme der Jugend zu rein körper-

Tägliche Rundschau
29./IV. 1916

167

Die österreichischen Universitäten / Von Prof. Dr. Freiherrn v. Dungern (Graz).

Mit großer Genugtuung begrüßen nicht nur die Juristenkreise, sondern alle, die für die Entwicklung des Rechtslebens ein Interesse haben, die Bestrebungen für gleichmäßige Ausgestaltung der Gesetze in Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Allein mit der Vereinheitlichung der Paragraphen ist es da nicht getan. Das wichtigste ist, daß wir gegenseitig die Rechtsanschauungen und Rechtsempfindungen in den weiten Ländern und bei den verschiedenartigen Volksbestandteilen der beiden großen Reiche kennen lernen. Es ist ja von vornherein klar, daß ein dalmatinischer Schiffer nicht ganz genau so dem Rechte gegenüber fühlt, wie der Hamburger, und daß ein galizischer oder kroatischer Bauer nicht mit ganz den gleichen Empfindungen der geltenden Ordnung für Besitz oder Erbfolge oder kaufmännisches Wechselrecht gegenübersteht wie der in langer kaufmännischer Tradition erzogene rheinische Weinbauer oder gar wie ein Berliner Finanzmagnat.

Die erste Vermittlungsstelle für die Kenntnis und gleichzeitig für die praktische Formulierung des Rechts sind die Universitäten. Ohne jeden Zweifel wird nach dem Kriege ein lebhafterer Wechselverkehr zum mindesten zwischen den reichsdeutschen und den österreichischen Universitäten stattfinden als bisher. Mancher reichsdeutsche junge Jurist, der bisher ein oder zwei Semester in Lausanne oder in Grenoble oder in Oxford zubrachte, wird heute bedauern, daß er nicht lieber nach Oesterreich gegangen ist. Jedenfalls werden sich in Zukunft die Studenten der beiden Reiche mehr als bisher hinübergezogen fühlen auf die Universitäten des Nachbarstaates. Wenn die bisherige Organisation des juristischen Studiums dem Hindernisse in den Weg legte, so werden wir dafür sorgen müssen, daß wir Erleichterungen schaffen. Der österreichische Student sollte in seiner auf vier Jahre bemessenen Studienzeit eher Gelegenheit finden, ein Semester im Ausland zuzubringen, als der reichsdeutsche, der in den meisten Fällen sein Studium in drei Jahren erledigt. Allein gerade der österreichische Student ist tatsächlich strenger an seine Universität gebunden als der deutsche: denn nur in Ausnahmefällen ist es ihm möglich, die sechs verschiedenen Schlußprüfungen, die ihm zum Abschluß seiner Studien durch Staatsexamen und Doktorexamen vorgeschrieben sind, an einer anderen Fakultät zu erledigen als an der, die er besucht hat. Die Zahl der österreichischen Juristen, die nur an einer einzigen österreichischen Universität studiert haben, überwiegt; in Deutschland wird es wenig Juristen geben, die nicht zwei oder drei verschiedene Universitäten kennengelernt haben. Aber es kann bei einigem Entgegenkommen der Regierungen nicht schwer sein, hier den nötigen Spielraum zu schaffen. Gegenseitiges Kennenlernen muß durchaus der leitende Gesichtspunkt sein, wenn das Annäherungswerk sich ersprießlich entwickeln soll.

Oesterreich hat heute acht verschiedene Universitäten, fünf mit deutscher und drei mit slawischer Vortragssprache. Es ist gar nicht so lange her, daß in Krakau und Lemberg deutsche Professoren in ihrer Sprache wirkten. Brunner, der große Berliner Rechtshistoriker, hat vier Jahre lang in Lemberg gelehrt. Aber diese Zeiten sind vorüber. Die beiden polnischen Universitäten sind heute rein polnisch. Ihre Forschungsergebnisse sind überwiegend in polnischer Sprache niedergelegt. Ihre Verbindung mit der deutschen Wissenschaft hat darunter natürlich sehr gelitten. Soweit nicht persönliche Bekanntschaften weiter vermittelt haben, stehen sie außerhalb des Interesses der deutschen Forschungsgemeinschaft. Dasselbe gilt von der tschechischen Universität in Prag, obwohl immer noch einige Lehrer dieser national ausgesprochen dem Deutschtum abgeneigten Universität gelegentlich wissenschaftliche Arbeiten in deutscher Sprache erscheinen lassen, um sich damit eher Beachtung im Kreise der deutschen Gelehrtenwelt zu sichern.

Unter den deutschen Universitäten Oesterreichs steht Wien weit an der Spitze. Die wissenschaftliche Gemeinschaft zwischen den reichsdeutschen Universitäten und Wien ist nie unterbrochen worden, wenn es auch den Studenten aus dem Reich nur noch selten in die alte Kaiserstadt trieb. Die medizinische Fakultät hat den alten Ruhm, den sie in Deutschland genoß, bewahrt. Die philosophische Fakultät mit ihrer ungemein freien Entfaltung verschiedenartigster Talente sollte nicht minder anziehend wirken. Die juristische Fakultät weist die größte Studentenzahl aller deutschen Juristenfakultäten auf. Wenn die Wiener Rechtslehrer heute in Deutschland nicht mehr so bekannt sind wie ihre Vorgänger vor fünfzig Jahren, so liegt dies wesentlich daran, daß ihre Vorträge und und Forschungen einer Rechtsordnung gewidmet waren, die sich immer mehr von der deutschen unterschied, während gleichzeitig diese selbst sich im Bereich Deutschlands immer einheitlicher gestaltete.

Dasselbe gilt von den deutschen Universitäten in Graz, Prag und Innsbruck. Die wissenschaftlichen Leistungen der Lehrer an diesen Universitäten stehen in einer Reihe mit den Ergebnissen der akademischen Forscher in Deutschland. Der Wechselverkehr der Gelehrten, der Austausch von Professoren hat nie aufgehört, obgleich reichsdeutsche Studenten wenigstens an den Juristenfakultäten nur selten erschienen. Gerade diese Fakultäten sind aber an allen deutschen Universitäten Oesterreichs reicher besetzt als in Deutschland. Nationalökonomie, wie die Staatswissenschaft überhaupt, gehört in Oesterreich zu den juristischen Lehrfächern. Die moderne Lehre der Nationalökonomie hat von Wien ihren Ausgang genommen und hat in Wien, Graz, Czernowitz die eifrigsten Vertreter. Graz hat lange in Deutschland als eine bevorzugte Schule bahnbrechender Forschung auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte gegolten. In Czernowitz wirkt heute noch der geistige Vater der modernen Freirechtslehre. In Graz hat bis vor kurzem der Schöpfer der modernen Kriminalogie gelehrt.

Oesterreich war immer reich an Talenten, an Köpfen mit beweglichem Geist und individuellem Unabhängigkeitssinn. Der reichsdeutsche Student, der nach Oesterreich geht, wird schon im Zusammensein mit den österreichischen Studenten viel von diesem stark ausgeprägten Individualismus spüren. Die mannigfaltigen politischen Probleme, die in Oesterreich das öffentliche Leben beherrschen, kommen schon bei dem Verkehr der Studenten untereinander zum Ausdruck. Der junge österreichische Akademiker wird viel mehr für die Konflikte des öffentlichen Lebens gerüstet, als der deutsche. Die Unterhaltungen der Studenten und die Bestrebungen der studentischen Verbände greifen hinüber aus der Theorie und aus der Schule des Hörsaals in den allgemeinen Meinungskampf auf allen Gebieten. Mehr als in Deutschland bekommt in Oesterreich schon der Student Gelegenheit, sich eine eigene Anschauung über Staat und Gesellschaft, über Regierung und Volkswirtschaft zu bilden. Er findet auch mehr Gelegenheit, sich in der Verwendung des Wortes zu üben und dadurch die eigene Kraft und den eigenen Einfluß über andere zu prüfen, ohne daß hierunter bisher der wissenschaftliche Betrieb gelitten hätte. Vielleicht kann man sagen, daß in der Menge der wissenschaftlichen Seminare in Deutschland von Studenten, besonders von älteren, mehr geleistet worden ist als in Oesterreich; dazu hat schon der äußere Umstand mitgewirkt, daß die deutsche Doktorprüfung durchweg eine größere gedruckte Abhandlung voraussetzt, während das Doktorexamen in Oesterreich sich in mündlichen Prüfungen erschöpft. Was in Oesterreich an streng wissenschaftlicher Arbeit von den Studenten geleistet wird, steht aber keineswegs zurück hinter den Ergebnissen reichsdeutschen Studentenfleißes. Daß diese österreichischen wissenschaftlichen Früchte des Lehrbetriebes meist ungedruckt bleiben, ist nicht einmal ein Nachteil. Für den einzelnen ist es sicherlich ganz gut, wenn er nicht dazu kommt, die Schülerarbeiten, die er unter Anleitung liefert, als selbständige Druckwerke erscheinen zu sehen.

Jedenfalls liegt in der intensiveren Fühlung mit dem politischen Leben, die der deutsche Student auf Oesterreichs Universitäten finden wird, ein Erziehungsmoment, das den reichsdeutschen not tut. Denn das hat uns dieser Krieg ja bewiesen: die schöne Fassung und die genaue Kenntnis und die strikte Handhabung der Gesetze und Vorträge darf nicht das letzte Ziel der Wissenschaft sein. Gar nicht früh genug kann sich der Akademiker mit dem Problem befassen, wie ein Gesetz praktisch wirkt, bei den verschiedenen Bevölkerungsklassen, dem verschiedenen Rechtsempfinden der Nationen, den verschiedenen Interessen der Länder und Staaten. Die Zukunft der Rechtswissenschaft gehört einer politischen Auffassung des Rechts. Dafür wird der Student aus dem Reiche den Boden in Oesterreichs schönen Universitäten wohl vorbereitet finden.

von Gastein eingetragen — als „Wirtstaverne“ erbaut, und zwar von einer Familie Mitteregger, aus deren Besitz es nachher an einen Gasteiner Bürger Abraham Klammer überging. Im Jahre 1688 erstand Veit Straubinger die Liegenschaft und seit dieser Zeit gehört das Haus ununterbrochen der Familie Straubinger an, die also, auf eine so lange Vergangenheit zurückblickend, in Wahrheit ältester und ehrwürdigster Patrizierstamm ist. Wie viele hervorragende Menschen haben im Laufe der Jahre in diesen beiden Häusern: Badeschloß und Straubinger, als Kurgäste geweilt und in den ganz einzigartigen, ja ohne Konkurrenz dastehenden Thermen Heilung gefunden! Die Zahl der Heilungen ist und war wahrhaft Legion. Die einen kamen und kommen, um ihre Leiden zu heilen, die andern, um deren Wiederkehr zu verhüten. Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn man dem Kurort den Namen eines Gnadenortes der Natur gibt. Gewiß ist es nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn man hervorhebt, in welch exakter Weise hier auch das Post- und Telegraphenamt funktioniert. Die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen, der Wunsch nach schleunigster Uebermittlung aller

Das Griechische und der Weltkrieg.

Von einem Schulmann.

Es ist wahrhaftig nicht zu verwundern, daß in dieser Zeit des gewaltigen, nun schon zwei Jahre währenden Völkerringens, das eine ungeheure Umwertung aller Werte vollzogen hat, die Erörterungen darüber, was sich im Krieg als nützlich und heilsam, was sich als hemmend und überlebt erwiesen habe, vor der friedlichen Werkstätte stiller Unterrichtsarbeit nicht haltgemacht haben. Schon rüstet man sich an verschiedenen Stellen, sowohl bei uns wie im Deutschen Reich, zu einem ernsten Sturmlauf gegen die Stellung der altklassischen Sprachen im Gymnasialunterricht. Eines der wichtigsten Ergebnisse des Weltkrieges, so lassen sich viele Stimmen vernehmen, müsse eine einschneidende Aenderung in der Heranbildung und Erziehung der Jugend sein. Alles, was nicht unmittelbar den Zwecken der nationalen Erziehung und jener praktischen Ertüchtigung förderlich sei, die sich für die Erreichung des Kriegszieles als ausschlaggebend erwiesen habe, müsse aus dem Jugendunterricht radikal ausgeschieden werden. Insbesondere sei die Beschäftigung mit der Sprache und Literatur von Völkern des Altertums heute etwas ganz Ueberlebtes; ja, die Versenkung in die Antike sei für unsre Jugend direkt schädigend, da sie sie der so notwendigen Vertiefung in die Verhältnisse der großen Gegenwart entziehe und, wie der oft gehörte kränkende Vorwurf lautet, für die ernsten Forderungen unsrer Zeit unbrauchbar, und geradezu weltfremd mache. Also fort mit Latein und Griechisch! Fort mit dem Schutt des Altertums! Die so sprechen, ahnen freilich nicht, daß sie damit an die Wurzeln unsrer edelsten Geistesbildung die Axt anlegen wollen. Wir wollen hier, so weit es der Raum gestattet, den Nachweis versuchen, daß gerade der Griechisch-Unterricht, wenn er von einem Lehrer geleitet wird, der nicht nur sein Fach, sondern auch seine Zeit, unsre große Zeit versteht, ganz besonders geeignet ist, die unzähligen Verbindungsfäden zwischen Altertum und Gegenwart aufzudecken und zum lebendigen Bewußtsein zu bringen, und zu zeigen, wie tief unser ganzes gegenwärtiges Leben in dem Leben und den Lehren der Völker des klassischen Altertums verankert ist und ganz besonders in dem großen Erbe, das uns das Volk der Griechen hinterlassen hat. Tiefer als sonst fühlen sich gerade während dieses Weltkrieges unsre Seelen berührt von den Tatsachen und Gedanken aus der Welt und der Geschichte des Griechenvolkes, die uns das eigene Erleben und Leiden in einem höheren, allgemein menschlichen Sinn verstehen lehren. Einige Stichproben aus der Lektüre der griechischen Klassiker werden wohl genügen, um jenes unter die Massen geworfene Schlagwort von der Wertlosigkeit des Griechisch-Unterrichtes zu entkräften und darzutun, daß aus ihm vielmehr eine solche Fülle gerade für unsre Zeit wertvoller Anregungen und fruchtbarer Betrachtungen zu schöpfen ist, wie sie kaum ein anderer Gegenstand des Gymnasialunterrichtes in gleichem Maße zu bieten vermag.

Die Lektüre Herodots, insbesondere jener Bücher, in denen der Freiheitskampf der Griechen gegen die ungeheure Uebermacht der Perser geschildert wird, bietet eine erstaunliche Fülle lehrreicher Analogien zu den Geschehnissen unsrer Tage. So berichtet uns Herodot von einer merkwürdigen Unterredung eines Griechen mit dem siegesgewiß auf seine Uebermacht vertrauenden Perserkönig. Mit Nachdruck weist da der Grieche auf die dem Griechenheer infolge seiner glühenden Vaterlandsliebe innewohnende sittliche Kraft hin, während die persischen Scharen unter Peitschenhieben in die Schlacht getrieben werden müßten. Wem drängt sich da nicht der Vergleich auf mit den durch Revolverschüsse ihrer Offiziere und durch eigenes Maschinengewehrfeuer vorwärts getriebenen russischen Sturmtruppen, während unsre und die deutschen Soldaten in todesmutiger Begeisterung, vaterländische Lieder singend, in den feindlichen Geschoßhagel stürmten? Auch die wiederholt von dem griechischen Geschichtschreiber hervorgehobene Bedeutung der athenischen Seemacht für die Rettung Griechenlands gibt dem jugendlichen Leser zu denken. Die Schilderung des Heldenkampfes bei den Thermopylen wird zum ungesuchten Anlaß, auf die mindestens gleichwertigen Heldentaten der deutschen und österreichischen Truppen in Flandern und in den Argonnen, in den Karpathen, am Isonzo und in den Tiroler Bergen mit Bewunderung und dankbarem Dank hinzuweisen. Freilich wird auch der Verrat des Ephialtes, der die Perser in den Rücken der griechischen Heldenschar führte, zu traurigen Vergleichen mit Geschehnissen des gegenwärtigen Krieges Stoff bieten.

Einer besonders mächtigen Einwirkung auf das Gemüt der jungen Leute darf auf der obersten Stufe des Gymnasialunterrichtes die Lektüre des Demosthenes und des Plato gerade mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Weltkrieges sicher sein. Vor allem ist die Lektüre der dritten Philippischen Rede des Demosthenes in hervorragender Weise geeignet, gerade in unsern Tagen das lebhafte Interesse reiferer Jünglinge zu erwecken und dauernd zu fesseln. Ganze Stücke dieser gewaltigsten aller politischen Reden könnten buchstäblich auf die Gegenwart, auf den Existenzkampf der Zentralmächte gegen ihre Feinde angewendet werden. Wenn Demosthenes erklärt, den Athenern bleibe gar keine andre Wahl, als sich mit Waffengewalt der drohenden Umklammerung durch Philipp zu erwehren; es sei, wiewohl der Feind nicht ausdrücklich den Krieg erklärt habe, doch schon seit langer Zeit ein latenter Kriegszustand vorhanden, da der mazedonische König den athenischen Staat von allen Seiten einzukreisen versuche, so ist das gewiß nur ein allzugetreues Gegenstück zu dem Verhalten unsrer Feinde, die den tückischen Ueberfall auf uns schon seit Jahren vorbereiteten und auch die Neutralen in ihre Netze zogen, kurz zu der ganzen Einkreisungspolitik Eduards VII. „Wer solche Vorbereitungen trifft, die meinen Untergang herbeiführen sollen,“ sagt Demosthenes, „der ist mein Feind, auch wenn seine Belagerungsmaschinen noch nicht in Tätigkeit sind.“ Wie treffend solche Worte von jenem der Bestand Oesterreich-Ungarns unterwühlenden Treiben des serbischen und russischen Feindes lange vor Ausbruch des Krieges gesagt werden konnten, leuchtet wohl jedem ein. Auch in jenen Stellen der Rede,

Reichspost
1. VII. 1916

Südöstlich von Tahure und beim Gehöfte Maisons de Champagne vorgehende französische Abteilungen wurden blutig abgewiesen.

Links der Maas wurden an der Höhe 304 von uns Fortschritte erzielt. Rechts des Flusses gab es keine Infanterietätigkeit. Die Gesamtzahl der bei unseren Erfolgen vom 23. Juni und bei Abwehr der großen französischen Gegenangriffe eingebrachten Gefangenen beträgt 70 Offiziere, 3200 Mann.

Hauptmann Boelcke schoß am Abend des 27. Juni beim Gehöft Thiaumont das neunzehnte feindliche Flugzeug ab, Leutnant Paschau nördlich von Peronne am 29. Juni das fünfte. In Gegend von Boureuilles (Argonnen) wurde ein französischee Doppeldecker durch Abwehrfeuer heruntergeholt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von einem für uns günstigen Gefecht nördlich des Ilsen-Sees (südwestlich von Dünaburg) ist vom nördlichen Teil der Front nichts Wesentliches zu berichten.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen:

Südöstlich vor Liniewka blieben Gegenangriffe der von unseren Truppen erneut aus ihren Stellungen geworfenen Russen ergebnislos. Es wurden über 100 Gefangene gemacht, 7 Maschinengewehre erbeutet.

Balkankriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.“

Schulfragen.

Wien, am 30. Juni.

Was wäre natürlicher und menschlicher, als das Bestreben, aus den ungeheuren Erlebnissen des Krieges zu lernen, die Erfahrungen, die wir während der blutigen zwei Jahre sammeln konnten, uns für die Zukunft zunutze zu machen und das Zusammenleben so zu organisieren und zu gestalten, daß unsern Kindern und Enkeln, wenn es schon über den Bereich des uns Möglichen hinausgehen sollte, die Wiederholung solcher Katastrophen von der Menschheit fernzuhalten, wenigstens auf alle erdenkliche Weise die Fähigkeit gesteigert werde, hereinbrechenden Gefahren und Heimsuchungen die Stirne zu bieten! Dieser, man möchte sagen, elternhafte Drang, den kommenden Generationen die Selbstbehauptung zu erleichtern und sie in Zeiten der Prüfung, wenn ihnen diese schon nicht erspart werden kann, doch wenigstens vor bitteren Erfahrungen zu bewahren, die über das Maß des Unabwendbaren hinausgehen und daher eigentlich zu den überflüssigen Uebeln und selbstverschuldeten Erschwerungen gehören, dieser Drang ist es, der immer wieder den Ruf nach Reformen auf allen Gebieten des staatlichen, nationalen und wirtschaftlichen Lebens laut werden läßt. Der Krieg war uns Schulmeister und Volkserzieher. Er ließ uns erkennen, was wir in der Friedenszeit falsch und schlecht gemacht haben, er schrieb uns für jede Schuld und jedes Versäumnis der Vergangenheit Rechnungen, die mit Blut und Gut, mit Leiden und Entbehrungen beglichen werden müssen. Wie er uns die Früchte unseres mißratenen Parlamentarismus zu verkosten gab, so hielt er furchtbare Musterung unter den Parteiprogrammen, die der Bevölkerung angepriesen, und unter den Verwaltungsschablonen, nach denen amtiert wurde. Er leuchtet unerbittlich in alle Schlupfwinkel, wo sich Kehricht angesammelt hatte, hinein und leuchtet allem, was bloß phrasenhaft war, ins Gesicht. Viele zwingt er, über Hals und Kopf umzulernen, sich „neu zu orientieren“, alle müssen zulernen.

Unter den Faktoren, die das Glück oder Unglück, das Wohl oder Wehe der Völker und Staaten vorbereiten, steht voran die Schule. Da ist es denn nur selbstverständlich, daß der Reformeifer, den der Krieg geweckt hat, sich ganz besonders lebhaft gerade auf sie gestürzt hat. Freilich ist nirgends größere Vorsicht vonnöten als auf dem heiklen Ackerboden, der die kommenden Geschlechter heranreifen soll. Der geringste Fehler, das leiseste Versehen bei der Aussaat rächt sich bei der Ernte; auf keinem Gebiete wirkt das Experimentieren so verhängnisvoll, wie in der Erziehung, welche durch die Schule vermittelt wird. Vermehrt wird die Pflicht zur Vorsicht durch die Beobachtung, daß allerlei Elemente die Gelegenheit etwaiger Reformen im Schulwesen zu benützen trachten, um ihre Waren, ihre Kuckuckseier anzubringen. Der Krieg hatte noch kaum recht begonnen, er hatte noch wenig oder nichts gegen oder für die Schuleinrichtungen, wie sie bei uns bestehen, beweisen können, als gewisse Reformer unter voreiliger Berufung auf die Lehren des Krieges schon mit allerlei grundstürzenden Plänen herausrückten; merkwürdig genug bewegten sich diese vielfach in Geleisen und Gedankengängen, die schon lang vor dem Kriege marktschreierisch angepriesen worden waren. Angesichts solcher Erscheinungen ist die Mahnung zur größten Vorsicht gegenüber den Schulreformforderungen gewiß nicht überflüssig. Nicht darauf kommt es an, daß allerlei reformiert wird, sondern auf das Wie und Was. Vor allem ist gewissenhaft zu erforschen, was sich bewährt hat und was nicht. Diese Unterscheidung zu machen, ist nicht so leicht, als sich manche vorstellen mögen. Der Schein trügt gern und verführt bei oberflächlicher Prüfung dazu, das Kind mit dem Bad auszuschütten oder Folgewirkungen für die Ursache zu nehmen und so, statt die Quellen des Uebels aufzusuchen und zu verstopfen, gegen äußerliche Geschwüre mit dem Rasiermesser loszugehen.

Der dunkle Drang, unter der Nötigung angeblicher Kriegslehren an der Schule irgend etwas zu reformieren, verdichtete sich im Deutschen Reiche zum Schlagwort von der Schaffung der Einheitsschule. Anfangs nahmen in Oesterreich verschiedene Kreise, am hitzigsten die der „Freien Schule“, den Ruf auf, mußten aber alsbald erfahren, daß der Nachahmungstrieb den Beruf und Verstand, die Schule zu reformieren, durchaus nicht zu ersetzen vermag. Nach dem Altmeister Goethe schickt sich eines nicht für alle, und es stellte sich obendrein in ausgedehnten publizistischen und parlamentarischen Erörterungen heraus, daß die Einheitsschule auch für das Deutsche Reich über die Fähigkeit, ein Schlagwort zu bleiben, vorläufig nicht hinauszubringen ist. Ungleich ernster ist die bei uns später lautgewordene und immer weitere Kreise ziehende Forderung nach einer Verstaatlichung der Volksschule zu beurteilen. Die das Verlangen stellen, können sich in der Tat auf Erfahrungen im Kriege berufen. Wenn die geheimen Vorbereitungen der Weltbrandstifter auf den Krieg, in dem

Reichspost 5./VII. 1916

177

Platz für die Tüchtigen!

Von einem Wiener Schulmanne.

Die Mittelschulen haben ihre Jugend verabschiedet, nur die Teilnehmer der Reifeprüfungen, heuer so spärlich, sind noch versammelt. Abermals schließt sich ein Jahr des großen Unterrichtsbetriebes, der dem Vaterlande seine junge Intelligenz, den Nachwuchs für die Hochschulen, die kommende Führerschaft des geistigen Schaffens geben soll. Und abermals steht vor uns die Frage, ob wir auf dem rechten Wege sind, und der Krieg mit seinen tausendfältigen Lehren unterstreicht noch diese Frage, indem er uns vorhält, wie viel Kräfte nach seiner Beendigung die erzeugenden Berufe brauchen werden, und uns zur Antwort auffordert, ob wir wohl gewissenhaft in der Auslese derjenigen vorgehen, die wir den erzeugenden Berufen entziehen.

Die Klage wegen des übermäßigen Zudranges zu den Mittelschulen, insbesondere zu den Gymnasien, ist nicht von heute. Die Zahl der Mittelschulabsolventen steht in keinem Verhältnis zum Bedarf, während in den produktiven Ständen schon vor dem Kriege ein empfindlicher Mangel an tüchtigem Nachwuchs herrschte. Wiederholt wurde die Frage aufgeworfen, wie die Ueberfüllung der Mittelschulen hintangehalten werden könnte. Man hat wohl auf mancherlei Ursachen dieses Uebelstandes hingewiesen, aber meist auf solche, deren Beseitigung äußerst schwierig oder unmöglich ist. Jetzt werden wieder verschiedene Mittel versucht, dem Zudrang zu den Mittelschulen zu steuern. Man will die Eltern aufklären über die trüben Aussichten, die sich den Absolventen der Mittelschulen bieten, und ihnen den wohlmeinenden Rat erteilen, ihre Kinder anderen Bildungsstätten zuzuführen, die nicht als Vorbereitung für höhere Studien dienen, sondern selbst schon eine abschließende fachliche Ausbildung zum Eintritt in das praktische Erwerbsleben gewähren. Man spricht mitleidig von dem „keineswegs glänzenden Los der Beamten", das nicht geeignet sei, den Neid der produktiven Stände zu erregen. Man möchte gerne, die Leute sollten es unter ihrer Würde halten, auch in das „Kommunalbassin der privilegierten Schreiber" hineinzuschwimmen. Weil aber manche selber an einen Erfolg ihres guten Rates nicht glauben, so versuchen sie energischere Mittel. Sie drohen, daß der Staat auch noch den Absolventen der Mittelschulen manche Berechtigungen, z. B. das Einjährig-Freiwilligenrecht, entziehen, den Bedarf an Beamten einschränken und die Zahl der Mittelschulen verringern könne. Aber durch solche Drohungen dürfte auch nicht viel mehr erreicht werden, als durch die wohlmeinenden Ratschläge.

Mit der drakonischen Maßregel, die Zahl der Mittelschulen einzuschränken, käme man freilich ans Ziel. Das heißt, die Zahl der Mittelschüler müßte dadurch natürlich abnehmen, jedoch nicht der Zudrang zu den Mittelschulen. Was würden aber die Eltern sagen, deren Kinder wegen Platzmangels an keiner Mittelschule Aufnahme fänden? Nach welchem Grundsatze sollte bei der Auswahl der aufzunehmenden Schüler vorgegangen werden? Ein hochgestellter oder einflußreicher Vater würde die Aufnahme seines Sohnes sicherlich für selbstverständlich halten. Es wird auch gefordert, daß in Zukunft keine Mittelschule mehr aus politischer Rücksicht

Kölnische Zeitung 9/VII. 1916.

180

Zum Kampfe um die Einheitsschule.*

Vom Beigeordneten, Stadtschulrat Dr. Schumann, Elberfeld.

Wenn irgendwo die Frage nach der Einheitsschule aufgeworfen und erörtert wird, darf man sicher sein, daß fast regelmäßig einer an dem andern vorbeiredet und die Debatte zu keinem befriedigenden Ergebnis führt. Woran liegt das? Es gibt kaum ein Gebiet, auf dem eine solche Begriffsverwirrung herrscht wie auf dem der Einheitsschule. Jeder, der über die Einheitsschule spricht, denkt sich beinahe etwas anderes. Eine umfassende Definition vom Wesen der Einheitsschule zu geben, ist freilich unmöglich, aber es würde doch für eine Verständigung schon viel erreicht, wenn es gelänge, die Vertreter der Einheitsschule in gewisse Gruppen zu bringen. Und diese Möglichkeit besteht.

Beginnen wir mit dem Typus der Radikalen. Ihr Schulprogramm hat ungefähr folgendes Aussehen: Alle Schulgattungen von der Volksschule bis zur Universität bilden ein organisches Ganzes. Die einzelnen Schulformen stehen nicht, wie es heute der Fall ist, nebeneinander, sondern folgen aufeinander. Die höhere Schulart darf nur der besuchen, der die vorhergehende durchgemacht hat. Für die Aufnahme in die höhere Schule ist lediglich die Tüchtigkeit eines Kindes maßgebend; Stand, Vermögen und Konfession der Eltern spielen keine Rolle. Der gesamte Unterricht wird unentgeltlich erteilt; die Lernmittel sind frei.

Ganz so grundstürzend gehen die Halbradikalen nicht vor. Trotz aller Schattierungen im einzelnen stimmen sie aber darin überein, daß die Vorschule sowie die Unterstufe, beziehungsweise auch die Mittelstufe der höhern Schule zu beseitigen sei. Vertreter dieser Richtung sind u. a. Generalsekretär Tews und Universitätsprofessor Rein. Nach Tews hat sich das Schulwesen in drei Stufen zu gliedern: die Grundschule vom 1. bis zum 6. Schuljahre, die Mittelschule vom 7. bis zum 9. Schuljahre und die Oberschule vom 10. bis zum 12. Schuljahre. Für die Grundschulen ist ein allgemeiner, für das ganze Land geltender Plan aufzustellen. Während der ersten vier Schuljahre arbeiten nach diesem Plane alle Grundschulen. Vom fünften Schuljahre an dürfen in den Grundschulen größerer Gemeinden auch fremde Sprachen gelehrt werden. Verschwindet bei dieser Organisation zunächst die Unterstufe der höhern Schule, so wird ferner die Mittelstufe dieser Anstalten ersetzt durch die Mittelschule, welche für alle Kinder verbindlich ist, die mit Beginn des 7. Schuljahres eine über das Ziel der Grundschule hinausgehende Bildung erstreben. Die Existenz der heutigen höhern Schule — Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule — wird lediglich auf die mit dem 10. Schuljahre einsetzende Oberschule beschränkt. — Rein begnügt sich, die Beseitigung der Unterstufe der höhern Lehranstalten zu fordern. Alle Kinder sollen vom 6. bis 12. Lebensjahr die deutsche Grundschule besuchen mit der Maßgabe, daß für diejenigen, die auf höhere Schulen übergehen wollen, vom 4. Schuljahre an Unterricht in der englischen oder französischen Sprache eingerichtet wird. Mit dem 7. Schuljahre tritt dann die Trennung der Zöglinge ein, je nachdem sie die Volksschule weiter besuchen wollen oder die 4klassige Realschule bzw. die höhere 6klassige Schule (Oberrealschule mit wahlfreiem Latein und Gymnasium) wählen.

Der dritte Typus der Einheitsschulfreunde unterscheidet sich von dem zweiten insofern, als er die höhere Schule in ihrem Bestande völlig unberührt läßt und nur fordert, daß alle Kinder während der ersten vier Jahre ein und dieselbe Schule zu besuchen haben. In dieser Weise ist das Schulwesen beispielsweise organisiert in Bayern. Es empfiehlt sich, einen derartigen Unterbau aller Schulanstalten — der einfachen, mittlern und höhern — als „allgemeine Volksschule" zu bezeichnen.

Auf wessen Seite wollen wir uns stellen? Dem Radikalismus gegenüber muß geltend gemacht werden, daß sein Schulideal nur durchführbar ist auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Darüber zu befinden, welche Schule ein Kind besuchen soll, spricht die Zwangseinheitsschule den Eltern jedwedes Recht ab. Lediglich der im Auftrage des Staates handelnde Lehrer des vierten Schuljahres entscheidet, für welchen Bildungsgang ein Kind sich eignet, ob es würdig ist, in die höhere Schule aufgenommen zu werden und damit die Aussicht erhält, Führer des Volkes zu werden, oder ob es sich mit einer bescheidenen Bildung begnügen muß, wie der achtjährige Lehrgang einer Volksschule sie vermittelt. Wer sich so weitgehende Rechte zuspricht, muß natürlich auch entsprechende Pflichten übernehmen. Wie kommen arme Eltern dazu, für ihren Sohn nach der Konfirmation noch besondere Aufwendungen zu machen, der ihnen bei der heutigen Wirtschaftsordnung schon eine kleine Stütze sein kann? Nein, es ist Sache des allgewaltigen Staates, für den Unterhalt eines armen Schülers während des Besuches einer höhern Lehranstalt zu sorgen, für ihn einzutreten, solange er akademischer Bürger ist, ja auch nach bestandenem Examen noch solange für ihn zu sorgen, bis er in die Lage kommt, ein seinem Stande entsprechendes Einkommen zu beziehen.

Auch mit den Halbradikalen, deren Standpunkt die Negation der Unter- bezw. Mittelstufe unserer heutigen höhern Schule ist, können wir nicht gehen. Die Ausdehnung des Volksschulunterrichtes bis zum vollendeten 12. Lebensjahre macht es unmöglich, die gleichen Lehrstoffe zu bewältigen und die gleiche wissenschaftliche Methode anzuwenden, wie in den jetzigen Schulen. Namentlich gilt das vom fremdsprachlichen Unterricht. Nach Rein sollen diejenigen Schüler und Schülerinnen, welche später auf eine höhere Schule übergehen wollen, während des vierten, fünften und sechsten Schuljahres nicht etwa zu besondern Klassen vereinigt werden, sondern neben dem für alle verbindlichen Volksschulunterricht Sprachunterricht erhalten. Das führt entweder zur Überbürdung oder zur Einschränkung des Unterrichtszieles. Noch bedenklicher stimmt Tews Schulprogramm, denn er räumt dem Lateinischen und Griechischen gar nur drei Schuljahre ein.

Dagegen bekennen wir uns als rückhaltlosen Freund der allgemeinen Volksschule. Wir bedauern es, daß sich die Lehrerschaft 1913 in Kiel für das unklare Gebilde der Einheitsschule ausgesprochen hat, statt, wie es neun Jahre vorher in Königsberg geschehen war, an der Forderung der allgemeinen Volksschule festzuhalten und alles einzusetzen für die Erreichung dieses Zieles. Es ist auch ein taktischer Fehler, in den Kampf um die Einheitsschule die Simultanschulfrage mit hineinzuziehen. Zumal in Preußen wird niemand an verantwortlicher Stelle Lust haben, den alten Streit um den konfessionellen Charakter der Volksschule wieder aufleben zu lassen, nachdem er durch die Annahme des Schulunterhaltungsgesetzes zu einem gewissen Abschlusse gekommen ist; und das Beispiel von Bayern beweist doch auch, daß zum Wesen der allgemeinen Volksschule durchaus nicht unbedingt ihre simultane Form gehört.

Setzen wir uns nun mit den Gegnern der allgemeinen Volksschule auseinander. Ist die allgemeine Volksschule aus erziehlichen und unterrichtlichen Gründen ein Unding? Keineswegs. Man sagt, die ärmern Kinder kämen nicht nur weniger gut gekleidet zur Schule, sondern oft auch unreinlich. Sie brächten dadurch die andern in Gefahr, sich an den Anblick der Unsauberkeit zu gewöhnen, während sie bisher zum Abscheu vor aller Unreinlichkeit erzogen worden wären. Noch schlimmer sei es aber, daß das tägliche Beisammensein von Kindern verschiedener Stände auf der einen Seite Neid und Gehässigkeit, auf der andern Dünkel und Verachtung steigere. Wer so spricht, kennt entweder die großstädtische Jugend nicht oder seine Auffassung wird durch Vorurteile getrübt. Wahrhafte Herzensbildung und reines sittliches Empfinden sind keine Vorrechte des Kindes besserer Kreise. Auch das schlechte Beispiel der Unsauberkeit existiert im Grunde genommen weiter nirgend als in den Köpfen solcher Eltern, die niemals eine Volksschule aus eigener Anschauung kennen gelernt haben. Und stehen nicht der Schule hinlänglich Mittel zur Seite, den Schmutz erfolgreich zu bekämpfen?

In unterrichtlicher Beziehung soll die Volksschule versagen, weil die Kinder der gebildeten Stände, von denen behauptet wird, daß sie über eine größere Fülle von Anschauungen und Begriffen verfügen, durch die Rücksichtnahme auf das aus einfachen Kreisen stammende Kind in ihrer geistigen Entwicklung aufgehalten würden. Wir sind nicht in der Lage, diese Auffassung zu teilen. Die Erfahrungen des Arbeiter- und Kleinbürgerkindes liegen zwar auf andern Gebieten, sind aber nach Umfang nicht geringer als die des Kindes wohlhabender Eltern. Es besteht sonach zwar nicht Gleichartigkeit, wohl aber Gleichwertigkeit der Erfahrungen. Das Zusammensein von Kindern aller Stände bringt deshalb dem Unterricht nur Vorteil insofern, als die Anschauungsgebiete einander ergänzen. Im Nachteil ist das aus dem Volke stammende Kind allerdings in der Rechtschreibung, weil es zu Hause ein gutes Hochdeutsch nicht gehört hat; aber dieser Mangel betrifft nur das Kleid der Sprache und gleicht sich nach einiger Zeit aus. Endlich fällt auch der so häufig zu hörende Einwand, die Aufhebung der Vorschule würde den Privatschulen zugute kommen, nicht erheblich in die Wagschale. Mag auch ein Teil der Vorschüler zur Privatschule abwandern, der größere Teil der Eltern zöge sicherlich die Volksschule vor.

So spricht nichts gegen die allgemeine Volksschule, wohl aber läßt sich vieles für sie ins Feld führen. Schon in sozialer Hinsicht ist die allgemeine Volksschule ein wertvolles Gut. Zwar wäre es eine Täuschung, wollte man auf ein dreijähriges Zusammensein aller Abc-Schützen eine Welt von Hoffnungen bauen. Aber ebenso falsch ist es, der Schule eine sozial versöhnende Wirkung ganz abzusprechen. Sitzt das Kind wohlhabender Eltern auch nur wenige Jahre unter ärmern Altersgenossen, dann erhält es Eindrücke, die nicht so leicht zu verwischen sind, denn bekanntlich ist das Gemüt zu keiner Zeit so empfänglich wie in den Kinderjahren. Wenn jedoch irgend etwas für die allgemeine Volksschule spricht, so sind es praktische Gründe. Bei aller Anerkennung dessen, was für die Volksschule schon jetzt getan wird — die Haushaltspläne der Großstädte sprechen eine beredte Sprache — kann doch niemand in Abrede stellen, daß vieles in der Volksschule besser wäre, wenn sie eine Angelegenheit des gesamten Volkes wäre. Jetzt ist sie das leider nicht, weil gerade in den maßgebenden Kreisen nur wenige Väter sind, die entweder die Volksschule selbst besucht haben, oder ihr ihre Kinder anvertrauen.

Sollen nun etwa die Vorschulen zugunsten der allgemeinen Volksschule mit einem Federstrich beseitigt werden? Durchaus nicht. Zunächst handelt es sich nur darum, einige Übergangsmaßregeln zu treffen. Auf der Vorschule erlangt der regelmäßig versetzte Schüler bekanntlich schon nach drei Jahren Sextareife. Woran das liegt, mag hier unerörtert bleiben — eine wichtige Rolle spielt die pädagogisch nicht zu rechtfertigende übertrieben hohe Stundenzahl für Deutsch und Rechnen —, aber die Tatsache besteht, und sie veranlaßt viele Eltern, lediglich aus diesem Grunde die Vorschule zu bevorzugen. Wie könnte in dieser Hinsicht die Volksschule wettbewerbsfähig werden? Wegweisend ist das Beispiel von Frankfurt a. M. Um befähigten Schülern der Volksschule nach nur dreijährigem Unterricht den Übertritt zur höhern Schule zu ermöglichen, sind hier Kurse eingerichtet worden, in denen diese Schüler in zwei Wochenstunden mit denjenigen Lehrstoffen in Deutsch und Rechnen vertraut gemacht werden, deren sie zum Eintritt in die Sexta bedürfen. Die übrigen Schüler müssen allerdings nach wie vor vier Jahre in der Volksschule bleiben. Und das ist kein Unglück. Schon manchmal ist dem Stolze einer Mutter über den 17jährigen Abiturienten bittere Enttäuschung gefolgt. Wäre lieber der Sohn ein Jahr später und dafür im Charakter gefestigter zur Universität gekommen. Was in Bayern und Sachsen, wo die Vorbereitungszeit für die höhere Schule fast ausnahmslos vier Jahre dauert, möglich ist, sollte auch bei uns in Preußen nicht undurchführbar sein.

Und noch ein Zweites bleibt zu tun übrig. Laut Vossischer Zeitung vom 6. Juni soll ein Erlaß des Kultusministers über die Aufnahme von Volksschülern in die Sexta höherer Lehranstalten demnächst bevorstehen. „Eine besondere Aufnahmeprüfung der vom Rektor oder Kreisschulinspektor für höhere Schulen reif befundenen Volksschüler fällt weg. Zum Eintritt berechtigt der dreijährige Besuch einer Volksschule. Die Vorschulen haben ihre Anforderungen bis auf diesen Standpunkt zu ermäßigen." Vorläufig möchten wir hierzu mehr als ein Fragezeichen machen. Wenn die höhere Schule die Anforderungen für Sexta um ein Jahr herabsetzen soll, wie kann sie dann ihr bisheriges Ziel erreichen? Es erscheint auch nicht unbedenklich, die Aufnahme nach Sexta von dem Urteil der bisherigen Volksschule abhängig zu machen. Soviele Schulen, soviele Maßstäbe! Die Aufnahmeprüfung kann nicht wegfallen, aber die Gerechtigkeit erfordert es, daß sich ihr nicht nur die Volksschüler, sondern auch die Vorschüler unterziehen. Die zurzeit anders gearteten Verhältnisse sind ja gerade nicht selten der Grund, weswegen die Vorschule bevorzugt wird. Der Vorschüler gelangte nach Sexta auf dem Wege der Versetzung, der Volksschüler wird dagegen einer Prüfung mit allen ihren Zufälligkeiten ausgesetzt. Fällt erst einmal diese Ungleichheit weg, dann wird die Vorschule sicherlich viel von ihrer Anziehungskraft einbüßen.

* Wir geben diesen Aufsatz wieder, weil er eine wichtige und dringende Frage behandelt, deren Lösung eines der erstrebenswertesten Friedensziele ist. In dem Lob der allgemeinen Volksschule stimmen wir dem Verfasser ohne Einschränkung zu, dagegen weicht unsere Auffassung über die Simultanschule von der seinigen durchaus ab, und auch in einigen minder bedeutsamen Einzelheiten können wir uns seiner Ansicht nicht anschließen.

Pester Lloyd
9./VII. 1916

Die Reform der Mädchenschule.

Budapest, 7. Juli.

Der Name unseres Kultusministers wird in der Geschichte dieser grauenvollen Tage stets in Verbindung mit einer großen Tat genannt werden: Dr. Jankovich hatte den Mut, selbst in den ersten Tagen des lichterloh entbrannten Weltkrieges das Prinzip von der Kontinuität des Kulturlebens zur Geltung zu bringen. Was wir ihm für diese feste Zähigkeit schulden, wird die Nachwelt gebührend zu würdigen haben. Eine leichte Aufgabe hatte er indes keinesfalls. Er stand sozusagen vollkommen isoliert. Die literarischen und kulturellen Vereinigungen zogen scheu ihre Wimpel ein. Die Theater wagten sich erst allmählich und furchtsam aus ihrer Verschwiegenheit hervor. Es gab Stimmen, und sogar sehr kräftige, die da schrien: „Jetzt gibt es nur Krieg und sonst gar nichts, die Schulen sogar müssen geschlossen bleiben!"

Und die Schulen wurden nicht geschlossen. Von den kleinen Dorfschulen bis zu den Universitäten wurden alle Hallen geöffnet; mit verminderter Kraft, mit beschränkten Mitteln, mit bescheideneren Möglichkeiten wurde tapfer weitergearbeitet. Was Unterricht, Erziehung, Kultur anbelangt, business as usual.

Doch hat sich der Geist des Ministers mit dem Fortbestehen unseres Schulwesens nicht begnügt. Vor Kriegsausbruch legte er ein großzügiges Reformwerk an, das den gesamten mittleren Unterricht umfaßt. In langwierigen Beratungen, in endlosen Sitzungen des Landes-Unterrichtssenats wurden die Leitmotive und die kleinsten Details der Reform besprochen. Die Mittelschule soll modernisiert, dem Leben nähergebracht werden; alte, sogar veraltete Traditionen sollen beiseite geschoben werden; die Schäden, die der Vielheit der Mittelschultypen für das Publikum entwachsen, sollen ausgetilgt werden. Die zwei Gesetzesvorlagen über die Lehrgegenstände, die in den Gymnasien als Ersatz für Griechisch unterrichtet werden, und über die vierklassige Bürgerschule sind Vorläuferinnen der großen organischen Reform, die in ruhigeren Tagen unter Dach gebracht werden soll.

Insofern der Minister es mit den Mittelschulen und mit den Volksschulen zu tun hat, treten ihm Schwierigkeiten entgegen, die zu bewältigen ganz außerhalb seiner Machtbefugnisse steht. Die Lehrpläne dieser Schulen sind nämlich in Gesetzen festgelegt, die der Mittelschulen im G.-A. XXX:1883, die der Volksschulen im XXXIX:1868. Ganz anders verhält sich die Sache mit den höheren Töchterschulen. Diese ganze, im Jahre 1875 ins Leben gerufene Institution verdankt ihre freie, reiche Entwicklung, ihre Blüte, ihre Popularität dem glücklichen Umstande, daß sie in keinem Gesetz verankert ist und dadurch den Anforderungen des Lebens, der sich stets verjüngenden Praxis anpassen kann. Eine ministerielle Verordnung genügt, ihren Lehrplan von Grund aus zu verändern, ohne lange parlamentarische Debatten in den Ausschüssen und im Plenum. Daß diese Unabhängigkeit von der Gesetzgebung gar keine Gefahren in sich birgt, weder für unsere Verfassung noch für die hochwichtige Sache selbst, das wird der eingefleischteste Debattenregisseur gern anerkennen.

Nun steht unsere höhere Töchterschule vor einer Wandlung, wie sie sie tiefer, radikaler, einschneidender seit ihrem Bestehen überhaupt nicht erlebt hat. Die Reform wird schon im nächsten Schuljahr, das heißt mit September 1916, ins Leben treten können; ihre Lehrpläne, Grundlagen und Prinzipien werden schon in den nächsten Wochen bekannt werden.

Die höhere Töchterschule ist die Schule der gebildeten Mittelklasse par excellence. In ihr sieht das aufwärtsstrebende Bürgertum das gewichtigste Instrument der Heranbildung tüchtiger, jeder Lebenslage gewachsener Frauen. Sie bietet ihren Zöglingen eine solide, vielseitige, moderne Bildung, eine Bildung ohne Luxus, doch mit all den nötigen literarischen, historischen, naturwissenschaftlichen und praktischen Kenntnissen ausgestattet, die die Forderung des Tages sind.

Und doch haftet an der jetzigen Form der höheren Töchterschule ein Fehler, der ihren Entwicklungsgang ernstlich bedroht. Die sechs Klassen genügen nicht, um eine vollständige Bildung abzuschließen; die Schule entläßt zu früh, mit sechzehn Jahren, ihre Schülerinnen, in einem Alter, wo die Eltern noch nicht gewillt sind, das Kind im Haushalt zu beschäftigen, wo sie gar nicht wissen, was mit dem jungen Mädchen anzufangen. Und was noch viel schwerer wiegt: die Töchterschule hat kein Diplom zu vergeben, ihr Schlußzeugnis berechtigt die Abiturientinnen zu keiner praktischen Laufbahn. Und heute wollen die Eltern für ihre Töchter ein Diplom haben, sie wollen ihnen ein Stück Brot in die Hand geben, und zwar mit Recht: die Lebensverhältnisse haben sich derart verändert, daß man sich auf die alte patriarchalische Methode der Versorgung unserer Töchter nicht mehr verlassen kann.

Dem ersten Uebel, daß nämlich die Mädchen nach den sechs Klassen die Schule zu früh verlassen, wurde an einigen Stellen sehr glücklich abgeholfen dadurch, daß man Fortbildungskurse errichtete, die den Schülerinnen in zwei Jahren wirklich wertvolle Kenntnisse und eine abgerundete, ausgeglichene Bildung beibrachten. In der staatlichen höheren Töchterschule in Budapest (Andrássystraße) besteht ein derartiger Kurs seit zehn Jahren und hat glänzende Erfolge erzielt. Dem zweiten Uebel, das die höhere Töchterschule in eine Sackgasse führt, wollte man durch Errichtung von Mädchengymnasien steuern, eine natürliche und logische Folge der liberalen Verfügung des Herrn von Wlassics, die zwei Fakultäten der Universität den Mädchen öffnete.

Aber beide Hilfsmittel sind sporadisch; sie konnten keine allgemeine Verwendung finden, die Fortbildungskurse konnten in der Provinz gar nicht bestehen, die Mädchengymnasien, sieben an der Zahl, sind nicht einheitlich organisiert und in ihrem jetzigen Uebergangsstadium können sie gar nicht als Faktoren des nationalen Bildungswesens in Betracht kommen.

Die Reform des Herrn v. Jankovich wird allen diesen Uebeln mit einem radikalen Zug abhelfen und unserem Kultursystem ein vollkommen neues, sinnvolles, reichgegliedertes Instrument einfügen, ohne großen Aufwand, ohne das Gute, das in dem alten vorhanden ist, anzutasten.

Der Herr Minister hatte die Güte, einen Mitarbeiter unseres Blattes zu empfangen und die folgenden Aufklärungen über die neue Form der höheren Töchterschule zu geben:

— Die höhere Töchterschule wird eine dreifache Gliederung erfahren. Der Unterbau in den vier unteren Klassen bleibt ohne wesentliche Veränderung. Der Lehrplan in diesen Klassen weist auch, abgesehen von der Einfügung einer zweiten fremden Sprache, nämlich der französischen, keine besonderen Abweichungen vom Plan der Mädchenbürgerschulen auf, um womöglich die Einheit dieser Stufe zu bewahren, und den besseren Schülerinnen der Bürgerschule zu ermöglichen, daß sie ohne Schwierigkeiten in die höhere Töchterschule hinübertreten.

— Die Neuerung beginnt erst mit der fünften Klasse. Wir machten die Erfahrung, daß der Oberbau der höheren Töchterschule — ich meine die fünfte und sechste Klasse — ganz besonders in der Provinz im Abfall begriffen war. Die Klassen waren schwach besucht, Manchenorts mußten wir schon an das Aufgeben dieser Klassen denken. Der Grund hiefür liegt auf der Hand. Die Eltern ließen wohl ihre Kinder vier Jahre die höhere Töchterschule besuchen, aber dann suchten sie für sie eine Schule von praktischer Bedeutung, eine, wo sie ein Diplom erhalten konnten.

— Nun wird das auch in der höheren Töchterschule zu erreichen ermöglicht. Der Oberbau der Schule besteht aus drei Jahrgängen mit zweierlei Lehrplänen. In der einen Abzweigung werden außer den lebenden Sprachen und Geschichte, Naturwissenschaften und Mathematik auch pädagogische Gegenstände gelehrt; nach Absolvierung der drei Jahre bekommen die Schülerinnen ein Abiturientenzeugnis, das einer staatlichen Berechtigung für Erzieherinnen gleichkommt; die Besitzerinnen solcher Zeugnisse können z. B. als Erzieherinnen an den Konvikten der staatlichen höheren Töchterschulen angestellt werden. In der zweiten Abzweigung werden kommerzielle Kenntnisse gelehrt; die Abiturientinnen werden über eine vollständige Fachbildung, entsprechend dem Lehrplane der bestehenden höheren Handelsschulen, verfügen, die ihnen ermöglicht, in der Handelswelt ihre Stelle tadellos zu erfüllen.

— Ganz vorzügliche, besonders geeignete Mädchen können an jeder höheren Töchterschule das Gymnasium absolvieren, die Matura machen und sich so für die Hochschulstudien vorbereiten. In dieser Abzweigung wird von der fünften an Latein, von der sechsten an Griechisch oder statt Griechisch fortfahrend eine lebende Sprache, zumeist Französisch, gelernt. Es ist natürlich sehr wünschenswert, daß sich die wirklich Befähigten der wissenschaftlichen Laufbahn widmen; deshalb wird auch das Mädchengymnasium aus dem jetzigen Zustande der amorphen Organisationslosigkeit gehoben und zu einem festgefügten, ständigen, integrierenden Teil der Mädchenerziehung gemacht. Aber es muß eine sorgfältige Selektion stattfinden. Es wird den Lehrern zur Pflicht gemacht, die nicht Geeigneten schon im ersten Jahrgang aus dem Gymnasialkurs auszuschalten. Und so wird eine Elite unserer Mädchen herangezogen für die Professoren- und Aerztelaufbahn. Wir brauchen weibliche Mittelschullehrer; auch der weiblichen Aerzte bedürfen wir in einem gewissen Ausmaß.

— Wo es angebracht sein wird, werden wir uns auch einer höheren, umfassenderen literarischen und ästhetischen Bildung der Mädchen nicht verschließen. Kurse, wie sie vereinzelt auch heute bestehen, können ja fürderhin auch nach Bedarf aufgestellt werden. Das Hauptaugenmerk ist jedoch auf das unmittelbare und allgemeine Bedürfnis unserer Mittelklasse zu richten. Und dem wird in unserem Plan in jeder Hinsicht Rechnung getragen.

— Wie sich die neue Schule in der Praxis bewähren wird, das läßt sich natürlich nicht voraussagen. Eines ist sicher: an der Bearbeitung der Pläne hat jeder, der dazu befugt und berufen ist, teilgenommen. Ich veranstaltete keine große öffentliche Enquete, um die Frage in langgedehnten Debatten verflachen zu lassen; auch ließ ich mir keine schriftlichen Gutachten einreichen, denn in solchen Dingen gilt der tote Buchstabe wenig. Ich ließ die Vertreter aller Richtungen zu mir bitten, sehr oft die hitzigsten Wortführer der entgegengesetztesten Meinungen. Und im Laufe des kontradiktorischen Verfahrens sind wir zur vollkommenen Einigung, zum erwünschten Resultat gekommen.

— Ich hoffe, daß das Resultat die Fachkreise, in erster Reihe aber das Publikum befriedigen wird. Mit der neuen Form der höheren Töchterschule sind wir dem praktischen Leben nähergekommen, auch mit der blühenden Institution der Bürgerschule in engeren Kontakt getreten. Und doch wahren wir das Sonderbild, die Individualität der höheren Töchterschule, indem wir sie zur Bildungsanstalt der sozial und kulturell höher gestellten Gesellschaftsschichten machen. Der Geist der Vereinheitlichung wird die neue Schule mit heller Freude begrüßen können, da in ihr die Einheit der Bildung unserer Töchter durch den Lehrplan der ersten vier Klassen zur vollen Geltung kommt. Und diejenigen, die die Blüte und Entwicklung einer Kultur in der Differenzierung der Schulen erblicken, werden vielleicht anerkennen, daß wir ohne großen Aufwand, ohne eine bedeutende Inanspruchnahme unserer materiellen Kräfte eine reiche und doch harmonische Vielfältigkeit der Schultypen geschaffen haben.

Pester Lloyd 9./VIII. 1916

Die Gesetzentwürfe über den Gymnasial- und Bürgerschulunterricht.

Von Albert v. Berzeviczy,
Minister a. D., Wirklicher Geheimer Rat.

Budapest, 8. Juli.

Der nunmehr beinahe volle zwei Jahre dauernde Kriegszustand hat bei uns und in den anderen konstitutionellen kriegführenden Ländern eine Praxis, man könnte sagen: ein System in der Handhabung der parlamentarischen Geschäfte geschaffen, welches den Erfordernissen der Lage so sehr zu entsprechen scheint, daß es ohne die Möglichkeit einer Ueberinkunft bei Freund und Feind gleicherweise zur Geltung gelangt ist.

Dieses System besteht darin, daß die gesetzgebenden Körperschaften nur zur Verhandlung der allerdringendsten Staatsnotwendigkeiten einberufen und nach Erledigung dieser Aufgabe in der Regel verabschiedet werden.

Gewöhnt, auch bei uns diese Praxis beobachtet zu sehen, haben wir mit einiger Verwunderung vernommen, daß in der derzeitigen Sommertagung unseres Parlaments, die sich schon durch die Verhandlung der tief in unser Wirtschaftsleben einschneidenden, aber nunmehr unaufschiebbar gewordenen Steuervorlagen ziemlich lange hinziehen dürfte, auch zwei Schulgesetzentwürfe auf die Tagesordnung gelangen sollen, deren Kürze keineswegs ein Merkmal geringer Bedeutung ist und deren Dringlichkeit nicht offenkundig zutage liegt.

Die eine dieser Vorlagen enthält eine Reform der Bürgerschulen, welche die bisher bestandenen höheren Volksschulen, sowie die fünfte und sechste Klasse der Knaben-Bürgerschulen aufhebt und den Lehrplan der nunmehr vierklassigen Bürgerschule dieser Abgeschlossenheit gemäß regelt.

Die zweite Vorlage ist eine Novelle zum Mittelschulgesetz, die zugleich den G.-A. XXX: 1890 über den fakultativen Unterricht des Griechischen außer Kraft setzt. Laut dieser Vorlage soll der fakultative Unterricht der griechischen Sprache und Literatur in unseren Gymnasien wohl auch künftighin bestehen, jedoch für die Zulassung zum Studium der theologischen, philologischen und philosophischen Fächer der Hochschule nicht mehr erforderlich sein; an die Stelle der bisher nicht gesetzlich, bloß auf dem Verordnungswege bestimmten Lehrgegenstände, welche statt des Griechischen gewählt werden können, werden moderne Sprachen, und zwar auch — und vielleicht hauptsächlich — die im Lande heimischen Nationalitätensprachen und ihre Literaturen gesetzt. Nebenbei werden die Klassenprüfungen in den Mittelschulen abgeschafft und durch eine abschließende Reassumierung des Lehrstoffes ersetzt.

Ich kann umsoweniger umhin, meine zum großen Teile abweichenden Ansichten über diese Reformentwürfe noch vor ihrer Verhandlung zum Ausdruck zu bringen, da mich meine bisherige Laufbahn zur Stellungnahme zu diesen Fragen gewissermaßen verpflichtet und meine Stellungnahme keine andere sein kann, als diejenige, welche ich schon vor der großen Oeffentlichkeit, zum Teil auch in verantwortlicher Stellung präzisiert habe; dies umsomehr, da mich auch die sorgfältige Prüfung des Motivenberichtes zu den in Rede stehenden Gesetzentwürfen von der Unrichtigkeit meiner bisherigen Auffassung nicht überzeugen konnte.

Was nun die Vorlage über die Reform der Bürgerschulen anbelangt, so ist es sehr schwer, sich über deren Zweckmäßigkeit oder Zweckwidrigkeit ein klares Bild zu schaffen, wenn man die Pläne der Regierung über die allgemeine Reform der Mittelschulen — die meines Wissens noch nicht zum Abschluß gelangt sind — nicht kennt. Im Motivenbericht selbst wird die Notwendigkeit der organischen Einfügung der Bürgerschulen in unser Mittelschulsystem anerkannt; wie soll nun aber dies bei einer totalen Absonderung der beiden Reformen geschehen? Sollen sich etwa die Mittelschulen seinerzeit der schon durchgeführten Neuordnung der Bürgerschulen anpassen? Darum kann es mich nicht wundern, wenn Stimmen laut werden, welche die Verhandlung des gesamten Komplexes der Reform unseres sekundären Unterrichts (die Bürgerschule inbegriffen) ruhigeren Zeiten vorbehalten und einer vorherigen eingehenden und möglichst öffentlichen Diskussion der Fachkreise unterbreiten möchten.

Wohl bin ich mit dem Herrn Unterrichtsminister ganz einer Meinung bezüglich der Reformbedürftigkeit unserer Bürgerschulen und der Unhaltbarkeit der zwei obersten Klassen der Knabenbürgerschulen in ihrer jetzigen Gestalt. Die Reform dachte ich mir allerdings in einer ganz anderen Richtung, wie ich dies auch in einer Budgetrede als Minister im Jahre 1905 darlegte. An „Fachschulen", in welche die absolvierten Schüler der vierten Klasse aufgenommen werden können, mangelt es ja auch jetzt nicht, und der Uebertritt war nichts weniger als schwer, wenngleich dieser unser Fachschulapparat sich etwas einseitig entwickelt hat. Ich meine die noch vor kurzer Zeit geradezu exorbitante Zahl unserer Handelsschulen, welche in gar keinem Verhältnis mit der Entwicklung unseres Handelswesens steht und zur Tatsache geführt hat, daß in diesen Fachschulen hauptsächlich „Einjährig-Freiwillige" — nicht Kaufleute — herangebildet werden. Die Berechtigung zum Freiwilligendienst kann nämlich ein Abiturient der Bürger- und Handelsschule in sieben Jahren erlangen, während ein Abiturient der Mittelschule hiezu acht Jahre benötigt.

Mit einer einfachen „Enthauptung" der Knabenbürgerschulen, wie sie hier geplant wird, und die eigentlich nur eine Inartikulierung des bestehenden Zustandes bedeutet, kann also ein wirklicher Reformzweck nicht erreicht werden. Das scheint auch der Verfasser des Gesetzentwurfes gefühlt zu haben und darum wird im Motivenbericht nebst dem auch bisher bestandenen Uebertritt in Fachschulen auch einer Erleichterung des Uebertrittes in die fünfte Klasse der Mittelschulen und — merkwürdigerweise — gleichzeitig der gründlicheren Heranbildung für die „produktiven Laufbahnen" Erwähnung getan.

Und dies ist nun eben der Punkt, der meine Bedenken besonders wachruft. Die Reform, wie sie jetzt beabsichtigt wird, dürfte meiner Ansicht nach gar keine andere praktische Wirkung haben als die, daß mit ihrer Hilfe Absolventen der vierten Bürgerschulklasse, welche — tant bien que mal — nebstbei auch etwas Latein (als außerordentlichen Gegenstand) gelernt haben, statt — wie bisher — in die Handelsschulen, nunmehr in das Obergymnasium eintreten werden, und daß unsere ohnehin zu zahlreichen und trotzdem übervölkerten Gymnasien sich nunmehr mit einem neuen und infolge der anders gearteten Vorbildung jedenfalls minderwertigen Element bevölkern werden, was schwerlich zu einer Erhöhung ihres Niveaus beitragen wird.

Während ich also eine Reform der Bürgerschulen als wünschenswert betrachte, welche, indem sie den diesem Schultypus innewohnenden gesunden Grundgedanken zur Entfaltung bringt, zugleich das Gymnasium entlastet und dem unnatürlichen Zudrang zu den gelehrten Laufbahnen eine Ableitung verschafft, dürfte auf dem im vorliegenden Gesetzentwurf betretenen Wege das gerade Gegenteil dieses Zieles erreicht werden.

Ich wende mich nun der zweiten Vorlage zu, die die Substituierung des griechischen Unterrichts betrifft.

Die wesentlichste Verfügung dieser Vorlage, die die Einführung der Nationalitätensprachen in unsere Mittelschulen bezweckt und offenbar einem politischen — vielleicht auch durch die Erfahrungen des Krieges bekräftigten — Bedürfnis entsprechen soll, konnte niemand überraschen. Schon zur Zeit, als — einige Monate vor dem Kriegsausbruch — im Abgeordnetenhause über die Verhandlungen des Herrn Ministerpräsidenten mit dem rumänischen Nationalkomitee debattiert wurde, trat es offen zutage, daß die Regierung sich mit dem Gedanken trägt, den Nationalitätensprachen auch in unserem Mittelschulwesen gewisse Konzessionen einzuräumen.

Mit Rücksicht auf die damals geäußerten Absichten und geltend gemachten Gegenargumente finde ich es nur erfreulich, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf sich auf eine obligatorische Einführung der nichtungarischen Landessprachen sowie auf den in der betreffenden Nationalsprache zu erteilenden Religionsunterricht in Mittelschulen mit ungarischer Lehrsprache nicht erstreckt.

Gegen die Absicht, ungarischen Jünglingen schon in der Mittelschule Gelegenheit zu bieten, die im Lande heimischen anderen Sprachen zu erlernen, kann gewiß nichts eingewendet werden, obgleich vom Gesichtspunkte der praktischen Bedürfnisse der administrativen Beamten die Anstellung einiger Sprachlehrer an den Universitäten, welche unseren Juristen in ihren Mußestunden, mit welchen sie so reichlich versehen sind, diese praktischen Sprachkenntnisse beibringen würden, von größerem direkten Nutzen sein dürfte. Die Schüler unserer Mittelschulen sind ohnehin mit Studien und besonders mit Sprachstudien überladen; überdies ist und bleibt der Sprachunterricht unserer Mittelschulen seinem Wesen nach immer grammatikal und literarisch; ein direkter, praktischer Sprachunterricht läßt sich ja in Klassen mit sechzig bis siebzig Schülern, wie sie leider bei uns nicht selten sind, kaum denken. Ob die üblichen Methoden unserer Mittelschule, auf die Nationalitätensprachen angewendet, die erwünschten Resultate erzielen werden, ist zum mindesten sehr fraglich. Die Erfahrung spricht eher für das Gegenteil. Ganz abgesehen von den toten Sprachen, können wir auch bei dem Unterricht der in allen Mittelschulen obligaten deutschen Sprache und der in den Realschulen obligaten französischen Sprache kaum Fälle aufweisen, wo der Mittelschulunterricht allein zu einer, sich auch in Konversation und Korrespondenz bewährenden Kenntnis dieser Sprachen geführt hätte. Ueberdies soll vorläufig dieser Unterricht auch durch Lehrkräfte minderer Befähigung erteilt werden dürfen; es läßt sich leicht denken, welchen Platz diese im Lehrkörper und ihr Lehrgegenstand im Lehrplan einnehmen werden.

Alldas in Betracht ziehend, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich hier eigentlich weniger um die Erreichung eines praktischen Zieles, als vielmehr um die Demonstration unserer Loyalität den Nationalitäten gegenüber handelt. Ob wegen einer solchen Demonstration eben in unser Mittelschulsystem eingegriffen werden muß, und ob eine solche Demonstration überhaupt notwendig ist, bleibt dahingestellt. Ich stimme gern der Befriedigung jedes berechtigten und loyalen Wunsches unserer Nationalitäten bei; nach den Erfahrungen des Krieges noch weit lieber als vordem. Aber sollen immer nur einseitige Konzessionen zugunsten des Friedens und der Eintracht gemacht werden? Haben wir es schon erreicht, daß die Volksschulen der Nationalitäten jenes Mindestmaß der Kenntnis der Staatssprache, welches unsere Gesetze vorschreiben, ihren Schülern auch tatsächlich beibringen? Lehrt nicht die Erfahrung, daß in gemischtsprachigen Gemeinden weit öfter das ungarische Element sich im Verkehr der Nationalitätensprache bedient, als umgekehrt? Oder merken wir etwa die Absicht, daß in Kroatien der fakultative Unterricht der ungarischen Sprache in den Mittelschulen eingeführt werden soll?

Als diese Reform in der schon erwähnten Debatte des Abgeordnetenhauses, im März 1914, angeregt wurde, erlaubte ich mir folgendes auszuführen: „Ich würde es nicht für richtig halten, daß die Nationalitätensprachen als Ersatz für den Unterricht im Griechischen behandelt werden. Abgesehen davon, daß dies eine Aenderung des Gesetzes voraussetzen würde, muß ich aufrichtig gestehen, daß ich bei aller Achtung für die rumänische und die einheimischen slavischen Sprachen und Literaturen es dennoch für komisch halten würde, wenn wir im Rahmen der allgemeinen humanistischen Bildung die bildende Wirkung der griechischen Sprache und Literatur durch die bildende Wirkung dieser Sprachen und Literaturen ersetzen wollten."

Dies scheint man auch in den Bureaus unseres Unterrichtsministeriums einigermaßen empfunden zu haben, und darum spricht der Text des Gesetzartikels eigentlich nur von „einer modernen Sprache und Literatur", und auch der Motivenbericht weist (die ohnehin obligat unterrichtete deutsche Sprache unberührt lassend) in erster Reihe auf die „europäischen Kultursprachen" (Französisch, Englisch, Italienisch) und in zweiter Reihe auf die „vaterländischen lebenden Sprachen" (Rumänisch, Serbisch, Slovakisch) hin; aber da in den weiteren Ausführungen die „lokalen Verhältnisse" und die „Interessen der Administration" betont werden, so können wir keinen Zweifel hegen, daß es sich hier eigentlich doch nur um die Einführung der Nationalitätensprachen in unseren Mittelschulunterricht handelt.

Wenn nun der Motivenbericht die Kontinuität unserer Unterrichtspolitik auch dadurch zu wahren trachtet, daß er von einer „Beibehaltung des Grundgedankens" der Csákyschen Gesetznovelle aus dem Jahre 1890 über den fakultativen Unterricht des Griechischen spricht, so kann ich die Richtigkeit dieses Hinweises nicht so leicht gelten lassen. Allerdings war jener Gesetzartikel gleichbedeutend mit einer gewissen Abschwenkung vom orthodox-humanistischen Unterrichtssystem; aber der gegenwärtige Entwurf bedeutet einen viel radikaleren Schritt in dieser Richtung. Jener Gesetzartikel, der in seinem Motivenbericht seinerzeit der großen bildenden Kraft und wissenschaftlichen Bedeutung der griechischen Philologie volle Würdigung angedeihen ließ, das Studium des Griechischen auch im Berechtigungswesen — durch dessen Forderung für den Eintritt in gewisse Hochschulfächer — schützte, war bemüht, durch die Auswahl der anstatt des Griechischen zu wählenden Lehrstoffe, welche damals im Gesetz nur allgemein angedeutet wurden, etwas möglichst Aehnliches und Gleichwertiges zu finden. Und so wurde denn auch unter den sogenannten „Ersatzlehrgegenständen" der griechischen Literaturgeschichte und den Uebersetzungen griechischer Klassiker ein besonderer Platz eingeräumt. Der Leichtigkeit, mit der die gegenwärtige Gesetzvorlage die Forderung des Griechischen auch bei den theologischen und philologischen Universitätsfächern abschafft, mit der der Motivenbericht die Bedeutung des Einflusses der griechischen Sprache und Literatur auf unser geistiges Leben in Abrede stellt, entspricht allerdings auch das bereitwillige Eingehen darauf, daß die Abiturienten unserer Gymnasien fortan keine blasse Ahnung von der Odyssee und der Ilias haben, dafür aber im rumänischen und kroatischen Volksepos bewandert sein sollen, denn es wird ja ausdrücklich nicht nur von den einheimischen „Sprachen", sondern auch von ihren „Literaturen" gesprochen.

Als ausgesprochener und unentwegter Anhänger des wahren, aber den Forderungen des modernen Lebens angepaßten humanistischen Unterrichtsideals, von dem sich in neuerer Zeit merkwürdigerweise eben nur die lateinischen Völker mehr und mehr abwenden, bin ich in Fragen des Berechtigungswesens sowie in der Zulassung aller möglichen Vielfältigkeiten des sekundären Unterrichts Kompromissen immer zugänglich; nur mit einer gewissen, heute zutage tretenden Strömung kann ich mich nicht abfinden. Unser Publikum ist geradezu vernarrt in den Namen des Gymnasiums, ist aber im großen ganzen den Gymnasialstudien ziemlich abhold. Darum mußten wir mehr Gymnasien bekommen als irgendein Land in der Welt, darum mußten nicht nur „Mädchengymnasien" entstehen, die ja noch so ziemlich ihrer Benennung entsprechen, aber auch „Arbeitergymnasien", die außer ihrem Namen wirklich nichts mit den Gymnasien gemein haben. Und parallel mit dieser Sucht nach Vermehrung der nominellen Gymnasien geht das Trachten nach Umformung des Gymnasiums in etwas, seinem Wesen nicht Entsprechendes. Der humanistische Unterricht als eine Vorschule der geistigen Elite der Nation wird — meiner Ueberzeugung nach — immer seine Berechtigung behalten, bei uns ganz besonders! Der humanistische Unterricht als ein Allerweltsdrill ist ein Unding! Darum möge man nicht die Real- und Bürgerschulen verkümmern und das Gymnasium zu einer Allerweltsschule ummodeln wollen, sondern man soll entweder eine einheitliche Mittelschule mit verschiedenen Verzweigungen, darunter einer rein humanistischen, schaffen, oder aber das Gymnasium Gymnasium sein lassen und für die Ausbildung der breiten Schichten unserer Mittelklasse auch durch andere entsprechende sekundäre und Fachschulen sorgen.

Diese wohlgemeinten Bemerkungen wollte ich unseren Gesetzgebern und besonders unserem, wegen seiner hohen Intelligenz mit Recht gerühmten derzeitigen Herrn Unterrichtsminister zur freundlichen Erwägung anempfehlen.

Neues Pester Journal 183

9./VIII. 1916

Der Krieg und die Schulen.

— Eine dringende Zukunftsaufgabe. —

So viel Wünsche, Hoffnungen, Zukunftspläne und Aussichten dieser mörderische Krieg vernichtet hat, ebensoviele hat er auch entfacht. Die Menschen wollen nicht nur trotz all dem, was sie jetzt erleiden, leben, sondern erst recht eine bessere Zukunft schaffen. So grausam es auch scheint, die Vernichtung von Menschen, Städten und Fluren birgt die Aussichten auf einen Aufschwung für jene in sich, die der Krieg verschont hat und die jetzt die sonnigen Tage der Kindheit verleben. Die in ihren Gräbern ruhenden Helden haben der heranwachsenden Jugend Platz geschaffen, die verwüsteten Orte müssen aufgebaut werden und werden vieler tüchtiger Arbeiter benöthigen, und so winken tausenderlei Möglichkeiten, um den besten Platz an der Sonne zu erringen. Werden aber die Hoffnungen sich erfüllen? Und erschiene es nicht nöthig, die voraussichtlichen Bedürfnisse und den Umfang der Zukunftsaufgaben gründlich zu untersuchen und durch Aufklärung, Rath und Hilfe die heranwachsenden Arbeitskräfte in solche Bahnen zu lenken, die den Fähigkeiten des Einzelindividuums und den Bedürfnissen der Gesammtheit entsprechen?

Diese Frage ist ebenso wenig schlechtweg zu bejahen, als zu verneinen. Man beschäftigt sich an maßgebenden Stellen mit der Frage der Berufswahl. Es gibt an einigen Schulen Rathstellen für die Berufswahl der schulentlassenen Kinder, unsere braven Feministinen bemühen sich schon seit Jahren, den Frauen durch Rath und Beschaffung von Ausbildungsmöglichkeiten die Berufswahl der Mädchen zu erleichtern, und die vom Ministerpräsidenten Grafen Tißa vor Kurzem ins Leben gerufene Kriegswaisenfürsorge, durch die eine große Anzahl von Kriegswaisen auf Kosten landwirthschaftlicher und industrieller Betriebe erzogen und zu tüchtigen Arbeitern herangebildet werden soll, dient auch zum Theile diesem Zwecke. Aber die ersteren sind zu wenig und die letztere ist Zukunftsmusik. Noch stecken wir bei der Berufsfrage zu sehr in alten Traditionen, und noch immer lassen wir uns von dem Erfolge Einzelner bei der Berufswahl leiten. Und dies ist umso bedauerlicher, als die Berufsfrage nun ebenso die Frauen betrifft, wie früher nur die Männer. Keinem wird es jetzt mehr einfallen, die Mädchen nur zu Haustöchtern zu erziehen. Dieser Krieg hat nicht nur die Nothwendigkeit der weiblichen Berufsarbeit erwiesen, er hat auch das harte Muß der weiblichen Berufsausbildung gezeitigt. Erwerbsarbeit ist auch für die Frauen zur Lebensbedingung geworden.